



*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner*

Die Neue Gesellschaft

7

1982
29. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reinut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 6,— DM, Jahresabonnement 48,— DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 11

Zum Inhalt

Das politische Europa bleibt für die meisten Westeuropäer unklar und verschwommen. Aus dem Nebel tauchen zwar hin und wieder als eher unscharfe Hügel die Brüsseler Kommission, das Europäische Parlament oder der Ministerrat auf – Eingeweihte wissen auch über eine EPZ, eine Europäische Politische Zusammenarbeit, zu berichten –, aber was in Westeuropa wirklich politisch geschieht (oder nicht geschieht), dürften wohl nur die wenigsten begreifen.

Das ist ihnen auch nicht vorzuwerfen. Wenn überhaupt, dann sind die Mechanismen der EG-Politik höchstens für Spezialisten zu durchschauen. Das Wie und Warum von innereuropäischen Wechselkursverhältnissen, von Abschöpfungen, Handelsverträgen mit Drittländern oder die absonderlichen Auswirkungen der „gemeinsamen“ Agrarpolitik werden von ausufernden Bürokratie gemanagt, verwaltet und verschlüsselt. Politische Kompromisse, schon im nationalen Rahmen häufig schwer durchschaubar und begreifbar, werden auf EG-Ebene, auf der neben verschiedenen politischen „Anliegen“ und Zielen auch nationale Interessen auszutarieren sind, manchmal schlicht unverständlich. Hinzu kommt, daß über Sinn und Ziel der Europäischen Gemeinschaft zwischen den einzelnen Mitgliedern keineswegs Einigkeit herrscht. Was den einen notwendige Gemeinsamkeit ist, um sich zwischen den Supermächten und anderen Kräften in der Welt zu behaupten und die eigene (europäische) Identität bewahren zu können, scheint den anderen die schier uddenkbare Aufgabe nationaler Souveränitäten zu sein. Darüber hinaus sitzt mindestens bei der Regelung konkreter Probleme das eigene nationale Hemd näher als der europäische Rock – auch bei den erklärten Freunden europäischer Gemeinsamkeit.

Europäische Aktivisten diskutieren zur Zeit insbesondere über zwei Lösungswege aus dieser mißlichen Situation, angestachelt auch durch den näherrückenden Wahltermin zum Europäischen Parlament im Jahr 1984, um nicht mit ganz leeren Händen vor die Wähler treten zu müssen, denen man 1979 bei der ersten Direktwahl zum EP allerlei europäische Fortschritte versprochen hatte. Die einen, repräsentiert vor allem durch den ehrwürdigen Europäer Altiero Spinelli, setzen auf die europäische Union, auf die Verstärkung des Einflusses des Europäischen Parlaments und auf eine Veränderung der Europäischen Verträge mit der Folge von mehr gemeinsamer Politik.

Aber die Skeptiker, zu denen durchaus auch einige Politiker gehören, die nicht nur nach der Debatte im

EP mehr oder weniger gezwungen die „Leitlinien des Europäischen Parlaments für die Reform der Verträge und die Verwirklichung der Europäischen Union“ durch ihre Zustimmung unterstützt haben, sondern auch Mitautoren Spinellis und europäische Optimisten, bezweifeln, daß sich durch ihre Annahme kurzfristig etwas ändern werde. Und „kurzfristig“ heißt im europäischen Politikrahmen beispielsweise bis 1984. Die Macht, Dinge in Europa politisch zu regeln, werde im Endeffekt bei Europäischem Rat und bei der Brüsseler Kommission bleiben. Die europäischen Parlamentarier könnten nur hoffen, daß die Bröckchen, die für sie von der Mächtigen Tische fielen, nicht allzu klein seien.

Hier setzen diejenigen an, denen es weniger um eine Veränderung der Verträge oder des faktisch oder juristisch abgesicherten Machtgefüges zwischen den europäischen Institutionen geht, sondern darum, die vorhandenen Probleme in Europa möglichst schnell und effizient anzupacken. Seine Scheu vor der Aufgabe, die Europa-Verträge verändern zu wollen, begründet beispielsweise Max Kohnstamm in einem NG-Gespräch mit dem einleuchtenden Hinweis auf die unendlichen Schwierigkeiten, die allein durch die Ratifizierungsverfahren in zehn verschiedenen nationalen Parlamenten entstünden. Er möchte vielmehr die schon bestehenden Verträge ausgeschöpft wissen und die vorhandenen europäischen Institutionen dazu zwingen, etwa das Problem Arbeitslosigkeit oder die Modernisierung der Industrie anzugehen.

Beide Konzeptionen, die Spinellis oder die Kohnstamms, schließen sich im Endeffekt nicht aus. Wer erfolgreicher sein wird und damit Recht behalten dürfte, werden die nächsten Jahre zeigen. Dabei kann leider nicht ausgeschlossen werden, daß beide Initiativen das Schicksal von einigen anderen Plänen für die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft erleiden, nämlich in Aktenschränken begraben und vergessen zu werden. Beide Ansätze brauchen zu ihrer Verwirklichung die breite politische Unterstützung der westeuropäischen Wähler. Die aber fühlen sich von „Europa“ meist sehr fern. Zwar wird von niemandem in den „proeuropäischen“ Gesellschaften bestritten, daß etwas geschehen müsse, und auch der amerikanische Präsident macht sich zur Zeit durch Pipelineembargos und andere Aktivitäten um die europäische Einigung durchaus verdient, aber solange für die politischen Parteien „Europa“ eher ein Nebenthema für vollmundige Sonntagsreden bleibt, wird sich wohl nicht viel ändern.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
614	Peter Glotz	Wohlfahrtsstaat, Fiskalpolitik und Wachstum Bemerkungen zum Haushalt '83
616	Herbert Wehner	Bundeshaushalt 1983/CDU/CSU Thema: Europa
619	Willy Brandt	Europäische Politik für die 80er Jahre
621	Pierre Mauroy	Beharrlichkeit tut not
625	NG-Gespräch mit Max Kohnstamm	Das Wesentliche sind die ökonomischen Interessen
630	Dokumentation	Entschließung zu den Leitlinien des Europäischen Parlaments für die Reform der Verträge und die Verwirklichung der Europäischen Union
633	Katharina Focke	Fenster aufmachen!
634	Thomas von der Vring	Zum Stand der spanischen EG-Beitrittsverhandlungen
637	Rudi Arndt	Wieviel Geld ist Europa wert? Erste Einigung im europäischen Haushaltsstreit
640	Dagmar Luuk	Rückkehr gegen Bares – ein entwicklungspolitischer Offenbarungseid
645	Klaus Wettig	Hessisches Konzept zur Reform der EG-Agrarpolitik – ein Lösung?
648	Jörg Jordan	Nochmals Reform der EG-Agrarpolitik
651	Walter Zöllner	Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt
654	Wilhelm Bruns	Europäische Sicherheitspolitik
659	Egon Bahr	Neuer Ansatz der gemeinsamen Sicherheit
668	Wolf Graf von Baudissin	„Kernwaffen und das Atlantische Bündnis“ Zum Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith
671	Dieter S. Lutz	Von SALT zu START. Forderungen an eine verloren geglaubte Sache
674	Rainer Diehl	Die Schmierenskomödie vom Westfälischen Frieden
680	Peter Ruhenstroth-Bauer	Juso-Schülerarbeit auf verlorenem Posten?
683	Wolfgang Roth	Konsequente Politik gegen die Apartheid
685	Zehra Önder	Vom osmanischen Vielvölkerstaat zum National-Staat der modernen Türkei
689	Europäische Gemeinschaft	Berichte aus europäischen Ländern Frauenarbeit gezielt fördern
690	Belgien	Eher hilflos
691	Dänemark	Geringfügige Abstriche
692	Frankreich	Zwischen Ideologie und Realismus
693	Griechenland	Besonderer Auftrag
694	Großbritannien	Verschwommene Haltung
695	Irland	Zynische Linie
696	Italien	Unübersehbare Schwächung
697	Luxemburg	Sozialisten für monetäre Unabhängigkeit
698	Niederlande	Liberalis im Aufschwung
699		Kritik

Peter Glotz: Wohlfahrtsstaat, Fiskalpolitik und Wachstum Bemerkungen zum Haushalt '83

Die schwierigen Koalitionsverhandlungen zum Haushalt '83 sind beendet; die Koalition ist entgegen den Voraussagen und Wünschen vieler Auguren am Haushalt nicht geplatzt. Die Proteste gegen diesen Kompromiß sind vielfältig und wirksam. Die Koalition kann sie bestehen, weil das Gesamtpaket politisch vertretbar ist.

Dies gilt auch für die am heftigsten diskutierten sozialpolitischen Maßnahmen. Leider ist es notwendig, die Dynamik der Sozialausgaben an die weltweit erwarteten niedrigeren Wachstumsraten anzupassen, wenn man nicht das Risiko eingehen will, daß die nach früheren Maßstäben festgelegten Kosten für Renten und Gesundheit zu zunehmender Arbeitslosigkeit führen. Kein Rentner kann beispielsweise wollen, daß sein Sohn oder Enkel, daß seine Tochter, seine Enkelin arbeitslos werden oder keine Arbeit finden, weil die Renten dauerhaft real und netto stärker steigen als die Löhne der Aktiven. Hier ist Solidarität gefordert. Die Sozialdemokratie muß diese Solidarität im Sinne des Wohlfahrtsstaates und der ihn tragenden wirtschaftlichen Dynamik neu definieren. Wie immer am Anfang solcher Prozesse ist das Bild noch unklar, einige Beschlüsse der Bundesregierung – beispielsweise das Fünf-Mark-Tagesgeld bei Krankenhausaufenthalt – mögen fachlich fragwürdig sein; es wird keiner, der ins Krankenhaus muß, sich durch fünf Mark „Lenkung“ davon abhalten lassen dürfen. Aber: Insgesamt hat sich die Sozialdemokratie der Konsolidierungsaufgabe kraftvoll angenommen. Wir wissen: Wenn die Sozialdemokratie nicht die Eckwerte der Neubalancierung des Wohlfahrtsstaates setzt, dann werden es die Neokonservativen tun – und deren Ziel ist es, ihn kurz und klein zu machen unter dem Stichwort: Reprivatisierung der Risiken, die der einzelne nicht tragen kann; Bildung, Wohnung, Gesundheit und sicheres Alter würden wieder zum Privileg der Starken und deren Nachwuchs.

Auch ist bei diesem Haushalt gelungen, was das letztendlich durchgesetzt werden konnte: Die vielzitierten „Besserverdienenden“ müssen ihren Beitrag leisten. Das Stopfen von Steuerschlupflöchern im Ausland, eine gerechte Besteuerung der Multis, ein höherer Eigenanteil an der Finanzierung von Firmen-Autos („Betriebs-Pkws“), eine Begrenzung des

Steuervorteils aus „Verlust-Geschäften“ und dem Ehegatten-Splitting treffen die obere Mittelschicht und besonders die Steuerjongleure von ganz oben.

Natürlich kann man einwenden, daß einige dieser Maßnahmen von der CDU über den Bundesrat verhindert werden können. Nur: An die „Besserverdienenden“ kommt man ausschließlich über die (zustimmungsbedürftige) Steuergesetzgebung heran. Sollte die Union sich wirklich zur Schutztruppe jener einhundertfünfzig- bis zweihunderttausend Ehepaare machen, die 95 000 Mark und mehr verdienen und aus dem Splitting Vorteile ziehen, dann ist dies kein Grund zu melancholischen Klagen, sondern Anlaß zu einer handfesten Kampagne gegen eine Privilegien-Partei.

Nein, die sozial- und steuerpolitischen Bedenken gegen den Haushaltsentwurf der Bundesregierung sind größtenteils ausräumbar. Schwerer zu entkräften dagegen sind die auf der Hand liegenden ökonomischen Zweifel. Seltsam, daß sie bisher nur schwach artikuliert worden sind. Wenn die einstmals marxistische und damit ökonomistische SPD die ökonomische Debatte ganz einstellen und sich mit Haut und Haaren der Sozialpolitik verschreiben sollte, wäre dies nicht nur eine Ironie der Geschichte; Es wäre ein sicherer Weg ins Ghetto einer machtlosen Opposition.

Die FDP hatte mit ihrer vordergründigen Polemik gegen die „Staatsverschuldung“ von vornherein Pflöcke gesetzt; aber auch einige Sozialdemokraten haben sich, wenn auch gemäßigter, auf eine allzu fiskalistische Argumentation eingelassen. „Sie haben recht, die Fiskalpolitik ist in einer solchen Situation stärker auf Konsolidierung eingestellt, wobei aufzupassen ist, daß sie im Bereich der öffentlichen Investitionen nicht zu prozyklisch wird“, sagte Karl Schiller in einem Gespräch am 18. Juni dieses Jahres. Und nach der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in dieser Zeit befragt, meinte er: „Das Godesberger Programm setzte auf die Dynamik der Marktwirtschaft und betrieb gleichzeitig die Symbiose zwischen Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat. Es kann im Zuge eines solchen Prozesses natürlich passieren, daß man zu sehr in Richtung Wohlfahrtsstaat geht. Dann muß man wieder neu ausbalancieren. Wahrscheinlich befinden wir uns in so einer Periode.“

Sogar der vorsichtig formulierende Schiller, eher konservativer denn progressiver Sozialdemokrat, meldet gegenüber dem Konsolidierungsprozeß rechtzeitige Bedenken an. Man sollte sie ernst nehmen.

Der sozialdemokratische Finanzminister legte nach den Koalitionsgesprächen einen Haushaltsentwurf

vor, der ein Wachstum der Ausgaben des Bundes im Jahr 1983 von etwa 1,9 % vorsieht – bei einer erwarteten Zunahme des Bruttozialprodukts um $6\frac{1}{2}$ % im nächsten Jahr. Der Bundeshaushalt soll also weniger als $\frac{1}{2}$ so stark wachsen wie die Wirtschaft insgesamt. Der Staatsanteil – jedenfalls der auf den Bund entfallende – wird drastisch zurückgefahren. Mit – man muß es offen sagen – möglicherweise riskanten Auswirkungen auf die Gesamtnachfrage. Die Bundesregierung setzt auf Zinssenkungsspielräume durch Rücknahme des Staatsanteils. Offen bleibt, ob die Zinsen wirklich heruntergehen. Weit offen bleibt die Frage, ob der Wettlauf zwischen Zinssenkungen und sicherem Ausfall von staatlicher Nachfrage an den Geld- und Kapitalmärkten gewonnen werden kann oder durch ausfallende Nachfrage an den Arbeitsmärkten verloren wird.

Nimmt die Zahl der Arbeitslosen weiter zu und wird das angestrebte gesamtwirtschaftliche Wachstum 1983 nicht erreicht, so wird man dem Bund vorhalten, durch seine eigene Finanzpolitik seine gesamtwirtschaftlichen Ziele konterkariert zu haben. Im Zurückfahren des Anteils des Bundes an der Staatsquote liegt die eigentliche Konsolidierung. Die Festlegung der Höhe der Nettoneuverschuldung spielt dabei nur eine Nebenrolle. Jeder Ökonom sagt zumindest hinter vorgehaltener Hand (Graf Lambsdorff sogar öffentlich): Die scheingenaue Fixierung der Nettoneuverschuldung ist von untergeordneter Bedeutung. Sie ist auf Heller und Pfennig sowieso nicht planbar. Zu planen sind mit Erfolgsaussicht nur die Gesamtausgaben des Bundes. Ob die Nettoneuverschuldung 28 oder 35 Mrd. Mark beträgt, kann keiner vorhersagen. Wesentlich ist nur, daß sie Jahr für Jahr abnimmt – solange, bis kein strukturelles Defizit mehr besteht.

Wie untauglich der Versuch ist, die Nettokreditaufnahme auf Mark und Heller vorweg festzulegen, zeigt folgende Rechnung: Die Bundesausgaben sollen im nächsten Jahr 250,4 Mrd. DM betragen. Ein einziges Prozent davon sind 2,5 Mrd. DM. Das Bruttozialprodukt soll 1983 etwa 1750 Mrd. betragen. Ein Prozent davon wären 17,5 Mrd. Mark. Wer also beim Bund festlegt, er könne die Nettokreditaufnahme bei 28,5 Mrd. DM fixieren und werde nicht bei 35 oder bei 27 Mrd. DM landen, gibt vor, den Bundeshaushalt mit einer Fehlermarge von weit weniger als einem Prozent des Sozialprodukts steuern zu können. Dies gleicht dem Versuch, ein Auto dadurch lenken zu wollen, daß man das Steuerrad mit dem kleinen Finger antippt.

Der Mut der Sozialdemokratie zur Konsolidierung

der öffentlichen Finanzen ist objektiv an der Festlegung eines dramatisch unterproportionalen Wachstums der Bundesausgaben bewiesen, er ist bewiesen an der Festlegung, die Nettoneuverschuldung – soweit das die konjunkturelle Entwicklung zuläßt – Schritt für Schritt zurückzufahren. Wirtschafts- und Finanzpolitiker der Koalition sollten also nicht weiter auf den neokonservativen Leim gehen, sich auf sachlich unsolide Scheingenaugigkeit bei der Nettokreditaufnahme einzulassen und sich am Ende vorwerfen zu lassen: Zwar sei der Bundeshaushalt mit 4 %, das sind deutlich mehr als 10 Mrd. DM, unterproportional zum Sozialprodukt gewachsen, aber das Ziel der Nettokreditaufnahme habe man um einige wenige Milliarden – sprich ein paar Zehntel-Prozent Sozialprodukt – verfehlt. Wer sachlich falsche Maßstäbe setzt, wird an seinen eigenen Fehlern gemessen.

Noch einmal: Die Sozialdemokratie hat sich der Konsolidierung gestellt. Jedermann muß weiter wissen: Wenn im Bundeshaushalt eine Zuwachsrate von 1,9 % vorgesehen ist, bedeutet dies, daß für die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst damit ein Orientierungsdatum von deutlicher Zurückhaltung gesetzt worden ist. Auch dies wird Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung haben – und das erneut nach deutlichen Reallohnminderungen im laufenden Jahr.

Das Konsolidierungskonzept des Bundeshaushalts 1983 fordert von der Sozialdemokratie viel sozialpolitische Überzeugungskraft. Die werden wir einsetzen. Es enthält aber zudem wirtschaftliche Risiken, die man nicht verschweigen darf. Die wachstums- und beschäftigungspolitische Komponente ist mager. Die öffentlichen Investitionen des Bundes sollen wiederum real schrumpfen. Dieses gesamtwirtschaftliche Risiko könnte durch zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe eines halben Prozents des erwarteten Sozialprodukts beträchtlich vermindert werden.

Die im Bundeshaushalt 1983 enthaltene negative Wachstumsrate bei den öffentlichen Investitionen kann zusammen mit dem Nachfrageausfall durch die scharfe Konsolidierung dazu führen, daß die Wachstumsrate 1983 geringer ausfällt als der Haushaltsplanung mit 6,5 % zugrundegelegt. Dann würden wir weiter zunehmende Arbeitslosigkeit auch 1983 hinnehmen müssen. Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit müßte zusätzliche kreditfinanzierte Bundesmittel im Nachtragshaushalt 1983 abfordern. Wachstums- und Konsolidierungsziel würden gleichermaßen verfehlt.

Deswegen müssen wir klarmachen, daß wir nicht „sparen“, weil das Streichen öffentlicher Ausgaben

ein Ziel an sich wäre. Dies wäre die Position der Neokonservativen. Ziel der Sozialdemokratie ist es zu konsolidieren, um Chancen für mehr Beschäftigung zu schaffen, um dynamische Kräfte wirken zu lassen.

Im Bundeshaushalt 1983, wie gesagt, fehlen Investitionen. Dies wird spätestens dann zu korrigieren sein, wenn sich herausstellt, daß das Wachstumsziel für 1982 und somit die absolute Höhe des Sozialprodukts für 1983, wie sie der Aufstellung des Bundeshaushalts als Annahme zugrundelag, gefährdet oder

gar nicht erreichbar ist. Schließlich kämpft die Sozialdemokratie nicht gegen die Staatsquote, sondern gegen die Arbeitslosigkeit und für mehr Wachstum. Trotz knapper öffentlicher Mittel hat die SPD sich für Milliarden-Anreize für private Investitionen eingesetzt und die Investitionszulage gefordert und mitgetragen. Es wäre gesamtwirtschaftlich paradox, wenn die Begünstigung privater Investitionen mit dem Streichen öffentlicher Investitionen „finanziert“ werden sollte.

Herbert Wehner: Bundeshaushalt 1983/CDU/CSU

Den folgenden Brief zum Bundeshaushalt 1983 sandte Herbert Wehner am 8. Juli an alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Liebe Freunde, in Ergänzung zu meinem Schreiben vom 6. Juli 1982 übersende ich Euch zu Eurer Information noch eine Handreichung, die sich mit aktuellen Äußerungen von Oppositionspolitikern zu den Koalitionsbeschlüssen für den Haushalt 1983 auseinandersetzt.

Wie Ihr an Hand der Zitate und der darin zahlreich enthaltenen Widersprüche sehr schnell feststellen könnt, bietet die Union in wichtigen Sachfragen nach wie vor ein Bild der Konzeptlosigkeit und der inneren Zerstrittenheit.

Die Union macht es sich mit ihren bisherigen Aussagen zu leicht. Wir dürfen es nicht zulassen, daß sie sich erneut so einfach aus jeglicher Verantwortung zu schleichen versucht. Deshalb müssen wir sie verstärkt und offensiv angehen, und zwar dort, wo sie es verdecken möchte, nämlich bei ihrer völligen Unfähigkeit, irgendeinen konstruktiven Beitrag zur Lösung der bei uns anstehenden Probleme zu leisten. Darauf gilt es in unserer Informationsarbeit konsequent hinzuweisen.

Das Ziel der CDU/CSU ist seit Sonthofen hinlänglich bekannt: Sie will mit allen Mitteln selbst wieder an die Macht, und da ihr dies bisher auf demokratisch legitimierte Weise nicht gelungen ist, am liebsten von hinten herum und ohne Wählervotum. Die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme sowie das

Schicksal der über 1,5 Millionen Arbeitslosen dienen ihr dabei als Vehikel ihrer parteiegoistischen Machtinteressen. Deshalb hat die Union bereits in der Vergangenheit alles unterlassen, um in ihrer Funktion als Opposition konstruktiv zu einer Lösung der zu bewältigenden Aufgaben beizutragen.

Erste Reaktionen der Opposition auf die Eckdaten des Haushalts machen deutlich, daß die Mehrheit der CDU/CSU mit Oppositionsführer Kohl an der Spitze bisher kaum gewillt ist, sich auf eine sachbezogene Debatte einzulassen, sondern daß sie ihre zerstörerische Verweigerungsstrategie um jeden Preis konsequent fortzusetzen gedenkt.

Ohne sich auch nur andeutungsweise auf die Sachpunkte der vorgelegten Eckdaten des Haushalts 1983 einzulassen, lehnt Kohl den von der sozial-liberalen Koalition erarbeiteten Kompromiß in Bausch und Bogen ab. In Ermangelung brauchbarer Argumente operiert er dabei – wie auch Generalsekretär Geißler und andere – mit Halbwahrheiten und Auslassungen.

Kohl: „Auf sie alle (Anm.: die Bürger), vor allem aber auf die Familien und Rentner, kommen neue Belastungen zu...“ (CDU/CSU-Pressemitteilung vom 1. 7. 1982). „Betroffen sind wieder einmal die Familien, die Arbeitnehmer und sozial Schwache.“ (Bild am Sonntag, 4. 7. 1982)

Geißler stößt in dasselbe Horn: „Diese Entscheidung ist ungerecht, denn der Haushalt 1983 und die vorgenommenen Entscheidungen werden fast ausschließlich von den Arbeitnehmern, von den Rentnern und noch einmal von den Arbeitslosen getragen.“ (Deutschlandfunk, 1. 7. 1982)

Wider besseres Wissen und in bei ihm gewohnt schludrigem Umgang mit Fakten setzte Geißler dem

einen Tag später noch einen drauf: „Und andere, die in die Kategorie der höheren Einkommen einzuordnen sind, sind an dieser ganzen Sparaktion so gut wie nicht beteiligt worden.“ (Hessischer Rundfunk, 2. 7. 1982)

Diese Aussagen sind falsch und dienen lediglich der bewußten Irreführung der öffentlichen Meinung. Die Belastungen, die durch den Haushalt 1983 entstehen werden, sind keineswegs so einseitig gestreut, wie dies Kohl und Geißler glauben machen wollen. Sowohl von ihnen, wie auch von den meisten anderen CDU/CSU-Politikern, werden unterschlagen:

- die Begrenzung des Ehegattensplitting-Vorteils auf 10 000 Mark, wodurch rund 150 000 verheiratete Alleinverdiener mit hohem Einkommen jährlich mit bis zu 4838 Mark mehr Steuern belastet werden,
- die Kürzung der Finanzhilfen und Subventionen um eine Milliarde Mark,
- der Abbau einer ganzen Reihe von Steuervergünstigungen, der weder den normalen Arbeitnehmer noch die Familien oder die Rentner belastet und gerade im Hinblick auf die von diesen Personengruppen bereits erbrachten Leistungen zu einer größeren Steuergerechtigkeit führen soll.

Im Verdrehen von Tatsachen erweist sich insbesondere Herr Geißler als Meister seines Fachs. Er unterschlägt nicht nur bewußt maßgebliche Teile der Koalitionsbeschlüsse, sondern stellt mit seiner Argumentation auch noch die Dinge auf den Kopf, wenn er die bisherige Schonung der höheren Einkommen vehement beklagt. Nicht Sozialdemokraten, sondern gerade CDU/CSU haben sich bislang jedesmal schützend vor die Reichen und Besserverdienenden gestellt und jeden Versuch, diese Bevölkerungsgruppe durch höhere Opfer stärker in die Solidargemeinschaft einzubinden, abgeblockt. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an das Zeter und Mordio der Union über die Ergänzungsabgabe.

Da es die Opposition bisher versäumt hat, eine eigene Konzeption und eigene Sachaussagen zu entwickeln und auf den Tisch zu legen, verwickelt sie sich zwangsläufig in eklatante Widersprüche und Ungereimtheiten, die kaum auf einen Nenner zu bringen sind.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth (CDU) über die Haltung der Opposition: „Es ist völlig klar, daß wir unserer staatlichen Verantwortung gerecht werden und daß wir alle Beschlüsse, die jetzt im Rahmen der Eckdaten für den Bundeshaushalt '83 vorgelegt und angekündigt worden sind, daß wir diese sorgfältig abklopfen, daß wir dort, wo wir

kritische Anmerkungen haben, die anbringen und eventuell Alternativüberlegungen anstellen, daß wir aber im Grunde eine Sparkonzeption natürlich mittragen.“ Und: „... über dieses Konzept muß man in aller Offenheit reden und nicht reden nach dem Prinzip, alles, was ihr vorschlägt, akzeptieren wir nicht.“ (Süddeutscher Rundfunk, 3. 7. 1982)

Demgegenüber Herr Geißler pauschal: „Wir können diesen Haushalt nicht mittragen.“ (ARD, 1. 7. 1982)

Und Herr Kohl: „Auf keinen Fall.“ (Bild am Sonntag, 4. 7. 1982)

Herr Späth über die Einführung des Krankenversicherungsbeitrags für Rentner: „Die Union hat sich schon früher dazu durchgerungen, daß wir einen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner im Prinzip mittragen. Ich kann nun zu den Details natürlich, bevor wir uns da abgestimmt haben, noch keine Aussagen machen. Aber auch dies ist ein Punkt, der meiner Meinung nach nicht zu einer ganz großen Kontroverse führen kann.“ (Süddeutscher Rundfunk, 3. 7. 1982)

Die angekündigte Abstimmung in der Union dürfte schwerfallen, denn, so der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vogt: „Die von der Bundesregierung geplante Regelung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner ist nichts anderes als eine Sondersteuer für Rentner.“ (CDU/CSU-Pressemittteilung vom 5. 7. 1982)

Herr Späth zu der Kostenbeteiligung im Gesundheitswesen: „Ich habe mich immer dafür ausgesprochen, daß wir diese ungeheuer wachsenden sozialen Kosten nur tragen können, wenn wieder ein jeder einen für ihn tragbaren Teil der Kosten mitträgt. Und deshalb bin ich der Meinung, dort, wo Ansätze gefunden sind, einer gewissen Selbstbeteiligung an einem übersehbaren Kostenfaktor der Sozialversicherung, wie etwa solche Beiträge zu den ersten Krankheitstagen (Anm.: gemeint waren wohl die ersten Krankenhaustage) oder auch zum Kuraufenthalt, bin ich der Meinung, das kann man mittragen, das muß man mittragen im Interesse der Stabilisierung unserer öffentlichen Haushalte.“ (Süddeutscher Rundfunk, 3. 7. 1982)

Und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg (CDU) zum selben Thema: „Ich habe auch auf den ersten Blick keine Bedenken dagegen, daß in der Krankenversicherung nur bestimmte Verschreibungen, die nicht direkt unmittelbar im strengen Sinne der Gesundheit dienen, von den Versicherten selbst zu finanzieren sind... im Grundsatz würde ich hier nicht die große Auseinandersetzung

eröffnen. Ich halte auch eine begrenzte Selbstbeteiligung der Patienten mit einem Tagessatz von 10 DM bei Kuren oder mit fünf Mark im Krankenhaus für eine Woche nach unseren Grundsätzen für vertretbar und für diskutabel.“ (Deutschlandfunk, 4. 7. 1982)

Demgegenüber wieder Herr Vogt: „Die von der Bundesregierung geplante Kostenbeteiligung im Gesundheitswesen weist keinen Weg aus den Problemen im Gesundheitsbereich. Sie ist einseitig, weil sie nur die Patienten trifft...“ (CDU/CSU-Pressemitteilung vom 5. 7. 1982)

Für indiskutabel hält auch der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmann, die Vorschläge der Bundesregierung. Dafür bietet er an: „Da werden Rezeptblattgebühren erhöht, Beiträge vorgezogen und erhöht, Absichtserklärungen abgegeben, statt zum Beispiel langfristig die Sozialversicherungsträger von versicherungsfremden Leistungen zu entlasten. Unangetastet bleibt nach wie vor beispielsweise die Belastung der Krankenversicherung mit den Kosten für Abtreibungen in Höhe von circa 230 Millionen DM.“ (CSU-Pressemitteilung vom 1. 7. 1982)

Doch damit nicht genug der Widersprüche. Herr Stoltenberg erklärt sich im Prinzip mit einer Absenkung der Rentenbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit bei durch Arbeitslosigkeit oder Ausbildung verursachten Ausfallzeiten einverstanden: „Wir haben schon im vergangenen Herbst gesagt..., daß es vertretbar ist, die Zahlungen der Bundesanstalt an die Rentenversicherung für Erwerbslose abzusenken... Ich glaube also nicht, daß wir einen solchen Vorschlag jetzt massiv bekämpfen können.“ (Deutschlandfunk, 4. 7. 1982)

Offensichtlich wurde dies in der Union nicht laut genug gesagt, denn einige scheinen es nicht gehört zu haben. Herr Vogt: „Die von der Bundesregierung geplante Kürzung der Rentenanwartschaften um 30 Prozent für Arbeitslose, Kranke und bei der Anrechnung von Ausbildungszeiten ist ein erneuter, willkürlicher Eingriff in das Rentenrecht.“ (CDU/CSU-Pressemitteilung vom 5. 7. 1982)

Der Berliner Bundessenator Blüm (CDU) wütet: „Ich frage Sie, wieso kommt die Bundesregierung auf 70 Prozent? Woher hat die die Zahl, bei der Süddeutschen Klassenlotterie abgerufen? Das ist reine Willkür!“ Zwar vergißt Blüm nicht, eifrig hinzuzufügen: „Die CDU weiß, daß auch in der Rentenversicherung, auch in der Arbeitslosenversicherung, Opfer gebracht werden müssen.“ (Deutschlandfunk, 3. 7. 1982) Welche Opfer das dann allerdings sein sollen, erfährt man bei Herrn Blüm nicht.

Zerstrittenheit herrscht in der CDU/CSU aber auch über den Abbau von Steuervergünstigungen und hierbei insbesondere des Ehegattensplittings. Dazu Herr Späth: „Man muß da, glaube ich, sagen, sicher müssen alle Gruppen Opfer bringen. Und deshalb können wir auch dort, wo es um steuerliche Maßnahmen geht, also die Verkürzung von steuerlichen Vorteilen, können wir nicht generell nein sagen. Wir müssen das einmal in Ruhe überprüfen...“ (Süddeutscher Rundfunk, 3. 7. 1982)

Für den finanzpolitischen Sprecher der Union, Häfele, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Zeitel, und den CSU-Abgeordneten Krelle steht hingegen die Ablehnung schon vor der Überprüfung fest.

Häfele: „Die Beschneidung des Ehegattensplittings ist ein gefährlicher Einstieg in eine höhere Besteuerung der Familien. Damit hat sich die FDP wieder einmal dem ideologischen Diktat der SPD gebeugt.“ (CDU/CSU-Pressemitteilung vom 1. 7. 1982)

Herr Zeitel macht noch deutlicher, was er von einer gerechteren Lastenverteilung hält: „Anstelle der bislang geforderten Ergänzungsabgabe für Besserverdienende tritt nun die Demontage des Ehegattensplittings, die Abgabenerhöhung bei der Arbeitslosenversicherung und zur Befriedigung von Neidkomplexen eine Neuregelung des privaten Nutzungsanteils von Dienstfahrzeugen.“ (Pressemitteilung der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU vom 1. 7. 1982)

Herr Krelle schließlich hält die zusätzliche Belastung für Großverdiener durch Kürzung des Ehegatten-Splittings schlicht für „ganz unannehmbar“. (ddp, 6. 7. 1982)

Die Zielrichtung, die die Herren Häfele, Zeitel und Krelle vorgeben, ist klar: Die Besserverdienenden sollen weiterhin von der CDU/CSU geschützt werden. Daß der finanzpolitische Sprecher Häfele sich gleichzeitig vor Steuerhinterzieher stellt, indem er vor einer „schärferen Steuerfahndung“ warnt (vgl. „Handelsblatt“ vom 8./9. 1. 1982) paßt sich fugenlos in die Geisteshaltung maßgeblicher Unionspolitiker ein.

Das Bild, das die CDU/CSU in der neuerlichen Auseinandersetzung um die Haushaltsgestaltung vermittelt, gleicht dem der vergangenen Jahre. Es ist geprägt durch Konzeptionslosigkeit, Null-Wachstum bei konstruktiven Alternativvorschlägen und völlig unklaren Konturen in entscheidenden Sachfragen.

Die moderaten Töne von Herrn Späth und Herrn Stoltenberg auf der einen Seite und die grundsätzliche Verweigerung jeder sachbezogenen Auseinander-

setzung durch den Sonthofen-Flügel Strauß/Kohl auf der anderen Seite sind weniger Ausdruck verschiedener Grundpositionen als vielmehr ein durch Personalquerelen in der Unionsführung verstärkter Streit über die anzuwendende Methode bei gleicher Zielsetzung. Auch Späth und Stoltenberg haben keinen Zweifel daran gelassen, daß der Sozialstaat durch weitere gravierende Einschnitte in die Leistungsgesetze abgebaut werden sollte.

Späth: „Für mich ist diese Sparkonzeption nicht ausreichend.“ (Süddeutscher Rundfunk, 3. 7. 1982) Herr Stoltenberg hätte es für richtiger befunden, „in den Bereich der Leistungsgesetze kritischer hineinzu-gehen...“ (Süddeutscher Rundfunk, 1. 7. 1982)

Fest steht: Ginge es nach dem Willen der CDU/CSU, so würden gerade Arbeitnehmer, Rentner und sozial Schwächere um ein Vielfaches mehr belastet als dies durch das Konzept der sozial-liberalen Koalition geschieht. Erinnt sei hier an die Standardforderungen der CDU nach Einführung von Karenztagen, Kürzung des Arbeitslosengeldes, Streichung des Schüler-BAföG oder die generell geforderten Mietpreissprünge im gesamten Wohnungswesen.

Die Scharfmacher in der CDU/CSU werden dabei versuchen, nach der schon bisher praktizierten Doppelstrategie zu verfahren: Massive Eingriffe in die Sozialgesetze zu fordern, jede Sparmaßnahme der Regierung anschließend als unsozial zu beklagen, im Vermittlungsausschuß mit der CDU/CSU-Mehrheit der sozial-liberalen Koalition weitere Zugeständnisse abzapfen, um das Vermittlungsergebnis anschließend in der Öffentlichkeit wehklagend der Regierung anzulasten.

Unsere Aufgabe in der nahen Zukunft muß es sein, das doppelböddige Spiel der CDU/CSU stärker ins Bewußtsein der Bevölkerung zu heben, als dies bisher gelungen ist, gleichzeitig aber an die verantwortungsbewußten Landespolitiker der CDU zu appellieren, dazu beizutragen, daß eine der Sache gerechte Entscheidung zustande kommt.

Es grüßt herzlich
Euer
Herbert Wehner



EUROPA

Willy Brandt: Europäische Politik für die 80er Jahre

Während die Bedeutung Europas in der Welt wächst und damit auch das Recht seiner Bürger auf eine stärker konturierte, eigenständigere europäische Politik, verschwimmt im alltäglichen Sichdurchmögeln und Sicharrangieren allzu leicht die historische Dimension des 25jährigen Einigungswerkes. Bei aller Unzufriedenheit und gerechtfertigten Kritik sollte jedoch nicht übersehen werden: Die Europäische Gemeinschaft ist für die Bundesrepublik ohne vernünftige Alternative. Die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft hat unserem Land nicht nur gestärktes ökonomisches, sondern vor allem auch erhöhtes politisches Gewicht verliehen. Sie hat die Aussöhnung mit den Staaten Westeuropas, insbesondere mit Frankreich, beschleunigt. Und sie war eine der Voraussetzungen für das Gelingen unserer auf Entspannung und Ausgleich angelegten Politik gegenüber den östlichen Nachbarn.

Wer heute allzu vereinfacht davon spricht, die Bundesrepublik sei der „Zahmeister Europas“, übersieht im übrigen auch, in welch erheblichem Umfang wir als Mitgliedstaat mit dem größten Industriesektor von der wirtschaftlichen Integration profitieren. Immerhin geht inzwischen die Hälfte unserer Exporte in die Staaten der EG, und – worauf ich auch im Bundestag hingewiesen habe – keine noch so gute nationale Wirtschaftspolitik könnte so viele Arbeitsplätze schaffen wie durch den Zerfall der Gemeinschaft vernichtet würden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein vitales Interesse an einer starken und demokratisch legitimierten EG. Für uns Sozialdemokraten bedeutet dies keine neue Erkenntnis und erst recht keine Selbstüberwindung. Wir bekennen uns aus Tradition und aus Verantwortung zu Europa. Und wir wollen, daß die nächsten Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die vor der Sommerpause 1984 stattfinden werden, nicht in ein „Votum gegen Europa“ umschlagen.

Um einem drohenden Vertrauensentzug der Bürger gegenüber der Gemeinschaft zu begegnen, gilt es

die eingetretenen Fehlentwicklungen, besonders im Agrarbereich, zu korrigieren, die Entscheidungen der europäischen Institutionen durchsichtiger zu machen und die Einigungsbemühungen in Form und Inhalt voranzutreiben.

Das bedeutet zum einen: Die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaftsorgane muß verbessert werden. Der Ministerrat muß endlich wieder zu dem in den Gründungsverträgen vorgesehenen Prinzip der Mehrheitsentscheidungen als Normalfall zurückkehren, wie es die große Mehrheit des Europäischen Parlaments seit langem fordert. Die jüngsten Agrarpreisbeschlüsse haben in dieser Hinsicht ein wichtiges Zeichen gesetzt. Nicht weniger dringlich ist es, die Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments so zu erweitern, daß es seiner Rolle als direkt gewählter Volksvertretung auch entsprechen kann. Und daß es damit in den Stand versetzt wird, hinsichtlich der Gemeinschaftsgesetzgebung die Lücken auszufüllen, die sich durch den Verlust an nationaler parlamentarischer Kontrolle ergeben haben. Schließlich gilt es die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) fortzuentwickeln und mit den vertraglich festgelegten Entscheidungsmechanismen der Gemeinschaft zu verzahnen. Die EPZ hat sich als Instrument einer stärkeren Koordinierung und Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten – genauer gesagt: zwischen ihren auswärtigen Ämtern – bewährt. Allerdings wäre noch mehr inhaltliche Gemeinsamkeit und auch die Fähigkeit wünschenswert, sich neben den Problemen in anderen Teilen der Welt auch der Konflikte vor der eigenen Haustür anzunehmen. Ich nenne die immer noch bedrückend ungelöste Zypern-Frage.

Zum anderen bedarf es zur Vertiefung der europäischen Integration erkennbarer Fortschritte in den ökonomischen Bereichen, in denen nationale Lösungsansätze zu kurz greifen: Die Energie- und die Umweltpolitik, die industrielle Erneuerung und die Umstrukturierung bestimmter Industriesektoren, die wirtschaftspolitische Koordinierung wie bei der Verkürzung der Arbeitszeit – auf diesen Gebieten wird das Erreichte und Erkennbare darüber entscheiden, ob eine Mehrheit der Wähler überhaupt ein Interesse an der EG hat. Bei der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben darf allerdings der Gesichtspunkt des gerechten Ausgleichs nicht zu kurz kommen. Natürlich gibt es Europa nicht zum Nulltarif. Belastungen und Vorteile müssen in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines jeden Mitgliedstaates stehen. Auch gilt es zu prüfen, ob es nicht – wie beim Europäischen Wäh-

rungssystem – Sinn ergibt, von Fall zu Fall Integrationsfortschritte bereits zu einem Zeitpunkt einzuleiten, an dem sich noch nicht alle Partner zur Teilnahme hieran entschließen können. Ein differenziertes Vorgehen muß nicht notwendigerweise zu einer Schwächung, sondern kann zu einer Stärkung des europäischen Gedankens führen. Die Konzentration auf einige wesentliche, europäisch sinnvolle und mit den Mitteln der Gemeinschaft in Einklang stehende Aufgabenbereiche wäre verbunden mit einem Gewinn an Bedeutung, Effizienz und Zustimmung.

In einer weiteren Perspektive stellt sich die Frage, ob mit den Ideen und Organisationsformen der 50er Jahre überhaupt eine europäische Politik für die 80er Jahre gestaltet werden kann. Ob es nicht eines neuen Integrationsansatzes bedarf, der – über wirtschaftliche Verflechtung hinaus – abzielt auf die Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Entwicklung und Sicherung der regionalen Vielfalt und Eigenständigkeit sowie die Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten des einzelnen in vielen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Hierzu gibt es Anregungen und Vorschläge, die es aufzugreifen und weiterzuentwickeln lohnt.

Die EG-Kommission hat inzwischen ihr drittes Aktionsprogramm zum Umweltschutz vorgelegt, das anstelle der bisherigen Bemühungen um nachträgliche Schadensbehebung von der Notwendigkeit einer vorausschauenden Schadensverhütung ausgeht und Umweltpolitik als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik begreift. Insbesondere die erneut vorgeschlagene Einführung einer auf gemeinsamen Kriterien beruhenden Umweltverträglichkeitsprüfung in allen EG-Staaten – wie sie nicht nur vom Europäischen Parlament, sondern im Mai auch von der Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden aus Bund und Ländern gefordert wurde – wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur langfristigen Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Positiv zu bewerten ist die Vorlage eines besonderen Aktionsprogramms der EG-Kommission, mit dem bis 1985 größere Chancengleichheit von Frauen und Männern insbesondere im Erwerbsleben erreicht werden soll. Das Programm – das auf Druck vor allem der weiblichen Abgeordneten im Europäischen Parlament zustande kam, allerdings in seiner finanziellen Ausstattung und rechtlichen Verbindlichkeit noch erhebliche Mängel aufweist – stellt eine erste Antwort der Kommission dar auf eine Grundsatzentschließung des Parlaments vom Februar vergangenen Jahres. In jener Entschlußung waren

richtungsweisende Vorschläge zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und zur partnerschaftlichen Teilung vorhandener Arbeit enthalten.

Es wäre ein spürbarer Beweis für den Integrationswillen der Bundesrepublik, wenn sich die Bundesregierung diese beiden Aktionsprogramme zu eigen machen und sich während der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des nächsten Jahres bemühen würde, den beiden Aktionsprogrammen zur Annahme im Ministerrat zu verhelfen. Auch sollte sie der angekündigten Initiative der dänischen Regierung gegen die Arbeitslosigkeit große Aufmerksamkeit zuwenden und besonders prüfen, wie sich durch gezielte und koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit Voraussetzungen dafür schaffen lassen, daß mehr junge Menschen eine konstruktive Perspektive für ihr Leben entwickeln können.

Pierre Mauroy: Beharrlichkeit tut not

Der französische Premierminister Pierre Mauroy, Jahrgang 1928, ist seit 1973 Oberbürgermeister der Stadt Lille. Mauroy, der von 1950-1958 Nationalsekretär der Sozialistischen Jugend Frankreichs war, ist Abgeordneter des Departements Nord, Erster Sekretär der Fédération Nord der PS und Nationalsekretär für die Koordination der PS.

Die deutsch-französischen Beziehungen sind nicht etwa eine an bestimmte politische Umstände gebundene Episode, sondern entsprechen einem grundlegenden Engagement unserer beiden Völker, das sich auf das Erfordernis gründet, durch den Aufbau Europas den Frieden zu sichern.

Für unsere Generation, für die das Kriegsende gleichzeitig auch das Ende der Kindheit bedeutete und die das Leben als Soldat nicht kennengelernt hat, ist das Thema Frieden von wesentlicher Bedeutung. Ich bin durch und durch ein Mann des Friedens. Ich habe immer an ein Ideal des Friedens geglaubt und tue dies weiterhin. Ich erinnere mich noch an die langen Gespräche, die ich als junger Mann mit meinem Freund Hans Apel über dieses Thema geführt habe. Und bei den Begegnungen zwischen jungen Deutschen und jungen Franzosen in den 50er Jahren standen der Friede und die Wege zu

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament wird sich darüber hinaus weiterhin darum zu bemühen haben, eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen in der Gemeinschaft durchzusetzen. Auch der Beitritt der EG zur Europäischen Menschenrechtskonvention erscheint sinnvoll. Die zusätzliche Absicherung nationaler Grundrechte und mehr Freizügigkeit für alle Gemeinschaftsbürger müssen verbunden werden mit dem Bemühen um die Sicherung und Erweiterung sozialer Grundrechte in einer „EG-Charta der Bürgerrechte“. Wenn für den einzelnen Bürger spürbar wird, daß die Europäische Gemeinschaft ihm mehr Schutz und Entfaltungsmöglichkeiten bietet, wird sich vermutlich die Gleichgültigkeit gegenüber dem Integrationsprozeß leichter überwinden lassen.

seiner Festigung stets im Mittelpunkt unserer Diskussion.

Deshalb war ich überrascht, als ich von den Befürchtungen hinsichtlich der Fortsetzung der deutsch-französischen Beziehungen nach dem Wahlsieg der Linken in Frankreich erfuhr. Denn wie der Präsident der Republik, François Mitterrand, es in einem Interview mit dem Magazin „Stern“ ausdrückte, „hängt die deutsch-französische Freundschaft doch nicht an einer Tasse Tee“.

Dies gilt um so mehr, als die Beziehungen zwischen den französischen Sozialisten und den führenden Männern der Bundesrepublik Deutschland, zwischen PS und SPD weit zurückreichen und besonders vertrauensvoll sind. Da ich selbst in zahlreichen Fällen die Verbindung zwischen unseren beiden politischen Formationen wahrgenommen habe, kann ich dies bezeugen. Sei es bei zweiseitigen Begegnungen oder im Rahmen der Sozialistischen Internationale – wir arbeiten seit so vielen Jahren zusammen, daß mir nicht einleuchtet, inwiefern die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die französische Linke eine Bedrohung für die zwischen unseren beiden Ländern bestehende fruchtbare Zusammenarbeit darstellt.

Wie könnte überhaupt ein Wechsel der Führung und selbst der politischen Richtung eine Zusammenarbeit in Frage stellen, die durch einen Vertrag begründet wurde und immer neue Stärke aus so weit-

gehend zwischen zwei Nationen selten erreichter Interdependenz im wirtschaftlichen Bereich und Dichte der Kontakte schöpft?

Die große Kraft der deutsch-französischen Beziehungen liegt doch gerade darin, daß sie sich – nachdem sie durch einen Akt des politischen Willens im Jahre 1963 begründet wurden – im Laufe der Jahre in ein Faktum, eine wirtschaftliche und menschliche Notwendigkeit verwandelt haben, die für alle unabdingbar ist. General de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer haben auf diese Weise die Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern besiegelt.

Ehe die Geschichte unsere beiden Nationen zu Gegnern machte, haben sie sich lange Zeit mit ihren Erfahrungen und ihren Ideen gegenseitig bereichert, besonders im 18. Jahrhundert, als der Rhein zu keiner Zeit ein Hindernis für den Fluß der Gedanken darstellte. Franzosen und Deutsche, die sich nun zu denselben Werten, nämlich Frieden, Demokratie und Freiheit, bekennen, müssen sich der Tatsache bewußt werden, daß sie in der Zukunft das gleiche Schicksal teilen. Und diese Zukunft muß gemeinsam aufgebaut werden. Die Überwindung der früheren Gegensätze hat den Weg zu einer außergewöhnlichen und beispielhaften Zusammenarbeit freige-
macht.

Dieser Charakter des Außergewöhnlichen war schon im deutsch-französischen Vertrag angelegt. Zum ersten Mal in den Annalen der internationalen Beziehungen erhielten die Beziehungen zwischen zwei Völkern institutionellen Charakter.

Die Beispielhaftigkeit hingegen konnte allein durch den Vertrag nicht verfügt werden und entstehen. Es war sogar zu befürchten, daß dieser Vertrag durch seine Genauigkeit und den Aspekt des Gewollten förmlich bleiben oder sich sogar als hinderlich erweisen würde. Glücklicherweise war dies nicht der Fall. Der Vertrag gab den Anstoß, aber die deutsch-französische Zusammenarbeit ging in der Folge weit über den Rahmen offizieller Beziehungen hinaus und erfaßte alle Lebensbereiche. Versuchen wir nun, im Mai 1982, eine Bilanz der Erfolge und der Unzulänglichkeiten dieser Zusammenarbeit zu ziehen.

Innerhalb eines Jahres trafen der Präsident der Französischen Republik und der Bundeskanzler sechsmal zusammen. Ich selbst bin dreimal in Bonn gewesen. Rechnet man die zahlreichen Kontakte zwischen den Mitgliedern unserer beiden Regierungen und unseren Verwaltungen hinzu, die weit über die ausdrücklich vom Vertrag vorgesehenen Zusammenkünfte hinausgehen, und berücksichtigt vor allem das

Vertrauen und die Aufgeschlossenheit, die sie erfüllt, so glaube ich sagen zu können, daß die politischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ausgezeichnet sind. Daß Bewertungsunterschiede, ja Meinungsunterschiede entstehen können, bestreite ich nicht, und ich habe bei früherer Gelegenheit schon gesagt, daß ich sie als normal erachte. Schließlich bespricht man sich ja, um sie auszuräumen, und wichtig ist, daß hüben wie drüben künftig die erste Reaktion darin besteht, den unverzüglichen und oft informellen Dialog zu suchen, sobald sich eine Schwierigkeit abzeichnet.

Was die persönlichen Bindungen anbelangt, die zwischen den führenden Politikern bestehen können, so wiederhole ich, was der Präsident der Republik gesagt hat, daß nämlich die Freundschaft zunächst unsere beiden Länder verbindet, und wenn dann noch gute persönliche Beziehungen zwischen den führenden Politikern hinzukommen, dann ist das um so besser. Ich bin im übrigen der Meinung, daß dies heute der Fall ist.

Ein wesentliches Element, das die deutsch-französischen Beziehungen im Laufe der letzten 15 Jahre in hohem Maße beeinflusst und gefestigt hat, bleibt meines Erachtens die gegenseitige Durchdringung unserer beiden Volkswirtschaften. Vergessen wir nicht, daß seit der Aussöhnung im Jahre 1963 und der Gründung der EWG der deutsch-französische Handel einen solchen Aufschwung genommen hat, daß die beiden Länder zum wichtigsten Handelspartner füreinander geworden sind. Frankreich wickelt 15 Prozent seines Handels mit der Bundesrepublik ab, und diese ihrerseits 12 Prozent mit Frankreich. Dieser Handel belief sich 1981 auf mehr als 180 Milliarden Francs und steht damit an erster Stelle in Europa und – nach dem Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada und dem zwischen den Vereinigten Staaten und Japan – an dritter Stelle in der Welt. Vom Betrag her gesehen sind die wechselseitigen Investitionen und die Beziehungen zwischen Unternehmensgruppen zwar noch unzureichend, haben sich jedoch ebenfalls verstärkt. Die wirtschaftlichen Beziehungen, die sich aufgrund der Öffnung der Grenzen sowie der geographischen Nähe und der gegenseitigen Ergänzung der Volkswirtschaften entwickelt haben, ließen weitgehend unumkehrbare Partnerschaften und Interdependenzen entstehen, die künftig eine solide Grundlage, ein dauerhaftes und stabilisierendes Element in den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern darstellen.

Die unter staatlicher Ägide aufgenommene Zusammenarbeit hat uns ebenfalls Anlaß zu großer Zu-

Heidmarie Wiczorek-Zeul

Die Jugendpolitik in den europäischen Institutionen

VIII, 139 Seiten.

Broschiert 18,- DM

Die Autorin, Mitglied des Europäischen Parlaments, setzt sich kritisch auseinander mit der Jugendpolitik des Europarats und der EG einerseits und der selbstorganisierten Jugendverbände, des ECB – Europäisches Koordinierungsbüro (Zusammenschluß der internationalen Jugendverbände in Europa) – und des CENYC – Europäischer Jugendrat (Zusammenschluß der nationalen Jugendringe Westeuropas) – andererseits.

Ihrer Auffassung nach setzt sinnvolle Jugendpolitik die direkte und abgesicherte Beteiligung junger Menschen voraus und muß ferner jungen Menschen die Möglichkeit bieten, sich selbst zu verwirklichen und die Gesellschaft mitzugestalten.

Auf dieser Grundlage untersucht sie die einzelnen Institutionen unter folgenden Aspekten:

Wird auf der jeweiligen Ebene eine umfassende Jugendpolitik betrieben?

Wie können Jugendliche diese Politik mitgestalten?

Welche interkulturellen Austauschprogramme (u. a. Kontakte zur Dritten Welt und zu osteuropäischen Ländern) gibt es auf der jeweiligen Ebene?

Was wird für Erziehung und Bildung geleistet?

Welche Maßnahmen zur Bekämpfung der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit wurden ergriffen?

Nach dieser Bestandsaufnahme entwickelt die Autorin eigene konkrete Vorschläge für eine weitergehende, zukunftsorientierte Jugendpolitik.

Die Arbeit wendet sich an Politiker der europäischen Institutionen (Europäisches Parlament, EG-Kommission, Ministerrat, Europarat); an die nationalen Jugendpolitiker, an die europäischen Jugendorganisationen und die nationalen Jugendverbände.

Die Autorin, *Heidmarie Wiczorek-Zeul*, geboren 1942, ist Haupt- und Realschullehrerin; 1974–77 Vorsitzende der Jungsozialisten; seit 1977 Präsidentin des ECB; seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments, dort stellvertretende Vorsitzende des Außenwirtschaftsausschusses und stellvertretendes Mitglied im Jugendpolitischen Ausschuß.



Verlag
Neue
Gesellschaft

friedenheit gegeben. Deutsche und französische Unternehmensgruppen, Ingenieure und Techniker haben ihre Mittel und ihr Know-how zusammengelegt, um Großprojekte zu verwirklichen, von denen viele bemerkenswert erfolgreich waren. Nennen wir nur die industriellen und kommerziellen Erfolge des Airbus, die europäische Rakete Ariane, die zahlreichen Koproduktionen im Rüstungsbereich (das Transportflugzeug Transall, die Panzerabwehrraketen Milan und Hot, die Luftabwehrrakete Roland, das taktische Kampfflugzeug Alphajet), das Satellitennetz „Symphonie“, das zahlreiche gemeinsame Experimente ermöglichte und einen beispielhaften Erfolg darstellt, ferner den in Entwicklung befindlichen Satelliten für Direktübertragungen von Fernsehsendungen.

Französische und deutsche Forscher arbeiten Seite an Seite im Institut Laue-Langevin in Grenoble. Eine enge wissenschaftliche und industrielle Zusammenarbeit besteht im Bereich der zivilen Kernenergie, der Meeresforschung, demnächst der Mikroelektronik und vielleicht des zukünftigen Schienentransports.

Um diese deutsch-französische Bilanz – wenn auch nicht erschöpfend – zu vervollständigen, möchte ich noch einen Aspekt ansprechen, der mir besonders am Herzen liegt, denn hierbei handelt es sich um eine Aufgabe, die langwierig, schwer zu bewältigen und doch von wesentlicher Bedeutung für eine tiefe und dauerhafte Freundschaft ist; ich meine die bessere Kenntnis des anderen, das Verständnis für das Nachbarvolk durch die Entdeckung seines politischen, sozialen und kulturellen Lebens. Franzosen und Deutsche haben zu sehr unter ihren jeweiligen Vorurteilen gelitten, die einer totalen gegenseitigen Unkenntnis entsprangen. Die fesselnde Ausstellung Paris-Berlin, die vor einigen Jahren im Centre Georges Pompidou stattfand, hat auf ihre Weise Zeugnis davon abgelegt.

Diesem Bereich haben also all unsere Anstrengungen zu gelten. Ich glaube, daß das Deutsch-französische Jugendwerk, das schon mehr als vier Millionen Jugendlichen einen Besuch des Partnerlands ermöglicht und seine Tätigkeit auf berufstätige Jugendliche ausgedehnt hat, hierbei eine unersetzliche Rolle spielt und zu unseren schönsten Erfolgen zählt. Die Partnerschaften zwischen Gemeinden tragen in sehr wirksamer Weise ebenfalls zu einem besseren gegenseitigen Verständnis bei, und ich stelle erfreut fest, daß von 1800 Partnerschaften französischer Gemeinden in mehr als 1000 Fällen deutsche Gemeinden die Partner sind. Die beiden Regierungen wirken in derselben Richtung, wenn sie auf beruflicher Ebene

den Austausch von Beamten, Lehrkräften oder Journalisten fördern, oder durch die vor kurzem erfolgte Gründung eines Zentrums für Information und Forschung über das zeitgenössische Deutschland in Paris.

Diese Übersicht über die deutsch-französischen Beziehungen mag ein wenig idyllisch erscheinen. In Anbetracht des in den letzten 20 Jahren zurückgelegten Weges erscheint mir ein deutlicher Optimismus nicht übertrieben. Jedoch verhehle ich mir nicht die effektiven Schwierigkeiten, die noch bestehen, und das Ausmaß dessen, was noch zu tun bleibt. Zwei meiner Sorgen möchte ich ansprechen.

Als erstes das anhaltende große Ungleichgewicht in unseren Handelsbeziehungen, das zu Besorgnis Anlaß gibt. Wir haben beschlossen, durch Umstrukturierung unserer Industriebetriebe Abhilfe zu schaffen und sie in die Lage zu versetzen, den Gemeinschaftsmarkt zurückzuerobern. Manche glaubten, in dieser Politik protektionistische Absichten zu erkennen. Man sollte verstehen, daß diese Maßnahmen notwendig sind und daß wir durch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer schwachen Industriesektoren lediglich darauf hinarbeiten, die Bedingungen für einen ausgeglichenen internationalen Handel wiederherzustellen.

Zum zweiten die Reaktionen der öffentlichen Meinung und der Medien in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, die bei bestimmten Anlässen beweisen, daß noch immer Argwohn und Mangel an Verständnis herrschen. Ich bin der Ansicht, daß man noch mehr Aktivitäten für ein besseres gegenseitiges Kennenlernen entfalten sollte, denn auf diesem Gebiet ist noch viel zu tun, insbesondere durch eine Verbesserung des Unterrichts der Partnersprache, die dafür eine wesentliche Voraussetzung darstellt.

Die Erfahrung zeigt auch, daß nichts gesichert ist und daß Beharrlichkeit not tut. So ist im Rüstungsbereich nach zahlreichen gemeinsamen Vorhaben ein gewisser Stillstand festzustellen, und es wird höchste Zeit, neue Projekte zu bestimmen, um diese Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Besonderes Kennzeichen der deutsch-französischen Beziehungen ist ja gerade, daß ständig neue Anregungen gemacht, neue Ideen hervorgebracht werden von Menschen aus allen Bereichen: aus Politik, Industrie, Geschäftswelt, Kultur und Wissenschaft. Manche werden verwirklicht, andere nicht zum Abschluß gebracht. Wichtig ist, daß erstere im Vergleich zu letzteren überwiegen.

Die Perspektiven der deutsch-französischen Beziehungen müssen ferner immer mehr im europäischen

Rahmen gesehen werden. Selbstverständlich schließt unsere Zusammenarbeit niemanden aus: Die Verständigung zwischen unseren beiden Ländern muß weiterhin die Rolle eines Schrittmachers für die Zusammenarbeit zwischen Europäern spielen.

Diese Ausrichtung ist um so mehr geboten, als sie sich das Bewußtsein der Europäer von ihrer notwendigen Solidarität in allen Bereichen immer mehr schärfen wird. Schon das Problem der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen und der gegen Europa gerichteten Kernwaffen stellt sich allen. Sollte die Bundesrepublik Deutschland direkt bedroht werden, so ist nicht vorstellbar, daß ihre Nachbarn sich nicht

betroffen fühlen würden. Die Verteidigungspolitik Frankreichs, die wie bisher auf die nukleare Abschreckung des „Starken durch den Schwachen“ gegründet ist, macht unser Land nicht gleichgültig gegenüber den Verteidigungsproblemen des Atlantischen Bündnisses und führt es nicht in einen militärischen Isolationismus. Die Zusammenarbeit und die Solidarität zwischen uns, die durch die deutsch-französische Erklärung vom Februar 1982 weiter verstärkt wurden, sind für die Herausforderungen der kommenden Jahre ein Grundelement unserer Politik geworden.

Das Wesentliche sind die ökonomischen Interessen NG-Gespräch mit Max Kohnstamm

Dr. Max Kohnstamm, geboren 1914 in Amsterdam, war über Jahrzehnte einer der engsten Mitarbeiter des französischen Sozialisten und Europapolitikers Jean Monnet und gehörte nach 1945 zu den „Europäern der ersten Stunde“. Kohnstamm, 1942–44 als politischer Gefangener in KZ und Gefangenschaft, war 1945–48 Privatsekretär der niederländischen Königin Wilhelmina, 1948–52 Leiter der Europaabteilung des niederländischen Außenministeriums, 1952–56 Sekretär der Hohen Behörde der Montan-Union und von 1956 bis zur Auflösung 1975 zunächst Generalsekretär und dann Vizepräsident des von Jean Monnet ins Leben gerufenen „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“. Von 1973 bis 1981 war er Präsident des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz.

NG: Herr Kohnstamm, Sie waren beim Versuch, die westeuropäischen Staaten in einer Gemeinschaft zusammenzufassen, von Anfang an dabei. Ist das, was sich die Begründer der Idee von der westeuropäischen Einheit damals erhofft haben, inzwischen erreicht oder mindestens annähernd erreicht?

Max Kohnstamm: Vieles ist erreicht worden, aber auch sehr vieles noch nicht. Es gibt den gemeinsamen Markt, aber der ist bestimmt nicht vollkommen – und er ist auch nicht vollständig. Damals ging es doch darum, Westeuropa eine andere Struktur zu geben als es bisher gehabt hat. Es ging darum, über das rein Wirtschaftliche hinaus zu einer politischen

Gemeinschaft zu kommen. Dabei ist eine viel größere Interdependenz, eine gegenseitige Abhängigkeit unserer Volkswirtschaften entstanden, aber sicher keine Verschmelzung. Das Allerwichtigste für mich aber ist die gelungene Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich.

Ich sage nicht, daß diese Dinge nur durch die Europäische Gemeinschaft hätten kommen können. Das wäre sicher nicht richtig. Aber die Europäische Gemeinschaft hat eine sehr wichtige Rolle gespielt und ganz im besonderen durch den Erfolg Jean Monnets bei der Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die Entwicklung nach den Verträgen von 1950 hat in Westeuropa einen Frieden bewirkt, der von ganz anderer Natur ist als alles, was jemals zuvor nach einem Krieg in Europa zustande gekommen ist.

Wenn man sich noch einmal an das hervorragende Buch von Keynes „The Economic Consequences of the Peace“ (1919), über das, was 1918/19 in Versailles passiert ist, erinnert, in dem er damals schon voraussah, daß dieser scheinbare Friedensschluß noch viel Schlimmeres bewirken würde als das Vorhergegangene, dann wird das deutlich. Das, was 1950 im Gegensatz zu 1918/19 geschehen ist, war etwas ganz Phantastisches, eine wirkliche Revolution. Und die hat dann gerade auch in bezug auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich reiche Früchte getragen.

Heute muß man sich wegen der weiteren Entwicklung Europas große Sorgen machen. Denn wir haben m. E. am Anfang der 70er Jahre eine Veränderung in der Entwicklung Europas mitgemacht, die unsere Länder und die Europäische Gemeinschaft bislang nicht einkalkuliert haben. Der so großartig gelungene

Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte in starkem Maße darauf, erstens alle unsere Grenzen zu öffnen, zweitens sich extrem billig Energie beschaffen zu können und drittens bis zum Ende der 60er Jahre Europas quasi Monopolposition für alle Industrieprodukte zu erhalten, weil das einzige außereuropäische Land, das Industrieprodukte herstellte, die USA, sich am Export kaum beteiligte.

Die beiden letztgenannten Bedingungen haben sich völlig geändert. Wir haben keine billige Energie mehr und die Monopolposition für technisch anspruchsvolle Produkte ist verlorengegangen. In einer Zeit, in der sich außerdem die Technologie und das Kapital mit unerhörter Geschwindigkeit über die Welt verbreiten können, entstehen meiner Meinung nach für die Länder Europas sehr schwierige Anpassungsprobleme. Bislang versucht man diese Anpassungsprobleme national zu lösen, aber ich bin nicht sehr hoffnungsvoll, daß bei diesen Problemen nationale Lösungen möglich sind. Wir haben die etwas groteske Situation, daß der Gemeinsame Markt für alle Industrieprodukte besteht, aber daß wir für alles, was nun wirklich für die Zukunft unserer Industriegesellschaft wichtig ist, beispielsweise der Bereich der Telekommunikation, eigentlich wenig zusammenarbeiten. Fast die ganze moderne Industrie: Telekommunikation, elektronische Industrie, aber auch der Bereich zukunftsreicher Dienstleistungen wird zum großen Teil von Regierungsaufträgen beeinflusst. Und bei Regierungsaufträgen ist der Nationalismus noch stark ausgeprägt. Im wirtschaftlichen Bereich mache ich mir große Sorgen, weil ich eine Renationalisierung bei vielen Wirtschaftspolitikern sehe, deren Parameter aus durchweg verständlichen Gründen mehr auseinanderklaffen als je. Das alles macht den Zusammenhalt der Gemeinschaft immer schwerer. Ich finde die Lage viel besorgniserregender, als ich sie jemals in den letzten 30 Jahren gekannt habe. NG: Sie sagten vorhin, bei der Gründung der EG habe der Gedanke Pate gestanden, eine politische Union aus den verschiedenen Nationalstaaten zu schaffen. Dies ist ja nun wirklich nicht gelungen. Woran lag das?

M. K.: Es lag zum großen Teil daran, daß die nationalen Interessen und die Nationalgefühle zu stark waren. Jedes Land hat da seine eigene Rolle gespielt. Es wäre meiner Meinung nach völlig falsch, mit dem Finger auf ein bestimmtes Land zu zeigen. Dies war ein Grund. Der andere Grund war wahrscheinlich der, daß gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten die strukturellen Unterschiede zwischen unseren Ländern doch größer waren, als wir das viel-

leicht erhofft haben mögen – mit allem, was das an politischen Traditionen mit sich bringt.

Nehmen wir einmal einen Begriff, der in Deutschland manchmal negativ besetzt ist: Industriepolitik. Sie wird in Frankreich vom Staat seit hundert Jahren betrieben. Natürlich gibt es auch in Deutschland eine Industriepolitik. Sie wird aber auf eine völlig andere Art gemacht und wird auch mit völlig anderen Namen versehen. Manchmal sind es die Länder, die sie treiben, oder die Banken. Es geschieht manches, aber es geschieht in einer ganz anderen Weise als z. B. in Frankreich.

Es gäbe noch viele andere Beispiele. Jedenfalls sind die strukturellen Unterschiede zwischen unseren Ländern, die Mentalitäten und die nationalen Egoismen so stark, daß ein weitergehender Zusammenschluß der westeuropäischen Länder bislang ausblieb. Eine Regierung hängt in unserem politischen System ja von ihrer Nation ab und muß deshalb in erster Linie auch auf die jeweiligen nationalen Probleme eingehen. Und wenn die nationalen Probleme unterschiedlich sind, eine unterschiedliche Mentalität, unterschiedliche Industriestrukturen hinzukommen, dann ist es nicht einfach, alles auf einen gemeinsamen europäischen Nenner zu bringen. Die Schwierigkeiten sind gerade mit der Veränderung der Lage Europas Anfang der 70er Jahre größer geworden. Und ich empfinde die europäische Antwort auf diese vergrößerten Schwierigkeiten als viel zu schwach.

NG: Eine bessere gemeinsame europäische Antwort wäre ja wohl auch eine Möglichkeit, um die von Ihnen geschilderten Schwierigkeiten wirksamer bekämpfen zu können. Insofern beißt sich doch hier die Katze in den Schwanz: an sich verlangten die nationalen Interessen langfristig teilweise das Aufgeben nationaler Souveränitäten, um auch die nationalen Probleme besser lösen zu können.

M. K.: Ja, das meine ich auch. Natürlich kann man die nationalen politischen Führungen in den meisten westeuropäischen Ländern in ihrem nationalen Egoismus durchaus verstehen, aber es ist die Frage, ob dieses Festhalten am Althergebrachten uns weiterhilft. Die Regierungen sind durch die nationalen Probleme, durch die Notwendigkeit, kurzfristig nationale Lösungen zu finden, so gefesselt, daß es einen wirklichen politischen Einsatz für europäische Lösungen heute eigentlich kaum gibt. Natürlich gibt es viele Vorschläge und Pläne, zum Beispiel im Europäischen Parlament, und ich würde eine föderale Struktur Westeuropas, wie sie die Spinelli-Gruppe vorschlagen möchte, selbstverständlich wunderschön finden.

Aber ich glaube, man muß, wenn man Europa wirklich weiterhelfen will, in erster Linie das, was nun einmal die Basis unserer Gemeinschaft ist, nämlich den Gemeinsamen Markt, stärken. Und wir müssen gegen den auch in Europa zunehmenden Protektionismus mit seinen offenen und versteckten Subventionen, mit den nationalen Regionalpolitiken und den zahlreichen anderen Maßnahmen angehen. Das, was hier z. Z. geschieht, bringt allmählich die Gefahr mit sich, daß der Gemeinsame Markt geschwächt wird. Ich sage das nicht, weil ich meine, die Europäische Gemeinschaft sei nur eine wirtschaftliche Sache. Aber ich glaube doch, obwohl ich kein Marxist bin, daß die ökonomischen Interessen doch das Wesentliche sind, was uns zusammenbindet. Diese gemeinsamen Interessen aber kommen aus unseren Wirtschaftsverbindungen. Wenn sich die aber allmählich lösen, dann ist das eine gefährliche Sache – nicht nur für Westeuropa insgesamt, sondern auch für die einzelnen Staaten.

An sich sollte die Ausweitung der Gemeinschaft auf nun insgesamt zehn Mitglieder mit einer Vertiefung der Beziehungen in der Gemeinschaft einhergehen. Diese Vertiefung ist nicht zustande gekommen. Nun sind wir zu zehnt, und die politische Entscheidungskraft der Kommission, der Ministerräte usw. ist eher schwächer als früher – und das in einer Zeit, in der wir unbedingt weitsichtige Entscheidungen bräuchten.

NG: Sie haben vor kurzem eine gemeinsame europäische Anstrengung, ein Programm zur Bekämpfung der Inflation und Arbeitslosigkeit vorgeschlagen. Hätte ein solches Programm nicht zur Voraussetzung, daß die nationalen Anstrengungen bereits einigermaßen übereinstimmen und nicht so weit auseinanderliegen wie etwa heute zwischen Großbritannien und Frankreich, wo ja völlig verschiedene Politiken verfolgt werden?

M. K.: Ja, das ist natürlich die Schwierigkeit. Auch z. B. die deutsche Wirtschaftspolitik und die französische waren und sind heute ziemlich verschieden. Man braucht nur die Inflationsrate zu sehen, um zu wissen, wie unterschiedlich sie sind. Die Frage ist aber doch, ob die Debatte darüber, ob nun erst die nationalen Politiken übereinstimmen müßten, bevor man zu weiterer Einsicht kommen kann, oder ob mehr Einheit gerade auch zu weiterer Konvergenz führen würde, überhaupt sinnvoll ist. Ich bezweifle das, weil man meiner Meinung nach von beiden Seiten arbeiten müßte, denn die Probleme, die vor uns liegen, das einer teilweisen Modernisierung unserer Industrie beispielsweise, kann man nicht national

lösen, weil unsere Binnenmärkte dafür einfach zu klein sind. Daß wir z. Z. keine Wirtschafts- und Währungsunion schaffen können, ist klar. Aber daß es unmöglich wäre, zum Beispiel auf dem Gebiet der öffentlichen Aufträge mehr Gemeinsamkeit durchzusetzen, stimmt nicht. Nehmen Sie den Bereich der Telekommunikationssysteme in unseren Ländern. Dort gibt es in der Regel nur nationale Aufträge. Oder auch im Bereich der Energiepolitik könnte man manches machen, auch dann, wenn die Inflationsraten verschieden sind und deshalb zum Beispiel die Währungsunion eine Unmöglichkeit wäre.

NG: Welche Möglichkeiten sehen Sie denn, um die Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene zu beseiti-



gen? Eine Modernisierung der Industrie bringt ja wohl nicht mehr, sondern eher weniger Arbeitsplätze. Wie steht es mit der Reduzierung der Arbeitszeit, die offensichtlich im nationalen Rahmen nicht so konsequent durchgeführt wird, wie sich das manche vorgestellt haben?

M. K.: Ich denke, daß wahrscheinlich eine Verkürzung der Arbeitszeit (oder eine größere Flexibilität der Arbeitszeit) möglich wäre, aber die müßte unbedingt mit einer Modernisierung der westeuropäischen Industrie einhergehen. Denn wenn wir überalterte Industrien erhalten, die auf Dauer doch nicht

überleben können, dann kommen wir nicht weiter. Wir sind zu sehr mit der Weltwirtschaft verbunden und können uns nicht aus ihr lösen.

NG: Ein anderer Bereich neben der Wirtschaftspolitik, der vielleicht zu mehr Einigkeit zwischen den westeuropäischen Staaten beitragen könnte, könnte die Außenpolitik sein. Die beiden Supermächte sind zunehmend mehr ausschließlich aufeinander fixiert. Die Bedeutung Europas wird z. Z. immer geringer, wenn man sie an der Durchsetzungsfähigkeit europäischer Interessen mißt. Könnte nicht das Interesse, sich auch außenpolitisch stärker zu behaupten, zu mehr Gemeinsamkeit beitragen?

M. K.: Wahrscheinlich ja. Aber hier bin ich etwas doktrinär. Mehr Gemeinsamkeit muß sich letzten Endes immer in einer Stärkung der europäischen Institutionen niederschlagen. Aber es dürfte für längere Zeit nicht möglich sein, daß man wirklich außenpolitische Souveränität an Organe delegiert, die gemeinsame Außenpolitik für Europa machen. Die Regierungschefs müssen dies selbst bei ihrer Zusammenarbeit tun. Der Druck von außen wird sicher zunehmen und wird auch auf dem einen oder anderen Gebiet dazu führen, daß man zusammenarbeitet, aber für mich bleibt doch die Wirtschaftspolitik der eigentliche Kern der Gemeinschaft. Und hier, auf dem Gebiet, das von den Römischen und Pariser Verträgen getragen wird, ist z. Z. die Entschlußkraft durch eine Aushöhlung von Befugnissen, die die Brüsseler Kommission hatte, gering geworden. Dies könnte nur von Regierungen aufgefangen werden, die wirklich bereit sind, zusammen ein Programm zu beschließen, dies dann auch durchzusetzen und dafür die Kommission auch einzusetzen.

NG: Was hat zur Schwächung der Kommission geführt?

M. K.: Erstens die Erweiterung der Gemeinschaft ohne eine wirkliche Vertiefung der Beziehungen. Zum Beispiel besteht die Kommission jetzt aus 13 Leuten, unter denen der Präsident günstigstenfalls *Primus inter pares* ist, aber er kann nicht, wie der Bundeskanzler zum Beispiel, die Richtlinien der Politik bestimmen. Seine Kollegen hat er nicht selbst ausgewählt, sondern sie wurden jeweils von ihren Regierungen bestellt. Es wäre ein wirklicher Fortschritt, wenn man den Kommissionspräsidenten selbst sein Team auswählen ließe. Zweitens hat die Weltwirtschaftskrise alle Regierungen auf sich selbst zurückgeworfen. Und es gab niemanden, der gesagt hätte, hier müsse auf der europäischen Ebene gemeinsam agiert werden.

NG: Eine Stärkung der Kommission würde natürlich

sofort die Frage aufwerfen, wie weit sie demokratisch oder parlamentarisch kontrolliert wird. Würde eine Stärkung der Kommission nicht auch eine Stärkung der Befugnisse des Parlaments voraussetzen?

M. K.: Ich glaube nicht, daß man sie voraussetzen muß. Aber wenn das Parlament sich de facto einer starken Kommission gegenüber steht, dann würde dies auch das Parlament sehr stärken. Ich bin auch deshalb dieser Meinung, weil ich weiß, daß alles, was nur durch eine Änderung der Verträge bewirkt werden kann, zur Zeit nur sehr schwer zustande zu bringen ist. Wenn man nur bedenkt, daß eine solche Veränderung durch 10 Parlamente hindurch müßte, weiß man, was ich meine. Aber es gibt viele Dinge, die man tun könnte, wenn man nur die bestehenden Verträge wirklich anwendete. Aber die allmähliche Verringerung der Integrationsbereitschaft der Länder, das Prinzip der Einstimmigkeit, macht konkrete Entscheidungen so unerhört schwierig.

NG: Gibt es denn Aussichten, daß das Prinzip der Einstimmigkeit aufgegeben werden könnte? Vor kurzem ist es zwar einmal durchbrochen worden, aber es ist wohl zu fürchten, daß das eine Ausnahme bleiben wird.

M. K.: Ich bin der Meinung, daß wir jetzt in Europa, um weiterzukommen, ein relativ bescheidenes, einfaches Programm brauchen, das sich auf bestimmte Punkte beschränkt. Ich bedauere es, daß man in der Brüsseler Kommission, aber auch im Europa-Parlament, versucht, zuviel zu gleicher Zeit zu tun. Jedesmal, wenn man das Prinzip der Einstimmigkeit zur Sprache bringt, wird es keine Entscheidung geben. Die Engländer wollen keine Änderung und die Franzosen im Grunde auch nicht. Aber wenn man ein konkretes, relativ einfaches Programm hätte, das sich darauf richtet, den Gemeinsamen Markt zu stärken und auszubauen, da wo er noch nicht wirklich besteht – nochmals sei an die Industriepolitik und auch an den Sektor der Regierungsaufträge erinnert –, wenn man ein solches Programm hätte, dann könnte man m. E. auf Grund der europäischen Verträge ein solches Programm mit Mehrheit beschließen. Aber wenn man nur auf das Prinzip eingeht und nicht konkret wird, glaube ich nicht, daß die Schwierigkeiten überwunden werden können.

NG: Könnten Sie ein solches Programm näher beschreiben und auch einen Zeithorizont bezeichnen, der Ihrer Meinung nach politisch realistisch wäre?

M. K.: Ein Fünf-Jahres-Programm wäre eine sehr nützliche Sache. Ein solches Programm müßte sich darauf richten, nationale Maßnahmen, wie Subventionen aller Art wirklich unter Gemeinschaftskontrol-

le zu bringen. Es müßte die Regierungsaufträge „europäisieren“. Eine gemeinsame Energiepolitik halte ich für unbedingt notwendig. Darüber hinaus muß eine Politik beschrieben werden, die die Strukturen unserer Industrien einschließlich der sozialen Maßnahmen, die sich dann als notwendig erweisen werden, umfaßt.

NG: Sie sagten vorhin sinngemäß, daß die Regierungen, um ihrerseits den Europa-Gedanken stärker betonen zu können, die Unterstützung ihrer eigenen Nationen bräuchten. Aber es ist wohl richtig, daß ein solches Programm naturgemäß technokratisch sein müßte und auch Maßnahmen aufweisen dürfte, die nicht gerade die Zustimmung der breiten Massen finden. Die westeuropäischen Nationen würden nicht gerade begeistert sein. Mindestens aber eine breite Zustimmung wäre notwendig, um die Einigung voranzutreiben. Was also tun?

M. K.: Meines Erachtens gibt es kein Land in Europa, das nicht sehr konkret von der EG profitiert hat. Es muß möglich sein, dies den Leuten deutlich zu machen. Und es muß auch möglich sein darzustellen, was die Länder verlieren würden, wenn die „Sache Europa“ schiefliegen oder nicht wirklich weitergehen würde. Wenn die Grenzen jemals wieder in Europa zugehen, dann können wir dichtmachen.

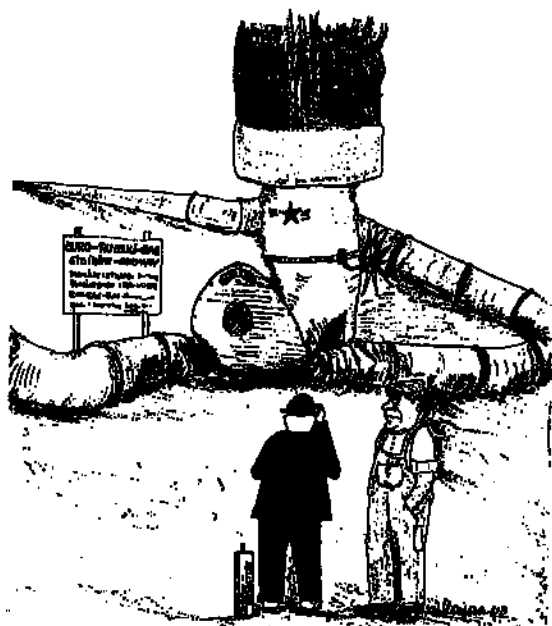
Übrigens ist politisch das Land, das bis jetzt der EG am meisten zu verdanken hat und wohl auch in Zukunft am meisten zu gewinnen hat, die Bundesrepublik Deutschland. Deshalb sollte die Bundesrepublik viel mehr als bisher eine zukunftsorientierte, wirkliche Europa-Politik betreiben. Sie opponiert zwar nicht wie das eine oder andere Land gegen eine Stärkung der Gemeinschaft, aber sie ist auch keine vorwärtstreibende Kraft. Damit meine ich nicht, daß z. B. Deutschland seine Währungsreserven nun der EG zur Verfügung stellen sollte oder dergleichen, aber ich bedauere es enorm, daß die Bundesrepublik so wenig aktiv ist. Natürlich weiß ich, daß unter den gegebenen Umständen manches sehr schwer ist. Die Liberalen meinen im Grunde immer noch, eine liberale Wirtschaftspolitik bei allen mache eigentlich eine Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft überflüssig.

Für die Deutschen sollte es noch einen weiteren Grund geben, in Europa aktiv zu sein. Ich gehöre zu den wenigen außerhalb Deutschlands und vielleicht auch innerhalb Deutschlands, die davon überzeugt sind, daß eines Tages die deutsche Wiedervereinigung stattfinden wird. Ich weiß nicht, ob das in drei Monaten sein wird oder in dreißig Jahren. Aber eines Tages wird sie kommen, denn das russische Kolonialreich wird nicht ewig Bestand haben. Hoffen

wir, daß sein Niedergang friedlich verlaufen wird. Dann aber muß eine europäische Gemeinschaft existieren, die so stark ist, daß nicht alle alten Komplexe Frankreichs wieder hochkommen. Heute würde das sicher noch der Fall sein.

NG: Nicht nur die Frankreichs, sondern wohl aller anderen Nachbarn Deutschlands auch.

M. K.: Mag sein, aber ich denke, im angedeuteten Sinne könnte sich dies ändern. Wenn ich mir zu die-



sem Punkt die Zukunft ausmalen sollte, so könnte ich mir vorstellen, daß eines Tages im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft der französische Vertreter die beiden deutschen Vertreter, den der DDR und den der Bundesrepublik, auffordert, sich endlich zusammenzutun, weil es nicht angehe, daß die Deutschen in Europa zwei Stimmen hätten und die anderen nur eine.

Entschließung zu den Leitlinien des Europäischen Parlaments für die Reform der Verträge und die Verwirklichung der Europäischen Union

Die Entschließung zu den „Leitlinien“ wurde vom Europäischen Parlament am 6. Juli 1982 in Straßburg mit großer Mehrheit verabschiedet. Der im Text erwähnte Institutionelle Ausschuß, der die Entschlüsselung politisch und sachlich vorbereitete, ging insbesondere auf die Initiative Altiero Spineilli zurück, der auch treibende Kraft während der Diskussion blieb. Der Verabschiedung ging eine teilweise heftige Debatte voraus, die sich vor allem um die Frage drehte, ob es z. Z. einen Sinn mache, große politische Programme zu verkünden, während man als Europäisches Parlament so wenig zur Lösung von konkreten politischen Problemen beitragen könne. Siehe auch die während dieser Debatte gehaltene Rede von Katharina Focke, abgedruckt in diesem Heft im Anschluß an die „Entschlüsselung“.

Das Europäische Parlament

A. angesichts der Tatsache, daß die Zugehörigkeit der Mitgliedstaaten zur Europäischen Gemeinschaft und zu den darauf gründenden Kooperationsformen diesen sowie der internationalen Völkergemeinschaft Nutzen gebracht hat, daß aber die Zeit, die erworbenen Erfahrungen und das Auftreten neuer politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen Reformen nötig machen;

B. in dem Bewußtsein, daß die politische, soziale und institutionelle Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft den Bedürfnissen und Bestrebungen der europäischen Bürger bei weitem nicht gerecht wird;

C. in der Überzeugung, daß die Gemeinschaft angesichts der verschärften internationalen Konflikte endlich voll und ganz die Rolle spielen muß, die ihr in der Welt zukommt, nämlich die eines Katalysators für Frieden und Entwicklung;

D. in der Überzeugung, daß eine Reform der Institutionen für ein besseres Funktionieren der Gemeinschaft zwar unerlässlich ist, aber kein Ersatz sein kann für gemeinsames Handeln, um den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu begegnen;

in der Überzeugung, daß eine Reform der Institutionen abgestimmt werden muß auf die neuartigen Aufgaben der EG, die sich ergeben aus der Verlangsamung des quantitativen Wachstums, der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Verknappung von Energie und Rohstoffen, der Bedrohung der natürlichen

Grundlagen des Lebens, der Einführung neuer Technologien etc.;

E. angesichts der Tatsache, daß es die laufenden Bestrebungen um ein besseres Funktionieren der Institutionen im Rahmen der vorhandenen Verträge verdienen, beharrlich weitergeführt zu werden, bis die notwendigen Reformen kommen, die vorzubereiten sich das Parlament verpflichtet hat;

F. aufgrund seines Beschlusses vom 9. Juli 1981, mit dem es beschloß, einen neuen politischen und rechtlichen Prozeß, der die Europäische Union herbeiführen soll, selbst in Gang zu setzen;

G. mehr denn je davon überzeugt, daß Texte für institutionelle Änderungen vom Parlament selbst erarbeitet werden müssen und zwar, wenn nötig, in mehreren Etappen;

H. überzeugt, daß die Öffentlichkeit bei entsprechender Unterrichtung die Maßnahmen zur Schaffung der Europäischen Union nachdrücklich unterstützen wird;

I. in Kenntnis des ersten Berichts des Institutionellen Ausschusses (Dok. 1-305/82);

1. weist darauf hin:

– daß das Ziel, die Europäische Union zu schaffen, schon 1952 durch den Vertrag zur Gründung der ersten Gemeinschaft gesteckt und seither bei zahlreichen Gelegenheiten in Verträgen, Abkommen, Erklärungen und den verschiedensten Initiativen bestätigt wurde, wie aus der vom Institutionellen Ausschuß zusammengestellten Sammlung hervorgeht;

– daß zwar wichtige Fortschritte auf dem Weg zur Union erzielt wurden, daß diese Fortschritte jedoch bisher nicht kontinuierlich verliefen, es der Gemeinschaft nicht ermöglichten, den wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen zu begegnen, und immer stärker durch nationalistische Verhaltensweisen und die Wiedereinführung traditioneller diplomatischer Verfahren gefährdet werden;

und erklärt:

– daß die Verwirklichung der Union nach wie vor unverzichtbar bleibt, will man stärkere, kühnere und besser in der Zustimmung der Bevölkerung verwurzelte gemeinsame Aktionen als bisher entwickeln, um der zunehmenden Abhängigkeit und Verwundbarkeit der Gemeinschaft zu begegnen;

– daß die bevorstehende Erweiterung der Gemeinschaft um weitere Mitgliedstaaten Reformen noch dringlicher macht;

2. hält es daher für notwendig, auf der Grundlage der gegenwärtig in Kraft befindlichen Verträge, Abkommen, Erklärungen und Gemeinschaftsakte einen Entwurf für Änderungen der Verträge auszuar-

beiten, zu dem die Aufgaben, Zuständigkeiten und Organe der Union auf der Basis der Grundwerte der Gemeinschaft definiert werden;

3. schlägt als Fundament für diesen Entwurf die folgenden großen Leitlinien vor:

4. die Aufgaben der Union, wie sie namentlich auf dem Pariser Gipfel von 1972 und in den Berichten von 1975 des Parlaments, der Kommission, des Gerichtshofs und von Herrn Tindemans dargelegt wurden, werden in einer historischen Perspektive formuliert, und zwar unter den Aspekten:

a) der wachsenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Solidarität ihrer Völker unter Wahrung der (individuellen und kollektiven) Menschenrechte und menschlichen Werte und der demokratischen Freiheiten sowie der ethnischen und kulturellen Vielfalt, des Fortschritts in der sozialen Gerechtigkeit, des Strebens nach Vollbeschäftigung, nach stabilem Wirtschaftswachstum, Hebung der Lebensqualität und Beseitigung der regionalen Ungleichgewichte;

b) des wirksamen Engagements für eine ausgewogene und gerechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle Länder der Welt und für eine stabile und offene Wirtschaft; c) eines starken und verantwortungsbewußten Beitrags zum Frieden und zur Sicherheit unter Wahrung der Rechte der Völker;

d) der verantwortungsbewußten Erhaltung und Wiederherstellung der Natur und der natürlichen Ressourcen im Hinblick auf eine kontinuierliche Entwicklung;

5. der Grundsatz der Subsidiarität, der einer der wesentlichen Grundsätze der Union ist, beinhaltet:

a) daß die Union nur die Aufgaben übernimmt, die gemeinsam wirkungsvoller als von einzelnen Mitgliedstaaten allein ausgeführt werden können oder deren Bewältigung eine Beteiligung der Union erfordert,

b) daß die Union nur in genau festgelegten Bereichen handelt,

c) daß die Befugnisse der Union sich streng nach der Aufteilung der Aufgaben und der Tätigkeitsbereiche zwischen der Union und den Mitgliedstaaten richten,

d) daß die Aufteilung der Aufgaben, der Tätigkeitsbereiche und der Befugnisse dem derzeitigen

Entwicklungsstadium, aber auch den weiteren Aussichten und der unvermeidlichen Entwicklung der Union Rechnung trägt;

6. zur Erfüllung dieser Aufgaben, deren Inhalt und Umfang je nach dem Entwicklungstempo der Union wechseln können, muß diese geeignete Befugnisse innehaben,

1. um für Vereinbarkeit und Konvergenz der Politiken der Mitgliedstaaten zu sorgen,

2. um gemeinsame Politiken auszuarbeiten und durchführen zu können,

3. um, wann immer der Grundsatz der Subsidiarität es erforderlich macht, neue Initiativen in folgenden Bereichen vorzuschlagen:

a) die in den Verträgen von Paris und Rom gesetzten Ziele,

b) die allgemeine Wirtschaftspolitik (insbesondere Kreditwesen, Investitionen, Steuerwesen, Forschung), die sektorale Politik (Industrie, Landwirtschaft, Tertiärsektor, Energie) und die Handelspolitik (vor allem in bezug auf Energie- und Rohstoffversorgung),

c) die Währungspolitik und die parallele Entwicklung der wirtschaftlichen und währungspolitischen Aspekte der Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere die Entwicklung gemeinsamer Instrumente,

d) die Durchführung einer Gesellschaftspolitik, vor allem in den Bereichen Sozial-, Regional-, Umwelt-, Kultur- und Informationspolitik,

e) der allmähliche Übergang von einzelstaatlichen Kooperationsmaßnahmen mit den Ländern der Dritten Welt zu einer entschlossenen gemeinsamen Entwicklungshilfepolitik mit dem Ziel, eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung zu fördern,

f) die fortschreitende Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Politik im Bereich der internationalen Beziehungen und der Sicherheit;

7. die Europäische Union ist mit Organen auszustatten, die, nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung definiert, die Legitimation und demokratische Kontrolle der gemeinschaftlichen Entscheidungen ebenso wie die Mitwirkung der Mitgliedstaaten gewährleisten und die Funktionsfähigkeit und Entscheidungswilligkeit der Gemeinschaft verbessern; die Organe der Gemeinschaft sind Vorläufer der Organe der Union, doch muß die Verteilung der Befugnisse geändert werden, um insbesondere die Rolle der Kommission zu verstärken, der politischen Kontrolle durch das Parlament mehr Gewicht zu verleihen und die Rolle des Rates neu zu definieren, damit ihre Handlungsfähigkeit verstärkt wird und sie den Bedürfnissen einer Organisation, die nicht nur Staaten, sondern auch Bürger eint, besser gerecht werden;

8. die derzeitigen Organe der Gemeinschaft werden so angepaßt, daß einerseits die bestehenden Mängel beseitigt werden und andererseits die Union die Möglichkeit erhält, neue Aufgaben zu übernehmen und ihre Befugnisse zu erweitern; der Institutionelle Ausschuß wird die Strukturen und die Befugnisse der Organe der Union nach folgenden Kriterien festlegen:

- a) es muß ein neues Gleichgewicht zwischen den Organen gefunden werden, aufgrund dessen jedes einzelne Organ innerhalb der Grenzen der Zuständigkeit der Union einen bedeutenden Einfluß auf deren Entscheidungen ausübt,
 - b) die Kommission wird als Schaltstelle der Union ihre Rolle als Initiatorin und Exekutive in vollem Umfang wahrnehmen; hierfür ist ihr Status in bezug auf ihre Ernennung, ihre interne Organisation und ihre Verantwortlichkeiten zu überprüfen,
 - c) Rat und Parlament, deren Mandate sich von den Mitgliedstaaten bzw. den Bürgern der Union herleiten, werden auf der Grundlage von Vorschlägen der Kommission oder aus eigener Initiative gemeinsam die Gesetzgebungsbefugnis ausüben; ebenso werden sie gemeinsam die von der Union geschlossenen Verträge ratifizieren und zusammen die Haushaltsbehörde der Union bilden,
 - d) das Parlament wird die politische Kontrolle über die Exekutive ausüben und in geeigneter Form an ihrer Einsetzung sowie an der Ernennung der Mitglieder des Gerichtshofs mitwirken,
 - e) der Rat muß durch geeignete Verfahren imstande sein, rechtzeitig die ihm obliegenden Beschlüsse zu fassen,
 - f) die Rolle und die Kompetenzen des Europäischen Rates werden festgelegt,
 - g) die institutionelle Verknüpfung der europäischen Zusammenarbeit mit den Gemeinschaftsverträgen wird verstärkt,
 - h) der Gerichtshof wird seine Befugnisse im Rahmen eines auf dem Recht und der Gewaltenteilung fußenden Systems ausüben,
 - i) Art und Rolle des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Rechnungshofes werden den Erfordernissen der Union angepaßt;
9. es wird in regelmäßigen Zeitabständen, die noch

genau festzulegen sind, und nach geeigneten Verfahren, an denen die Union und die Mitgliedstaaten beteiligt sind, eine Verteilung des Steueraufkommens zwischen Union und Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Aufgaben und Verpflichtungen der Union vorgenommen; im Rahmen dieser Verteilung sind die Union und die Mitgliedstaaten bei der Aufbringung ihrer Mittel und der Aufstellung ihrer Haushaltspläne autonom;

10. der gemeinschaftliche Besitzstand, der die geltenden Rechtsvorschriften und die bestehenden Politiken der Gemeinschaft, die politische Zusammenarbeit und das Europäische Währungssystem sowie alle im Rahmen der Gemeinschaft geschaffenen Organe oder Institutionen umfaßt, wird in der Union in Kraft bleiben, solange er nicht durch neue Gesetze und Politiken der Union geändert wird;

11. die im neuen Vertrag vorgesehenen Regeln für die Änderung der Verträge der Union werden entsprechend den mehr oder weniger umfassenden Charakter der beabsichtigten Änderung und dem von der Union erreichten Entwicklungsstadium differenziert;

12. beauftragt seinen Institutionellen Ausschuß, die vorliegenden Leitlinien weiterzuentwickeln und dabei auch die erforderlichen Konsultationen mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stellen der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft zu führen, eine von Sachkenntnis geprägte Diskussion zu fördern, in die die politischen und intellektuellen Kräfte eines jeden Mitgliedstaates einbezogen werden, Gutachten einzuholen und sodann auf dieser Grundlage eine Reihe von Vorschlägen auszuarbeiten, die das Parlament Anfang 1983 prüfen wird, und schließlich im Lichte dieser Beratungen einen Vorentwurf für einen Vertrag abzufassen, der dem Parlament im Herbst 1983 vorgelegt werden soll.

Katharina Focke: Fenster aufmachen!

Die im folgenden abgedruckte Rede Katharina Fockes war Teil einer Debatte im Europäischen Parlament in Straßburg über die sogenannte Spinelli-Initiative (s. S. 630 ff. in diesem Heft). Sie kennzeichnet recht gut die weitverbreitete Skepsis innerhalb des Europäischen Parlaments gegenüber vollmundigen Verlautbarungen, die zwar das mehrheitlich akzeptierte Ziel einer Stärkung der Europäischen Gemeinschaft enthalten, aber wenig Aussicht bieten, das formulierte Ziel auch zu erreichen. Dr. Katharina Focke, Jahrgang 1922, war SPD-Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit und ist seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Es dürfte den Bürgern Europas nicht leicht fallen, das zu verstehen, was wir hier heute machen. Ich möchte es zu erklären versuchen: Nachdem wir uns vor einem Jahr selbst den Auftrag erteilt haben, Vorschläge für Reformen der EG im Zusammenhang mit ihren Aufgaben und folglich auch mit ihren Institutionen vorzulegen, sind wir nun dabei, diesen vagen Auftrag genauer zu beschreiben. Über dieses Stadium sind wir nicht hinausgekommen. Die eigentliche Arbeit kommt erst. Um welche Aufgaben es sich handelt, die dann besser als bisher, anders als bisher, jenseits dessen, was in den schon bestehenden Verträgen steht, für die Zukunft der Menschen in Europa angepackt werden müssen, ist nur stichwortartig angedeutet.

Über die Institutionen steht schon einiges mehr im Spinelli-Leitlinien-Antrag. Das ist so, weil für die Absätze über Institutionen alte Schubladen geöffnet und Vorstellungen wieder hervorgeholt wurden, die vor 25 Jahren die Diskussion beherrschten, also zu einer Zeit, an die sich viele ältere Streiter für Europa, die nun im Institutionellen Ausschuß des Europäischen Parlaments beisammensitzen, gern erinnern.

Sie analysieren aber nicht nur die europäische Krise falsch, sondern ich fürchte, sie überschätzen auch, welchen Gefallen die neue Generation an diesen alten Vorstellungen finden kann. Diese fragt danach, was wir dazu beitragen wollen, daß alle Arbeit haben, eine Aufgabe, ein Thema, das sich vor 25 Jahren so noch nicht stellte. Wir wissen inzwischen auch, welchen Schaden die ungehemmte Wirtschaftsmaxime und -praxis des Gemeinsamen Marktes unserer Natur antut und wie sie die Kluft zwischen reichen und armen Regionen in der Gemeinschaft

vergrößert statt verringert. Um das aber zu formulieren, braucht es nicht alte Schubladen, sondern neue Einsichten darüber, wie die Europäische Gemeinschaft sich wandeln muß, um diese Probleme zu lösen.

Ich möchte deshalb den Bürgern Europas sagen: Nehmen Sie diese (Spinelli-)Leitlinien nur als ein vorläufiges Signal dafür, daß wir den uns selbst gestellten Auftrag erfüllen wollen, daß wir aber darüber noch sehr unterschiedliche Vorstellungen haben. Deshalb ging es uns wie den vielen Köchen mit dem Brei. Dieser hier ist zwar nicht verdorben, aber vage, unklar und voller Widersprüche – vor allen Dingen zwischen Zielen und Mitteln, wie das halt so ist, wenn um der Einigkeit Europas willen von jedem Vorschlag etwas genommen und das Ganze dann zusammengedrückt wird. Die weitere Arbeit wird dies erweisen und hoffentlich korrigieren, soweit das nicht jetzt und schon durch die Änderungsanträge der Sozialistischen Fraktion gelingt.

In diesen Änderungsanträgen wird die Tür aufgestoßen zu einer bürgerlichen, vielfältigen Gemeinschaft anstelle jener bürgerfernen, zentralen bürokratischen Schaltstelle, die übrigens, seit es uns wirtschaftlich schlechter geht, nicht mehr schaltet, weil sie keinen gemeinsamen politischen Willen mehr spürt. In unseren Änderungsanträgen wird das Fenster aufgemacht für einen Blick auf eine zukünftige europäische Gesellschaft, die ihre eigene europäische Lebensweise, einen „European way of life“, wenn Sie so wollen, oder eine „identité Européenne“ bestimmt und politisch gestaltet, und zwar in einer Verbundenheit, die sich aus gemeinsamen, in diesen 25 Jahren gewandelten Bedürfnissen herleitet und die auf gemeinsame Werte ausgerichtet ist, auf qualitatives Wirtschaftswachstum, auf menschen- und umweltfreundliche Produktionsweisen bei Technik und Energie, auf einen behutsamen Umgang mit der Natur und ihren Reichtümern, auf eine Beteiligung der Betroffenen an den Entscheidungen.

Das heißt Mitbestimmung, aber auch Dezentralisierung und eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Dies wiederum heißt in ganz einfachen Worten: Es verstößt gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinschaften leisten und zum guten Ende führen können, für die größere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen. Ebenso verstößt es gegen dieses Prinzip, dann nicht gemeinsame Entscheidungen, Regeln und Normen zu setzen, wenn es ohne diese gemeinsame Orientierung nicht zur Bedürfnisbefriedigung im notwendigen Zusammenspiel von der lo-

kalen bis zur europäischen Ebene kommen kann.

Der Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission für eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist ein interessantes Modell für eine solche neue Form der Willensbildung in der Gemeinschaft. Unser Parlament sollte sich eher damit beschäftigen als mit alten Verfassungsentwürfen.

Das Europäische Parlament hat sich einen Auftrag gegeben, von dessen guter Erfüllung neben der laufenden ordentlichen Arbeit viel abhängt, wie glaubwürdig es in den Wahlkampf zur zweiten Direktwahl 1984 gehen kann. Es geht auch um seine Kompetenzen, aber vor allem um seine Rolle bei dem Versuch, die Bürgernähe der Europäischen Gemeinschaft herzustellen und die Bedürfnisse der Menschen in der

heutigen Zeit ins Zentrum auch einer institutionellen Reform zu stellen. Das Europäische Parlament nimmt seine urparlamentarische Pflicht und schon vorhandene Kompetenz wahr, wenn es in einer Krisen- und Umbruchzeit neue Perspektiven, eine konkrete reale Utopie für die gemeinsam zu bewältigende Zukunft aufzeigt – eine Zukunft, in der es vor allem darum geht, durch neue Triebkräfte und neu erkannte gemeinsame Interessen soweit zusammenzuwachsen, daß die europäische Verantwortung für den Frieden in der Welt handelnd wahrgenommen werden kann. Die Leitlinien, die wir heute beschließen sollen, haben damit noch sehr wenig zu tun. Bringen wir sie rasch hinter uns, damit wir an die eigentliche Arbeit gehen können!

Thomas von der Vring: Zum Stand der spanischen EG-Beitrittsverhandlungen

Prof. Dr. Thomas von der Vring, Jahrgang 1937, ist Mitglied des Europäischen Parlaments. Der ehemalige Professor für Arbeitslehre/Politik und Gründungsrektor der Universität Bremen gehörte 1969/70 dem Bundesvorstand der Jungsozialisten an, Beiträge in NG 7 und 8/74, 4/75 und 8/81.

Glaubt man der veröffentlichten Meinung, so brachte der Staatsbesuch des französischen Präsidenten Mitterrand Ende Juni in Spanien erneut einen schweren Rückschlag für die spanischen Bemühungen um den Beitritt zur EG. Man solle nicht, so erklärte Mitterrand in einer Rede gegenüber dem spanischen König, mit dem Beitritt Spaniens der Misere der EG eine weitere Misere hinzufügen. Die Spanier empfanden diesen Satz als Ohrfeige.

Zu diesem Satz könnte man einiges sagen, zum französischen Sprachgebrauch, zur historischen Verknüpfung der Begriffe „grandeur“ und „misère“ und mehr noch zu den spezifischen Schwierigkeiten der Interpretation französischer diplomatischer Formeln. Auch muß man in Erwägung ziehen, daß selbst eine solche präsidentielle Adressen an den spanischen König nicht zuletzt an die Öffentlichkeit Südfrankreichs gerichtet ist. – Aber der übrige Text der Rede Mitterrands zeigt eine deutlich andere Tendenz als das öffentliche Echo seiner Madrid-Reise. Von einer wirklichen Blockade des spanischen Beitritts durch

Frankreich kann, so scheint mir, *nicht mehr die Rede* sein.

Erinnern wir uns: Präsident Giscard hatte ein Jahr vor den französischen Präsidentschaftswahlen erklärt, der spanische Beitritt müsse so lange ausgesetzt werden, bis die Sanierung der europäischen Agrarpolitik von den EG-Regierungen vereinbart worden sei. Das bedeutete angesichts der gegenwärtigen Chancenlosigkeit jeglicher durchgreifender Reform der Agrarpolitik faktisch die unbefristete Blockade des spanischen Beitritts, der von der Gemeinschaft offiziell – noch immer – für den 1. 1. 1984 vorgesehen ist. Die Erklärung Giscard hatte erkennbar im Zusammenhang mit dem anlaufenden Wahlkampf gestanden. Mitterrand hatte dann betont, Giscard habe damit nur seine (Mitterrands) Position übernommen. Die übrige Gemeinschaft reagierte mit Entsetzen, und das Problem des spanischen Beitritts wurde reduziert auf die spekulative Frage: Für wie skrupellos hält man in letzter Konsequenz den französischen Nationalismus?

Da dieser Nationalismus sich in Frankreich von Partei zu Partei nur wenig unterscheidet, erhielt diese Spekulation durch den sozialistischen Wahlsieg nur eine geringe Neuorientierung. Gleichwohl regten sich auch Hoffnungen: französische Sozialisten könnten doch am Ende den Anschluß Spaniens an die Gemeinschaft der europäischen Demokratien nicht wegen einiger läppischer Probleme um Salat, Spinat und Wein scheitern lassen.

Dementsprechend war es in den letzten Jahren die Strategie der übrigen EG-Regierungen, den prakti-

sehen Beginn der Beitrittsverhandlungen zu erzwingen, um die wirklichen Gegensätze zu klären. Man setzte die Franzosen dabei durchaus unter Druck; allerdings vermied man einstweilen die Nagelprobe und vertagte die Diskussion der Agrarprobleme. Gewisse Verhandlungserfolge in den nicht-agrarischen Fragen, aber fortdauernde Blockade der Diskussion der Agrarprobleme der Erweiterung und damit die faktische Aufrechterhaltung der von Giscard eingeleiteten Beitritts-Blockade ohne Aussicht auf ein Ende: so stellte sich die Hängepartie des spanischen Beitritts am Vorabend des französischen Staatsbesuches in Spanien dar.

In dieser Rede nun, die so viele Emotionen ausgelöst hat, hat Präsident Mitterrand zwei Aussagen gemacht, die von der Öffentlichkeit nicht beachtet worden sind:

1. Frankreich sagt Ja zum Beitritt Spaniens;
2. Frankreich wünscht die unverzügliche Aufnahme der Beitrittsverhandlungen über die entstehenden Agrarprobleme auf möglichst hoher Ebene.

Dies bedeutet faktisch eine *Wende* der französischen Haltung, eine Aufhebung der französischen Verhandlungsblockade. Es ist bemerkenswert, wie verborgen diese Aussagen für die Öffentlichkeit geblieben sind, obwohl der Text sehr klar und jedem Journalisten zugänglich ist.

Dieses diplomatische Manöver sollte nicht die Illusion aufkommen lassen, der spanische Beitritt sei nun „gelaufen“. Das Ringen ist nur in eine neue Phase getreten. Aus der Sicht der Bundesrepublik, die aus prinzipiellen politischen Gründen den spanischen Beitritt uneingeschränkt unterstützt, scheinen mir heute einige Überlegungen angebracht darüber, wie es weitergeht und welche Rolle die Bundesregierung spielen kann, die im ersten Halbjahr 1983 die EG-Präsidentschaft innehaben wird und dabei eine gewisse Chance besitzt, die Süderweiterung der EG zum Abschluß zu bringen.

Es geht, so sagt man, um den Ausgleich nationaler Interessen, die mit dem spanischen Beitritt verbunden sind. Aber bereits dieser Begriff „nationale Interessen“ muß in der EG mit Vorsicht behandelt werden. Im täglichen Umgang mit diesem Begriff habe ich in den vergangenen Jahren gelernt, daß es folgende verschiedene Formen „nationaler Interessen“ gibt:

- Probleme, die wirklich mit Einnahmen und Ausgaben eines Landes zu tun haben, wobei aber immer noch zu fragen ist, welcher konkrete Interessent wirklich hinter dem Subjekt Nation steht;
- fingierte Interessen, die ein nationales Opfer vor-

spiegeln, um irgendeine andere Kompensation zu erhalten;

- scheinbare Interessen, die entweder
 - auf bloßer Einbildung beruhen oder
 - die dazu dienen, der eigenen Wählerschaft die kämpferische Verteidigung ihrer Interessen vorzu-spiegeln oder
- Erfindungen sind von verhandlungsführenden Beamten, die bei ihren Regierungen den Eindruck besonderer Verhandlungskompetenz erzeugen wollen.

Kein Begriff eignet sich in Europa so gut zur betrügerischen Manipulation wie jener des „nationalen Interesses“.

Bislang waren in den Verhandlungen zwischen der EG und Spanien diese Positionen der EG im nicht-agrarischen Handelsbereich strittig, die bemerkenswerterweise nicht zuletzt von französischer Seite geprägt worden sind:

- Vollständige Einführung des Mehrwertsteuer-Systems in Spanien vom Tage des Beitritts an;
- schrittweiser Abbau der spanischen Importzölle zur EG binnen höchstens dreier Jahre nach dem Beitritt.

Folgende ökonomische Fakten charakterisieren die interessensspezifische Relevanz dieser EG-Bedingungen:

1. Die Einführung der Mehrwertsteuer in Spanien verteuert die gewerklische Produktion und verbessert die relative Wettbewerbssituation der gewerblichen Importe aus der EG. Die Spanier wollen die Mehrwertsteuer zwar unverzüglich einführen, wünschen aber gewisse befristete Ausnahmen, um existenzgefährdende Wettbewerbsveränderungen für ihren kleinbetrieblichen Bereich zu vermeiden. Die Einführung der Mehrwertsteuer schafft gerade im rückständigen spanischen Fiskalsystem riesige technische Schwierigkeiten. Auch die EG selbst hat sich mit der Einführung der Mehrwertsteuer viel Zeit gelassen.
2. Die Einführung der Mehrwertsteuer wird das spanische Sozialprodukt um wenigstens dreieinhalb Prozent verteuern. Welchen Währungseffekt dieser Inflationsstoß haben wird, weiß niemand. Es kann durchaus sein, daß der Wettbewerbseffekt zugunsten der EG-Exporteure durch Währungseffekte weitgehend neutralisiert werden wird.
3. Der Zollschatz der spanischen Industrie gegenüber der EG beträgt unter den Bedingungen des heutigen Assoziationsstatus ca. acht Prozent der spanischen Preise, während die EG-Zölle gegenüber Spanien nahezu abgebaut sind. Die dreijährige Anpassungsfrist würde eine Wettbewerbsverbesserung...

rung für die EG-Exporteure von ca. 2,5 Prozent pro Jahr bedeuten.

4. Dieser vermeintliche Vorteil gilt jedoch nur unter der fragwürdigen *ceteris-paribus*-Fiktion der traditionellen Nationalökonomie. Nach Angaben der Dresdner Bank waren, gemäß den laufenden Wechselkursen, die industriellen Lohnstückkosten Spaniens Mitte 1981 25 Prozent höher als die französischen, 14 Prozent höher als die deutschen, ein Prozent niedriger als die belgischen und acht Prozent niedriger als die britischen. Gegenüber 1978 hatten sich diese Relationen um 10-20 Prozent zuleisten Spaniens verschlechtert – ohne administrative Maßnahmen, als bloßer Reflex von Lohn-, Preis- und Währungsbewegungen.

Das bedeutet: alle diese Vorteile, auf deren möglichst rascher Durchsetzung die EG gegenüber Spanien unnachgiebig besteht, sind als ökonomische Wirkungen unsicher und überdies relativ gering im Verhältnis zu den unkalkulierbaren Reflexen der ökonomischen Entwicklung. Sie für Essentials nationaler Interessen zu halten im Zusammenhang mit dem politischen Ziel der Süderweiterung der EG scheint mir wenig überzeugend.

Gewiß gibt es einige reale Probleme auf seiten der heutigen EG, z. B. die Einfügung Spaniens in die europäische Stahlpolitik (sofern eine solche tatsächlich existiert) oder die Vermeidung einer neuen Welle der Arbeiterwanderung von Spanien nach Frankreich. Auch der landwirtschaftliche Bereich wird einige schwierige Probleme aufwerfen. Konkrete Einschätzungen sind zwar erst möglich, wenn die Agrarverhandlungen mit Spanien in Gang gekommen sind. Schon heute aber kann man vermuten, daß die Auswirkungen des Beitritts auf die französische Landwirtschaft geringer sein werden, als die Stillisierung dieser Problematik durch Frankreich erwarten läßt.

Die konkreten Detailverhandlungen über die Konditionen des spanischen Beitritts beginnen also allmählich. Der Nebel lichtet sich. Die wirklichen Konturen werden abschätzbar. Dabei zeigen sich die tatsächlichen Probleme Frankreichs kleiner als vor-

gegeben. Dem entspricht Mitterrands Kurskorrektur.

Mehr noch: mir scheint, es deutet sich ein neues – und doch vertrautes – Verhandlungsziel Frankreichs an. Frankreich spielt seine Agrarprobleme mit Spanien hoch, um am Ende gewisse finanzielle Kompensationen der EG für seine Stützprodukte zu erhalten, wobei der propagandistische Aufwand zu verschleiern hilft, daß diese Forderungen relativ wenig mit jenen spezifischen Agrarproblemen zu tun haben, die der spanische Beitritt aufwirft. Am Ende wird es wohl um mehr Garantieaufwendungen und Interventionen für Wein, Obst und Gemüse gehen, so wie auch der Weinkrieg Frankreichs gegen Italien dazu gedient hat, die EG zahlungswilliger zu machen.

Diese von Italien im Prinzip geteilten französischen Ziele sind durchaus verständlich, stellt man in Rechnung, daß heute drei Viertel der EG-Agrarsubventionen für typische Nordprodukte aufgewandt werden – zum Nutzen insbesondere der Niederlande, Belgiens, Dänemarks und der Bundesrepublik. Nur zielt die Reformperspektive der EG-Agrarpolitik insbesondere in der Bundesrepublik eher auf den Abbau dieser unproduktiven Überschusssubventionierung und auf eine Umlenkung der EG-Mittel zugunsten produktiver und beschäftigungsintensiver Strukturförderungsmaßnahmen. Um diese Wende der EG-Politik zu erzwingen, weigern wir uns einstweilen, die Ein-Prozent-Grenze der Mehrwertsteuereinnahmen der EG anzuheben.

So läuft der Gang der Dinge in den Spanien-Verhandlungen offenbar darauf hinaus, den Deutschen den Schwarzen Peter zuzuspielen: angesichts der Unfähigkeit der EG, die überständige Reform der Milchmarktordnung durchzusetzen (die die deutsche Netto-Zahler-Position, des Finanzministers Maßstab europäischer Politik, verschlechtern würde), werden die Franzosen wahrscheinlich versuchen, die Aufhebung der Ein-Prozent-Mehrwertsteuer-Grenze zum letzten Preis für den spanischen Beitritt zu machen. Damit gerät die Bundesrepublik plötzlich in eine böse Situation.

Rudi Arndt: Wieviel Geld ist Europa wert? Erste Einigung im europäischen Haushaltsstreit

Rudi Arndt, Jahrgang 1927, ist Erster Vizepräsident der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied des Haushaltsausschusses des EP. Frühere Beiträge in NG 8/71, 9/74 und 8/75.

Europäischer Haushaltskonflikt zwischen Parlament und Ministerrat

Der 30. Juni 1982 könnte ein wichtiger Termin für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft gewesen sein. An diesem Tag haben in Brüssel der Präsident des Europäischen Parlaments, Piet Dankert, ein Sozialist, der Präsident des Ministerrates, Leo Tindemans, ein Christdemokrat, und der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, ein Liberaler, eine gemeinsame Erklärung der drei europäischen Organe über die Klassifizierung der Ausgaben der EG unterschrieben. Damit ist einer der Hauptstreitpunkte zwischen dem Parlament und dem Ministerrat mit einem Kompromiß beendet worden, wobei es natürlich in Zukunft bei der genauen Auslegung dieses Kompromisses nicht ganz störungsfrei zugehen wird.

Um was ging es bei diesem Kompromiß konkret? Das Parlament hatte Ausgabenansätze im Haushaltsplan als sogenannte nichtobligatorische Ausgaben eingestuft, die der Ministerrat im Gegensatz dazu als obligatorische Ausgaben betrachtete. Dies ist für die Verabschiedung des europäischen Haushaltes von ganz wesentlicher Bedeutung, da – um es vereinfacht zu sagen – bei den obligatorischen Ausgaben der Ministerrat die letzte Entscheidungsmöglichkeit hat, während bei den nichtobligatorischen Ausgaben das Parlament das letzte Wort spricht. Wenn man die jeweils extremste Auslegung des Ministerrates und des Parlaments zugrunde legt, ging es dabei immerhin um einen Unterschied von bis zu 7 Milliarden DM; oder anders gerechnet: das Parlament verlangte die letzte Entscheidungsbefugnis über ein Drittel des gesamten Haushalts, während der Rat nur bereit war, dem Parlament diese Entscheidungsbefugnis für ein Fünftel zuzugestehen.

Jahrelang hatte das Europäische Parlament darauf gedrängt, daß sich die beiden Haushaltsorgane, Ministerrat und Parlament, unter Einbeziehung der Kommission in Brüssel in Verhandlungen über die Einstufung der Ausgaben einigen sollten. Jahrelang hat-

te der Ministerrat auch versprochen, diese Verhandlungen zu führen, aber leider kam es nie dazu. Erst nachdem das Europäische Parlament bei der Verabschiedung des Haushalts 1982 einen Betrag von mehreren Hundert Millionen DM als nichtobligatorisch einstufte und der Präsident des Parlaments diesen Haushaltsplan rechtskräftig veröffentlichte, kam es zu einer Klage des Ministerrates gegen das Parlament; gleichzeitig wurde damit das Einverständnis zu Verhandlungen verbunden.

Diese Verhandlungen führten dann zu besagter Erklärung, die am 30. Juni von den Präsidenten der Organe unterschrieben wurde. Konkret sagt diese Einigung zu dem jetzt laufenden Haushaltsplan 1982, daß ca. 1,6 Milliarden DM, die vom Rat bisher als obligatorische Ausgaben behandelt wurden, in Zukunft als nichtobligatorische Ausgaben einzustufen sind. Konkret handelt es sich um Ausgaben für die Verbesserung der Agrarstruktur, die Förderung des Fischereiwesens, Hilfen bei Naturkatastrophen und Nahrungsmittelhilfe für Entwicklungsländer.

Dieser Kompromiß ist nicht nur deshalb zu begrüßen, weil damit die Klage des Ministerrates gegen das Europäische Parlament zurückgenommen wird, sondern auch weil er signalisiert, daß vernünftigerweise starke Kräfte in Organen der Europäischen Gemeinschaft dafür sorgen, daß derartige Auseinandersetzungen nicht vor dem Gerichtshof, sondern politisch gelöst werden. Gerade Sozialdemokraten haben sich in den letzten Jahren mit steigendem Unmut dagegen gewehrt, daß politische Entscheidungen vom Bundesverfassungsgericht getroffen werden. Das kann in Europa nicht anders sein. Politische Entscheidungen müssen – so schwer es auch oft ist – von den politischen Gremien getroffen werden. Es war daher nur schwer zu verstehen, daß die deutsche Bundesregierung sowohl beim Haushalt 1981 das Parlament mit einer Klage überzog als auch 1982 sich der Klage gegen den Haushaltsplan anschloß. Die Klage gegen den Haushalt 1981 wurde zurückgezogen, die gegen den Haushalt 1982 wird ebenfalls zurückgezogen werden – sicher kein Zeichen für die Stärke der eigenen Argumentation.

Der Streit um die Netto-Zahler-Position

In der Bundesrepublik wird die Auseinandersetzung um den europäischen Haushalt vordringlich unter dem Schlagwort Netto-Zahler-Position geführt. Diese Argumentation lautet – einfach ausgedrückt: „Wir Deutsche zahlen 5–6 Milliarden DM mehr in die Europäische Gemeinschaft hinein als wir bar von der Europäischen Gemeinschaft zurückbekommen.“

Um diesen Satz zu beurteilen, muß man zunächst die tatsächlichen Zahlen und ihre Einstufung kennen. Die Europäische Gemeinschaft bezieht Einnahmen aus folgenden drei Positionen:

- ▷ Zölle,
- ▷ Abschöpfungen auf Einfuhren und Agrarprodukte,
- ▷ Mehrwertsteuer-Abführung aus den Mitgliedsländern.

Die Zölle und Abschöpfungen sind direkte Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft, die entstehen, wenn Produkte die Zollgrenze zwischen der EG und anderen Ländern überschreiten. Bei der Einziehung dieser Gelder bedient sich die Europäische Gemeinschaft vernünftigerweise der nationalen Behörden.

Wer diese Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft, die lediglich durch Amtshilfe der nationalen Behörden eingezogen werden, als ursprünglich dem Mitgliedsstaat zustehende Mittel bezeichnet, der argumentiert intellektuell unredlich. Es wäre dasselbe, wenn zum Beispiel alle Einnahmen aus Einkommens- und Umsatzsteuer, die der Stadt Frankfurt durch städtische oder Landesbehörden eingezogen werden, zunächst als Geld der Stadt Frankfurt betrachtet würden. In diesem Fall wäre der „Netto-Zahler-Beitrag“ der Stadt Frankfurt an den Bund im Verhältnis fast doppelt so hoch wie jetzt – unter denselben falschen Annahmen – die Bundesregierung den Netto-Zahler-Beitrag gegenüber der Europäischen Gemeinschaft ausrechnet. In Wirklichkeit ist nur die Mehrwertsteuer-Abführung an die Europäische Gemeinschaft als ernsthaft anrechenbarer Beitrag der Bundesrepublik an die EG zu bezeichnen, und das sind zur Zeit etwa 7 Milliarden DM. Die Mittel aus Zöllen und Abschöpfungen, die von deutschen Behörden im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft eingezogen werden, betragen ebenfalls 7 Milliarden DM. Aus europäischen Kassen fließen in die Bundesrepublik 8 Milliarden DM zurück, wovon rd. 6 Milliarden DM im Agrarbereich landen.

Dies sind die finanziellen Leistungen und Gegenleistungen, bei denen man allerdings nicht die politischen und wirtschaftlichen Vorteile, die uns die Europäische Gemeinschaft bringt, außer acht lassen kann. Selbst wer, wie der Großteil der maßgebenden Politiker in der Bundeshauptstadt, die politischen Aspekte vollkommen vernachlässigt und auf die rein finanziellen Aspekte abhebt, müßte eigentlich erkennen, welch unendlicher finanzieller Vorteil diese Leistungen an die Europäische Gemeinschaft für uns bedeuten. Es muß in Rechnung gestellt werden, wieviel die Bundesrepublik Deutschland als der Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft mit dem

größten Industriesektor von der wirtschaftlichen Integration profitiert hat. Man braucht sich nur die handelsschaffenden und handelsumlenkenden Effekte der Europäischen Gemeinschaft anhand des erwirtschafteten Bruttosozialprodukts vor Augen zu halten, 1957, als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde, betrug der Anteil des Außenhandels mit den EG-Staaten 10,7 Prozent des Bruttosozialproduktes. 1980 wurden 22,2 Prozent, das ist mehr als ein Fünftel der Summe aller erwirtschafteten Güter und Dienstleistungen der Bundesrepublik, aus dem Handel mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft erwirtschaftet. Es gibt mit Sicherheit kaum eine andere Sache auf der Welt, die einen derartig hohen Nutzen für die Volkswirtschaft und damit für unseren gesamten Wohlstand abwirft wie die Leistung, die wir für die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft aufbringen.

Der Finanzbeitrag der anderen Mitgliedsstaaten

Die Argumentation aus der Krämermentalität über den Netto-Beitrag verdeckt dabei das eigentliche Problem der Einnahmen und Ausgaben des europäischen Haushalts. Der Ärger besteht doch letztlich nicht darin, daß Deutschland als eines der wirtschaftsstärksten Länder finanzielle Leistungen erbringt, sondern der Skandal ist darin zu sehen, daß andere wirtschaftlich etwa gleich starke Länder mehr Geld von Europa herausbekommen als sie einzahlen. Der Skandal besteht darin, daß Großbritannien, dessen Bruttosozialprodukt unter dem Durchschnitt der Mitgliedsländer liegt, genau wie die Bundesrepublik, erheblich mehr Geld einzahlen muß und daß Portugal, wenn es heute bereits Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wäre, alsärmstes Land Europas trotzdem mehr Geld nach Brüssel abführen müßte als es zurückbekommt.

Der Skandal besteht nicht in der Festsetzung der Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft; er besteht darin, daß die Ausgaben falsch strukturiert sind. Dies hat in erster Linie etwas damit zu tun, daß der Ministerrat sich bis heute nicht auf die vom Parlament, von der Kommission und auch von den einzelnen Mitgliedsregierungen verlangte Reform der Ausgaben im Bereich der Agrarpolitik einigen konnte. Solange dem Landwirt zum Beispiel für Milch, Zucker oder Rindfleisch ohne Rücksicht darauf, ob diese Produkte überhaupt noch auf dem Markt absetzbar sind, Garantiepreise zugesagt werden, solange ist dem Landwirt nichts vorzuwerfen, wenn er für Gefrierhäuser und Lagerhallen produziert. Das Parlament hat im Sommer 1981 und die Kommission

im Jahr 1982 Vorschläge zur Abschaffung dieser sogenannten „strukturellen Überschüsse“ gemacht, die leider bisher keinen entsprechenden Beschluß des Ministerrates herbeiführten. Hier ist der Ansatzpunkt auch für die deutsche Bundesregierung, um die Europäische Gemeinschaft von dem schlechten Image zu befreien, zu dem es durch die Verzerrung der Ausgaben gegen den deutlichen Willen der Wähler gekommen ist. Aber manchmal kommt dem Europa-Politiker der Verdacht, daß aus beschränktem nationalem Denken alles mögliche getan wird, um diesen schlechten Ruf zu erhalten.

Europäisches Parlament erfolgreich bei der Einschränkung der Agrarausgaben

Das Europäische Parlament hat durch eine harte Haushaltskontrolle sehr viel dazu beigetragen, um den Anteil der Agrarausgaben am europäischen Haushalt deutlich einzuschränken. Im Gegensatz zu den Mitgliedsregierungen war das Parlament nämlich der Auffassung, daß durch eine starke Haushaltskontrolle die Ausgaben im Agrarsektor deutlich eingeschränkt werden könnten. Schon das indirekt gewählte Parlament hat gegen den Widerstand der Mitgliedsregierungen 1977 den Europäischen Rechnungshof installiert. Das direkt gewählte Europäische Parlament hat dann durch einen eigenen Ausschuß für Haushaltskontrolle angefangen, Schnelsen in das Dickicht der unkontrollierten Agrarausgaben zu schlagen. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das, daß von den ursprünglich vom Ministerrat vorgeschlagenen Beträgen für die Agrarpolitik im Haushaltsjahr 1981 ein Betrag von über 4 Milliarden DM eingespart werden konnte, wovon allein an die Bundesregierung Ende 1981 ein Betrag von ca. 1 Milliarde DM zurückvergütet wurde. Nachdem das Parlament schon gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsvorschlag des Ministerrates für 1982 einen Beitrag von ca. 2 Milliarden DM gekürzt hatte, zeigte sich schon im Mai dieses Jahres, daß trotz der Erhöhung der Garantiepreise die Ausgaben im Agrarsektor mindestens 1,2 Milliarden DM niedriger liegen werden.

Das Europäische Parlament geht davon aus, daß zusätzliche erhebliche Einsparungen möglich sind. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, daß der Anteil der Agrarausgaben am Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaft von früher bis zu 79 Prozent auf nunmehr knapp unter 60 Prozent herabgedrückt werden konnte. Natürlich hat dies auch etwas mit der Entwicklung der Weltmarktpreise zu tun, weil bei verhältnismäßig hohen Weltmarktpreisen Einsparungen bei der Ausfuhrerstattung möglich sind. Aber

die vom Parlament durchgesetzten härteren Kontrollen der Subventionen, die Tatsache, daß der Kommission bisher die Entlastung für das Haushaltsjahr 1980 verweigert wurde, all dies hat zu den Einsparungen entscheidend beigetragen. Der Ärger an der ganzen Sache ist, daß das Parlament vom Ministerrat zum Teil aber auch von manchen Skandaljournalisten, im Stich gelassen wurde. Wenn im Zusammenhang mit der Haushaltskontrolle vom Parlament skandalöse Vorkommen bei der Ausgabenpolitik aufgedeckt wurden, dann haben dies Mitgliedsregierungen und manche Journalisten dazu benutzt, die ganze Europäische Gemeinschaft einschließlich des Parlaments in die Pfanne zu hauen.

Der Hintergrund der Haushaltskonflikte

Die Auseinandersetzungen um den Europäischen Haushalt zwischen Parlament und Ministerrat gehen auf eine Grundsatzauseinandersetzung zurück, die eigentlich in allen Ländern in der Entwicklung der parlamentarischen Demokratie stattgefunden hat. Zunächst kämpfen die Regierungen verzweifelt darum, daß entstandene Parlamente möglichst nur beratend tätig sein sollen. Jedes einzelne Recht des Parlaments, auch das Haushaltsrecht, wurde jeweils von dem Parlament erst nach langen Auseinandersetzungen erobert. Nicht anders ist dies beim Europäischen Parlament. Im Ministerrat wird nach wie vor die Auffassung vertreten, daß erst die Politik und die Einzelheiten der Politik von den Mitgliedsregierungen bestimmt werden, und erst danach das Parlament auch das Recht habe, im Rahmen des Haushaltsplanes die Finanzierung dafür zur Verfügung zu stellen. Dies ist in dieser Form oft genug auch von zuständigen Bundesministern in mehr oder weniger verbindlicher Form kundgemacht worden. Vor Tische – also vor der Direktwahl – las man's anders. Alle maßgebenden Parteien haben in ihren Wahlprogrammen zur Europäischen Direktwahl mehr Befugnisse, vor allem Haushaltsbefugnisse, für das Parlament verlangt. Auch in den offiziellen Erklärungen der Bundesregierung, zum Beispiel bei ihren Initiativen zur Europäischen Union, wird die Forderung nach mehr Befugnissen für das Parlament offiziell vertreten. Es ist nicht mehr zu fordern, als daß die theoretischen Forderungen der Parteiprogramme und der Bundesregierung ganz einfach in die Praxis umgesetzt werden.

Die Haushaltskonzeption des Europäischen Parlamentes

In allen seinen Haushaltsberatungen seit 1979 hat das Europäische Parlament im Grundsatz vertreten,

daß eine Umstrukturierung des Haushaltes notwendig ist, d. h. daß die Agrarausgaben unter Kontrolle gehalten werden müssen und die Entwicklung anderer Politiken zu fördern ist. Das Europäische Parlament will also nichts anderes als eine Umstrukturierung der Ausgaben mit Priorität bei Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, bei der Verminderung des Wohlstandsgefälles zwischen den einzelnen Regionen, einer einheitlichen Energie- und Verkehrspolitik und eine Verstärkung der Mittel beim Kampf gegen den Hunger in der Welt.

Für diese Prioritäten, die sowohl dem sozialdemokratischen Europa-Programm als auch den grundsätzlich erklärten Zielen der Bundesregierung entsprechen, ist es gelungen, immer wieder große Mehrheiten im Europäischen Parlament zu erreichen. Man müßte doch von der politischen Vernunft her annehmen, daß deshalb die Vorschläge des Parlaments zu den jeweiligen Haushaltsplänen, die nicht in einem einzigen Fall ein Überschreiten der 1-Prozent-Grenze bei der Mehrwertsteuer zur Folge gehabt hätten, auf eine volle Zustimmung des Ministerrates, vor allen Dingen aber der deutschen Bundesregierung, gestoßen wären. Leider entstand aber jedesmal ein Haushaltskonflikt. Der Ministerrat argumentierte, das Parlament habe ja in seiner grundsätzlichen politischen Einschätzung Recht, aber es liege nicht in der

Befugnis des Parlaments, eine derartige Umstrukturierung des Haushalts zu beschließen. Dies müsse durch den Ministerrat geschehen, und man sei nun einmal noch nicht so weit. Es ist eine Argumentation, die sehr stark an den Reichskanzler von Bismarck erinnert. Auch der sagte immer bei den Konflikten mit dem Reichstag: Es mag ja sein, daß dieses Hohe Haus etwas durchaus Richtiges vorschlägt. Aber für die Durchführung ist einzig und allein die Reichsregierung zuständig, und deshalb werden die Vorschläge jetzt nicht verwirklicht.

Hoffnung für die Zukunft

Wenn man die ständigen Haushaltskonflikte zwischen Rat und Parlament in der Vergangenheit bedauert, für den Entwicklungsprozeß in Europa scheinen sie unabdingbar. Die Erklärung der drei Präsidenten vom 30. Juni zeigt, daß das Hoffen auf Vernunft nicht vergebens ist. Natürlich war es eine glückliche Konstellation, auch personeller Art: Da stand der überzeugte Europäer und Christdemokrat Leo Tindemans an der Spitze des Rates. Da wurde das Parlament durch den früheren Obmann für Haushaltsfragen der Sozialistischen Fraktion, Piet Dankert, vertreten. Diesen beiden vor allem ist es zu verdanken, daß es zu der Einigung kam. Ein Hoffnungsschimmer am europäischen Horizont.

Dagmar Luuk: Rückkehr gegen Bares — ein entwicklungspolitischer Offenbarungseid Arbeitnehmergesellschaften in Südeuropa

Die Berliner Diplom-Politologin Dagmar Luuk, Jahrgang 1940, ist Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Von 1975 bis 1980 war sie Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus. Sie beschreibt im folgenden ein sehr spezielles, aber auch sehr wichtiges Kapitel europäischer Politik.

Die Republik sorgt sich nicht ohne Grund: Während die Demographen bis zum Jahr 2000 die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer auf 7 Millionen hochrechnen, signalisieren die Wirtschaftsprognosen für den gleichen Zeit-

raum wenig Hoffnungsvolles. Konkret bedeutet dies, daß sich der soziale Konfliktstoff zwischen Deutschen und Ausländern weiter aufladen wird. Die bange Frage stellt sich, ob die Zeitbombe, die tickt, explodieren wird — oder jene Vielzahl von Programmen, die derzeit propagiert werden, die soziale Hochspannung wird abbauen können.

Während die einen „Dämme gegen neue Völkerwanderungen“ errichten und die anderen die „Förderung der Rückkehrwilligkeit“ favorisieren wollen, verändern sich in der deutschen Publizistik Ton und Sprache gegenüber den Ausländern. Gestandene publizistische Rechtsaußen wie Rudolf Hermann stellen Vergleiche zwischen der Apartheidpolitik in Südafrika und der Ausländerpolitik bei uns an. Die FAZ greift mitten hinein ins deutsche Vorurteil: „Nicht nur Arbeitslosen und alten Menschen in Heimen, denen man das Taschengeld gekürzt hatte, fällt es zunehmend schwerer, die Milliarden-Ausgaben für die Ausländer oder gar den ‚Integrationsticket‘ der Re-

gierung in Bonn zu verstehen.“ „Das bisher von Humanitätsduselei und kaum verhüllter Erpressung“, so meint das Blatt, „vergiftete Klima hat verhindert, daß rechtzeitig eine menschliche und ökonomisch tragbare Ausländer-Konzeption erarbeitet werden konnte“. Wenn solche Argumente in den Postillen für die gehobenen Stände bereits Einzug gehalten haben, dann muß man sich wundern, daß der soziale Friede zwischen Deutschen und Ausländern dort, wo die tagtäglichen Berührungspunkte sind, noch so intakt ist. Selbstsicherheit ist hier allerdings fehl am Platz. Man darf durchaus die Gewißheit haben, daß die relative Stabilität dieses sozialen Friedens abrupt zu Ende sein könnte. Die Uhren laufen schon.

Rückkehrbereitschaft ist kein Selbstläufer

Neben administrativen Maßnahmen wie der Reduzierung der Familienzusammenführung und der innenpolitischen Übereinstimmung, bei der 1986 anstehenden Assoziation der Türkei in die Europäische Gemeinschaft die Freizügigkeit auszuschließen, gewinnen aktuell die Überlegungen zur Förderung der Rückkehrwilligkeit der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer mehr und mehr die Oberhand. „Rückkehr gegen Bares“ scheint die Devise zu sein. Wie es indessen um die Rückkehrwilligkeit der Ausländer bestellt ist, wissen die wenigsten.

Das Maß an Rückkehrbereitschaft der Ausländer in ihre Heimatländer dürfte kaum Anlaß geben, Euphorie in den Gastländern zu erwecken. Seit Anwerbestopp und Ölkrise hat sich die Motivation der bei uns lebenden Ausländer geändert. Ihr Ziel ist es, solange wie möglich im Gastland zu bleiben. Das hat dazu geführt, daß über 50 Prozent der Ausländer seit mehr als zehn Jahren bei uns leben. Der Aufenthalt wird also mehr und mehr einer normalen Auswanderung ähnlich – mit der Perspektive einer Rückwanderung nach dem Erreichen der Altersgrenze. Diese Motivation ist auch deshalb verständlich, weil sich das Wohlstandsgefälle zwischen Gastland und Entsendeland trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage bei uns in keiner Weise verändert hat und das System der sozialen Sicherung im Gastland einer Arbeitslosigkeit in der Heimat vorzuziehen ist. Die Attraktivität der Heimat ist unter diesen Umständen nach wie vor gering.

Jede Politik der Rückwanderungshilfe wird solange ineffizient sein wie die soziale und wirtschaftliche Lage in den Entsendestaaten unverändert bleibt. Die Entsendestaaten sehen die Rückwanderung eher als Konsequenz einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Heimatregionen, eine Konsequenz, die die

wirtschaftliche Entwicklung noch weiter vorantreibt. Ein solcher Beitrag wird nicht geleistet, wenn die Rückwanderer in ihrem Gastland keine ausreichende Fachausbildung erhalten haben, wenn sie in ihrem Heimatland keine Beschäftigung finden oder wenn sie etwa in den traditionellen Branchen wie der Landwirtschaft und dem Dienstleistungsgewerbe arbeiten und damit die in ihrer Heimat bereits herrschenden Disparitäten verstärken. Die Rückkehrbereitschaft ist alles andere als ein Selbstläufer, und sie bedarf, wie die Bundesregierung in ihren Beschlüssen zur Weiterentwicklung der Ausländerpolitik festgestellt hat, gerade „aus entwicklungspolitischer Sicht“ einer gezielten Förderung.

Die Idee ist bestechend, die Praxis ernüchternd

Die Überlegung, rückkehrwillige Fachkräfte aus den Entwicklungsländern entsprechend zu fördern, ist keineswegs neu. Spätestens mit der Unterzeichnung des „Ankara-Abkommens“ von 1972, einer Vereinbarung über die Reintegration türkischer Arbeitnehmer durch die Regierungen in Bonn und Ankara, wurde diese Idee Praxis. Die Grundüberlegung war, am praktischen Beispiel Türkei Humankapital ebenso wie Startkapital in einem möglichst intensiven Umfang für die wirtschaftliche Entwicklung des Entsendestaates zu nutzen; die Gastarbeiter Mehmet und Achmed kehren also nach erhaltener Fachausbildung in die Türkei zurück und arbeiten in ihrem im Gastland erlernten Beruf in einem Unternehmen der Heimat, an dessen Investitionen sie dank ihres Sparkapitals selbst einen Anteil haben. Die Idee ist bestechend, die Praxis – oft genug – ernüchternd.

Bereits Mitte der 60er Jahre waren in der Bundesrepublik die Arbeitnehmergesellschaften entstanden, Aktiengesellschaften türkischen Rechts, von türkischen Arbeitnehmern gegründet mit dem Ziel der Errichtung von Unternehmen in der Türkei. Die Anteilsscheine oder Aktien werden an die türkischen Arbeitnehmer verkauft, mit dem Erlös werden Betriebsgründungen in der Türkei finanziert.

Die Entwicklung der Arbeitnehmergesellschaften verläuft beeindruckend: Über 200 000 Aktionäre werden mobilisiert, an Eigenkapital werden mehr als 600 Mio. DM aufgebracht, rund 1,5 Mrd. DM werden insgesamt investiert. Über 150 solcher Unternehmen arbeiten derzeit in der Türkei, weitere 100 sind im Aufbau. In den bereits arbeitenden Unternehmen werden rund 12 000 Arbeitsplätze geschaffen, weitere 10 000 Arbeitsplätze werden bei der Inbetriebnahme der gegenwärtig im Aufbau befindlichen Unternehmen hinzukommen.

Diese auf den ersten Blick beeindruckenden Zahlen verlieren bei näherer Betrachtung an Glanz: Fest steht, daß ein nicht unbedeutender Teil dieser Unternehmen sich in kaum lösbarer wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet. Fest steht, daß diese Schwierigkeiten überwiegend aus Planungs- und Managementfehlern der Investoren resultieren, die meist ihr Dorf oder ihre Heimatregion zur Bezugsgröße machen und nicht das Projekt selbst oder das zu fertigende Produkt. Diese häufig genug nichtökonomische Orientierung der Mitglieder der Arbeitnehmergesellschaften ist die Ursache für die ökonomischen Probleme und wirtschaftlichen Fehlschläge der Unternehmen. Die Beratungs- und Förderinstitutionen können nur dort korrigierend eingreifen, wo rechtzeitig um Beratung nachgesucht wird und Fehlplanungen damit noch revidierbar sind.

Patriotische Motive

Trotz mancher wirtschaftlichen Fehlschläge herrscht unter den türkischen Arbeitnehmern in unserem Land eine unvermindert hohe Neigung, ein Teil ihres Sparvermögens in Arbeitnehmergesellschaften einzubringen. Dies geschieht, wie Umfragen beweisen, aus höchst patriotischen Motiven, die weit vor den persönlichen rangieren. Mehr als 40 Prozent der Befragten nennen als Hauptgrund für den Aktienkauf die Absicht, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Heimat zu leisten. Erst danach rangiert mit gut 22 Prozent die Absicht, zur Einkommenssicherung nach der Rückkehr beizutragen. 21 Prozent verfolgen die Absicht, zur Arbeitsplatzsicherung nach der Rückkehr beizutragen.

Die Hoffnung der Aktionäre, mit ihrer Investition auch ein Anrecht auf einen Arbeitsplatz in der Türkei erkaufen zu können, erfüllt sich in der Praxis kaum. Von den derzeit rund 12000 Arbeitsplätzen, die von Arbeitnehmergesellschaften geschaffen wurden, sind maximal 1000 bis 1200 von Rückkehrern besetzt. Wenn das Modell Arbeitnehmergesellschaften also noch nicht gescheitert ist, so dürfte dies auf das beinahe altruistische Motiv der Aktionäre zurückzuführen sein, das seine Erklärung gerade auch in der islamischen Tradition findet.

Dieses Motiv und die Tatsache, daß die Sparguthaben der in der Bundesrepublik arbeitenden türkischen Arbeitnehmer einen zweistelligen Milliardenbetrag ausmachen, sollte uns veranlassen, eine verstärkte Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung zu suchen, um die Anlagemöglichkeiten für Gastarbeiterinvestitionen zu verbessern und die wirtschaftlichen Risiken zu mindern. Damit wird sowohl

die Hilfe zur Selbsthilfe effizienter, die entwicklungs- politische Komponente ausgeprägter und die Chance zur Wiedereingliederung verstärkt.

Wesentliche Voraussetzung dazu ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Türkei selbst. Konkret bedeutet dies die Schaffung spezieller regionalpolitischer Entwicklungsprogramme und die Installierung eines Netzes von Beratungsstellen für die Gewerbeförderung.

Hinzukommen muß eine Diversifizierung der Angebots- und Investitionsformen, um die Bereitschaft der türkischen Arbeitnehmer, ihre Ersparnisse im Heimatland anzulegen, noch stärker als in der Vergangenheit auszuschöpfen. Arbeitnehmergesellschaften sind nur eine von vielen Anlageformen. Viele Rückkehrer investieren z. B. in Familienbetriebe, deren wirtschaftliche Situation oft genug noch bescheidener ist als die der Unternehmen von Arbeitnehmergesellschaften. Gerade in diesem Bereich mangelt es an einer qualifizierten Beratung.

Plakative Formeln sind noch keine Lösungen

Dem Interesse der türkischen Regierung an einer breiten Mobilisierung des Gastarbeiterkapitals möglichst in staatlichen Fonds könnte Rechnung getragen werden, wenn eine breite Palette von Anspar- und Verwendungsmodellen entwickelt würde, die dem einzelnen ausländischen Arbeitnehmer eine Auswahl der Anlagemöglichkeiten erlaubt und gleichzeitig eine stärkere Sicherheit für die Bonität der Anlage bietet. In dem Maße, in dem sich die Anlagemöglichkeiten für Gastarbeiterersparnisse verbessern, kann auch die Quote der Rückwanderer gesteigert und die individuelle Wiedereingliederung erleichtert werden.

Aufgabe wird es also sein, in Gesprächen mit der türkischen Regierung die Voraussetzungen für den Transfer von Gastarbeiterkapital zu verbessern und dabei die Rückwanderung als einen mittelfristigen Nebeneffekt zu betrachten. Ein Erfolg wird nur zu erzielen sein, indem man ein differenziertes Programm von Ansparmodellen in der Bundesrepublik und Anlagemöglichkeiten in der Türkei schafft, die flankiert werden von Ausbildungsprogrammen und regionaler Entwicklungsförderung.

Die vieldiskutierten Rückkehrprämien, wie etwa die Kapitalisierung von Renten- und Arbeitslosenversicherung oder Kindergeldansprüchen, sollten in ihrer Wirkung auf die Rückkehrwilligkeit nicht überschätzt werden. Der Mitnahmeeffekt bei solchen Programmen ist groß, der entwicklungspolitische Wert eher zweifelhaft. Das französische Beispiel sollte als

Bücher für NG-Abos

Ich habe einen neuen NG-Abonnement erworben.
 Meine Anschrift:

Anschrift des neuen Abonnenten:

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft _____ „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 48,- DM zuzüglich von z. Z. 9,- DM Versandkosten im Inland und 9,60 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- ☐ **Udo Achen (Hg.):**
Zum Lichte empor. Mai-Festzeiten der Sozialdemokratie 1891-1914. 1980. 216 S.
- ☐ **Axel Hegbrecht:**
Volk aus Gewehr. Chronik eines Berliner Hauses 1930-1934. 3. Aufl. 1980. 255 S.
- ☐ **Friedrich G. Kärbsch (Hg.):**
Dieses Land schließt einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 1981. 240 S.
- ☐ **Susanne Miller / Heinrich Potthoff:**
Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.
- ☐ **Johano Strasser / Klaus Traube:**
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 1981. 410 S.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Datum
 Unterschrift des neuen Abonnenten

Neuerscheinungen der Verlage Neue Gesellschaft und J.H.W. Dietz Nachf.

Ich bestelle hiermit
 Ex. Autor/Titel DM je Ex.

Der alltägliche Faschismus - Frauen im Reich. 224 S.	22,-
<i>Gilberto Granados/Erik Gurgules:</i> Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
<i>Friedrich G. Kärbsch (Hg.):</i> Dieses Land schließt einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 240 S.	19,80
<i>Susanne Miller/Heinrich Potthoff:</i> Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.	19,80
<i>Inge Stöhlen (Hg.):</i> Der Hunger nach Erfahrung. Frauen nach '45. 184 S.	22,-
<i>Johano Strasser/ Klaus Traube:</i> Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 410 S.	29,80
Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:	
Die Wahl der Buchhandlung überlasse ich dem Verlag.	
Datum	Unterschrift

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)

Senden Sie an folgende Anschriften ein
Probexemplar:

Name:
Straße:
PLZ, Ort:

Name:
Straße:
PLZ, Ort:

Name:
Straße:
PLZ, Ort:

Absender:

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit
Schriftmaschine ausfüllen.)

.....
.....
.....
.....

Verantwort



Die
Neue
Gesellschaft
— Redaktion —
Postfach 200 189
5300 Bonn 2

Postkarte



Verlag
Neue Gesellschaft
Postfach 200 189
5300 Bonn 2

Warnung dienen, denn das mit einem enormen Finanzaufwand Ende der 70er Jahre betriebene Rückkehrprogramm hatte schließlich zur Folge, daß 91 Prozent der Rückkehrer nach Nordgriechenland darauf verwiesen, sie würden sofort wieder auswandern, wenn sie nur die Gelegenheit dazu hätten.

Die Erfahrungen mit den türkischen Arbeitnehmersgesellschaften sollten auch berücksichtigt werden, wenn das griechische Parlament nun in hoffentlich absehbarer Zeit das deutsch-griechische Remigrationsabkommen ratifiziert und wenn dann zwischen beiden Seiten der Kooperations- und Förderrahmen zu vereinbaren ist. Neugründungen von Arbeitnehmersgesellschaften sind ökonomisch oft genug fraglich. Daher sollten verstärkt Überlegungen angestellt werden, Gastarbeiterkapital in „Joint ventures“ einzu beziehen oder auch bei Erweiterungsin-

vestitionen in bereits bestehenden Unternehmen anzulegen, um damit die üblichen Planungs- und Managementprobleme bei Neugründungen zu vermeiden.

Die Entsendestaaten, gerade die Türkei, aber auch Griechenland, sollten erkennen, daß eine verstärkte Kooperation in diesen Fragen dazu beitragen kann, die eigene Infrastruktur zu verbessern, Arbeitsplätze zu schaffen und damit auch qualifizierte Arbeitnehmer zur Rückkehr in die Heimat zu bewegen. Wir aber müssen uns bewußt sein, daß plakative Formeln wie etwa die „Kapitalisierung der Rentenansprüche der Gastarbeiter“ noch keine Lösungen enthalten, denen aus entwicklungspolitischer Sicht zuzustimmen wäre. Eine Rückkehr gegen Bares ist keine Entwicklungspolitik, eher ein entwicklungspolitischer Offenbarungseid.

Klaus Wettig: Hessisches Konzept zur Reform der EG-Agrarpolitik — eine Lösung?

Klaus Wettig, Jahrgang 1940, ist SPD-MdEP, Mitglied des Landwirtschaftsausschusses und des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments, Mitglied des Fraktionsvorstandes der Sozialistischen Fraktion; Beiträge in NG 7/75, 12/75 und 11/78.

Je größer die Probleme der EG-Agrarpolitik werden, je ausgewogener sich die Reformdebatte entwickelt, desto zahlreicher werden die Vorschläge zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik. Das im März 1981 vorgelegte „Hessen-Modell“ (Karl Schneider, hessischer Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten, Konzept zur Reform der EG-Agrarpolitik, Wiesbaden), von Jörg Jordan in NG 12/81 erläutert, ist ein weiterer Versuch, der Reformdebatte die Richtung zu weisen *): den Weg zu einer umweltschonenden Landwirtschaft, die dem Sündenfall der modernen Agrarwirtschaft begegnet, ihrem schnellen Griff zu Tierarznei- und Pflanzenschutz-

mitteln, ihrem Angriff auf „überflüssige“ Hecken, Wegränder oder Feuchtgebiete. Die ökonomischen Zwänge der derzeitigen Agrarpolitik, die nach Auffassung des „Hessen-Modells“ die Landwirte in „Abhängigkeit von Chemie und Mechanisierung“ bringen, sollen mit einem Konzept aufgebrochen werden, das die Überschußprobleme beseitigt, die landwirtschaftlichen Einkommen verbessert, die Abwanderung aus der Landwirtschaft stoppt und Ziele des Umweltschutzes verwirklicht.

Im wesentlichen soll dies mit zwei Maßnahmen erreicht werden: Einfrieren oder Senkung der Preise für landwirtschaftliche Produkte bis zum Erreichen des Marktgleichgewichtes und Zahlung direkter, an die bewirtschaftete Fläche gebundene Einkommensbeihilfen, um die sozialen Folgen des Preisverfalls aufzufangen. Es ist vorgesehen, diese Beihilfe jedem Landwirt zu zahlen, großen Betrieben allerdings pro Flächeneinheit weniger als kleinen, auch regionale Unterschiede und „ökologische Leistungen“ sollen berücksichtigt werden.

Das Prinzip dieses Konzeptes (Angleichung von Angebot und Nachfrage durch Preissenkung und Abmilderung sozialer Auswirkungen durch direkte Beihilfen) findet sich auch in anderen Vorschlägen: zum Beispiel in den „Leitlinien für die Europäische Landwirtschaft“ der EG-Kommission vom 26. 10. 81, im Bericht der Apel-Kommission (1980), in den Agrarpolitischen Leitlinien der Gewerkschaft GLF oder im Vorschlag der Sozialistischen Fraktion des

*) Auf der Basis des „Hessen-Modells“ lag dem SPD-Parteitag in München ein Antrag des Bezirks Hessen-Süd (Nr. 328) vor, der als Material überwiesen wurde.

Europäischen Parlaments (Barbara Castle, Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, 1981). In Ergänzung der Kritik, die Martin Schmidt-Gellens zum „Hessen-Modell“ in NG 2/82 vorgetragen hat, werden im folgenden einige Kritikpunkte akzentuiert.

Problem: Flächegebundene Beihilfen sind problematisch

Das Vorhaben im „Hessen-Modell“, die Beihilfe an die bewirtschaftete Fläche zu binden, ist vor allem problematisch durch zwei Ziele:

1. „Erhaltung möglichst vieler landwirtschaftlicher Arbeitsplätze bei breiter Einkommensstreuung und Teilhabe an der allgemeinen Einkommens- und Wohlfahrtsentwicklung“ und
2. „Sicherung und Verbesserung der ökologischen Lebensgrundlagen durch Landbewirtschaftung“, „Erhaltung der Kulturlandschaft“ (NG 12/81).

Das System der flächegebundenen Beihilfen sieht keine sozialen Kriterien (wie Einkommen des Landwirts) vor, und es werden keinerlei Auflagen (wie Einschränkung der Produktion von Überschussprodukten oder Verpflichtung zu bestimmten umweltschützenden Maßnahmen) gemacht.

Es ist also zu erwarten, daß die Ungerechtigkeiten des derzeitigen Systems – in etwas geänderter Form – weiterbestehen:

- ▷ Große Betriebe, die häufig keiner Förderung bedürfen, werden weiter gefördert, und sie werden, auch bei degressiver Gestaltung der Beihilfe, in der Regel absolut mehr Fördermittel erhalten als kleine Betriebe.
- ▷ Landwirte in besonders schlechten Einkommensverhältnissen werden nicht ausreichend gefördert, da dieser Aspekt nicht berücksichtigt wird.
- ▷ Kleine, besonders spezialisierte Betriebe mit hohem Einkommen erhalten zusätzlich hohe Fördermittel, weil nur die bewirtschaftete Fläche berücksichtigt wird.

Es ist auch zu erwarten, daß eine Reihe von Landwirten diese Beihilfe nicht – wie die Autoren erwarten – für privaten Konsum nutzen und ihre Landwirtschaft extensiver betreiben wird. So wie bereits heute Nebenerwerbslandwirte einen Teil ihres Einkommens aus dem Haupterwerb in ihren landwirtschaftlichen Betrieb stecken – trotz stark gestiegener Betriebsmittelkosten und in den letzten Jahren nahezu stagnierender realer Erzeugerpreise –, so werden Landwirte die Beihilfe zu weiterer Intensivierung, unter Umständen sogar zusätzlicher Erzeugung von Überschussprodukten nutzen. In dieser Hinsicht sind ja keinerlei Auflagen vorgesehen.

Schließlich wird dieses Beihilfesystem zu einer weiteren Erhöhung der Bodenpreise führen und Boden noch mehr als bisher zum Spekulationsobjekt werden lassen. Denn wenn allein der Besitz des Bodens (auf dem man, um die geforderte Mindestbearbeitung sicherzustellen, Lohnunternehmer beschäftigen kann) regelmäßig staatliche Zahlungen garantiert, läßt sich eine bessere Geldanlage kaum denken.

Daß flächegebundene Beihilfen den Strukturwandel hemmen, ist Bestandteil des Konzeptes und beabsichtigt; auf die damit verbundene Problematik wird weiter unten eingegangen.

Das vorgelegte System flächegebundener Beihilfen ist aber nicht nur aus genannten Gründen problematisch, es ist auch nicht finanzierbar. Die „Modellrechnung“ der Autoren, in der sie die derzeitigen Marktordnungskosten auf die landwirtschaftliche Nutzfläche umlegen, geht in verschiedener Hinsicht an der Realität der EG vorbei:

1. wird es eine Reihe von Jahren dauern, bis ein Marktgleichgewicht erzielt ist, solange wird weiterhin ein beträchtlicher Teil der Mittel für die Überschussbeseitigung verwendet werden müssen und steht nicht zur Finanzierung der Flächenbeihilfen zur Verfügung.
2. sollen Mittel im Agrarsektor eingespart werden, weil sie unbedingt für regional- und sozialpolitische Programme benötigt werden; damit wird in Zukunft die verfügbare Mittelmenge geringer werden. Dies ist jedenfalls das erklärte Ziel der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments.
3. gleichzeitig wird sich jedoch die landwirtschaftliche Nutzfläche der Gemeinschaft (= die Grundlage der Beihilfezahlung) nach der Süderweiterung um 50 % erhöhen.
4. die Verwaltungsprobleme bei dem vorgeschlagenen Beihilfesystem sind so beachtlich, daß sie jeden, der die Mißbräuche und Unregelmäßigkeiten im bestehenden EG-Marktordnungssystem kennt, nur schrecken können.

Da dieses Beihilfesystem, anders als das der personen gebundenen Beihilfe, nicht zeitlich begrenzt, sondern auf Dauer angelegt ist, erscheint seine Finanzierbarkeit so gut wie ausgeschlossen.

Problem: Erhaltung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze

Hier stellt sich nicht nur die Frage, ob eine Finanzierung möglich ist, sondern: ist sie tatsächlich sinnvoll? Gerade in Zeiten großer Arbeitslosigkeit wird das Argument der Arbeitsplatzsicherung mitunter zur Rechtfertigung bedenklicher Vorhaben miß-

braucht, hier ist also Vorsicht geboten. Konkret fordert das Hessen-Modell: Kein weiterer Strukturwandel, kein weiterer technischer Fortschritt, keine zusätzliche Rationalisierung in der Landwirtschaft. Das bedeutet: Herausnahme eines gesamten Sektors aus der marktwirtschaftlichen Ordnung durch staatliche (oder gemeinschaftliche) Garantie von Arbeitsplätzen, die nur aufgrund ständiger Beihilfen existieren können. Etwa nach dem Vorbild des berühmten Heizers auf der E-Lok. Das Argument, für diese Zahlungen würden der Gemeinschaft dienende Leistungen erbracht, wird unter dem Stichwort Landwirtschaft/Ökologie näher zu beleuchten sein.

Wird nun aber der Sektor Landwirtschaft auf diese Weise gefördert, ist zu fragen, ob nicht beispielsweise auch Handel und Handwerk mit gleichem Recht diese Art von Unterstützung fordern können. Auch in diesen Bereichen führt der Strukturwandel seit Jahren zur Aufgabe kleinerer Betriebe. Hier stellt sich nun die grundsätzliche Frage: baut eine Volkswirtschaft auf dem Prinzip auf, daß in allen Sektoren so produktiv wie möglich gewirtschaftet wird, oder „leistet“ sie sich Sektoren, in denen die Produktivität zugunsten anderer Kriterien zurückgestellt wird. Hierüber sind politische Entscheidungen zu fällen, vor allem aber ist darzulegen, wer die Unterstützung der wenig produktiven Bereiche bezahlen soll, und diese müßten ja wohl auch gefragt werden, ob sie dazu bereit sind.

Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft dürfte sich diese Zielvorstellung ohnehin kaum verwirklichen lassen, es sei denn, man könnte einen Konsens darüber erzielen, Art. 39 des EWG-Vertrages, der die Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik festlegt, in sein Gegenteil zu verkehren. Art. 39 fordert nämlich, die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz aller Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte zu steigern. Auf diese Weise – so die Väter des EWG-Vertrages – soll der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein angemessenes Einkommen gesichert werden; Subventionen, zumal in diesem Ausmaß, waren nicht vorgesehen. Selbst wenn diese Ziele heute nicht mehr völlig unumstritten sind, kann eine EG-Lösung nicht an der Tatsache vorbei, daß einige EG-Mitgliedsländer in ihrem Volkseinkommen erheblich von einer wachstumsorientierten Landwirtschaft abhängig sind.

Sie werden ihre Produktionsreserven weiterhin voll entwickeln wollen und flächengebundene Beihilfen nur als finanzielles Zubrot akzeptieren.

Problem: Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen durch Landbewirtschaftung

Als Hauptargument für das vorgesehene Subventionssystem führen die Autoren des Hessen-Modells an, die so reformierte Landwirtschaft sichere „unsere ökologischen Lebensgrundlagen“. Was wohl heißen soll: es gebe keinen Mißbrauch von Dünge-, Pflanzenschutz- und Tierarzneimitteln, keine Übermechanisierung, keine Beseitigung von schutzwürdigen Kleinflächen mehr. Dieser Auffassung liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die häufig in der Diskussion über Landwirtschaft und Umweltschutz vertreten werden, von denen aber bisher keine anhand konkreter Daten erhärtet werden konnte. Einige erscheinen schon auf den zweiten Blick noch nicht einmal mehr plausibel.

„Kleinbetriebe sind zu erhalten, denn sie arbeiten umweltschonender als große“ (NG 12/81). Der sog. Östrogenskandal betraf, nach allem, was zu erfahren war, kleine Betriebe genauso wie große. Eine genaue, zahlenmäßige Aufschlüsselung liegt wohl nicht vor, sie wäre wünschenswert. Bisher ist auch nicht bekannt, daß beispielsweise Probleme von Nitratbelastung des Wassers aufgrund von Überdüngung in Gebieten mit kleiner Betriebsstruktur seltener auftreten als in solchen, in denen Großbetriebe überwiegen.

Wird allein von Plausibilitätsüberlegungen ausgegangen, könnte man ebenso gut die Gegenthese vertreten: Große Betriebe arbeiten umweltschonender als kleine, denn hier wird in der Regel der Betrieb exakter geführt, was den übermäßigen Einsatz zum Beispiel von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln viel eher als nicht lohnend erkennbar macht und damit verhindert. Bei verschärfter Umweltgesetzgebung wären überdies wenige große Betriebe besser und gründlicher zu kontrollieren als viele kleine. Darüber hinaus können große, wirtschaftlich arbeitende Betriebe die Ausführung von Auflagen, zum Beispiel über tierschutzgerechte Haltungsformen oder Schutz gefährdeter Gebiete weit besser verkraften als Betriebe, die möglicherweise trotz Beihilfe nur gerade eben überlebensfähig sind. Generell ist „umweltschonende“ Bewirtschaftung keine Frage der Betriebsgröße, hier wirken sich andere Faktoren aus.

„Unsere Kulturlandschaft muß erhalten bleiben, dazu ist die heutige Form der Landbewirtschaftung erforderlich“ (NG 12/81). Unsere heutige Kulturlandschaft, das sind auch „Zuckerrübenwüsten“, trockengelegte Hochmoore, erosionsfördernde Weinberge. Ob ihre Erhaltung wünschenswert ist, mag dahingestellt sein. Auch sie aber werden nach dem hessi-

schen Konzept erhalten. Da den Landwirten keine Auflagen gemacht werden und auch kein Anreiz zur Umstellung dieser Art von Produktion gegeben wird, ist nicht einzusehen, warum hier Änderungen zu erwarten sind. Andererseits gibt es Gebiete, in denen durch Brachfallenlassen oder Wiederaufforstung von Flächen weit mehr zur „Sicherung der ökologischen Grundlagen“ beigetragen würde als durch jede Art von Landbewirtschaftung. Und selbst dort, wo gewisse landschaftspflegerische Leistungen zu erbringen sind, bleibt die Frage, ob sie nicht durch einen, zum Beispiel bei der Kommune fest angestellten Landschaftspfleger besser und vermutlich billiger durchgeführt werden könnten als durch Landwirte, die Beihilfen erhalten in der Hoffnung, daß sie diese Leistungen erbringen.

Das Hessen-Modell läuft auf eine umfangreiche, dauerhafte Stützung der Landwirtschaft mit öffentlichen Mitteln hinaus. Dem Steuerzahler, der diese Mittel aufbringen muß, wird suggeriert, er leiste damit einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung oder Wiederherstellung einer gesunden Umwelt. Daß die

so geförderte Landwirtschaft aber in keiner Weise veranlaßt wird, diese Leistungen auch wirklich zu erbringen, daß man nur hofft, sie werde es tun (so wie man hofft, die Unternehmen würden aufgrund von Steuererleichterungen und sonstigen „günstigen Rahmenbedingungen“ mehr investieren und Arbeitsplätze schaffen), wird verschwiegen. Daß es möglicherweise auch Formen der Landbewirtschaftung gibt, die rentabel arbeiten können, ohne die Umwelt zu belasten, zum Beispiel bestimmte Formen von kooperativer Zusammenarbeit, wird nicht diskutiert, ja der Anreiz zur Entwicklung solcher Formen wird durch die Garantie ständiger Beihilfen genommen. Kurz: ein nicht finanzierbares, sehr problematisches Konzept, das sich den Anschein gibt, die Umweltprobleme der modernen Landwirtschaft lösen zu können, ohne aber auch nur in einem Punkt konkret nachzuweisen, daß, wie und in welchem Ausmaß die angestrebte Form der Landbewirtschaftung wirklich zur „Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen“ beitragen kann.

Jörg Jordan: Nochmals Reform der EG-Agrarpolitik

Jörg Jordan, Jahrgang 1939, ist Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten und Mitglied des SPD-Parlamentes. Der gelernte Jurist war von 1973-1979 Stadtrat und Stadtentwicklungsdezernent in Wiesbaden. Er hat verschiedene Beiträge zu Stadtentwicklungsfragen und allgemeinen kommunalpolitischen Themen veröffentlicht (s. a. NG 1/79, 10/79, 9/81 und 12/81).

I.

Martin Schmidt (Gellersen) hat sich mit dem Vorschlag hessischer Sozialdemokraten zur Reform der EG-Agrarpolitik in einer Weise auseinandergesetzt (NG 2/1982, S. 178 bis 181), die es sehr notwendig und nützlich erscheinen läßt, das Thema nochmals zu behandeln. Die so entfaltete Sachkontroverse ist geeignet, die offenbaren Unterschiede in den agrarpolitischen Zielsetzungen und die daraus sich erge-

benden unterschiedlichen Sachauffassungen zu verdeutlichen.

Die Polemik („ungeprüfte Unkenntnis“, „mangelndes Durchblickvermögen“ usw.), deren sich Martin Schmidt in dieser Diskussion bedienen zu müssen glaubt, zeigt schon, daß seine Position als eines der wichtigen Gestalter dessen, was als agrarpolitischer Zustand nunmehr allseits wenig befriedigt, immer schwieriger wird, je mehr sich die Kenntnisse über Wirkungsmechanismen und Folgen der von ihm vertretenen Agrarpolitik verbreiten. Demgegenüber ist festzustellen, daß das von ihm so polemisch kritisierte Konzept zur Reform der EG-Agrarpolitik unter Mitwirkung der Fachleute des hessischen Landwirtschaftsministeriums entwickelt worden ist und daß es auch die Position des sozialdemokratischen hessischen Landwirtschaftsministers Karl Schneider ist.

II.

Es verdient festgehalten zu werden, worin Einigkeit besteht, nämlich in der Analyse: „Die gegenwärtige EG-Agrarmarkt- und Preispolitik ist seit jeher das wesentliche Instrument der landwirtschaftlichen Einkommenspolitik.“ (Schmidt a. a. O. S.181) Sie ist in der Tat ein jährlicher vielfacher Milliardenelast

öffentlicher Gelder zur Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen.

Der besondere Mechanismus der Verteilung dieser öffentlichen Gelder über die Marktordnungen, also nach dem Maßstab der Beteiligung des jeweiligen landwirtschaftlichen Betriebes an der mengenmäßigen Erzeugung bestimmter Agrarprodukte, unabhängig vom Marktbedarf, hat dreierlei Folgen:

- Je wohlhabender der landwirtschaftliche Betrieb, je günstiger seine Produktionsbedingungen, desto größere finanzielle Förderung aus öffentlichen Mitteln erfährt er. Die schon zu großen Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen bäuerlichen Familien werden also durch diese besondere Form der Verteilung öffentlicher Mittel ständig massiv vergrößert. *)

- Je mehr der landwirtschaftliche Betrieb den Produktivitätsfortschritt durch Landschaftsveränderungen, Agrarchemie und Futtermittelimport ausschöpft, desto höher seine Produktionsmengen, desto höher die Belohnung aus der öffentlichen Finanzkasse. Das treibt die Landwirtschaft zwangsläufig in immer drastischere Konflikte mit den wachsenden Einsichten in die ökologischen Notwendigkeiten. Die Reparatur der so mit öffentlichem Geldeinsatz begünstigten ökologischen Schadensfolgen belastet die Allgemeinheit mit weiteren rasch steigenden Kosten.

- Wenn die Produktivitätssteigerung ohne Rücksicht auf Absatzmöglichkeiten am Markt aus öffentlichen Kassen belohnt wird, ist das weitere Anwachsen nicht am Markt absetzbarer Überschußberge zwingende Folge und damit der immer raschere Anstieg der für dieses System benötigten Finanzmengen. Die latente Krise des EG-Agrarmarktsystems wegen der ihm systematisch innewohnenden und immer deutlicher werdenden Gefahr des Zusammenbruchs als Folge finanzieller Überforderung ist zu einem Sprengsatz für die EG selbst und damit zur akuten Gefahr für den Bestand der so mühsam errungenen europäischen Einigungserfolge angewachsen.

*) Die übliche Statistik der Agrarberichte der Bundesregierung mit oberen und unteren Einkommensvierteln verdeckt die tatsächliche Situation mehr, als sie sie erhellt. In der nichtstatistischen Wirklichkeit sind die Einkommensabstände noch weitaus gravierender. Beispielsweise entspricht die im Materialband des Agrarberichts 1981 auf S. 39 genannte Streuung der Gewinne je Familienarbeitskraft innerhalb der Marktfreuchtbaubetriebe im Bundesgebiet einer Spanne von 1:72. Die Schichtung der Vollerwerbsbetriebe nach der Höhe des Gewinns auf S. 43 des gleichen Berichts weist gar 821 kleine Testbetriebe mit 35 DM und eine Gruppe von 374 großen Betrieben mit 90 872 DM je Familienarbeitskraft aus; die Relation wagt man kaum zu errechnen.

Vor allem aber: Indem dieses EG-Agrarsystem die öffentlichen Hilfen gerade dorthin nicht lenkt, wo sie tatsächlich benötigt werden, sondern vorrangig die guten Agrarstandorte mit den hohen Einkommen fördert, leistet dieses System gerade das nicht, was allein aber den gigantischen öffentlichen Mitteleinsatz rechtfertigen würde: Die Existenz der bäuerlichen Landwirtschaft wird so gerade nicht gesichert.

Die Bekenner dieses Systems wollen das wohl auch gar nicht. Was Martin Schmidt als sog. Strukturwandel als Folge der von ihm vertretenen Politik preist, steht in Zahlen ausgedrückt so aus: Zwischen 1958 und 1979 haben in der EG über 10 Millionen Erwerbspersonen die Landwirtschaft verlassen müssen, „jede Minute ein Landwirt“ (Quelle: Bericht der EG-Kommission vom 11. 12. 1980). Von den jetzt noch existierenden 400 000 Vollerwerbsbetrieben in der Bundesrepublik Deutschland müssen in den nächsten Jahren bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik weitere 100 000 aufgeben (Quelle: Staatssekretär Gallus am 24. 6. 1981 vor dem Deutschen Bundestag). 100 000 in der Bundesrepublik, das heißt: keiner in der Marsch oder der Kölner Bucht oder der Wetterau, aber vielleicht jeder zweite in Nordhessen und im Odenwald und noch sehr viel mehr in der Rhön und im Bayerischen Wald.

III.

Als Antwort auf diese unstreitigen Fakten und Folgen der gegenwärtigen EG-Agrarpolitik kann man derzeit bei vielerlei Variationen in Details drei unterschiedliche Grundsatzpositionen feststellen:

- Der Deutsche Bauernverband und die CDU-Agrarpolitiker verfechten im wesentlichen die Fortsetzung des gegenwärtigen EG-Agrarsystems. Die steigenden Einkommensprobleme der Landwirtschaft sollen durch massiv steigende öffentliche Finanztransfers gelöst werden (Schlagwort: „kostendeckende Preise“), evtl. strukturiert durch Kontingentierungen für einzelne Produkte (was wiederum die bisher Begünstigten begünstigen würde). Den in diesem System Benachteiligten soll durch verstärkten nationalen und Landesmitteleinsatz geholfen werden (Beispiel: bayrisches Agrarkreditprogramm). Diese Konzeption berücksichtigt weder die ökologische noch die verteilungspolitische Problematik der bisherigen Agrarpolitik. Vor allem erscheint sie auf Dauer nicht finanzierbar.

- Martin Schmidt (Gellersen), Hans Apel, Josef Ertl und andere Agrarpolitiker der Regierungskoalition haben vor allem einen finanzpolitischen Ansatz. Ziel ist in erster Linie die Begrenzung der für die Land-

wirtschaft zu mobilisierenden öffentlichen Gelder, zweitrangig erscheint ihnen die Zielrichtung dieses Geldmitteleinsatzes (so ausdrücklich Schmidt a. a. O., S. 180). Eigentliche agrarpolitische Ziele treten hinter diesem finanzpolitischen Sparansatz zurück.

Als geeignetes Mittel hierzu wird der Gedanke verfolgt, die nur begrenzt verfügbaren Finanzmittel auf eine möglichst rasch sinkende Zahl von Empfängern zu konzentrieren. Von einem solchen Standpunkt aus wird einsichtig, warum Martin Schmidt das rasche Aufgeben weiterer bäuerlicher Betriebe als sog. „Strukturwandel“ positiv beurteilt. Deshalb auch tritt er für eine marktwirtschaftliche Anpassung der EG-Agrarmarkt- und Preispolitik ein (a. a. O., S. 178). Es liegt auf der Hand, daß das Einfrieren oder eine Reduktion des Interventionspreisniveaus ohne Ausgleichsmaßnahmen bei unverändert steigenden Produktionskosten zu erheblichen Einkommensminderungen in der Landwirtschaft führen muß.

Auch der mit gleicher Einsparzielrichtung gutachtende Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem Sondergutachten zur EG-Agrarpolitik 1980 festgestellt, „daß eine auf Marktausgleich zielende Politik zunächst einmal Einkommensverluste für die Landwirtschaft mit sich bringt“, und es sei „auch nicht auszuschließen, daß manche Betriebe unter einen Anpassungsdruck geraten, der sie in ihrer Existenz gefährdet“ (Textziffer 476 des Gutachtens). Nach der oben dargestellten Systematik der von Martin Schmidt verfochtenen Politik wären davon wiederum verschärft die kleineren und mittleren bäuerlichen Landwirtschaften betroffen, die kaum über finanzielle Reserven verfügen und auf die deshalb überproportional die marktwirtschaftlichen Folgen konzentriert würden.

Neben dem von der Bundesregierung schon jetzt programmierten Ausscheiden von 100 000 kleineren Vollerwerbsbetrieben gerieten so rasch unübersehbar viele weitere Landwirte in die Existenznot, und Landbewirtschaftung sicherte auf Sicht außerhalb der begünstigten Agrarstandorte kaum noch die Existenz. Die so von dieser Richtung der Agrarpolitik betriebene massive Beseitigung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze kann gegenwärtig und auch wohl zukünftig kaum mit der Annahme verbrämt werden, die übrigen Wirtschaftsbereiche würden die dadurch vermehrt notwendigen neuen Arbeitsplätze problemlos zur Verfügung stellen. Heute weiß Martin Schmidt wie jedermann, daß die nach seinen Vorstellungen strukturgewandelten arbeitslosen ehemaligen Landwirte wenig berufliche Alternativen finden wer-

den. Gerade das erscheint mir aber angesichts von nahezu zwei Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland arbeitsmarkt- und sozialpolitisch sowie wegen der damit verbundenen gravierenden Schwächung des ländlichen Raumes auch regional- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar.

– Deshalb ist die agrarpolitische Diskussion in der hessischen Sozialdemokratie, die die Grundlage meines Diskussionsbeitrages ist, von der Überlegung geprägt, daß ein anderer Verteilungsmechanismus der agrarpolitischen Steuermilliarden zu mehr gesellschaftlichem Nutzen und zu mehr verteilungspolitischer Gerechtigkeit führen müßte und ohne Überdehnung der finanziellen Möglichkeiten dennoch die Landbewirtschaftung als solche und damit einen wesentlichen Faktor der Siedlungsstrukturen des ländlichen Raumes besser gewährleisten könnte. Deshalb schlagen wir vor, den staatlichen Finanztransfer nicht länger am Maßstab der ohne Rücksicht auf die Marktnachfrage erzeugten Produktionsmengen zu orientieren, sondern statt dessen die gesellschaftlich notwendige Leistung der Landschaftserhaltung vor allem dort aus öffentlichen Mitteln abzugelten, wo sie ohne solchen Einsatz nicht erbracht werden könnte. Deshalb sind wir, wie Martin Schmidt, für eine Verminderung der EG-Agrarausgaben durch Einführen marktwirtschaftlicher Mechanismen anstelle der kostspieligen Interventionssysteme. Wir wollen aber die so eingesparten Mittel (bezogen auf die 1%-Mehrwertsteuer-Obergrenze) nicht anderen Politikbereichen zuführen, sondern sie einsetzen, um über den Weg unmittelbarer flächenbezogener Leistungsabgeltungen in den von der agrarischen Lagegunst benachteiligten Regionen landwirtschaftliche Arbeitsplätze abzusichern und so Landbewirtschaftung und ländliche Siedlungsstruktur zu gewährleisten.

IV.

Politik ist Zukunftsgestaltung auf der Grundlage von Wertorientierungen. Die politischen Ziele des hessischen Reformvorschlages sind eindeutig formuliert und sicherlich gut sozialdemokratisch: Nahrungsmittelgesundheit und angemessene Verbraucherpreise, Arbeitsplatzsicherung, Erhaltung der bäuerlichen Struktur und der Besiedlungsdichte des ländlichen Raumes und – nicht zuletzt – Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen. Sicher hat Martin Schmidt recht, wenn er moniert, daß das hessische Modell einer EG-Agrarreform nicht allein die Probleme des ländlichen Raumes lösen kann, aber es wäre doch immerhin ein beachtlicher Schritt in eine

an sozialdemokratischen Zielen orientierte Richtung. Die von Martin Schmidt so vehement verfochtene Linie ist so ziemlich genau das Gegenteil – sie läuft auf ein großangelegtes „Bauernlegen“ hinaus. Wir halten das nicht für eine von sozialdemokratischen Zielen geprägte Position.

Es trifft zu, daß das hessische Reformmodell als EG-weite Reform konzipiert ist und nur so Sinn macht. Es hilft wenig, die Schäden der verfehlt ausgegebenen EG-Agrarmilliarden mit weiteren massiven agrarpolitischen Bundes- und Landesfinanztransfers ausgleichen zu wollen. In Zeiten knapper Kassen ist es vielmehr erforderlich, die tatsächlich verfügbaren öffentlichen Gelder um so planvoller für an Werten orientierte politische Ziele gebündelt einzusetzen. Damit wird die tatsächliche Durchsetzbarkeit dieses Modells sicher wesentlich schwieriger, denn die Diskussionen im EG-Ministerrat sind von den hier formulierten Zielsetzungen weit entfernt, nicht zuletzt deswegen, weil dort im Namen der Bundesregierung alles andere als solche Ziele vertreten werden. Es geht also, wie immer in der Politik, wenn

neue Gedankengänge Überlebendes in Frage stellen, zunächst darum, die politische Diskussion über Werte und Ziele und Instrumente zu deren Verwirklichung auch in der Agrarpolitik zu führen und auf der Grundlage einer solchen politischen Grundlage dann die Durchsetzung auf der europäischen Ebene anzustreben. In diesem Sinne haben wir durchaus mit Befriedigung eine vielfache positive Nachfrage und Resonanz auch aus anderen EG-Ländern registriert.

Der Hinweis Martin Schmidts, daß die Mehrzahl der etablierten EG-Agrarpolitiker, so wie er, keinen grundsätzlichen Wandel dieser Landwirtschaftspolitik wollten und deshalb der hessische Vorschlag eine Utopie bleiben werde, schreckt nicht. Außerhalb jenes geschlossenen Kreises der für die jetzigen offensichtlichen agrarpolitischen Fehlentwicklungen Verantwortlichen wächst gegenwärtig sehr rasch die Einsicht, daß die EG ohne grundlegende Reformen ihres Agrarsystems nicht zu retten ist. Und: Wer zur Quelle gelangen will, muß bereit sein, auch gegen den Strom zu schwimmen.

Walter Zöller: Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt

Dr. Walter Zöller, Jahrgang 1944, ist Referent für Entwicklungspolitik und Dritte Welt bei der SPD-Bundtagsfraktion. Beiträge in NG 8/75, 10/79, 7/79, 3 und 8/80 sowie 8/81.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1957 betreibt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Zusammenarbeit mit der Dritten Welt. Ihr Europäischer Entwicklungsfonds, zu Beginn gedacht als Instrument zur Finanzierung von Maßnahmen in den überseeischen Gebieten der Mitgliedstaaten, ist bis heute das zentrale Instrument europäischer Entwicklungspolitik geworden.

Den ersten Schritt über die überseeischen Besitzungen ihrer Mitglieder hinaus hat die EG 1963 mit dem Abkommen zur Assoziation 18 afrikanischer Staaten an die Gemeinschaft getan, das nach elf Jahren vom wesentlich weitergehenden Lomé-Abkommen abgelöst worden ist.

1971 trat das Allgemeine Präferenzsystem der EG in Kraft, das sie – wie die meisten übrigen Industrie-

staaten – in der zweiten Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD II) in New Delhi zugesagt hatte. Es begünstigt die Entwicklungsländer bei der Einfuhr von Gütern in den Gemeinsamen Markt, ohne sie zu ähnlichen Gegenleistungen zu verpflichten.

Eine neue Qualität der Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und der Dritten Welt bedeutete das erste Abkommen der EG mit 46 Staaten aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum, den sogenannten AKP-Staaten. Es trat nach zweieinhalb-jährigen Verhandlungen am 26. Februar 1975 in Kraft. Dieser Vertrag – nach dem Ort seiner Unterzeichnung als Lomé-Abkommen bekanntgeworden – stellt die umfassendste Vereinbarung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der größten Zahl von Partnern dar, die je ein ähnliches Vertragswerk beschlossen hatten. Für viele galt (und gilt) es als Modellfall für die künftigen Beziehungen zwischen Nord und Süd; mit einer Reihe seiner Regelungen wurde bisher völlig unberührtes Land betreten:

– Zum ersten Mal wurden in einem internationalen Vertrag Ungleichheiten zwischen den Unterzeichnerstaaten formal anerkannt und daraus Abweichungen vom Prinzip der Gleichbehandlung aller Beteiligten

abgeleitet, zum Beispiel durch besondere Vorteile für die am wenigsten entwickelten Länder.

– Ohne Vorbild war der sogenannte „Stabex“-Mechanismus, der die Rohstoffexporterlöse der AKP-Staaten vor zu starken Schwankungen sichert. Mit ihm wurde eine Art sozialer Sicherung gegen unverschuldete wirtschaftliche Härtefälle eingeführt, die durch das freie Spiel der Marktkräfte entstehen. Dieses System zur Stabilisierung von Exporterlösen sieht Ausgleichszahlungen für eine vertraglich festgelegte Auswahl von Gütern vor, wenn durch den Rückgang der Nachfrage nach ihnen oder durch unverschuldete Produktionsrückgänge Einkommensverluste entstehen.

– Beim Export von Rohrzucker aus den AKP-Staaten in die Gemeinschaft ist erstmals einer wichtigen Forderung der Entwicklungsländer nach Neuordnung der Rohstoffmärkte entsprochen worden: das Abkommen garantiert einen dem europäischen Zuckerpreis entsprechenden Mindestpreis.

– Im Rahmen des Abkommens gibt es feststehende Möglichkeiten der Abstimmung und der Festlegung der Beziehungen zwischen den Vertragspartnern: Im Ministerrat EG-AKP, in der Beratenden Versammlung, im Zentrum für industrielle Entwicklung und in anderen Gremien.

– Die handelspolitische Zusammenarbeit sichert den von Zöllen und anderen administrativen Handelshemmnissen ungehinderten Zugang von Waren aus den AKP-Staaten zum Gemeinsamen Markt.

– Im Rahmen eines Ausschusses für industrielle Zusammenarbeit und eines Zentrums für industrielle Entwicklung soll besonders durch den Transfer geeigneter Technologien die industrielle Entwicklung der AKP-Staaten gefördert werden.

– Für die fünfjährige Laufzeit des Abkommens wurden im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) annähernd 3,5 Mrd. Europäische Rechnungseinheiten (ERE) eingesetzt.

– Erstmals wurde konkret die Förderung von Bemühungen zur regionalen Zusammenarbeit von Entwicklungsländern untereinander vertraglich vereinbart. Zehn Prozent der gesamten vorgesehenen Mittel sollten diesem Zweck dienen.

Wie hat dieses Vertragswerk funktioniert? Das Urteil über seine verschiedenen Teile ist differenziert. Mit dem Stabex-System dieses ersten Lomé-Abkommens kann man im wesentlichen zufrieden sein. Seine Mittel haben ausgereicht; sie sind eben ausgeschöpft worden, und ihre Mehrheit kam den ärmsten Ländern unter den AKP-Staaten zugute. Die Ausgleichszahlungen galten für zwei Drittel der

unter das System fallenden Waren; 80 Prozent des Finanztransfers entfielen allerdings auf sechs der damals 33 für das System in Frage gekommenen Waren.

Enttäuschend war dagegen die Entwicklung der handelspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des ersten Lomé-Abkommens. Die für die AKP-Staaten positive Handelsbilanz mit der Europäischen Gemeinschaft seit 1979 war praktisch ausschließlich auf die Steigerung der nigerianischen Ölexporte auf den europäischen Markt zurückzuführen. Hinzu kam, daß fast zwei Drittel der Gemeinschaftseinfuhren aus den AKP-Staaten ihren Ursprung in fünf oder sechs der Partnerländer hatten. Aus den übrigen AKP-Staaten führte die EG praktisch nichts ein: die Exporte der 32 schwächsten Länder unter diesen Staaten in die EG machen weniger als ein Prozent des Gesamtexportes aller AKP-Staaten in die Gemeinschaft aus. Auch qualitativ hatte sich wenig geändert. Der größte Teil der AKP-Lieferungen an die Gemeinschaft waren Nahrungsmittel und Energieerzeugnisse, während der Anteil der Fertigwaren unter fünf Prozent blieb.

Die ehrgeizigen Ziele des ersten Lomé-Abkommens bezüglich der industriellen Zusammenarbeit mit den Vertragspartnern aus der Dritten Welt wurden nicht erreicht. Es fehlte an durchführbaren Projekten und an Geld, an Koordination zwischen den vielen beteiligten Organisationen und an umfassenden Investitionsvorstellungen. Die Frage der Regelung von Investitionsaktivitäten in der Dritten Welt war aus Lomé I ausgeklammert worden.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der EG mit den AKP-Staaten änderte sich im Rahmen des ersten Lomé-Abkommens ganz wesentlich. Der Anteil der Projekte mit dem Ziel der ländlichen Entwicklung am gesamten EEF-Programm stieg von 27 Prozent auf 36 Prozent. Vierzig Prozent dieser Mittel wurden für integrierte ländliche Entwicklung verwendet gegenüber acht Prozent vor Inkrafttreten von Lomé I. Fast zwei Drittel des Geldes floß in die Förderung des landwirtschaftlichen Eigenbedarfs, nur etwas mehr als ein Drittel in den Anbau industrieller und exportorientierter Agrarprodukte.

Bei insgesamt positiver Bilanz war die Fortschreibung des Abkommens kein politischer Streitpunkt, aber sie gestaltete sich – für viele unerwartet – schwierig. Das von der Europäischen Gemeinschaft im Juni 1979 deklarierte Verhandlungsergebnis konnte von den Entwicklungsländern erst nach langen Überlegungen im Oktober 1979 akzeptiert werden. Vor allem das Angebot zur Ausweitung des Eu-

europäischen Entwicklungsfonds galt als unzureichend; seine Steigerung gegenüber den Mitteln für Lomé I um rund 50 Prozent auf 5,6 Mrd. ERE stellte sie deshalb nicht zufrieden, weil

- dem Abkommen Lomé II 57 Entwicklungsländer angehörten statt lediglich 46 wie bisher;
- das Bevölkerungswachstum in den Partnerstaaten und die damit verbundene Ausweitung vieler Probleme nicht berücksichtigt war;
- Lomé II eine längere Laufzeit hat als Lomé I;
- das Stabex-System erheblich ausgeweitet und durch einen „Mineralien-Stabex“ ergänzt worden war.

Mochte das finanzielle Angebot der Gemeinschaft im Rahmen von Lomé II auch „nur eine Träne im Meer“ der Probleme sein, denen sich die AKP-Staaten gegenübersehen, so können sich andere neue Aspekte des Abkommens durchaus sehen lassen:

- Das Stabex-System ist durch die Einbeziehung weiterer Produkte verstärkt worden, seine Anwendung wurde erleichtert, gleichzeitig wurde ein gewisses Maß an zweckdienlicher Verwendung der Ausgleichszahlungen sichergestellt. Für Bergbauprodukte, vor allem Kupfer, wurde erstmals ein dem Stabex ähnliches System entwickelt, wenn es auch bei ihm keine automatische Anwendung gibt und der Ausgleich für entgangene Erlöse nur in Form der Finanzierung konkreter Projekte erfolgt.

- Die Zielbereiche der industriellen Zusammenarbeit wurden erweitert; der wichtigste neue Bereich ist der der energiepolitischen Zusammenarbeit. Den von den AKP-Staaten angestrebten Fonds zur Förderung ihrer Industrialisierung über die Mittel des europäischen Entwicklungsfonds hinaus hat die Gemeinschaft allerdings abgelehnt.

- Ein „landwirtschaftliches Zentrum“ soll künftig für eine verstärkte Förderung der Landwirtschaft in den AKP-Staaten sorgen und zu einer besseren Abstimmung der europäischen Nahrungsmittelhilfe mit den sonstigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaft führen.

Das zunehmende Gewicht, das dem AKP-Abkommen beigemessen wird, läßt sich schon aus der Nachfrage nach seinen handelsregelnden Mechanismen verstehen: Schon im ersten Jahr der Laufzeit von Lomé II übersteigen die Anträge auf Transferleistungen im Rahmen des Stabex-Systems die vorhandenen Mittel um das Doppelte; 1981 setzte sich diese Entwicklung fort. Mitteln in Höhe von 112 Millionen Europäischen Währungseinheiten (ECU), die seit der Einführung des europäischen Währungssystems die sogenannte Rechnungseinheit ersetzen,

standen berechnete Anträge in Höhe von 422 Millionen ECU gegenüber.

Aus den Entscheidungsprozessen zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten weitgehend ausgeschaltet, hat sich das 1979 erstmals direkt gewählte Europäische Parlament seit 1980 intensiv mit dem Problem des Hungers in der Welt beschäftigt. Es war die erste Legislative, die sich eingehend des Berichtes der von Willy Brandt geleiteten „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ angenommen hat. Seit nunmehr eineinhalb Jahren versucht es die Gemeinschaft zu verstärkter Hilfe bei der Sicherstellung der Ernährung für die Menschen in der Dritten Welt zu bewegen – mit geringem Erfolg, wie Katharina Focke, Mitglied der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlamentes in einer Debatte im Juni 1982 feststellte: „Das Gesamturteil... ist außerordentlich negativ... Es geschieht viel zu wenig, es dauert viel zu lange.“

Für die Dritte Welt spielt die Europäische Gemeinschaft aber nicht nur als Partner in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und als Helfer bei Schwierigkeiten im Rohstoffsektor eine Rolle, sondern auch im Rahmen der weltwirtschaftlichen Verflechtungen insgesamt, und hierbei war die EG bisher eher ein Problem als ein Motor des Fortschritts:

- Der 1974 verhängte Einfuhrstopp für Rindfleisch hat damals Argentinien schlagartig 15 Prozent seiner Exportgeschäfte beraubt.

- Mit ihren subventionierten Verkäufen von Überschußprodukten auf dem Weltmarkt gehört die Europäische Gemeinschaft zu jenen, die den auf Agrar-Exporte angewiesenen Staaten mit ihren Dumping-Preisen die größten Schwierigkeiten machen.

- Die EG zählt zu den treibenden Kräften für eine drastische Begrenzung des internationalen Textilhandels.

- Viele Länder, die bei uns teure Stahlwerke gekauft haben, werden nun in Schwierigkeiten gebracht, weil die Europäische Gemeinschaft ihren eigenen Stahlmarkt durch Abschöpfungen gegen billigere Erzeugnisse aus der Dritten Welt abschottet.

Das schwerwiegendste Problem dürfte aber die Agrarpolitik der Gemeinschaft sein. Es hängt unmittelbar und ursächlich mit dem Hunger in der Welt zusammen. Kennzeichen dieser Agrarpolitik ist das „Denaturieren“ von Lebensmitteln. Der Hunger in Entwicklungsländern wird nun nicht dadurch produziert, daß diese überschüssigen Lebensmittel nicht dorthin verfrachtet, sondern zerstört werden, aber die Überschußproduktion unserer Landwirtschaft hat

trotzdem verheerende Auswirkungen auf die Ernährungssituation in der Dritten Welt:

– Die hochgradig auf Veredelung orientierte Landwirtschaft der Gemeinschaft beraubt die Dritte Welt wichtiger Grundnahrungsmittel, die an unsere Kühe verfüttert werden, statt von den Völkern der Entwicklungsländer verzehrt zu werden. Für einen Bauern in Thailand ist es lohnender, sein Maniok an die reichen europäischen Landwirte zu verkaufen als an seine armen Landsleute. Zusätzlich erschwert wird die Lage dadurch, daß die Gemeinschaft den Weltmarkt für Grundnahrungsmittel wie für Sojabohnen dank ihrer finanziellen Überlegenheit leerfegen kann.

– Die ausgesprochen energie-intensive europäische Landwirtschaft verbraucht den größten Anteil der auf dem Weltmarkt angebotenen Energieträger, Kunstdünger, Pestizide und Herbizide, während die Entwicklungsländer leer ausgehen, die als Nachfrager finanziell nicht mithalten können.

– Die Überschußregulierung der europäischen Landwirtschaft über den Ausweg der Nahrungsmittelhilfe für Entwicklungsländer zerstört heimische agrarische Marktstrukturen in der Dritten Welt und beraubt die dort produzierenden Bauern jeder Anregung, selbst die Hände zu rühren. Die Abhängigkeit des Ersatzes eines Nahrungsmitteldefizits durch Lieferungen von

außen wird so auf Jahre hinaus zementiert.

Die Rolle der Europäischen Gemeinschaft gegenüber der Dritten Welt ist also durchaus zwiespältig zu sehen. Konzeptionell gehört die EG zu den Vorreitern in der Diskussion um die Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern. In der Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten hat sie Mut zu unkonventionellen Lösungen gezeigt. Ihre Förderung von Kooperationsmodellen in der Dritten Welt selbst – Beispiele können die südostasiatische ASEAN und die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft sein – ist der richtige Weg. Den Rubikon zu einer gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung hat sie aber bisher nicht zu überschreiten gewagt. In Handelsfragen ist sie bei aller formalen Offenheit ein Hort des Konservatismus, ja der Selbstsucht. Der Schaden, den ihre Rolle auf dem Weltmarkt vielen Entwicklungsländern zufügt, übersteigt ihre Hilfe für diese Staaten bei weitem. Dem bitteren Resümee von Katharina Focke, dem ungeheuren Reichtum an Ideen und Anregungen, über den die Gemeinschaft verfüge, stehe ein nur millimeterhafter praktischer Fortschritt gegenüber, ist nur zuzustimmen. Man kann sagen, daß das normal ist in der Politik, nur: Es eilt, wenn wir den Wettlauf mit dem Tod nicht verlieren wollen.

Wilhelm Bruns: Europäische Sicherheitspolitik

Dr. Wilhelm Bruns, Jahrgang 1943, leitet seit 1978 den Arbeitsbereich Sicherheit und Abrüstung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn). Veröffentlichungen: Friedliche Koexistenz, Hamburg 1976; Die UNO-Politik der DDR, Stuttgart 1978; Deutsch-deutsche Beziehungen (2. Auflage), Opladen 1979; Die Uneinigen in den Vereinten Nationen, Köln 1980 (S. a. seine zahlreichen Artikel in der NG).

I.

Im Geiste der Römischen Verträge und dem Wunsch der Europäer nach verstärktem außenpolitischen Zusammenhalt im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft entsprechend hat die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) seit ihrer Gründung im Jahre 1972 erkennbare Fortschritte erzielt. Das „Europa der Zehn“ konsultiert sich laufend in wichti-

gen außenpolitischen Fragen mit dem Ziel eines abgestimmten Verhaltens. Die Bilanz dieser Zusammenarbeit ist positiver, als es in der Öffentlichkeit häufig gesehen wird.

Eine gemeinsame Außenpolitik der Zehn kann jedoch nur ein Torso bleiben, wenn sie nicht durch eine integrierte europäische Sicherheitspolitik ergänzt wird. Die Sicherheitspolitik bestimmt den Kernbereich der Außenpolitik. Sie setzt in Europa nicht nur den Rahmen für das im Ost-West-Verhältnis Machbare, sondern bestimmt indirekt auch die Beziehungen Europas zu den neutralen Staaten und zur Dritten Welt.

Sicherheit setzt politisches und militärisches Gleichgewicht divergierender Kräfte voraus. Das Europa der Zehn verfügt im Bündnis mit den Vereinigten Staaten über das für die Sicherheit Europas erforderliche Gegengewicht zu den konventionellen und nuklearen Potentialen des Ostblocks. Die Staaten der EG sehen ihre Sicherheit durch die Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis gewährleistet.

Mit Ausnahme Irlands sind alle Staaten der Zehnergemeinschaft gleichzeitig Mitglieder der Allianz. Frankreich hat sich zwar von der militärischen Integration der NATO gelöst, ist jedoch durch die Beistandsverpflichtung im Rahmen des Nordatlantikpaktes und der WEU im westlichen Bündnisssystem eingebunden und – nicht zuletzt durch seine Truppenpräsenz in der Bundesrepublik Deutschland – ein zuverlässiger Partner dieses Systems.

Im Rahmen der nordatlantischen Verteidigungsstruktur und deren Abschreckungsstrategie kommt der nuklearen Schutzgarantie der USA eine zentrale Bedeutung zu. In Ermangelung vergleichbarer Fähigkeiten hat sich Europa dem Schutz der strategischen Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten als *Ultima ratio* der Abschreckung unterstellt.

Als Folge der Bindung Europas an diese Schutzgarantie ist der Spielraum einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik begrenzt. Er wird in nicht unerheblichem Maße von den Interessen der USA und deren Beziehungen zur Sowjetunion bestimmt. Fallen die Interessen Europas mit denen der Vereinigten Staaten zusammen, so wirkt sich das enge Verhältnis positiv aus, da es die westliche Position zum Nutzen aller Verbündeten stärkt. Interessensgegensätze hingegen führen automatisch zu Spannungen und zur Verminderung des europäischen Handlungsspielraums. Dies zeigt sich insbesondere bei den sich vertiefenden Meinungsunterschieden über die Fortführung der Entspannungs- und Abrüstungspolitik oder der Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt.

Man kann nicht dabei stehen bleiben, das amerikanisch-europäische Verhältnis als Funktion einer historischen Entwicklung und als Ergebnis zweier Weltkriege zu definieren. Der Führungsanspruch der Vereinigten Staaten basiert nicht minder auf der Vorstellung, daß zwar die europäischen Verbündeten für ihre Sicherheit auf den amerikanischen Nuklearschutz angewiesen sind, Amerika seinerseits aber notfalls auf die Mitwirkung Europas verzichten kann, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Diese Betrachtungsweise wird zu Recht zunehmend in Frage gestellt. Sie hat in der Vergangenheit der Entwicklung einer echten, auf den Prinzipien der Gleichberechtigung begründeten sicherheitspolitischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Verbündeten im Wege gestanden. Die Drohung mit dem Entzug der Schutzgarantie hat die Europäer immer wieder in Ermangelung alternativer Sicherheitskonzeptionen veranlaßt, die eigenen Interessen zugunsten derjenigen der Schutzmacht hinten-

zustellen. Die Furcht vor der Abkoppelung determiniert:

- den Rahmen, in dem Ost-West-Beziehungen bezüglich Entspannungs-, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik entwickelt und ausgebaut werden können;
- die Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit mit den Ostblockländern;
- das Verhältnis der europäischen Verbündeten zu den Ländern der Dritten Welt und deren Emanzipationsprozeß, soweit dieses künstlich zu einer Funktion der globalen Ost-West-Auseinandersetzung gemacht wird.

Konkret baut die Forderung nach einem integrierten europäisch-amerikanischen Verteidigungskonzept auf folgenden *Hypothesen* auf:

- 1.) Nur eine enge militärische Integration und die physische Präsenz der USA im Rahmen dieser Integration schaffen ein ausreichendes politisches und militärisches Gegengewicht zum Warschauer Pakt und garantieren die Bindung an die zentralstrategischen Systeme Amerikas.
- 2.) Europa ist nicht in der Lage, sich selbst ausreichend zu schützen; ohne die amerikanische Schutzgarantie gerät es in sowjetische Abhängigkeit.
- 3.) Stabilität ist nur durch militärisches Gleichgewicht zu erreichen; dieses Gleichgewicht kann, nicht zuletzt auch aus Gründen des Prinzips der Gleichheit bei Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen, nur durch annähernde Parität bei den Waffen, insbesondere bei den Nuklearwaffen, gewährleistet werden.

Diese Hypothesen haben die politische Entwicklung der Nachkriegsjahre bestimmt. Die durch sie geschaffene Friedensordnung für Europa hat den Antagonismus der Blöcke zementiert und das Schicksal Europas von den beiden Supermächten und deren bilateralem Verhältnis abhängig gemacht. In diesem Zusammenhang wird oft nicht erkannt, wie entscheidend die westliche Abschreckungsstrategie und die Doktrin der NATO über den Einsatz nuklearer Waffen ins Ost-West-Gefüge eingreift und das Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten beeinflußt. Diese Strategie und ihre interpretative Ausgestaltung ist ein wesentlicher Faktor der Abhängigkeit Europas vom nuklearen Schutzschirm der USA.

Die NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung ist nicht statisch, sondern einem stetigen Wandel unterzogen. Das Konzept einer massiven Vergeltung

in den Fünfziger Jahren, das wegen des „Alles oder Nichts“-Charakters wenig glaubwürdig war, wurde durch die Strategie einer abgestuften, flexiblen Reaktion abgelöst. Es ist Wesensmerkmal dieser Strategie, daß sich ihre Konturen nur schwer bestimmen lassen. Die Forderung nach Flexibilität steht in einem Spannungsverhältnis zwischen der insbesondere aus amerikanischer Sicht wünschenswerten Fähigkeit zur Verteidigung mit den Mitteln, die auch der Angreifer gewählt hat und der Bereitschaft zur Eskalation, die aus der Sicht der Europäer erforderlich ist, will man nicht in die Konzeption eines langandauernden, geographisch beschränkten, konventionellen oder nuklearen Krieges ableiten. Während also das amerikanische Denken die „Führbarkeit“ eines Krieges – auch eines Nuklearkrieges – einschließt, muß den Europäern daran gelegen sein, die politische Qualität der Nuklearaffen als Instrument der Kriegsbeendigung zu betonen.

Es reicht auch nicht aus, wenn sich die Befürworter der Strategie der flexiblen Antwort auf Flexibilität als entscheidendes Kriterium der Abschreckung berufen. Je mehr nämlich das Erfordernis der Flexibilität betont und die Fähigkeit entwickelt wird, dem Angreifer auf allen von ihm gewählten Angriffsformen die entsprechende Antwort bereitzuhalten, um so mehr mindert sich der Abschreckungseffekt der Drohung mit einer für den Angreifer nicht mehr akzeptablen, da raschen Eskalation des Konfliktes. Das Risiko wird für den Angreifer kalkulierbarer, denn in einem langandauernden Krieg über alle Eskalationsstufen kann er den Zeitpunkt besser bestimmen, in dem sein Risiko nicht mehr den erhofften politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gewinn aufwiegt. So paradox es klingen mag: Je mehr Flexibilität man in der Verteidigung fordert, umso mehr schwächt man das Element der vorbedachten Eskalation und damit die Abschreckung. Man muß mehr Waffen fordern, um auf alle Eventualitäten flexibel reagieren zu können und schafft doch weniger Sicherheit für die Länder, auf deren Boden die Aggression stattfinden würde.

Diese Tendenz ist auch in anderer Hinsicht gefährlich: Zum einen wird die militärische Seite eingeladen, „Lücken im Eskalationsspektrum“ auszumachen, zum anderen paralysiert sich Europa in einem solchen Szenario selbst: Die europäischen Verbündeten können keine eigenständige Sicherheitspolitik entwickeln, weil sie die zur Absicherung dieser Strategie erforderlichen Waffenmengen nicht aufbringen können und wollen.

Es wird zwar bestritten, daß sich die Nukleardok-

trin der NATO in den letzten Jahren in diese Richtung entwickelt hat. Aber das amerikanische Modernisierungsprogramm zur Entwicklung einer Zweitschlag-Fähigkeit, die Forderung nach Entwicklung selektiver, auf militärische Ziele gerichteter Optionen in der Präsidentendirektive 59, das Lückenargument im Rahmen der Nachrüstungdebatte, die Diskussion um die Notwendigkeit der Neutronenbombe, die Forderung aus amerikanischen Militärkreisen – insbesondere der Armee – nach Durchsetzung einer Konzeption des integrierten konventionellen, chemischen und nuklearen Kampfes auf dem Gefechtsfeld über eine längere Dauer scheinen eher den Skeptikern Recht zu geben.

Das in den letzten Jahren vom Westen favorisierte Konzept der Rüstungskontrolle hat diese für Europa bedenkliche Entwicklung in der Strategie eher gefördert statt ihr entgegenzuwirken. Es impliziert de jure und inzwischen auch de facto die Forderung nach Parität der nuklearen Waffen, ohne die Auswirkung einer solchen Forderung auf die Strategie genauer zu analysieren. Über die Datendiskussion führt es ferner zu dem fast unlösbaren Problem der Vergleichbarkeit unterschiedlich ausgelegter Waffensysteme. Um dieses Problem zu umgehen, schlägt man den scheinbar einfacheren Weg ein, indem man Gleichgewicht an quantitativen statt an qualitativen Kriterien mißt. Ein auf gleiche Obergrenzen gerichteter Vertrag ist auch innenpolitisch leichter durchzusetzen. Statt von Erfordernissen der eigenen Sicherheit werden Rüstungen dadurch zunehmend von den vorhandenen Potentialen des Gegners abhängig gemacht. Schlimmer noch: Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik werden in Mißkredit gebracht, weil Rüstungen zu bargaining chips im Rahmen dieser Politik gemacht werden.

Die Rolle dieser Rüstungen für die Vervollständigung der Strategie der flexiblen Antwort wird dagegen kaum in Betracht gezogen, obwohl sie gerade von Europa kritisch bewertet werden muß, da sie zu Schichtenparitäten führt, die in Verbindung mit der Strategie der Flexibilität auf allen Konfliktebenen der Abkoppelung des europäischen Kriegsschauplatzes von den strategischen Kräften der USA Vorschub leisten.

Es bestehen auch gewisse Zweifel, ob die beiden Supermächte ihrer Verpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag nachkommen und ernsthaft die Reduzierung ihrer nuklearen Rüstungen betreiben. Zwar soll jetzt mit START ein neuer Anfang gemacht werden, auch wird in Genf über die Reduzierung nuklearer Mittelstreckenwaffen in und für Euro-

pa verhandelt, aber beide Seiten gehen wieder einmal mit Maximalforderungen in diese Gespräche, und konkrete Ergebnisse sind noch nicht ansatzweise erkennbar. Nach Auffassung der Europäer ist jedoch Abrüstung und Rüstungskontrolle keine Belohnung für Wohlfverhalten des politischen Rivalen im weltweiten Konkurrenzkampf. Sie ist vielmehr die notwendige Folgerung aus der Erkenntnis, daß im Nuklearzeitalter militärische Konfliktlösungen auf Selbstvernichtung hinauslaufen und daher als Mittel der Politik nicht in Frage kommen.

Das Gefühl der Fremdbestimmung lähmt den europäischen Willen zur Selbstbehauptung und zur Entwicklung einer politischen Identität. In einem Verteidigungsbündnis kann auch keine Strategie auf Dauer Bestand haben, die die Risiken und Folgen eines Krieges einseitig einzelnen Mitgliedern aufbürdet und deren Existenz zugunsten des Überlebens der anderen Bündnispartner in Frage stellt. Auf diese Weise wird in den betroffenen Völkern die Tendenz zum Neutralismus gefördert.

Das mit der wirtschaftlichen Integration gewachsene Selbstbewußtsein der Westeuropäer kann auch langfristig keine Situation akzeptieren, in der der politische Freiraum Westeuropas letztlich im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander definiert wird und in der Interessengegensätze dieser bipolaren Welt primär auf europäischem Boden ausgetragen werden.

II. Folgerungen für eine europäische Sicherheitspolitik

Europa muß sich, will es zu einer eigenständigen Sicherheitspolitik finden, von den vorgegebenen Sachzwängen befreien und den Mut entwickeln, neue Wege zu beschreiten. Die widernatürliche Spaltung Europas kann nur überwunden werden, wenn die Europäische Gemeinschaft als Kern eines künftigen geeinten Europas ihre aus ihrer Geschichte gewachsenen Erfahrungen und Erkenntnisse einsetzt, um einen von den Interessen der Supermächte unabhängigen Beitrag zu Entspannung und Frieden in der Welt zu leisten. Das nordatlantische Bündnis zerbricht nicht am europäischen Emanzipationsprozeß, könnte aber durch ein Denken gefährdet werden, das die Bürger der zu verteidigenden Staaten ihrem für sie geschaffenen Schutzmechanismus entfremdet.

Die Europäer müssen anerkennen, daß eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik keine Selbstaufgabe oder Tendenz zum Neutralismus enthalten darf. Europa muß seine Interessen zur Geltung bringen, will es sich politisch emanzipieren.

Eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik

darf nicht auf die Zerstörung der atlantischen Gemeinschaft oder auf Schaffung eines Dreiecksverhältnisses Amerika-Europa-Ostblock bei gleichem politischem und militärischem Gewicht der drei Mächtezentren zielen. Das Europa der Zehn bleibt auch in Zukunft ein Teil der westlichen Welt. Der Antagonismus der beiden Supermächte wird nicht durch die Emanzipation Westeuropas außer Kraft gesetzt. Amerika kann auch in Zukunft im eigenen Interesse kein von der Sowjetunion abhängiges Europa hinnehmen, ohne seine Existenz in Frage zu stellen. Daraus folgt, daß die militärische Stärke der westlichen Welt auch dann als Einheit gesehen werden muß, wenn Westeuropa eine selbständigere Rolle spielt.



Eine gemeinsame Sicherheitspolitik der Westeuropäer kann nicht nur auf den Bereich der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik beschränkt bleiben, weil diese von Fragen der Strategie und Bewaffnung nicht losgelöst werden kann. Entscheidendes Element einer eigenständigen Sicherheitspolitik ist letztlich die militärische Integration. Diese muß langfristig angestrebt werden. Dabei braucht Westeuropa keine dritte, den Potentialen der Supermächte gleichwertige militärische Fähigkeit zu entwickeln. Seine Sicherheit kann auch dann ausreichend gewährleistet werden, wenn

— moderne integrierte konventionelle Streitkräfte

wirksam vor begrenzten Aggressionen abschrecken;

- der Gegner durch eine gegen einen Erstschlag geschützte, zahlenmäßig begrenzte und von den westeuropäischen Nuklearmächten kontrollierte Nuklearstreitmacht von einem umfassenden Krieg abgeschreckt wird, weil sein Risiko den durch einen Krieg erreichbaren Gewinn übersteigt;
- anerkannt wird, daß wegen der Konvergenz der Interessen zwischen Europa und Amerika eine Aggression gegen Europa die nukleare Supermacht USA auf den Plan rufen würde; daß also die Chance, den Krieg auf Europa zu beschränken, in Wirklichkeit nicht existiert.

Im Zeitalter der nuklearen Drohung ist zu fragen, ob die im strategischen Denken des 19. Jahrhunderts begründeten Vorstellungen von militärischem Gleichgewicht und politischer Erpreßbarkeit durch militärische Überlegenheit noch gelten. Der Vergleich mit den Potentialen des Gegners muß von der Bewertung der eigenen Fähigkeit, dem Angreifer glaubhaft einen unakzeptablen Schaden anzudrohen, abgelöst werden. Die „hinlänglichen Mittel“ und die „glaubhafte Abschreckung“, nicht „gleiche Rechte und Obergrenzen“, müssen die Kriterien der Strategie und der Rüstungskontrollpolitik sein. Das bedeutet auch einen neuen Ansatz für die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik, mit einer stärkeren Betonung auf der Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen statt der zahlenmäßigen Aufrechnung von Potentialen, kurz eine Doppelstrategie, die

- dem potentiellen Angreifer die Gewißheit vermittelt, daß ein Angriff auf Europa mit einem nicht kalkulierbaren Risiko verbunden wäre,
- durch nicht nachlassende Bemühungen im Bereich des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit auf allen für beide Seiten vorteilhaften Gebieten dem Entstehen potentieller Konflikte vorbeugt.

Konkret bedeutet dies für die westeuropäischen Verbündeten:

- 1.) Institutionalisierte sicherheitspolitische Zusam-

menarbeit mit dem Ziel der militärischen Integration und deren parlamentarische Absicherung.

- 2.) Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft oder der EPZ Schaffung eines für eine gemeinsame Sicherheitspolitik zuständigen politischen Entscheidungsträgers auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister.
- 3.) Überprüfung der bereits vorhandenen europäischen Institutionen WEU und Eurogroup der NATO auf ihre Brauchbarkeit als Basis einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa.
- 4.) Echte, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa, Kanada und den Vereinigten Staaten auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Interessen im Rahmen des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses.
- 5.) Überprüfung der vorhandenen Militärintegration der NATO im Lichte einer den europäischen Sicherheitsinteressen angemessenen Verteidigungsstrategie und unter Berücksichtigung einer verstärkten Eigenverantwortlichkeit der Europäer.
- 6.) Förderung einer auf Entspannung und Frieden ausgerichteten originären europäischen Sicherheitspolitik auf der Grundlage wirksamer Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem Ziel, die Spannungen in Europa zu vermindern und auch den osteuropäischen Staaten mehr Freiraum für ihre Entwicklung zu ermöglichen.
- 7.) Partnerschaftliche und überzeugende uneigennützige Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt, um die Unabhängigkeit dieser Länder und ihr Recht auf friedliche Entwicklung zu fördern.

Diese Thesen können nur Denkanstöße sein. Bei ihrer Formulierung wurde nicht verkannt, daß der Weg zu einer gemeinsamen westeuropäischen Sicherheitspolitik noch lang und schwierig ist und einer gründlichen konzeptionellen und politischen Absicherung bedarf. Das ist jedoch kein Grund, den Schritt auf dem Weg zu dieser Politik nicht zu wagen.



SICHERHEITS- POLITIK

Egon Bahr: Neuer Ansatz der gemeinsamen Sicherheit

Am 23. Mai 1982 wurde Egon Bahr in Rastatt der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis verliehen. Aus diesem Anlaß hielt Egon Bahr eine Rede, die wir im folgenden dokumentieren, weil in ihr wahrscheinlich die Grundlinien einer sicherheitspolitischen Diskussion vorgezeichnet sind, wie sie in den nächsten Monaten und Jahren in Westeuropa geführt werden muß. Ob die Bahrsche Rede, intern inzwischen „Tutzling II“ genannt, eine ähnliche Wirkung haben wird wie jene berühmte in Tutzling zu den Grundlagen einer neuen deutschen Ostpolitik, bleibt abzuwarten. Notwendig auf jeden Fall ist es, sich mit den Argumenten Egon Bahrs zur Sicherheitspolitik auseinanderzusetzen.

Alle wollen Sicherheit. Dieser elementare Wunsch existiert, seit es Geschichte gibt. Um sicher zu sein, mußte man stark sein. Noch sicherer war, wer Verbündete gewann. Am sichersten war man natürlich, wenn man den potentiellen Gegner besiegte, also die Gefahr für sich ausschaltete. Der potentielle Gegner dachte und rüstete und handelte genauso. Das Ergebnis war die Geschichte der Kriege. Heute leben wir im Zeitalter der gesicherten gegenseitigen Vernichtung, der Mutual Assured Destruction, wie das die Amerikaner genannt haben. Diese Fähigkeit hat den Sieg und die Hoffnung auf Sieg ausgelöscht.

Abstrakt weiß man das. Das wirkliche Verhalten entspricht aber immer noch dem traditionellen Denken. Wir erleben Diskussionen über einen ersten Schlag, einen Überraschungsangriff, den Vorteil des ersten Gebrauchs von Atomwaffen, über die Begrenzbarkeit von Kriegen und ihre Führbarkeit. Alle diese Diskussionen finden ihren Sinn in der verzweifelten Rechnung, wenn nötig den Krieg auch gewinnen zu können. Die Hoffnung, Krieg zu verhindern, sucht zu ihrer Rückversicherung seine Vorbereitung und die Fähigkeit ihn zu führen und zu gewinnen. Die klassische Formel: Wenn du den Frieden willst, bereits den Krieg vor, hat, seit sie geprägt wurde,

buchstäblich Tausende von Kriegen nicht verhindert. Bisher konnten alle Schäden repariert werden, die der Krieg verursachte. Die unersetzlichen Menschenleben, die wir nicht vergessen wollen, deokte die Zeit zu. Ein atomarer Krieg wäre etwas grundsätzlich anderes. Er könnte das Leben der Menschheit auslöschen.

Der Frieden ist oberstes Ziel

Der atomare Krieg ist irreparabel. Irrtümer wären nicht mehr korrigierbar. Deshalb ist es oberstes Ziel, politisch wie ethisch, vor Gott und den Menschen, das Ende der Menschheit zu verhindern. Es gibt keinen Wert, der darüber geht, kein Prinzip, das höher steht, kein Interesse, das nicht untergeordnet werden müßte.

Kommunisten und Kapitalisten, Gläubige und Ungläubige, Reiche und Arme aller Hautfarben haben sich diesem ersten Gebot des menschlichen Lebens unterzuordnen. Der Friede ist Pflicht, hat der Papst gesagt. Vom Ernstfall des Friedens sprach Gustav Heinemann und meinte das gesellschaftspolitische Verhalten für unseren Staat; Heinemanns Wort gilt buchstäblich global. Alarmiert haben wir erlebt, daß innerhalb weniger Stunden die Frage, ob eine Inselgruppe künftig Falkland oder Malvinen heißt, auch 1982 noch nationalistische Stimmungen entfachen kann, die nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel wenig fragen. Aber schlimm wird die Sache, wenn in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ diese Haltung verherrlicht und verabsolutiert wird; wenn dieses Blatt, was der National- und Soldatenzeitung würdig wäre, Friedensmentalität verächtlich zur winzelnden Harmlosigkeit degradiert und mit Machtverzicht und politischer Raumlücke gleichsetzt.

Wer uns England als Beispiel vorhält und zum Muster europäischer Zivilisation und Prinzipienfestigkeit erklärt, setzt die Gesetze des nuklearen Zeitalters außer Kraft. Denn folgerichtig müßte er fordern: Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts gilt für die Deutschen sicher nicht weniger als für die Falkländer. Und warum soll dann Japan noch zögern, es gegenüber den Kurilen anzuwenden? Was hindert die NATO, ihre Prinzipien in der Türkei durchzusetzen oder sie *Solidarnosc* durchsetzen zu helfen? Es ist eine Beleidigung aller Deutschen, ihnen Prinzipienlosigkeit oder Krämergeist vorzuwerfen, weil wir berechtignte nationale Wünsche und das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Pflicht zum Frieden untergeordnet haben. Es gibt keine Ziele und keine Interessen, die anders als im Frieden und anders als mit den Mitteln des Friedens verfolgt wer-

den dürfen. Es sei denn, wie im Falle Argentinien und der britischen Reaktion darauf, daß beide glauben, sich den grausamen Luxus eines garantiert nicht-nuklearen Konflikts noch einmal leisten zu können. Europa kann und darf das nicht.

Der Wille zum Frieden darf nicht als Bereitschaft zur Unterwerfung mißverstanden oder verleumdet werden. Der Wille zum Frieden erstrebt eine Welt, in der sich jedes Volk in Sicherheit und in Respekt vor seinen Nachbarn entwickeln kann, eine Welt, in der es ideologische Auseinandersetzungen gibt, die mit vielen Mitteln, aber jedenfalls nicht mit denen des Konflikts und der Gewalt ausgetragen werden dürfen. Bis zu diesem Zustand ist es wohl noch ein weiter Weg.

Abschreckungsdoktrinen und ihre Gefahren

Friedenssicherung durch Kriegsvorbereitung ist abgelöst worden durch die Doktrin der Abschreckung. Dies ist ein Fortschritt. Die nuklearen Rüstungen in Ost und West sollen Krieg nicht vorbereiten, sondern verhindern. Aber es gibt unterschiedliche Doktrinen der Abschreckung. Die NATO-Strategie der flexiblen Antwort will die Abschreckung auf allen denkbaren Stufen eines Angriffs – konventionell, strategisch und interkontinental – wasserdicht, also lückenlos machen. Diese Strategie kann nicht verhindern, daß sie im Kern das Anhalten auf jeder Stufe beinhaltet. Das ist sogar erwünscht. Sie findet ihren Sinn in der Hoffnung auf Begrenzbarkeit, falls die Abschreckung nicht funktioniert.

Die sowjetische Strategie lehnt die Möglichkeit der Begrenzbarkeit ab und kündigt die globale strategische Antwort an. Sie verfolgt also die massive politische Abschreckung. Auf seiten des Westens lückenlose, aber in Stufen unterscheidbare Abschreckung oder die totale Abschreckung auf seiten des Ostens – die Menschheit wird hoffentlich nie die Erfahrung machen müssen, welche der beiden Strategien sich durchsetzt.

Die NATO hatte einmal die Strategie der massiven Vergeltung, ohne Zweifel eine höchst wirksame Abschreckung, solange die Sowjetunion nicht in der Lage war, Amerika durch Atomraketen zu erreichen. Sie wurde abgelöst, mit dem Hinweis, daß nicht länger glaubwürdig sei, Amerika werde seine Existenz aufs Spiel setzen für den Fall eines regional begrenzten sowjetischen Angriffs. Die Doktrin der Abschreckung heißt: Nur wenn ich bereit bin, meine eigene Existenz zu wagen (mit dem Druck auf den atomaren Knopf), werde ich nicht nötig haben das zu tun. Das Gleichgewicht des Schreckens, die gegenseitig

gesicherte Zerstörung, hat funktioniert.

Es war logisch, wenn nach dem Ende der massiven Vergeltung immer kleinere Atomwaffen entwickelt wurden, Systeme begrenzter Wirksamkeit, zielgenau auf dem überschaubaren Gefechtsfeld benutzbar. Diese Waffen haben nicht nur die Zerstörungskraft der großen strategischen Waffen verkleinert, sondern auch den Schrecken vor ihnen. Die Miniaturisierung von nuklearen Waffen birgt die Gefahr der Miniaturisierung der Abschreckung. Die Senkung der atomaren Schwelle, die besonders bei der Einführung von Neutronen-Waffen möglich würde, könnte technisch und politisch die Neigung verstärken, auf ihre Benutzbarkeit zu hoffen, ohne die große Katastrophe befürchten zu müssen. Es handelt sich also um eine Entwicklung, die gerade in Europa sogar ungewollt die Abschreckung mindern und damit die Gefahr eines Krieges vergrößern könnte.

Abschreckung enthält zwei Elemente: Das eine Element ist das der gegenseitigen Abhängigkeit. Man ist auf den Gegner fixiert, mit dem Gegner in dem gemeinsamen Ziel der Kriegsverhinderung durch Abschreckung verbunden. Gleichzeitig enthält Abschreckung das andere, das klassische Element. Man muß alle Optionen des Gegners haben, wenn möglich bessere, mit Vorteilen, um für den Fall, daß Abschreckung nicht funktioniert, Krieg wirklich führen zu können. Ohne diese Fähigkeit würde Abschreckung natürlich nicht funktionieren.

Mir scheint die Idee der Abschreckung eine Übergangstheorie zu sein. Sie will Kriegsverhinderung mit der Führbarkeit von Kriegen verbinden, falls doch Krieg nicht zu verhindern wäre. In diesem inneren Widerspruch liegt auch eine Gefahr. Man könnte überspitzt sagen: Nicht die Idee der Abschreckung, sondern der Schrecken der Waffen selbst hat den nuklearen Krieg verhindert. Wenn die Waffen durch die Begrenzbarkeit ihrer Zerstörungskraft den Schrecken vor sich mindern, wird auch die Wirksamkeit der Abschreckung gemindert werden.

Im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung ist Sicherheit nicht mehr vor dem Gegner, sondern nur noch mit ihm zu erreichen. Die Gegner wären im Untergang vereint; sie können nur gemeinsam überleben. Das nukleare Zeitalter verlangt die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit.

Sicherheitspartnerschaft

Gemeinsame Sicherheit verlangt das Umdenken, den Gegner als Partner zu akzeptieren, weil und nachdem er durch Gewaltanwendung nicht mehr zu besiegen ist. Daß die Gegner auch Partner von Rül-

stungskontroll-Verhandlungen sind, ist schließlich unbestreitbar. Erstaunlich, daß die Union den Bundeskanzler wegen einer solchen Feststellung angreift. Wenn Reagan mit Breschnew über die Begrenzung strategischer Waffen redet, dann sind beide Partner. Das bedeutet nicht, daß Reagan Kommunist und Breschnew Demokrat werden muß. Es bedeutet auch nicht, daß die beiden ihre Verbündeten vergessen. Die globale Partnerschaft zur Verhinderung eines interkontinentalen nuklearen Krieges geht allen Bündnissen vor. Die Bündnisse bleiben auch unentbehrlich, da niemand weiß, ob die Partnerschaft funktionieren wird. Bisher ist es so, daß jeder der beiden Partner seinen Vorteil sucht; denn sie sind Partner aus Zwang und nicht aus Neigung. Fast alle bisherigen Rüstungskontroll-Verhandlungen und Vereinbarungen haben darunter gelitten, daß beide Seiten sich Vorteile zu verschaffen suchten, indem sie Lücken ließen, um ihre Stärken weiter zu entwickeln oder ihre Schwächen auszugleichen.

So ist zu erklären, daß bei der Vereinbarung über SALT II zum Beispiel Raum blieb für die Entwicklung seegestützter Marschflugkörper, auf beiden Seiten. Dieses Rennen hat begonnen. Die Amerikaner entwickeln viele hunderte davon und die Russen tun das gleiche. Wir stehen vor einer Phase, in der beide Seiten sich Mittel verschaffen, die das Territorium des anderen erreichen können, ohne vom eigenen abgeschossen zu sein. Dies ist deshalb so gefährlich, weil es bei seegestützten Cruise Missiles keinen rüstungskontrollpolitischen Ansatz oder irgendeine verlässliche Verifizierung gibt. Der „Fortschritt“ wird abermals destabilisieren und weniger statt mehr Sicherheit bringen, außer, beide Seiten verzichten auf einen solchen Fortschritt.

Rüstungskosten sind soziale Kosten

Abschreckung enthält etwas Sicherheit mit dem Gegner, aber mehr Sicherheit vor dem Gegner. Deshalb wird Abschreckung allein niemals geeignet sein, die weitere Aufrüstung zu stoppen. Aber gerade dieser Stopp ist nötig, in erster Linie aus Sicherheitsgründen, aber dann auch aus wirtschaftlichen. Wir sehen doch schon heute, daß nicht einmal Amerika in der Lage ist, alles zu bezahlen, was es bestellt hat und was seine Industrie produzieren könnte. Wir destabilisieren unsere Gesellschaft mit einer Rüstung, die nur durch soziale Kürzungen finanzierbar wird. Und wenn damit nicht einmal mehr Sicherheit produziert wird, so destabilisieren wir unsere Gesellschaft, weil die Rebellion gegen die doppelte Unlogik einer solchen Politik logisch wird und als einziger

Ausweg erscheint. Der unentbehrliche Konsens zwischen Bevölkerung und Regierungen, wenn Demokratie funktionieren soll, wird gefährdet, wenn sich der Eindruck ergibt, daß Regierungen Gefangene alter Beschlüsse geworden sind, unfähig zu erkennen, daß falsch wurde, was gestern richtig war, zu schwach, um sich aus alten Denk-Schablonen zu befreien und in die berühmten Speichen des Rades zu greifen. Manche merken noch gar nicht, daß die Routine der alten Methodik von Verhandlungen und Rüstungen und Teilerfolgen bei Verhandlungen, aber vollen Erfolgen bei Rüstungen in das Herz, nämlich in die Glaubwürdigkeit unserer westlichen Gesellschaft und ihrer Werte führt. Weder durch Repression noch durch Betrug, weder durch Polizei noch durch Beschwichtigung ist das Fehlen eines Konsens über Sinn unserer Verteidigung und über die Perspektive unserer Sicherheit zu ersetzen.

Mindestens ein Viertel der gesamten amerikanischen Intelligenz arbeitet für die Rüstungsindustrie. In der Sowjetunion werden es wohl mehr sein. Auf beiden Seiten sicher nicht die Schlechtesten. Denn jedenfalls in Amerika kann sich die Rüstungsindustrie, weil sie auf Geld weniger Rücksicht zu nehmen braucht, die Besten leisten. Es ist ja auch viel interessanter, über neue Möglichkeiten im Weltraum zu tüfteln und zu experimentieren als Kühlschränke und Plätteisen zu verbessern. Die Tatsache übrigens, daß Japan in den letzten 30 Jahren seine Intelligenz praktisch ausschließlich auf die Verbesserung der zivilen Produktion gelegt hat, ist neben anderen Faktoren sicher eine Ursache dafür, daß japanische Waren nicht nur billiger, sondern auch auf einer ganzen Reihe von Gebieten besser als amerikanische und europäische geworden sind. Es wäre interessant, dem Gedanken nachzugehen, ob nicht ein Konzept daraus wird, sich systematische Vorteile für friedliche Produktion zu verschaffen, die dann voll wirksam werden, wenn der Aufwand anderer sich auszahlt, den Frieden durch Rüstung zu erhalten.

Der Mensch ist in Gefahr von seiner Technik überwältigt zu werden

Aber wozu über etwa nachdenken, worüber unsere japanischen Freunde längst nachgedacht haben? Wichtiger ist, daß die Suche der auf Rüstung konzentrierten menschlichen Intelligenz explosive Ergebnisse hat. Die Entwicklung neuer Waffen-Systeme wächst schneller als die Fähigkeit, sie zu beherrschen. Die Wissenschaft kann dafür Computer einsetzen, die Politik bleibt im wesentlichen auf die Aufnahmefähigkeit der Gehirne angewiesen. Die

Elektronik steht im Dienst der Technik, aber nicht im Dienst der politischen Überzeugung. Der Mensch ist buchstäblich in der Gefahr, von seiner Technik überwältigt zu werden. Die Zahl der politischen Gehirne, die sich damit befassen, die Gefahren zu bannen, die von anderen objektiv geschaffen werden, hat sich kaum vergrößert; sie ist auch nicht beliebig vermehrbar, weil die politischen Entscheidungsstrukturen im wesentlichen unveränderbar sind. Tausende arbeiten auf der einen Seite und konfrontieren auf der anderen Seite einzelne, die alle Ergebnisse durchdenken müssen, weil sie entscheiden sollen. Die Tausende sind auf den „Erfolg“ fixiert: größere, genauere Zerstörung, Berechenbarkeit, kürzere Flug- und Warnzeiten, Zielgenauigkeit, Ausschaltung gegnerischer Abwehr und menschlicher Schwächen, Ausnutzung der idealen Bedingungen im Weltraum und so fort. Sie machen dabei sogar in der Ausschaltung des Wetters, also der Gegebenheiten unseres Globus, beachtliche Fortschritte. Die anderen sind fixiert auf die Verantwortung, die Notwendigkeit, Übereinstimmung mit ihren Wählern herbeizuführen, Geld für Versuche zu bewilligen, deren Ergebnisse sie nicht überschauen können, und Ergebnisse der Technik zu lernen, um Gefahren zu erkennen, die objektiv entstehen, damit sie sie subjektiv beherrschen können. Dies ist wirklich ein ungleiches Rennen und die Wahrscheinlichkeit, daß die Vernunft gewinnt, die Wahrscheinlichkeit, daß die Politik nicht zum Gefangenen einer unkontrollierten Entwicklung wird, ist bedrückend gering. Man muß Optimist sein, um ihr 50 Prozent zu geben.

Die Wissenschaft und die Politik deshalb zu beschimpfen wäre falsch, jedenfalls ohne Ergebnis. Ich zweifle, daß ein Appell an die Verantwortung der Wissenschaft Wirkung hätte. Aber jedenfalls ist das Prinzip Verantwortung für die Politik unabweisbar. Wer denn sonst als die Politik soll und muß sich diesem Prinzip als dem übergeordneten stellen, der Verantwortung, nicht alles zu tun, was möglich ist und technisch geht, der Verantwortung vor den kommenden Generationen, der Verantwortung, die mehr ist und mehr verlangt als das Prinzip Hoffnung. Nicht weniger als diese Dimension ist die Maßlatte für die Entscheidungen, die wir zu treffen haben.

Aber auch dies gilt für beide Seiten. Niemand darf glauben, daß die individuelle Aufnahmefähigkeit von Breschnew oder Honecker größer ist als die von Reagan oder Schmidt, daß Quantität oder Qualität derer, die ihnen unmittelbar zuarbeiten und Entscheidungen vorbereiten, sich grundlegend unterscheidet. Wir haben trotz aller Unterschiede der Systeme oder der

Wertvorstellungen dieselben Probleme. Es ist leichter, Entwicklungen zu starten als sie zu beherrschen. Auch von dieser Seite her ist ein neuer Ansatz nötig. Die Erkenntnis, daß keine Seite militärisch oder in der Rüstung noch einen Vorteil erringen kann, der nicht kurze Zeit danach auch dem anderen zuwächst, bedeutet: Es gibt nur gemeinsam Sicherheit. Nur wenn dies beide Seiten akzeptieren, werden sie die Kraft finden, gemeinsam das Rennen zu stoppen, ohne daß der eine über den anderen Vorteile gewinnt. Dann wird es zum gemeinsamen Erfolg, die Einführung neuer Waffen-Qualitäten zu stoppen, kommen. Dann werden sie auch feststellen, daß das Ganze billiger zu haben ist. Gemeinsame Sicherheit führt zu Abrüstung.

Die Strategiedebatte ist notwendig

Nun gibt es hier wie in Amerika ein Gefühl dafür, daß alte Rezepte und alte Strategien vielleicht nicht mehr funktionieren. Die SPD hat in München eine Strategie-Debatte beschlossen, in Amerika haben McNamara und andere die Frage aufgeworfen, ob der Westen nicht auf den Erstgebrauch von nuklearen Waffen verzichten sollte. In Frankreich gibt es eine Überprüfung der seit de Gaulle gültigen Strategie. Ich halte das angesichts unserer Probleme für natürlich und richtig und möchte meinen Beitrag als Teil dieser internationalen Diskussion verstanden wissen.

Dazu gehört ein wichtiger Orientierungspunkt: Solange ich kein neues Konzept habe, muß das alte gelten. Solange es keine neue Strategie gibt, gilt die alte. Keine tiefgreifenden einseitigen Akte können uns mehr Sicherheit bringen.

Gemeinsame Sicherheit heißt auch, daß wir, in der Bundesrepublik Deutschland, Sicherheit nur im Bündnis und mit dem Bündnis bekommen, mit Amerika und nicht ohne es. Gemeinsame Sicherheit ist das Gegenteil von „ohne mich“. Der einzelne kann aussteigen, ein Volk nicht. Nicht einmal Amerika könnte allein auf sich gestellt auf Dauer Sicherheit bekommen. Gemeinsame Sicherheit heißt weder Waffenlosigkeit noch Pazifismus. Gemeinsame Sicherheit braucht Streitkräfte und Verteidigungsfähigkeit. Sie eröffnet, ausgehend vom Zustand wie er ist, die Perspektive, daß der Konflikt zwischen Ost und West durch Waffen und Gewalt nicht mehr ausgetragen werden kann. Das heißt, daß wir in Sicherheit leben und daß Auseinandersetzungen nur noch mit den Mitteln der Politik, der Wissenschaft, der Zusammenarbeit, des Wettstreits der Besseren stattfinden können.

Gemeinsame Sicherheit muß sich also auch gegen

alles wenden, was geeignet sein könnte, das europäische Schicksal vom amerikanischen abzukoppeln oder uns oder den Amerikanern ungleiche Risiken zuzuschieben. Hier beginnt die Diskussion über den Verzicht auf ersten Gebrauch von Atomwaffen. Die Möglichkeit des Ersteinsatzes hat sich bekanntlich die NATO vorbehalten, weil sie anders nicht glaubt, einen konventionell überlegenen Angriff abschrecken oder gegebenenfalls zum Halten bringen zu können. Der Osten hat mehrfach den gegenseitigen Verzicht auf den Erstgebrauch von Atomwaffen angeboten. Das ist immer abgelehnt worden, wegen der konventionellen östlichen Überlegenheit.

Ich habe den Vorschlag der vier Amerikaner McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith deshalb interessant gefunden, weil er die besondere Lage der Bundesrepublik mit unserer besonderen Gefährdung anerkennt und das Interesse formuliert, das unser Interesse auch ist: Die nukleare Schwelle muß so hoch wie möglich gesetzt werden. Wir dürfen nicht durch immer verkleinerte, ganz vorn postierte Atomwaffen gewissermaßen hineingleiten in den atomaren Krieg. Das sprach und spricht gegen Neutronenwaffen, aber auch gegen andere taktische Waffen, über deren Einsatz de facto im Ernstfall ohne politische wirkliche Abstimmungsmöglichkeiten schnell und delegiert entschieden werden müßte.

Ich kann auf den Erstgebrauch von Atomwaffen verzichten, wenn ich eine annähernde konventionelle Gleichheit beider Seiten habe, nicht vorher. Ich komme zu dem Ergebnis, daß die gegenwärtige Strategie der sogenannten Triade bleiben muß, solange das konventionelle Gleichgewicht nicht vorhanden und überprüfbar vertraglich gesichert ist.

Konventionelles Gleichgewicht

Aber den nuklearen Krieg oder das Überschreiten der nuklearen Schwelle möglichst unmöglich zu machen hat einen ganz hohen Stellenwert. Er wäre für mich hoch genug, um auch zu der Konsequenz Ja zu sagen. Wir müßten bereit sein, mehr Geld auszugeben für konventionelle Rüstung, wenn dies der einzige Weg dazu wäre. Hier muß man seine Prioritäten kennen.

In der bisherigen öffentlichen Diskussion ist allerdings verblüffend zu sehen, daß darunter immer konventionelle Aufrüstung verstanden wird, wenn von konventionellem Gleichgewicht gesprochen wird. Es wäre doch naheliegend, mit dem Warschauer Vertrag das annähernde konventionelle Gleichgewicht durch Abrüstung auf eine niedrigere Ebene zu verhandeln.

Dabei muß die Bundeswehr nicht die sowjetische Armee ausbalancieren. Aber wenn wir die Zahlen der Gesamtstreitkräfte nehmen, in der NATO und im Warschauer Vertrag, dann ist das kein überwältigendes Ungleichgewicht, was da zu beseitigen ist. Natürlich muß man dafür über die Region hinausgehen, wie sie für die Wiener Verhandlungen bestimmt wurde.

Ich muß Streitkräfte in der Sowjetunion ebenso wie in Amerika sehen und auch die Zeit in ein annäherndes Gleichgewicht bringen, die für beide Seiten erforderlich ist, gegebenenfalls auffüllen zu können. Der abgeschlossene Host-Nation-Support zeigt Wege. Vielleicht begrenzt man sich auf Zentral-Europa und läßt zunächst sowohl den Norden wie den Süden beim gegenwärtigen Zustand. Aber es ist klar, daß dann auch die französischen Streitkräfte berücksichtigt werden müssen; sie wollen im Ernstfall ja gar nicht anders betrachtet werden denn als Feind des Angreifers und Teil des Bündnisses. Ich habe es dann mit verschiedenen Asymmetrien zu tun, einer beträchtlichen sowjetischen Panzerüberlegenheit, die durch eine beträchtliche konventionelle Panzerabwehrfähigkeit natürlich nicht so weit auszugleichen wäre, daß wir keine Panzer mehr brauchten.

Aber das Entscheidende ist nicht, auf allen Sektoren zahlenmäßige Gleichheit zu erhalten, sondern offensiv benutzbare Überlegenheiten der anderen Seite so zu reduzieren, daß ein Angriff militärisch sinnlos wird.

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Interessen angebracht. Ich glaube, daß seit mehr als einem Dutzend Jahren das Verhalten der beiden Supermächte ihre Priorität zeigt, den großen globalen atomaren Konflikt zu verhindern. Unter dem Gesichtspunkt: das Wichtigste zuerst, haben sie sich vor allem darauf konzentriert, die gewaltigsten Zerstörungspotentiale zu neutralisieren. Das heißt, sie erstreben ein Gleichgewicht, das auf der Basis vernünftigen Verhaltens auf beiden Seiten bei gegenseitiger Verwundbarkeit den Einsatz ausschließt. Der SALT-Prozeß zeigt das. Wir haben Gleiches für die darunter liegenden Ebenen nicht. Krieg zu verhindern ist das Interesse beider; wenn dies nicht möglich ist, so ist das Interesse beider, was immer sie erklären, den Krieg möglichst außerhalb ihrer Territorien zu führen. Wir sollten das nicht kritisieren. Wir würden ebenso denken, wenn wir in Washington oder Moskau saßen. Es entspricht sogar dem allgemeinen Interesse, daß nicht die Menschheit untergeht, falls Europa bis zur Unkenntlichkeit zerstört würde. Interessen lügen nicht, ist gesagt worden, und

deshalb ist es richtig, daß natürlich Europa das Interesse hat, in den gleichen Zustand ausbalancierter Sicherheit zu kommen, den beide Supermächte für sich zu festigen suchen.

Unannehmbare Alternativen

Das geht auf zweierlei Art: die eine ist die Verklemmerung, die lückenlose Integration aller militärischen Mittel in einer Vollständigkeit, die gewissermaßen wie ein Domino-Prinzip wirkt: Wenn ein Stein fällt, fallen alle anderen. Die Androhung der Eskalation bis zum letzten ist sicher, weil die Sorge vor dem Abgrund bewirkt, daß niemand den ersten Stein anstößt. Die Triade der NATO will das erreichen. Europa will Amerika gewissermaßen nicht die Freiheit lassen zu entscheiden, wann es seine eigene Existenz aufs Spiel setzt, sondern die USA fast automatisch mit dem eigenen Schicksal unlösbar verknüpfen. Wenn das gelänge, wäre es das Äußerste an erreichbarer Sicherheit, solange das Gleichgewicht möglichen Schreckens wirkt.

Aber eben dieses haben die Vereinigten Staaten abgelehnt, seit sie die Strategie einer massiven Vergeltung abgelehnt haben, mit der Erklärung, die Androhung zum Einsatz der äußersten Waffen im Falle eines begrenzten Angriffs sei nicht mehr unglaubwürdig. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Zweifel, ob Amerika sein Schicksal unlösbar an das Europas koppeln wolle, das wohl entscheidende Moment bei de Gaulle gewesen ist, eine eigene nukleare Abschreckung Frankreichs strategisch und militärisch zu entwickeln. Niemand kann Amerika zwingen, seine eigene Existenz einzusetzen, solange es nicht seine eigene Existenz unmittelbar bedroht sieht.

Die Strategie der flexible response hat ein doppeltes Gesicht. Sie droht auf der einen Seite mit der lückenlosen Abschreckung und gleichzeitig kündigt sie das Interesse an, nur das Notwendige zu tun, Stufen zu haben, um anhalten zu können. Wenn ein Stein fällt, sollen eben gerade nicht automatisch alle anderen fallen. Die gültige NATO-Strategie verhindert also beides. Sie macht Abkoppelung und Ankoppelung denkbar, begrenzten Krieg und unbegrenzten Krieg. Ich zweifle nicht daran, daß im Ernstfall die Bemühungen zur Begrenzung unternommen würden, auch wenn die Sowjetunion mit ihrer Strategie das Gegenteil androht. Die sowjetische Strategie sagt vereinfacht: ein Krieg in Europa ist nicht begrenzbare, und behält sich den Einsatz aller Mittel vor, die sie für notwendig hält, um einen Kampf auf Leben und Tod zu bestehen. Und das geht nicht ohne ihren Hauptgegner, Amerika, entscheidend zu treffen.

Dennoch ist der Versuch zur Begrenzung, den Interessen beider entsprechend, wahrscheinlich; die Wahrscheinlichkeit, daß er gelingt, ist annähernd Null aus vielen Gründen, die ich jetzt nicht erörtern will.

Die zweite Art, daß auch Europa in den Genuß des ausbalancierten Gleichgewichts kommt, das die beiden Supermächte für sich zu etablieren suchen, ist die eines konventionellen Gleichgewichts, das jeden Angriff unsinnig macht. Aber hier begegnen wir dem ersten Einwand, daß Verzicht auf die Androhung des nuklearen ersten Einsatzes Krieg wieder führbar erscheinen lassen könnte. Man kann argumentieren, daß gerade die Unausdenkbarkeit und die Unkalkulierbarkeit des Abgrundes vor Krieg abgeschreckt hat, und fürchten: wer den Schrecken wegnimmt, macht den nur konventionellen Krieg wieder möglich. Bei der hohen Bevölkerungsdichte, bei der hoch anfälligen Entwicklung unserer Zivilisation, bei Feuerkraft und Präzision modern ausgerüsteter Verbände wäre ein konventioneller Krieg im Zentrum Europas schrecklich, lähmend und unakzeptabel. Bei der Enge des Raums ist es geradezu ein Alptraum, sich vorzustellen, daß sich im wesentlichen auf unserem Boden über Wochen und Monate elektronisch gelenkte Zerstörungsmaschinen von hundert oder hunderzwanzig Divisionen austoben würden, in der Gewißheit, daß die Territorien der beiden Supermächte unangetastet bleiben. Es könnte die perfekte Abkoppelung werden.

Die nüchterne Analyse scheint Europa nur vor Alternativen zu stellen, die unterschiedlich unannehmbar sind.

Realitäten

Wer für die Völker und Staaten Europas einen neuen Ansatz der gemeinsamen Sicherheit sucht, muß von den Realitäten ausgehen: Es gibt vier Atomkräfte in Europa, zwei unterschiedliche Bündnisse und unterschiedliche konventionelle und nukleare Streitkräfte. Es wäre wirklichkeitsfremd, von den Atomkräften ihre eigene atomare Entwaffnung zu verlangen. Das Atomwaffen-freie Europa ist eine Illusion. Keine einstimmig angenommene Resolution wird die vier Atomkräfte dazu bringen, ihre Atomwaffen abzuschießen.

Es gibt eine zweite Realität: Die Atomwaffen-Staaten entscheiden über den Einsatz ihrer Atomwaffen nur in eigener Verantwortung, die sie nicht teilen, weil niemand die Entscheidung über die eigene Existenz mit einem anderen teilt, jedenfalls kein Nuklear-Staat. Für Nicht-Nuklearstaaten gilt das nicht.

Wenn Atomstaaten entscheiden, entscheiden sie über unsere Existenz; wir niemals über ihre. Ich habe im vorigen Jahr in Berlin formuliert: „Nicht wir, sondern andere treffen Entscheidungen über unsere Existenz. Unsere Hoffnung ist: In dieser Lage sind wir Deutschen nicht allein. Wir teilen sie mit allen Staaten Europas, die nicht über Atomwaffen verfügen. Alle Nicht-Atomwaffenstaaten haben das gemeinsame Interesse, nicht Geiseln zu werden, über die verfügt wird, und dennoch gleichzeitig die Bündnisse der Stabilität zu sichern.“ In dem Buch „Was wird aus den Deutschen?“ habe ich im Zusammenhang darzulegen versucht, daß sich alle nicht-atomaren Staaten, auf beiden Seiten und in beiden Bündnissen, in der gleichen Situation sehen. Keiner dieser Staaten kann existentielle Entscheidungen über die Atomstaaten treffen. Diese Ungleichheit ist nicht zu beseitigen. Sie ist ein destabilisierender Faktor der Bündnisse, die wir brauchen, weil niemand aussteigen kann; denn wenn das Dach der europäischen Sicherheit in Brand geriete, nützte kein Rückzug in neutrale Ecken.

Atomwaffenfreie Zonen, konventionelles Gleichgewicht und Bündnisgarantien

Unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen Sicherheit ergibt sich folgender Vorschlag:

1. Alle Atomwaffen werden aus den Staaten in Europa abgezogen, die nicht über sie verfügen.
2. Auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte wird ein annäherndes Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer-Vertrag hergestellt.
3. Die beiden Bündnisse mit ihren Verpflichtungen und Garantien bleiben unverändert.

zu 1: Europa wird damit nicht atomwaffenfrei. Die Atomwaffen bleiben bei den vier Staaten, die über sie verfügen. Es entsteht eine atomwaffenfreie Zone, bedroht oder unter dem Schutz von Atommächten, die über Waffen unterschiedlicher Reichweite verfügen, die sie im Falle eines Konfliktes einsetzen könnten. Aber die Gefahr einer Eskalation wäre vermindert: Wo keine gefährlichen Ziele sind, wird der Einsatz gefährlicher Waffen unnötig. Die gesamte Diskussion über die Begrenzbarkeit von Kriegen, die Senkung der atomaren Schwelle, wäre gegenstandslos.

zu 2: Eine atomwaffenfreie Zone in Europa verlangt, daß die konventionellen Streitkräfte in einem Gleichgewicht sind, also jede Überlegenheit beseitigt wird, gegen die zur Zeit nukleare Waffen für erforderlich gehalten werden. Ohne die Bereitschaft zum konventionellen Gleichgewicht ist eine atomwaffenfreie Zo-

ne in Europa nicht realistisch, da keine Seite einen Vorteil gegenüber der anderen haben darf.

zu 3: Im Interesse der Stabilität und Sicherheit bleiben die Bündnisse unentbehrlich. Ihr Prinzip, die Verletzung der Grenzen eines Partners als eine Verletzung der Sicherheit aller zu betrachten, entspricht auch der Idee der gemeinsamen Sicherheit. Gemeinsame Sicherheit ist nur mit den Bündnissen und mit ihren Führungsmächten und nicht gegen oder ohne sie zu erreichen. Außerdem genießen die neutralen Staaten Europas die Stabilität, die durch die Bündnisse garantiert wird.

Eine solche Überlegung muß zu allererst unter dem Gesichtspunkt der Interessen überprüft werden. Von den beiden Supermächten her könnte sich die Frage ergeben, ob eine solche Regelung nicht zu einer Teilung des Risikos führte, weil die Möglichkeit eines atomaren Schlagabtausches allein zwischen ihnen größer werden könnte. Aber zunächst einmal haben sie ja dafür SALT oder START; außerdem bleibt das Risiko der atomwaffenfreien Staaten aufgrund ihrer geographischen Lage, das heißt, ihr unmittelbares Risiko durch die zerstörerische Kraft moderner konventioneller Waffen.

Keine gemeinsame Sicherheit ohne atomaren Schirm

Zum anderen müssen alle Atomaren wie Nicht-Atomaren die Möglichkeit sehen, daß im Falle eines Krieges schließlich doch Atomwaffen von außen auf Europa gerichtet und benutzt werden. Davor darf niemand die Augen verschließen. Aus der Sicht der nicht-nuklearen europäischen Staaten wäre zu fragen, was sie denn davon hätten, wenn sie im Ernstfall doch durch nukleare Waffen bedroht wären. Die Antwort ist, daß die Atommächte, mindestens die USA und die Sowjetunion, auch heute schon nicht nur fast jeden Punkt auf allen Kontinenten durch ihre Raketen erreichen können, sondern im Konfliktfälle natürlich auch jetzt die Option haben, strategisch hier gar nicht stationierte Atomwaffen zu benutzen. Der Unterschied zu heute wäre, daß es keine Ziele gäbe, die den Atomschlag auf sich ziehen. Aber alle müssen sich klarmachen: Es gibt keine gemeinsame Sicherheit, die auf den atomaren Schirm verzichten kann, der gleichzeitig die atomare Bedrohung ist. Es ist Futurologie, an einen Zustand zu denken, in dem atomare Waffen abgeschafft sind, so sehr dies ein Ziel bleibt, das erst erreichbar werden könnte, wenn die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit sich etabliert, bewährt und die Abschreckung ersetzt hat.

Etwas anderes wird denkbar und sinnvoll, wenn

dieser Vorschlag verwirklicht würde: nämlich die sogenannte negative Sicherheitsgarantie, wie sie die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion auf der ersten Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 1978 abgegeben haben. Die Vereinigten Staaten haben erklärt, daß sie keine nuklearen Waffen gegen irgendeinen nicht-nuklearen Staat benutzen werden, der dem Nicht-Verbreitungsvertrag beigetreten ist, ausgenommen im Falle des Angriffs auf die Vereinigten Staaten, ihre Streitkräfte oder Verbündeten durch einen nuklearen Staat oder einen seiner Verbündeten. Großbritannien hat im Prinzip die gleiche Erklärung abgegeben. Die Sowjetunion hat erklärt, niemals nukleare Waffen gegen solche Staaten zu benutzen, die auf Produktion und Erwerb solcher Waffen verzichten und sie nicht auf ihrem Territorium haben. Für eine Zone ohne Atomwaffen in Europa würde die Verpflichtung durch derartige Erklärungen, die gar nicht anders zu lauten brauchen, zusätzliche Stabilität, also Sicherheit bringen. Gleichzeitig bliebe die Abschreckung des Atomschirmes erhalten.

Kernwaffen-Teststopp

Es würden eine Reihe von Streitigkeiten im Bündnis gegenstandslos: Die Entwicklung immer kleinerer Atomwaffen, sogenannter Gefechtsfeldwaffen und Neutronenwaffen. Denn sie zu entwickeln und zu produzieren macht wenig Sinn, wenn sie das Territorium verlieren, auf dem sie stationiert und nötigenfalls eingesetzt werden sollen. Der Einwand, was man für teures Geld produziert hätte, könne nicht einfach beiseite gelegt werden, ist nicht akzeptabel. Für mehr Sicherheit ist uns die Produktion von Waffen nicht zu teuer, ihre Beseitigung darf es noch viel weniger sein. Und wer von der Sowjetunion und ihren Verbündeten die Beseitigung von Waffen verlangt, mit Recht ohne Rücksicht darauf, was sie gekostet haben, muß auch selbst dazu bereit sein.

Die Aufgabe kleiner Nuklearwaffen könnte auch endlich die Lösung eines Problems bringen, die alle Nichtnuklearstaaten vor den Vereinten Nationen, die Bundesregierung eingeschlossen, seit langem gefordert haben und im Juli wieder fordern werden, den umfassenden Versuchs-Stopp. Vor fast genau 25 Jahren hat der Deutsche Bundestag sich einmütig dafür ausgesprochen, weitere atomare Versuchsexplosionen einzustellen. Schon damals sagte man zu Recht, daß die angesammelten Zerstörungspotentiale ausreichen. Heute verfügen Frankreich und England etwa über die gleichen atomaren Explosivkräfte wie damals Amerika und die Sowjetunion. In all diesen

Jahren haben die Atommächte immer neue Entschuldigungen gefunden, um dem vereinten Willen der Nichtatomstaaten auszuweichen. Sie brauchen immer noch ein paar Versuchsexplosionen, jetzt im Zehn-Kilo-Tonnen-Bereich und darunter, um immer kleinere Sprengsätze zu entwickeln, die unausweichlich den Schrecken vor ihnen verkleinern. Es könnte sein, daß die Atommächte erst dann die Kraft finden, den umfassenden Teststoppvertrag (CTB) abzuschließen, wenn die nichtatomaren Staaten ihnen verweigern, die Ergebnisse ihrer Forschung bei sich zu stationieren.

Stationierungsentscheidung

Die nuklearen Staaten haben die Verpflichtung zur Reduktion der atomaren Waffenrüstung aus Art. 6 des Nichtverbreitungsvertrages seit mehr als 12 Jahren nicht erfüllt. Sie können sich nicht wundern, wenn das auf seiten der nicht-nuklearen Staaten Folgen haben wird. Nicht nur, was die Globalität des Nichtverbreitungsvertrages angeht. Solange die Signale nicht auf strategische Abrüstung gestellt sind, und zwar durch mehr als die Erklärungen guten Willens, die wir lange genug gehört haben, ohne daß Taten folgten, werden die nicht-atomaren Staaten gedrängt, sich auf ihr einziges Mittel zu besinnen, das sie in diesem Zusammenhang haben, nämlich das: Sie können darüber entscheiden, ob Atomwaffen auf ihrem Boden stationiert werden oder nicht. Dies ist der einzige Punkt, auf dem die Nicht-Nuklearstaaten souverän sind.

Doch noch ein weiteres Mal ist nach den Interessen in diesem Zusammenhang zu fragen: Es kann kein Zweifel sein, daß Amerika niemals zulassen würde, daß Europa unversehrt in die Hände der Sowjetunion fällt. Man kann auch sicher sein, daß die Sowjetunion dies weiß. Die Abschreckung bliebe erhalten. Es gibt eben doch keine Abkoppelung, wenn konventionelles Gleichgewicht hergestellt wird und das Bündnis gilt.

Eine Regelung – keine Atomwaffen in Nicht-Atomwaffen-Staaten – würde nur bedeuten, daß die Staaten des Bündnisses, auf deren Boden sie heute stationiert sind, in denselben Zustand und unter denselben Schutz kämen, wie diejenigen Bündnisstaaten, die die Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Boden in Friedenszeiten abgelehnt haben, wie zum Beispiel Norwegen und Dänemark.

Das amerikanische Argument könnte sein, daß man die amerikanischen Truppen nicht ohne die Fähigkeit, sich taktisch nuklear verteidigen zu können, lassen will. Aber hierauf wäre zu antworten, daß die

amerikanischen Truppen dann nur unter demselben Risiko und unter denselben Bedingungen zu kämpfen hätten wie die Deutschen und alle anderen. Ihr Risiko wäre nicht größer als das unsere. Was die Sicherheitsstruktur angeht, wären die nicht-atomaren Partner des Bündnisses in einer vergleichbaren Lage wie Amerikaner, Franzosen und Engländer in West-Berlin es sind: Das Risiko für die Angegriffenen ist gleich; das Risiko für den Angreifer bleibt zuletzt unkalkulierbar, also zu groß. Und das funktioniert in Berlin, es würde für West-Europa erst recht funktionieren.

Gleiche Sicherheit vor Fehlkalkulationen

Präsident Reagan hat seine jüngsten Abrüstungsvorschläge auch damit begründet, daß die zerstörerischsten und destabilisierendsten Waffen, die Interkontinental-Raketen, nicht zu Fehlkalkulationen Anlaß geben dürfen. Er sucht also interkontinentale Berechenbarkeit als Basis der Stabilität und Sicherheit. Für Europa haben wir das Gegenteil, die bewußte Unsicherheit der Region im Rahmen der Triade. Aber natürlich muß Europa nach gleicher Sicherheit vor Fehlkalkulation streben. Nukleare Freiheit für Nicht-Nuklearstaaten würde dem Rechnung tragen, ohne die alte Drohung wegzunehmen, wie sie zwischen den beiden Supermächten besteht.

Es gibt übrigens eine Entwicklung der Waffentechnik, die ermöglicht, zwischen die taktische und die strategische eine weitere Stufe zu schieben. Beide Seiten verfügen über Unterseeboote, deren Raketen den Gegner erreichen, ohne vom eigenen Territorium aus abgeschossen zu sein. Die Verfeinerung und Erweiterung dieses Potentials durch seegestützte Marschflugkörper (Cruise Missiles) wird zunehmend ein Faktor, der unterhalb der interkontinentalen Ebene ein neues Gleichgewicht zu schaffen sucht, das dadurch gekennzeichnet ist, den Zeitfaktor, in dem beide Seiten verwundbar werden, annähernd vergleichbar zu machen. Gerade wenn diese Entwicklung weitergeht, ist also der Verzicht auf die taktisch-nukleare Ebene keineswegs gleichbedeutend mit dem übergangslosen Sprung auf die interkontinentale.

Wenn START funktioniert, also Fehlkalkulationen nach menschlichem Ermessen unmöglich werden, so ist das theoretisch die Abkopplung von oben, genauso wie es theoretisch die Abkopplung von unten wäre, wenn man sich allein auf ein konventionelles selbsttragendes Gleichgewicht stützen wollte. Das ist der Grund, weshalb die eurostrategischen Mittelstreckenwaffen in ein Gleichgewicht gebracht werden

sollen, das ebenso Fehlkalkulationen ausschließt. Theoretisch ließen sich weitere Gleichgewichte denken: der Kurzstreckenraketen, dann der taktischen atomaren Schlachtfeldwaffen, ehe wir zu den konventionellen kommen. Dem gesunden Menschenverstand hält das alles nicht stand. Je kürzer die Flugzeiten und die Vorwarnzeiten werden, um so größer werden die Gefahren, Opfer technischer Fehler oder Irrtümer zu werden, auf die Menschen reagieren müssen, weil und wie es ihnen ihre Instrumente sagen.

Weitere Punkte unterschiedlicher Auffassungen im Bündnis könnten zu den Akten geschrieben werden: Ob es nicht eine Prämie für denjenigen geben könnte, der glaubt anfangen zu müssen; ob unmittelbare Gefahr nicht vom ersten, sondern vom frühen Gebrauch der kleinen vorn stationierten Waffen ausgeht? Letzteres ist ein Punkt, dem der Bericht der Palme-Kommission besondere Aufmerksamkeit zuwendet.

Das Prinzip „Keine Atomwaffen in Nicht-Atomwaffen-Staaten“ würde das Bündnis erleichtern, also festigen. Es ist einfach zu verhandeln, es ist leicht zu verifizieren.

Es blieben die Stufen der landgestützten eurostrategischen Raketen in Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion, der seegestützten strategischen Raketen der vier Atomstaaten unterhalb der interkontinentalen Ebene. Daß diese Ebenen in ein stabiles, von Fehlkalkulationen freies Gleichgewicht gebracht werden durch die vier Atomstaaten selbst, können die Nicht-Atomstaaten den atomaren Staaten durchaus überlassen. Denn es liegt im gemeinsamen Interesse, den scheinbaren Widerspruch zu erhalten, mit dem wir leben müssen: den Atomkrieg verhindern, aber doch zu ihm fähig zu sein. Das ist der atomare Schirm. Er bleibt.

Politisches Denken dem militärischen überordnen

Ein anderes Moment ist interessant. Wir sind heute mit der verhandlungstechnischen Schwierigkeit konfrontiert, daß Genf dafür sorgen muß, daß nicht ein neues Rennen bei Raketen kurzer Reichweite beginnt, während man über die längere Reichweite verhandelt. Wenn die taktischen Atomwaffen unverhandelt bleiben, können die Bemühungen zur ausgewogenen Truppenreduktion in Wien zur Kosmetik werden. Mit anderen Worten: Eigentlich hängt alles zusammen. Nichts ist ohne Berücksichtigung des anderen regelbar. Verhandlungstechnisch würde das Prinzip „Atomwaffenfreiheit für nicht-atomare Staaten“ die Überschaubarkeit der beiden Verhandlungsein-

heiten bringen – atomar und konventionell. Die Verhandlungsmaterie für Wien würde sich natürlich erweitern.

Ich möchte wiederholen: Man darf nicht die bestehenden Instrumente weggeben, solange man über neue nur redet, aber sie nicht hat. Das heißt, Genf und Wien und die neuen Verhandlungen zur Reduktion strategischer Waffen müssen ihre Chance behalten. Nichts ist zu modifizieren, was darüber grundsätzlich gesagt wurde.

Aber wir müssen eine Perspektive öffnen, die endlich wieder politisches Denken dem militärischen überordnet, die Sachzwänge berücksichtigt, ohne sich ihnen zu unterwerfen, die uns aus der bedrückenden Welt kleiner taktischer Vorteile entläßt, die Europa endlich wieder seine natürliche Kraft gibt.

Wolf Graf von Baudissin: „Kernwaffen und das Atlantische Bündnis“

Zum Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith im Europa-Archiv 7/82 und Foreign Affairs, Spring 1982

Generalleutnant a. D. Wolf Graf von Baudissin, Jahrgang 1907, ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: Soldat für den Frieden – Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr (1969) sowie zahlreiche Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken.

Der Beitrag besteht in seiner ausdrücklichen Absicht, eine Diskussion lediglich anzustoßen, ohne das Ergebnis durch ein abschließendes Urteil bereits vorwegzunehmen. Er erweist, daß die Autoren in ihrer wissenschaftlichen Arbeit wie in der politischen Praxis ein Augenmaß entwickelten, das sie vor Entweder-Oder-Vorschlägen und Besserwisseri à tout prix bewahrt. Ihre Gedanken verdienen es, sich mit ihnen ernsthaft auseinanderzusetzen. Schade ist nur, daß in der deutschen Übersetzung, begrifflich unscharf, Erstsatz und Ersteinsatz nebeneinanderstehen, womit die Vorstellungen der Verfasser unklar bleiben. Man kommt nicht dahinter, ob sie sich auch gegen den politisch bestimmten selektiven, zunächst nicht zur nuklearen Reaktion reizenden Einsatz der-

Wir müssen aus der Verkrampfung heraus, mit der wir solange an alten Strategien festhalten, bis die Arme lahm werden. Unvoreingenommen nachzudenken verlangt natürlich, sich korrigieren zu lassen durch bessere Ideen und jeden relevanten Einwand zu prüfen.

Zuletzt ist zu fragen: Atomwaffenfreiheit für Staaten des Nichtverbreitungsvertrages – wem würde das schaden? Ich sehe niemanden und keinen Staat. Eine solche Regelung würde die politische Atmosphäre in der Welt positiv verändern, die Gefahr eines Kollisionskurses bedeutend verringern. Schon die Absicht, über eine derartige Regelung zu verhandeln, würde der Welt neue Hoffnung geben, sie würde uns allen gemeinsam mehr Sicherheit geben. Und was eigentlich wollen wir mehr?

artiger Waffen oder aber gegen die Entpolitisierung und Konventionalisierung wenden, die bei bündelweiser Freigabe eintritt.

Es fällt nicht schwer, der Einsicht zuzustimmen, daß es keinen Sinn mehr hat, Kernwaffen „für irgendeinen anderen Zweck bereitzuhalten als für die Verhinderung ihres Einsatzes“. Dissens herrscht eigentlich nur darüber, ob man sie für diesen Zweck überhaupt bzw. – wenn ja – wie und wo, in welcher Zahl und Qualität bereithalten sollte, insbesondere falls man mit ihnen auch den Einsatz nicht-nuklearer Waffen so unwahrscheinlich wie möglich machen möchte. Und hier liegt das Kernproblem des Vorschlages.

Die Autoren gehen davon aus, daß die bisher für die abschreckende Wirkung des westlichen Bündnisses als unerläßlich erachtete Bereitschaft, ja Verpflichtung der USA, schlimmstenfalls auch taktische Kernwaffen zum Ersteinsatz freizugeben, militärisch wie politisch kontraproduktiv geworden sei. Die Drohung, einer übermächtigen und erfolgreichen Aggression notfalls auch nuklear – in welcher Form und Intensität auch immer – entgegenzutreten, begünne den Zusammenhalt im Bündnis und die Sicherheit der Welt zu gefährden; die Planung eines Ersteinsatzes mache also die Bündnisabschreckung weniger glaubhaft und weniger glaubwürdig.

Begründet wird die These vor allem durch den Hinweis auf die Fragwürdigkeit aller Hoffnungen, die Eskalation eines Krieges wirksam steuern zu können. Wäre erst einmal die nukleare Schwelle überschritten, stünde die „weltweite Katastrophe eines allge-

meinen Atomkrieges“ bevor. Gegen diese Kriegsform weitestmöglich abzuschotten, sei eine Notwendigkeit. Diese Feststellung ist um so wichtiger, als neben die wohl in erster Linie ideologisch und psychologisch motivierten Thesen von der Begrenzbarkeit und Gewinnbarkeit aller Kriegsformen, die man seit Jahrzehnten in der sowjetischen Literatur findet, nun auch westliche Verfechter getreten sind, die wahrscheinlich aus technischer Faszination ähnliche Möglichkeiten sehen bzw. vorbereiten möchten. Die fast unfehlbare Treffgenauigkeit bestimmter Trägersysteme läßt es möglich erscheinen, militärisch entscheidende Ziele mit einem Minimum an Nebenschäden zu bekämpfen und – folglich – auch nur begrenzte Reaktionen oder Aktionen herauszufordern.

Der Leser sieht sich hier, wie so oft, dem Dilemma gegenüber, auf dem jede Abschreckungsstrategie beruht. Gerade die Erkenntnis von der höchstwahrscheinlich sehr bedingten politischen Kontrollierbarkeit jedes Krieges auf unserem Kontinent sollte der Versuchung entgegenstehen, irgendwo in oder auf Europa einen ersten – konventionellen oder gar nuklearen – Schuß auszulösen. Ob diese Abschreckung ebenso glaubwürdig und wirksam bleiben würde, wenn dem Aggressor eine allein konventionelle Verteidigung droht, kann allerdings bezweifelt werden. Die Wahrscheinlichkeit, diese Art von Krieg geostrategisch begrenzen zu können, also Westeuropa von den Vereinigten Staaten politisch abzukoppeln, und die Sowjetunion selbst aus dem unmittelbaren Kriegsgeschehen herauszuhalten, dürfte unter gewissen Umständen größer erscheinen.

Auf keinen Fall darf vergessen werden, daß die zerstörerische Wirkung heutiger Systeme im Verein mit der Verwundbarkeit der Industriegesellschaften jedem Einsatz von Waffen, insbesondere von Kernwaffen, und vor allem im Ersteinsatz politischen und nicht nur taktischen Charakter verleiht. Wenn Kriege nicht mehr zu gewinnen sind, werden taktische Erfolge zweitrangig; erreichen sie strategische Qualität, zerstören sie die Möglichkeiten, den Wahnsinn grenzenloser Zerstörung kooperativ aufzuhalten. Wenn überhaupt, kann nur gegenseitige Abschreckung, die als ultima ratio über Kernwaffen verfügt, ein Minimum an Eskalationskontrolle bieten. Keine Seite kann dann siegen noch allein besiegt werden; jeder hat also Spielraum zu warten, ehe er zum Äußersten greift.

In der Logik der Grundthese des Beitrags liegt der Vorschlag, in und für Mitteleuropa so starke konventionelle Kräfte bereitzuhalten, daß Erst-Einsatz-Planungen und die Bereitstellung entsprechender Mittel

überflüssig werden. Das verlange allerdings eine „Verbesserung“ auch „des speziell amerikanischen Beitrags zu den konventionellen Streitkräften“, ein Umdenken der verbündeten Regierungen und ihre Bereitschaft, unter Umständen höhere Verteidigungsausgaben in Kauf zu nehmen, sowie eine Änderung der militärischen Strukturen, der Bewaffnung und der Taktik. Es werden daher auch keine „Parforce-Programme“ empfohlen, „die immer besonders hohe Kosten verursachen“; es wird nur zu einem neuen Denkprozeß aufgerufen.

Für den Verzicht auf den Einsatz werden militärische und vor allem politische Gründe angeführt, die nicht alle überzeugen, jedenfalls auch zu anderen Schlüssen führen können. Ich kann hier nur auf die mir wesentlich erscheinenden Argumente eingehen.

Militärisch warnen die Autoren vor der Tendenz, die Fähigkeit zur „Eskalationsbeherrschung“ weiter auszubauen, d. h. zu versuchen, jeder denkbaren Art von Nuklearkrieg gewachsen zu sein. Dem ist ebenso zuzustimmen wie dem empfohlenen Verzicht auf Einführung von Neutronenwaffen, deren Wirkung mir im Blick auf Rüstungssteuerung besonders nachteilig erscheint. Es fragt sich nur, ob beide Punkte unmittelbar mit dem Ersteinsatz zusammenhängen.

Nicht zu folgen vermag ich der Erwartung, daß der Verzicht auf Ersteinsatz der in Westeuropa verbreiteten Sorge vor einem bewußt begrenzten Nuklearkrieg entgegenwirken werde. Diese Zurücknahme kann im Gegenteil die gaullistische These wiederbeleben, daß Washington sich vom Krieg in Europa abkoppeln wolle, jedenfalls nicht die eigene Existenz für die der Verbündeten riskieren werde.

Politisch erwarten die Autoren von dem Widerruf eine erleichterte Konsensbildung in militärstrategischen Fragen, eine Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion und vor allem eine Schwächung der Rüstungsdynamik auf beiden Seiten.

Ich meine, daß eine Rückbesinnung auf die ursprünglichen Erfordernisse der geltenden Flexible Response hier weiter führen würde. Recht verständliche Anstrengungen, den Einsatz von Kernwaffen politisch bis in die Einzelheiten zu steuern und die Schäden im Kriegsfall möglichst zu begrenzen, haben zu Waffenentwicklungen geführt bzw. sie legitimiert, die wiederum zu destabilisieren drohen. Der Verzicht hilft hier jedoch nicht weiter; das Verhältnis zur Gegenseite dürfte er jedenfalls nicht wesentlich verbessern. Derartige Deklarationen können bestenfalls Vertrauen bestätigen, aber nicht schaffen. Positiv wirken sie erst, wenn das Vertrauen in die Vertragstreue und Friedlichkeit der anderen Seite uner-

schütterlich geworden ist. Das zeigt die lange Reihe der Gewaltverzichte von der UNO-Charta bis zum Schlußdokument von Helsinki. Sie konnte die Bedrohungsgefühle in keiner Weise besänftigen. Auch sollte man nicht vergessen, daß die eigentliche Bedrohung für die Sowjetunion nicht aus Westeuropa, sondern aus anderen Himmelsrichtungen kommt.

Bei weitgehender Übereinstimmung mit der Diagnose kann ich der Therapie nicht ganz folgen. Das mag nicht zuletzt an meiner Staatsangehörigkeit liegen. Von der Bundesrepublik aus, mit deren sicherheitspolitischen Problemen sich die Autoren äußerst fair befassen, sieht eben manches etwas anders aus, wenn ich auch die Sonderheit der „dreifach exponierten Situation“ nur bedingt anerkennen kann. Wir sind nicht die einzigen Anlieger des Sowjetimperiums und würden nicht allein das „erste Schlachtfeld“. In Mitteleuropa würde selbst ein begrenzter, „nur“ konventionell geführter Krieg in erschreckend kurzer Zeit die Existenzgrundlagen zerstören. Den Pluralismus der Interessen halte ich übrigens für eine Stärke, nicht etwa für die Schwäche des Bündnisses.

Mir scheint es dringend, im Rahmen der NATO nicht die geltenden Strategien, die sich generell bewährt haben und über deren Nachfolger aller Erfahrung nach kein Konsens zu erreichen wäre, sondern ihre Instrumente kritisch zu überdenken. Hierbei wäre zur Erhaltung der Glaubwürdigkeit wie der Glaubhaftigkeit gegenseitiger Abschreckung

- die taktische Verteidigung mit neuen konventionellen Waffen zu stärken, ohne dabei in vornukleare Konzepte strategischer Verteidigung mit erhöhten Personalstärken, geographischer Tiefe, Bevölkerungsschutz und Vorbereitung einer Kriegswirtschaft zurückzufallen; die „general purpose“-Komponente sollte voll konventionalisiert werden.
- die taktisch-nukleare Komponente drastisch abzubauen. Sie kann nicht der Stärkung der taktischen Verteidigung, also der Kriegsführung dienen und sollte lediglich politisch einsetzbar sein als ein vorletztes Mittel des Krisenmanagements. Für diesen Zweck sind nur Systeme vonnöten, mit denen die NATO-Regierungen ihre elementare Besorgnis über die Bedrohung, ihre Solidarität mit dem bzw. den Angegriffenen und ihre Entschlos-

senheit zur aufgezwungenen Eskalation demonstrieren. Die Verringerung der Systemarten, der Zahl von Trägern und Gefechtsköpfen und damit der Depots und Stellungen erleichtern die Kontrolle und mindern die Angst vor Begleitschäden. Dieses wäre im Sinne der Autoren zumindest „eine annehmbare Zwischenstufe vor der Politik des Verzichts auf Ersteinsatz“.

- die Kosten/Nutzen-Rechnung für die Weiterentwicklung der britischen und französischen Nuklearstreitkräfte aufzumachen bzw. der Unterhaltung aller drei Teilstreitkräfte durch die anderen Mittel- und Kleinstaaten. Im Zeitalter schwindender Souveränität „untermauern“ diese nicht mehr „einen Rest nationaler Eigenständigkeit“, sondern kultivieren Illusionen, die rationales Krisenmanagement erschweren. Arbeitsteilung in dieser Hinsicht würde im Zweifelsfall die politische wie militärische Gesamteffizienz erhöhen.
- die nuklear-strategischen Systeme auf eine gesicherte Zweitschlagfähigkeit zuzuschneiden.

Zur Erhaltung und Verbesserung der strategischen Stabilität empfiehlt es sich, die Rüstungssteuerung mehr und mehr präventiv, d. h. bei den Rüstungsprogrammen ansetzen zu lassen und kooperativ auf die Einführung von Technologien zu verzichten, die zum „Nachrüsten“ anreizen und bedrohliche Optionen eröffnen.

Der entscheidende Beitrag zur Glaubhaftigkeit des Bündnisses wäre für weite Kreise der westeuropäischen Bevölkerung die konsequente Wiederaufnahme einer Friedenspolitik im Sinne des Harmel-Plans. Erst sie rechtfertigt die außerordentlichen Anstrengungen für die äußere Sicherheit erst sie zeigt, daß die NATO auch positiven und zukunftsweisenden Zwecken dient. Da die westlichen Gesellschaften in wissenschaftlichen Erkenntnissen, technologischem Know-how, Management und Leistungswillen den östlichen weithin überlegen sind, lassen sich Risiken auf dem Gebiet der Zusammenarbeit rechtfertigen. Hier sind, im Gegensatz zur kooperativen Rüstungssteuerung, einseitige Vorleistungen durchaus zu empfehlen, vorausgesetzt, daß sie auf beiden Seiten das positive Interesse an der Stabilität und Effizienz der Gegenseite entwickeln helfen.

Dieter S. Lutz: Von SALT zu START

Forderungen an eine verloren geglaubte Sache

Dr. Dieter S. Lutz, Jahrgang 1949, ist Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) sowie Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg und an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP). Veröffentlichungen u. a.: *Weltkrieg wider Willen?*, 1981; *Sicherheitspolitik am Scheideweg?* (1982 Hrsg.).

Das erste Abkommen über die Begrenzung strategischer Waffensysteme (SALT I) ist am 23. Oktober 1972 zwischen den USA und der UdSSR in Kraft getreten – zu einer Eindämmung des Wettlaufens der Nuklearmächte konnte es nicht beitragen. Das zweite SALT-Abkommen ist erst sieben Jahre nach SALT I am 18. Juni 1979 in Wien von US-Präsident Carter und dem sowjetischen Generalsekretär Breschnew unterzeichnet worden. Der Vertrag stellte das Produkt von knapp 300 zähen Sitzungen dar – zu einer Ratifizierung ist es gleichwohl nicht gekommen. Die nächsten Verhandlungen begannen am 29. Juni dieses Jahres nach über 2½ Jahren Pause – werden sie zu Abrüstung, Stabilität und Sicherheit führen? Skepsis ist angebracht, ob hierfür überhaupt noch genügend Zeit verbleibt. Dazu Carl Friedrich von Weizsäcker in der „Zeit“ vom 26. März 1982: „Die atomare Abschreckung konnte uns eine *Atempause* von einigen Jahrzehnten geben, um eine politische Lösung des Friedensproblems zu suchen. Die öffentliche Meinung der Welt hat die *Atempause* mit der Lösung verwechselt und deshalb hat sie keinen Druck auf die Politik ausgeübt, die Lösung auch nur zu suchen. Heute wacht sie mit Entsetzen auf, und es ist spät geworden.“ (Hervorheb. – DSL)

Die Zeit also drängt. Soll Rüstungssteuerung noch rechtzeitig vor Ablauf der Atempause wirksam werden, so muß sie m. E. vier Bedingungen erfüllen; sie muß:

- präventiv geführt werden,
- auch auf qualitative Elemente ausgerichtet sein,
- Vertrauensbildende Maßnahmen einschließen und
- den einseitigen Verzicht auf Destabilisierung nicht behindern.

Präventive Rüstungssteuerung

Rüstungssteuerungsverhandlungen bisheriger Prägung sind ganz offensichtlich nicht geeignet, qualitative Rüstungsprozesse einzufangen. Die schnell fort-

schreitenden technologischen Entwicklungen lassen entweder die jeweiligen Vereinbarungen weit hinter sich oder höhlen sie dermaßen aus, daß sie ihre (eventuelle) ursprüngliche Bedeutung verlieren. Vertragswerke und Verhandlungen sprechen bislang sogar gerade die Gebiete und Bereiche, in denen intensiv Forschung und Entwicklung betrieben wird, nur halbherzig, nur am Rande oder gar nicht an. Soll Kooperative Rüstungssteuerung (KRSt) aber ihre kurzfristige Funktion – die Wahrung strategischer Stabilität – erfüllen und ihrem langfristigen Ziel – der Umkehrung der Rüstungsspirale – näherkommen, so muß der Steuerungsschwerpunkt auf die Rüstungsplanung vorverlegt werden. Der Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 ist in seinem Verhandlungsangebot ein erster – wenn auch strukturell völlig unzureichender – Schritt in diese Richtung.

Gerade aus der Kritik an den Genfer Verhandlungen, aber auch aus den Erfahrungen mit der KRSt insgesamt, lassen sich für eine präventive Rüstungssteuerung mindestens folgende vier Schlußfolgerungen ziehen:

Der *Zeitraum* für Verhandlungen muß möglichst optimal gehalten werden. In der Abfolge der Phasen: Forschung, Planung, Entwicklung, Produktion und Dislozierung sollte der Steuerungsschwerpunkt bereits bei der Planung liegen (der NATO-Beschluß vom Dezember 1979 setzte erst bei den Phasen drei und vier an)

Methodologisch muß präventive Rüstungssteuerung dem Maßstab einer „Äquivalenz der Fähigkeiten und Optionen“ folgen. Die bloße numerische Aufrechnung gleichartiger in Planung oder Entwicklung befindlicher Potentiale würde den Militärdoktrinen in Ost und West mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten (etwa zur See oder zu Land) nicht entsprechen und müßte im Gegenteil bei Versagen der Verhandlungen zu zusätzlichen u. U. ursprünglich nicht gewollten Realisierungsanstrengungen führen.

Paktübergreifend müßte der Abstimmungsprozeß und die Verifikation zur Routinearbeit internationaler und regelmäßig tagender Gremien werden. Anregungen und Verfahren bieten das SCC (Standing Consultative Committee) von SALT und die Verifikationsansätze für MBFR.

Bündnisinnenpolitisch (aber entsprechend auch innergesellschaftlich) müßten supranationale Gremien gebildet werden, denen die Koordinierung der nationalen Rüstungsbeschaffungsprogramme, besser noch: bereits die Rüstungsplanung (inkl. Forschung) selbst unterliegt. Genutzt oder umgewandelt werden

könnten personelle und institutionelle Kapazitäten z. B. des Amtes für Rüstungskontrolle der WEU, des Arbeitskreises Rüstungsplanung der IEPG (Independent European Program Group), des politischen Ausschusses des NATO-Rates etc..

Qualifizierte Rüstungssteuerung im nuklearen Bereich

Stärker noch als die 60er und 70er Jahre wird das derzeitige Jahrzehnt geprägt sein von der zunehmenden Eigendynamik der Nuklear- und Raketentechnologie, ihrer Tendenz zu Bratschlagssystemen, ihrer sprunghaften, nicht exakt berechenbaren Entwicklung, der ständig möglichen Veränderung des Kräfteverhältnisses und der hieraus resultierenden strategischen Instabilität. So negativ deshalb auch die amerikanische Position im Ratifizierungsprozeß von SALT II, das eine Brücke zu Begrenzungen im Rahmen von SALT III hätte sein können, beurteilt werden muß, so nachdrücklich positiv müssen zugleich die neuen Vorstellungen des US-Präsidenten begrüßt werden. Denn anders als die bisherigen Abkommen sollen zukünftig nicht lediglich nur Rüstungslimitierungen (nach oben) angestrebt werden, sondern deutliche Reduzierungen (nach unten), also Abrüstungsmaßnahmen erreicht werden. Ferner sollen in die Verhandlungen – über die numerischen Fragen hinaus – endlich auch qualitative Elemente, z. B. das Wurfgewicht der Raketen, eingeschlossen werden. Um diese fundamentalen Richtungsänderungen zu dokumentieren, sollen auf Vorschlag von Präsident Reagan die neuen Verhandlungen auch nicht länger SALT, sondern START, d. h. Strategic Arms Reduction Talks also Strategische Rüstungsverminderungsgespräche genannt werden.

Sind die Vorschläge des US-Präsidenten in der Vorlage vom Mai 1981, die in ihrer ersten Realisierungsphase einseitig auf den Abbau der schweren landgestützten Raketen der Sowjetunion zielen, auch noch kaum geeignet, an den (kurzfristigen) Erfolg zukünftiger Rüstungssteuerungsverhandlungen zu glauben, so müssen die vorgetragenen Überlegungen, doch als Zäsur und als ein entscheidender Schritt auf dem Weg in die richtige Richtung bezeichnet werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Einbeziehung qualitativer Faktoren. Denn solange keine Schranken gegen qualitative Modernisierungsmaßnahmen gezogen werden, kann selbst eine denkmögliche numerische Parität auf einem niedrigeren Niveau allein noch keine stabilisierende Wirkung besitzen. Da es sich lediglich um eine Parität der Disparität zwischen den Zielen und Mitteln *) handeln würde, müßte jeder qualitative Schritt hin zur Erst-

schlagsfähigkeit über die Verbesserung von Faktoren wie Ortbarkeit, Treffgenauigkeit oder Zuverlässigkeit weitaus stärker destabilisieren als bisherige numerische Zuwachsraten. Folgerichtig müssen deshalb auch – solange an eine grundsätzliche Abschaffung des nuklearen Potentials bzw. an nuklearwaffenfreie Zonen nicht gedacht ist – im Rahmen zukünftiger Rüstungssteuerungsgespräche vorrangig Themen behandelt werden, die sich prioritär mit der *Bildung von Barrieren gegen die Erlangung von Kriegsführungsfähigkeiten* befassen. Die von Reagan geforderte Berücksichtigung des Wurfgewichts ist allerdings nur ein Aspekt aus einer ganzen Reihe von einzubeziehenden qualitativen Faktoren. Zwingende Forderungen wären

- neben der Definition der eurostrategischen Systeme als strategische u. a.

- das Verbot bzw. eine zahlenmäßige Begrenzung nationaler militärischer Aufklärungsraumflugkörper (die zur Ortung gegnerischer Systeme dienen);

- die Errichtung von Schutzzonen für U-Boote (in denen sie keinen Abwehrmaßnahmen ausgesetzt sind);

- das Verbot bzw. eine zahlenmäßige Begrenzung militärischer Navigationsraumflugkörper (die zur Erhöhung der Treffgenauigkeit eingesetzt werden);

- das Verbot militärischer Raketenstarts und der Erprobung neuer Flugtechnologien (die zur Erhöhung von Zuverlässigkeit und Treffgenauigkeit beitragen);

- die Begrenzung der Sprengkraft durch Begrenzung der Tragfähigkeit der Flugsysteme (zur Verringerung von flächendeckenden Wirkungen bzw. Punktzielstörungen);

- die Verringerung bzw. Begrenzung der Reichweiten bestimmter Trägersysteme (zur Vermeidung von Präemptionszwängen bzw. zur Erhöhung der Vorwarnzeiten);

- das Verbot der Härtung der Gefechtskopfformen (die zur Überwindung oder sogar Nutzung des Elektromagnetischen Impulses [EMP-BEffektes] dienen);

- die numerische Begrenzung der Gefechtskopffählen pro Trägersystem über die Begrenzung der Trag-

*) Spätestens seit Raketen Mehrfachgefechtsköpfe tragen – ähnliches gilt aber auch für Trägersysteme wie z. B. U-Boote – existieren auch bei einem festgestellten Gleichgewicht mehr (eigene) Waffen, d. h. Gefechtsköpfe, als gegnerische Ziele, d. h. gegnerische Trägersysteme. Ein Beispiel zur Illustration: Ein U-Boot, mit Poseidon-Raketen bestückt, trägt 160 nukleare Gefechtsköpfe, ist aber mit einem einzigen Schuß zerstörbar. Voraussetzung ist ein qualitativer Faktor: die Ortungsfähigkeit.

fähigkeit und die Offenlegung der telemetrischen Schlüssel (zur Verifikation).

Vertrauensbildende Maßnahmen auf der Ebene der Nuklearwaffen

Parallel zur Durchführung der Rüstungskontrollvorschläge könnte der Worst-Case-Orientierung und dem Mißtrauen der gegnerischen Seiten mit spezifischen, insbesondere auf die nukleare und auch euronukleare Problematik ausgerichteten Maßnahmen der Vertrauensbildung begegnet werden.

Denkbar wäre eine Kombination folgender Maßnahmen:

- die Offenlegung von Informationen über die Budgetanteile für die nuklearen Teilstreitkräfte und insbesondere für die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Bereich der Nuklear- und Raketentechnologie;
- die Errichtung einer Datenbank über die Anzahl und vor allem über die Qualitätsmerkmale der Nuklearpotentiale;
- die Ankündigung von Patrouillenfahrten der U-Boote beim Überschreiten einer festzusetzenden Obergrenze in Friedenszeiten;
- die Ankündigung der übungsweisen Auslagerung von Nuklearmitteln aus ihren Depots im Manöver und insbesondere von Bewegungen der mobilen Trägersysteme vor Verlassen ihrer Hangars bzw. ihrer Stellungen;
- die Verbesserung und Multilateralisierung der Verifizierungsmaßnahmen durch die Schaffung einer internationalen Agentur für Aufklärungsraumflugkörper und Kontrollsatelliten;
- die Verbesserung der Zusammenarbeit und des Fortgangs der KRSt durch Einberufung einer multilateralen Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE);
- die Erstellung eines Langzeitprogramms für (präventive) Rüstungssteuerungsmaßnahmen im nuklearen Bereich;
- die Einleitung restriktiver und stabilisierender Maßnahmen durch die Beschränkung der Reichweite von Flugzeugen und Raketen;
- die Erhöhung der Vorwarnzeiten durch getrennte Lagerung von Raketen, Raketenmotoren und Gefechtsköpfen;
- die Vereinbarung von Forschungs-, Entwicklungs- und Dislozierungsamoratorien;
- die Vereinbarung von Doktrinen, insbesondere zur Verhütung von nuklearen Präemptions- und Eskalationszwängen;

- die Verbesserung der Krisenkontrolle, darunter der sofortige Abbruch aller Manöver mit atomaren Mitteln und der Bewegung mobiler Systeme in Spannungszeiten sowie das Zusammentreten gemeinsamer Krisenstäbe.

Der Verzicht auf Destabilisierung

Die Zeit zur Realisierung dieser und ähnlicher Vorschläge und Forderungen drängt. Die schlechten Erfahrungen der SALT-Partner aus dem Aufschub des Verhandlungsbeginns 1968/69 mahnen zum Handeln. Schon damals brachte die Verzögerung, die angesichts des ABM-Vertrages überflüssig geworden, kaum verifizierbare „Vermirung“ von Raketen. Ähnliche technologische Belastungen des Rüstungssteuerungsprozesses ergaben sich aus der Nicht-Realisierung der Wladiwostoker Vereinbarungen Mitte der 70er Jahre.

Betrachtet man heute die Rüstungsdynamik in Ost und West und insbesondere die fortschreitende Entwicklung der Nuklear- und Raketentechnologie, so wird deutlich, daß selbst der bisherige relative Grad strategischer Stabilität in Zukunft gefährdet ist bzw. nur durch den Verzicht – zumindest einer der beiden Seiten – auf nukleare Erstschlagswaffen und (Teil-)Entwaffnungssysteme erhalten bleiben kann. Ein solcher – gerade auch einseitiger – Verzicht auf destabilisierende Waffensysteme würde weder eine unilaterale Vorleistung noch einen einseitigen Abrüstungsschritt mit unberechenbaren Risiken darstellen. Denn destabilisierende Rüstungsmaßnahmen einer Seite können nicht durch destabilisierende Reaktionen der anderen Seite aufgehoben werden. Im Gegenteil stellen beide Maßnahmen – jede einzeln für sich – das Sicherheitssystem insgesamt infrage.

Der Verzicht auf eine Selbstgefährdung durch Destabilisierung kann also, logisch und rational betrachtet, keine einseitige Vorleistung zugunsten der anderen Seite sein, sondern liegt vorrangig im eigenen Interesse: Dem Kontrahenten, der auf Erstschlagswaffen verzichtet, bleiben die Zweitschlagsysteme, die zur Abschreckung bei weitem ausreichen. Die zum Krieg führende Furcht des immer noch „erstschlagsfähigen“ Gegners, sich im Krisenfall durch veräußerte Präemption der Gefahr eines Entwaffnungsschlages auszusetzen, verliert aber so weitgehend ihre Grundlage. Die Situation bleibt durch den einseitigen Verzicht stabil(er); die Sicherheit auch des Verzichtenden ist erheblich höher als in einem eventuellen „Nachrüstungsfall“.



Rainer Diehl: Die Schmierenkomödie vom Westfälischen Frieden Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 10.-12. Juni 1982 in Lahnstein

Der Kongreß von Wiesbaden 1975 hatte bisher den absoluten Tiefpunkt in der Geschichte der Jungsozialisten nach dem Kriege markiert. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde damals, nachdem sich der Kongreß in abstrakt-theoretischen Debatten über die Natur des Staates als des „ideellen Gesamtkapitalisten“ und die „Systemgrenze“ von Reformen völlig verzettelt und heillos zerstritten hatte, mit einem hastig zusammengestoppelten „Positionspapier“ versucht zu retten, was zu retten war. Noch lange Monate nach diesem Kongreß waren die Jungsozialisten vollauf damit beschäftigt, ihre selbst beigefügten Wunden zu lecken; Narben sind bis heute geblieben. Lahnstein 1982 jedoch hat alles bisher Dagewesene bei weitem in den Schatten gestellt.

Ein „Trauerspiel“, wie die Berichterstatterin der Frankfurter Rundschau es nannte, war es nicht, was da in Lahnstein in Szene gesetzt wurde – eher eine billige Schmierenkomödie provinziellen Zuschnitts, keine Tragödie jedenfalls, in die die Jusos nur aufgrund unentrinnbarer Verstrickungen ohne eigenes Verschulden hineingestürzt worden wären.

Was von diesem Bundeskongreß über die Medien nach außen drang, ging über die leidigen und sattem bekannten Personalquerelen nicht hinaus. Den Pressekollegen läßt sich das auch schwerlich zum Vorwurf machen: In der Substanz fand in Lahnstein nichts anderes statt. Wer versucht, losgelöst von Personalfragen und Fraktionstaktikerei die inhaltlichen Kontroversen darzustellen und die Diskussionen auf dem Kongreß nachzuzeichnen, fühlt sich zunächst einmal ziemlich ratlos und fragt sich, ob es den Aufwand überhaupt lohnt.

Denn wenn die Flut der Anträge ein Gradmesser dafür ist, wieviel Bedeutung die Basisgliederungen einer Organisation den Entscheidungen ihres höchsten Beschlußorgans zumessen, dann signalisiert das Antragspaket des diesjährigen Juso-Kongresses Er-

schreckendes. Waren es etwa vor zwei Jahren noch über 100 Anträge, die zur Beratung anstanden, so waren es deren in Lahnstein nur noch 65. Alarmierender noch: ziemlich genau drei Viertel dieser Anträge wurden von Bezirken gestellt, der Rest entfiel auf den Bundesvorstand und einige wenige unentwegte Unterbezirke. Von den rund 2500 Arbeitsgemeinschaften im Lande hatte auch nicht eine einzige von ihrem satzungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht, sich an der innerverbandlichen Willensbildung zu beteiligen.

Nichts dokumentiert drastischer, wie „abgehoben“ die Juso-Funktionärskader über ihrer Basis schweben, wie wenig die Arbeitsgemeinschaften vor Ort von ihrem Bundeskongreß an Orientierung erwarten, wie sehr die Verbandsführung an den realen Bedürfnissen ihrer aktiven Mitglieder vorbeiregiert. Wer die vielfältigen Aktivitäten von Jungsozialisten in Ortsvereinen und Unterbezirken etwas verfolgt und gleichzeitig Zeuge des Gerangels in den Bezirken und auf Bundesebene wird, dem drängen sich unvermeidlich Zweifel auf, ob er es noch mit einer einheitlichen Organisation zu tun hat.

Einnischung in innere Angelegenheiten?

In den letzten Jahren haben die Jusos ein beachtliches Geschick entwickelt, bei Rechenschafts- oder Personaldebatten an allem und jedem Anstoß zu nehmen, was ihre Repräsentanten jeweils erklärt oder nicht erklärt haben, und dies dann zu einem großen Prinzipienstreit aufzubauschen.

Diesmal mußte dafür eine Presseerklärung herhalten, die Willi Piecyk am 7. Juni, wenige Tage vor Ablauf seiner Amtszeit, zum Ausgang der Hamburger Bürgerschaftswahl abgegeben hatte. Unter anderem hatte Piecyk darin betont, daß ein SPD-Minderheitssebat keine dauerhafte Lösung sei: „Die sauberste Lösung wäre, in absehbarer Zeit Neuwahlen durchzuführen.“

Die Hamburger Jungsozialisten sahen es in Lahnstein anders: Sie erklärten, nun komme die SPD nicht umhin, ein Bündnis mit der Grün-Alternativen Liste (GAL) einzugehen. Piecyk sei mit seiner Verlautbarung, die er im übrigen nicht mit den „Betroffenen“ abgestimmt habe, den Hamburger Genossen in den Rücken gefallen. Noch deutlicher wurde Günter Beling (Hamburg), der gleich schnöden Verat witterte: „Allein Helmut Schmidt und seine Handlanger orientieren auf Neuwahlen“, während – was so nicht ganz stimmt – die gesamte Hamburger Parteilinke einschließlich der Jusos mit der GAL zusammenarbeiten wolle. Es gehe, wie neben Beling

auch Klaus-Peter Wolf hervorhob, in Hamburg nicht darum, einen neuen SPD-Senat zu bilden, sondern darum, „eine politische Machtübernahme von rechts zu verhindern“. Dies setze angesichts der gegebenen Kräfteverhältnisse allerdings voraus, daß sich die SPD gegenüber dem grün-alternativen Spektrum öffne.

Kurzum: der Juso-Bundesorganisation sollte das Recht abgesprochen werden, sich zu regionalen und landesspezifischen Fragen zu äußern, da dies offenbar als alleinige Angelegenheit souveräner Bezirke und Landesverbände betrachtet wird. Daß, wie später bemängelt wurde, in Sachen Startbahn West solche „Binnmischung“, obwohl höchst willkommen, eigentlich ausgeblieben sei, zeigt, mit welchen vorgeschobenen Argumenten solche Debatten bei den Jusos häufig geführt werden. Schon vor zwei Jahren, auf dem Hannoveraner Bundeskongreß, hatte es einen ähnlichen Kompetenzstreit gegeben – damals aufgehängt an der Gründung eines unabhängigen „Sozialistischen Schülerbundes“ in Berlin (s. NG 7/80).

Das Leitmotiv der Diskussion um das Verhältnis zu Grünen und Alternativen hatte der stürmisch umjubelte Erhard Eppler angegeben, als er aus dem Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahlen den apodiktischen Schluß zog: „Es gibt keine sozial-liberale Mehrheit mehr gegen die Ökologie- und Friedensbewegung.“ Quer durch alle Fraktionen herrscht darüber auch bei den Jusos Einigkeit. Uneins ist man sich allerdings in der Frage, welche *strategischen* (nicht taktischen) Konsequenzen aus dieser Tatsache gezogen werden müssen.

In dieser Hinsicht erweist sich, daß gerade die Stamkap-Jusos, obwohl sie in der Debatte am lautstärksten auftraten, konzeptionell am wenigsten zu bieten haben. Ihr Standpunkt scheint sich auf das Plädoyer für eine Koalition der SPD mit Grün-Alternativen zur Verhinderung einer Rechtsregierung zu reduzieren. Ein Hamburger Delegierter brachte es auf die ebenso provokative wie bedenkliche Formel: „Das Wahlversprechen der Parteirechten“, nämlich keine Koalition mit der GAL einzugehen, „darf nicht eingelöst werden.“

Reformsozialisten für Epplers Weg

Klarere Konturen zeigten da schon die Reformsozialisten und die Antirevisionisten, wenngleich sich ihre jeweiligen Perspektiven mehr oder minder konträr gegenüberstehen. So meinte etwa Reformsozialist Richard Meng (Hessen-Süd), die Jusos müßten sich als „Teil der Ökologie- und Friedensbewegung“

begreifen, deren politisch-programmatische Positionen in die Partei hineinragen und dort durchzusetzen versuchen. Denn wie sich die SPD künftig entwickle, sei „historisch noch offen“. Wenn es gelinge, die SPD stärker auf die Friedens- und Ökologiebewegung zu orientieren, könnten auch die Jusos wieder attraktiver für Jugendliche werden.

In die gleiche Richtung hatte auch Erhard Eppler gewiesen, als er vorschlug: „Wir als Sozialdemokraten nehmen das Wichtigste, das Dringendste dessen selbst auf, was die Friedens- und Ökologiebewegung will, und versuchen dann, die Grünen und Alternativen unter die 5 %-Grenze zu bringen. Das ist eine Möglichkeit, für die ich immer plädiert habe.“ Wollte man dies nicht, bleibe nur die Möglichkeit, sich entweder mit den Grün-Alternativen in den Parlamenten zu „arrangieren“ oder aber in die Opposition zu gehen.

Auch Peter Glotz, als Bundesgeschäftsführer der Partei ständiger Gast auf Juso-Kongressen, warnte davor, gegenüber den Grünen in „Abgrenzungshysterie“ zu verfallen. Vielmehr solle die Partei ernsthaft prüfen, ob deren Forderungen „seriös und realisierbar“ seien, und bei positivem Ergebnis „punktuell“ mit ihnen zusammenarbeiten. Allerdings dürfe man nicht durch beliebige Bündnisse mit Grün-Alternativen die Einheit der Partei aufs Spiel setzen. Nicht Helmut Schmidt sei die Ursache dafür, daß die SPD in Hamburg und anderswo herbe Verluste habe einstecken müssen, sondern der Umstand, daß die SPD – z. B. in der Ausländer-, der Wohnungsbau- oder der Bodenpolitik – „möglicherweise falsche Politikkonzepte verfolgt“ habe.

Für die Antirevisionisten machte Michael Wendt (Südbayern), der sich, nachdem Wolfgang Krumbein etwas in den Hintergrund getreten ist, immer mehr zum Vordenker seiner Fraktion aufschwingt, deutlich, daß sie die SPD nur für begrenzt integrationsfähig halten. Aktuell gehe es, beschied er die Diskutanten, doch nur noch um die Frage, ob die SPD in der *Opposition* ein Bündnis mit grün-alternativen und linkssozialistischen Kräften eingehen könne. Die Strukturveränderungen im Spätkapitalismus hätten die Existenz der Volksparteien selbst infrage gestellt. Innerhalb der SPD müßten die Jungsozialisten den Kampf gegen die „rechtssozialdemokratische marktwirtschaftliche Politik“ aufnehmen und versuchen, den „rechtsgewerkschaftlichen und rechtssozialdemokratischen Block aufzusprengen“; hingegen sei es nicht ihre Aufgabe, in der SPD grün-alternative Konzepte durchzusetzen.

Mit großer Mehrheit wurde schließlich ein Initia-

tivantrag angenommen, in dem – ganz im Sinne der Hamburger Jungsozialisten – die SPD aufgefordert wurde, mit der GAL in Verhandlungen über die Bildung einer Koalition zu treten. Mit der Ergänzung: „Die aktuelle Notwendigkeit von Koalitionsbildungen mit den Grün-Alternativen ersetzt nicht die Notwendigkeit einer Veränderung der SPD in eine konsequent sozialistische Kraft“, fanden sich dann auch die Antirevisionisten zufriedengestellt.

Eine Frage wurde in Lahnstein weder gestellt noch beantwortet: Warum sich die Jusos über die Frage einer Koalition mit der GAL in die Haare geraten müssen, wenn gleichzeitig die GAL nicht müde wird zu verlautbaren, daß sie eine solche Koalition, gleichgültig unter welchen Voraussetzungen, kategorisch ablehnt...

Kein Konsens über den Minimalkonsens

Gemeinhin sollte man annehmen, daß die gerne mit sich selbst hadernden Jungsozialisten wenigstens beim Thema Frieden und Abrüstung eines Sinnes sind. Doch weit gefehlt: gerade dort zeigen sich Differenzen, die weit tiefer reichen, als daß sie sich mit der unvermeidlichen Polarisierung im Vorfeld von Personalentscheidungen entschuldigen ließen. Einen Einfluß auf den Verlauf der friedenspolitischen Diskussion hatten die anstehenden Wahlen nur insofern, als sie die Mikrophonkämpfe aller Fraktionen dazu animierten, ihre jeweiligen Standpunkte nur um so pointierter, intransigent und personenfixierter vorzutragen. Die sachlichen Differenzen bestehen durchaus, und sie sind ein Grund dafür, warum sich die Jusos derzeit so schwer tun, ihre Identität innerwie außerparteilich zu behaupten.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte Willi Piecyk einmal mehr die Auffassung zurückgewiesen, die USA oder die NATO-Länder trügen die alleinige Verantwortung für das Wettüben zwischen Ost und West. Vielmehr habe „eben auch die Sowjetunion an dieser Schraube mitgedreht und überzogen. 300 moderne SS 20 mit jeweils drei Sprengköpfen sind weit mehr als zur Verteidigung, zum berühmten Zweitschlag, notwendig sind. Sie sind eine ordentliche Portion Überrüstung bzw. Hochrüstung“. Deshalb stellten die SS 20 auch „eine verdammt Bedrohung für uns dar“. Wer die „Beseitigung von Hochrüstungsrealitäten“ anstrebe, müsse „Abrüstung in West und Ost fordern“.

Monika Buttgerit und Klaus-Peter Wolf aus dem Stamokap-orientierten Landesverband Berlin fühlten sich durch Piecyks bekannte Grundhaltung, eine strikte Selbstbeschränkung der Jusos auf den Mini-

malkonsens innerhalb der Friedensbewegung – Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses – gefährdet die Identität der Organisation, offenbar herausgefordert, eben diesen Minimalkonsens zum Nonplus-ultra jungsozialistischer Strategie und Taktik emporzustilisieren. Bei dem vielgeschmähten Minimalkonsens, meinte Wolf, gehe es doch letztlich um die „lebenswichtige Frage, wie lange Europa noch Frieden“ beschieden sei. Und Monika Buttgerit monierte die „spalterischen Versuche“, die es von seiten des Jusso-Bundesvorstands im Vorfeld der Demonstration am 10. Juni anlässlich des Reagan-Besuchs gegeben habe und die die Friedensbewegung „auseinanderzudividieren“ gedroht hätten.

Ein fränkischer Delegierter, der sich wortreich abmühte nachzuweisen, warum die Forderung nach Abrüstung in West und Ost nicht geeignet sei, die Stationierung der amerikanischen Raketen zu verhindern, verstieg sich sogar zu der Kurzformel: „Die Entscheidung muß gegen die NATO gehen – gegen die Aufrüstung des Westens, gegen die Kriegsvorbereitungen des Westens.“ Als „Teil einer umfassenden Kriegsvorbereitung“ hatten die antirevisionistischen Franken bereits im letzten Jahr den NATO-Beschluß gebrandmarkt. In ihrem diesjährigen Antrag sprachen sie zwar etwas moderater von einer „verschärfte Konfrontationsstrategie gegen die Sowjetunion“, die die Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufbeschwöre, verlegten sich im übrigen aber auf die Bewertung der Stamokap-Gruppe, es sei „fatal und falsch für Sozialisten, weiterhin allgemein gegen Rüstung in Ost und West einzutreten“, weil in der aktuellen Frage der Nachrüstung die Verantwortung allein bei den USA bzw. bei der NATO liege.

Reformsozialisten: Inhaltliche Grundlagen der Friedensbewegung verbreitern

Sicherlich nicht zu Unrecht wiesen zahlreiche Reformsozialisten darauf hin, daß innerhalb der Friedensbewegung mittlerweile über mehr als nur die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses Übereinstimmung erzielt worden sei, so etwa über die Ablehnung der Neutronenwaffe, die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in (Ost- und West-)Europa, aber auch – ganz allgemein – die Abrüstung in Ost und West. Immerhin haben sich die rund 1800 Organisationen, die den Aufruf zur Demonstration am 10. Juni mit unterzeichnet haben, bereit gefunden, unter vielem anderen auch, wie von den Jungsozialisten vorgeschlagen, die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen und den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zu fordern.

Daß die DKP und ihr nahestehende Organisationen dem nur unter größten Schmerzen zustimmen konnten, mag richtig sein. Auch für die Mitfahrt auf dem Trittbrett der Friedensbewegung muß eben ein Preis gezahlt werden. Bedenklich stimmt nur, daß es immer noch Jusos zu geben scheint, die sich die Köpfe der DKP zerbrechen zu müssen glauben. Man muß sich nicht einen Minimalkonsens aufzwingen lassen, nur weil eine Organisation unter vielen, die erklärmaßen und mit geradezu sklavisch anmutender Unterwürfigkeit die außen- und sicherheitspolitische Linie der Sowjetunion vertritt, meint, ein Veto-recht für sich in Anspruch nehmen zu können. Es gibt, etwa in der kritischen Kirchenjugend, größere und wichtigere Bündnispartner für die Jungsozialisten, die auch für die Friedensbewegung unentbehrlich sind.

Je schmäler die inhaltliche Grundlage sei, auf der die Friedensbewegung arbeite, so warnte der nieder-rheinische Bezirksvorsitzende, Dittmar Gatzmaga, wohl zu Recht auf dem Kongreß, desto gefährdeter sei ihr Fortbestand, wenn innerhalb der nächsten Jahre – so oder so – die endgültige Entscheidung über die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen falle. Der Demonstrationsaufruf zum 10. Juni sei mehr als nur ein Minimalkonsens, ein kleinster gemeinsamer Nenner; es sei ein „*errelchter* Konsens“, der über die bloße Stationierungsfrage hinausgehe. Für die Jungsozialisten, betonte Reformsozialist Roman Röhrig, sei es schließlich auch eine Frage eigener Glaubwürdigkeit, sich nicht nur mit Rüstungs- und Militärpotentialen in Westeuropa, sondern auch mit solchen in Osteuropa auseinanderzusetzen.

Die Gegensätze waren offensichtlich kaum zu überbrücken. Eine Vorentscheidung zugunsten der „Minimalkonsens-Position“ fiel bereits dadurch, daß Antirevisionisten und Stamokap-Gruppe den Antrag des Bezirks Westliches Westfalen statt des Bundesvorstandsantrags als Beratungsgrundlage durchsetzten. Nur in windelweicher Formulierung fand dann doch noch ein laues Bekenntnis zur „Abrüstung in Ost und West“ Eingang in den Beschluß.

Minimalkonsens über den MIK

Waren sich die beiden „marxistischen“ Fraktionen einig in Sachen Minimalkonsens, so entzweiten sie sich unversehens wieder in Sachen „MIK“. Dies geheimnisvolle Kürzel steht nicht etwa für Minimal-konsens oder ein neues sowjetisches Kampfflugzeug, sondern für den „Militärisch-Industriellen Komplex“. Vorgezeichnet war diese Auseinandersetzung schon mit dem interfraktionellen Wunsch, in den Friedens-

beschluß auch etwas zu den ökonomischen Ursachen des Rüstungswettlaufs hineinzuschreiben.

Der MIK ist ein integraler Bestandteil der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und bezeichnet die Verschmelzung der Macht und der Interessen des monopolisierten Rüstungskapitals mit denen der Militärhierarchie und der Staatsbürokratie zu einem festgefügtten Machtkomplex, der den Kern des staatsmonopolistischen Systems in den imperialistischen Staaten darstellt. Die Stamokap-Vertreter bei den Jungsozialisten hüten die MIK-Theorie wie ein ehernes Dogma, zumal gerade aus ihr der aggressive Charakter des imperialistischen Herrschaftssystems, die ständigen Aufrüstungsbestrebungen und die zwangsläufige Verschärfung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise abgeleitet werden sollen.

Anders die Antirevisionisten, die ohnehin die Stamokap-Theorie bereits als solche rigoros ablehnen. Ihrer Auffassung nach gibt es keinen MIK oder besondere Rüstungsmonopole, die dem Staat bzw. der Regierung rüstungspolitische Entscheidungen in erpresserischer Weise aufzwingen könnten. Zumindest in der Bundesrepublik bestehe weder ein systemimmanenter ökonomischer Zwang zu Rüstungsinvestitionen noch sei eine Trennung von Rüstungsproduktion und ziviler Produktion auf der Ebene der Einzelkapitalien, Grundvoraussetzung für die Herausbildung eines MIK, faktisch gegeben, woraus sie denn auch die Möglichkeit der Konversion, d. h. der stufenweisen Umstellung von Rüstungs- in Zivilproduktion, ableiten. Daraus folgt unmittelbar, daß rüstungspolitische Entscheidungen ausschließlich zur Durchsetzung *politischer* Zwecke getroffen werden oder, wie es der südbayerische Delegierte Herbert Deppisch formulierte, „daß die Hochrüstung ein *politisch* induzierter Prozeß ist“.

Was am Ende unter Zuhilfenahme von Schere und Klebestift sowie unter Weglassung oder Umformulierung besonders kontroverser Passagen als sogenannter Beschluß herauskam ist nichtsdestoweniger kein ehrlicher Kompromiß, sondern es trägt unverkennbar nicht zu vermittelnde Widersprüche in sich – so deutlich, daß sich der fraktionelle Ursprung jedes einzelnen Satzes mühelos rekonstruieren läßt.

Verwunderlich ist allenthalben, daß die Reformsozialisten die Bedeutung dieses Streitpunktes für die beiden anderen Fraktionen anscheinend nicht erkannt haben. Der MIK-Streit hätte ihnen vielleicht eine Chance geboten, die Beschlußfassungsmehrheit von Antirevisionisten und Stamokap-Gruppe wenigstens an einem Punkt aufzubrechen. Es besteht für

sie im Grunde gar kein Anlaß, das erst mit dem Hamburger Bundeskongreß 1977 zum Durchbruch gekommene (Zweck-)Bündnis der beiden „marxistischen“ Fraktionen fatalistisch und als quasi naturgegeben hinzunehmen.

In einer Reihe zentraler Fragen sind programmatisch-politische Gemeinsamkeiten mit den Antirevisionisten durchaus noch gegeben, während unter den „Marxisten“ – zumindest auf theoretischer Ebene – das Trennende das Gemeinsame eher überwiegt. Daß die letzteren dennoch zueinander fanden, gehört recht eigentlich zu den vielen Unbegreiflichkeiten der Juso-Entwicklung seit Mitte der 70er Jahre.

Berufsverbot in den eigenen Reihen?

Da die Kandidatur des bisherigen Juso-Bundessekretärs Rudolf Hartung schon längere Zeit bekannt war, ließ sich voraussehen, daß der Bundeskongreß von Personalquerelen überschattet werden würde. Rudolf Hartung ist schon immer einer derjenigen gewesen, an denen sich die Geister scheiden. Er war es, der die Gründung von Juso-Hochschulgruppen gegen den immer weiter ins DKP-Fahrwasser abdriftenden SHB maßgeblich vorangetrieben hat. Und er hat sich vielleicht nicht ganz zu Unrecht viele Feinde geschaffen, als er im Verband deutscher Studentenschaften die Juso-HSGen in oft abenteuerlich anmutende Negativkoalitionen hineinmanövriert hat, um den übermäßigen Einfluß des DKP-nahen MSB Spartakus zurückzudrängen.

Aber man täte Hartung zweifellos Unrecht, wollte man ignorieren, daß er sich seit seiner Wahl zum Bundessekretär redlich bemüht hat, mäßigend auf die Heißsporne in den eigenen reformsozialistischen Reihen einzuwirken. Daß die Reformsozialisten nicht auch noch – wie die Stamokap-Gruppe mit den „Herforder Thesen“ und die Antirevisionisten mit den „Göttinger Thesen“ – ein dogmatisch abgeschlossenes Theoriepapier auf den ohnehin immer kleiner werdenden Juso-Markt geworfen haben, schreiben nicht wenige seinem Einfluß zu.

Unumstritten war Hartung selbst bei seinen eigenen Anhängern nicht. Ditmar Gatzmaga, nieder-rheinischer Juso-Vorsitzender, nannte es noch wenige Tage vor dem Kongreß ein „Armutszeugnis“, daß man jetzt ausgerechnet einen hauptamtlichen Parteifunktionär zum Vorsitzenden wählen solle, und wand sich in Lahnstein sichtlich (Zwischenruf: „Eiertanz“), als er sich beeilte zu versichern, daß diese Bemerkung natürlich keineswegs auf die Qualität des Kandidaten gemünzt gewesen sei.

Offiziell nominiert wurde Hartung von der Juso-

Bezirkskonferenz Hessen-Stüd. Der eigene (Stamokap-orientierte) Heimatbezirk Mittelrhein hatte ihm jegliche Unterstützung versagt. Damit nicht genug, beschloß der mittelhessische Bezirksausschuß in einer 9:7-Kampfabstimmung auch noch, daß ein „hauptamtlicher Angestellter der Regierungspartei“ schlechterdings nicht wählbar sei. Immerhin ist Hartung doch seit 1977 jedesmal mit politischen Mehrheiten von den Jusos selbst in dieses Amt gewählt worden wie jeder andere Bundessekretär vor ihm auch. Wenn auch ein Gehaltsempfänger, so ist er damit noch kein Befehlsempfänger oder Wasserträger des Parteivorstands geworden. Außerdem ist dieses „Problem“ mit der Wahl Horst Wegners, des bislang „zweiten“ Mannes im Bundessekretariat, hinfällig geworden. Bedauerlich an dem Vorgang ist nur, daß es offenbar Jusos gibt, die sich bereit finden, Berufsverbote in den eigenen Reihen auszusprechen.

Kandidatur gegen ein Phantom

Schon frühzeitig hatte die Stamokap-Fraktion die Devise ausgegeben, daß der „Partei-Kommissar“ (K. P. Wolf) Hartung zumindest im ersten Wahlgang durchfallen müsse. Der bereits zweimal gegen Willi Piecyk unterlegene Wolf wollte (oder sollte?) wohl nicht noch einmal „verheizt“ werden, zumal es um seine Chancen im Falle einer direkten Konfrontation schlecht bestellt gewesen wäre. Daß aber von seiten der beiden „marxistischen“ Fraktionen der Versuch unternommen werden würde, Hartung so lange durchfallen zu lassen, bis er selbst das Handtuch werfen würde oder ein Gegenkandidat mit einiger Aussicht auf Erfolg würde nominiert werden können, lag in der Luft.

Hartung kandidierte, wie er selbst ausdrückte, „gegen ein Phantom, gegen den Kai aus der Kiste“. Gerüchteküche hatten Hochkonjunktur: Einige wollten wissen, daß Wolf sich doch bereithalte; dann plötzlich verdichteten sich Gerüchte, daß es sich bei dem Phantom nicht um Kai aus der Kiste, sondern um den bisherigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Axel Horstmann handele – vielleicht auch nur, weil unmittelbar nach dem ersten Wahlgang, in dem Hartung erst 44 Prozent der Stimmen erreicht hatte, drei bekanntere Jusos auf Horstmann einzureden schienen. Einige Reformsozialisten debattierten im Foyer erregt, ob es nach Organisationsstatut und Wahlordnung eigentlich zulässig sei, für einen zweiten Wahlgang die Kandidatenvorschlagsliste wieder zu eröffnen. Der Arbeitsatmosphäre konnte dies alles nur abträglich sein. Der Bundeskongreß geriet zur Fassade, zur bloßen Kulisse für Schaukämpfe.

Sich selbst haben die Jusos mit diesem unwürdigen Gerangel in der Tat keinen Gefallen getan. Wenn ihnen etwas gelungen ist auf diesem Kongreß, dann die restlose Demontage ihres neuen Vorsitzenden schon vor seiner Wahl. Die menschliche Niedertrichlichkeit, mit der man Rudolf Hartung erbarmungslos Spießruten laufen ließ und unentwegt neue Dreckkübel über ihm entleerte statt eine offene und ehrliche Entscheidung zu suchen, ist unentschuldigbar.

Die Situation sollte sich erst klären, als nach dem ersten Wahlgang die Unterbrechung des Kongresses und die Einberufung des Bundesausschusses beantragt wurde – offensichtlich in der Absicht, den geheimnismwitterten Kandidaten aus der Taufe zu heben. Doch dieser Versuch scheiterte mit 157 zu 122 Stimmen am geschlossenen 36stimmigen Veto der Westlichen Westfalen. Im zweiten Wahlgang erhielt Hartung („Ich kandidiere weiter, weil ich meine, die Delegierten sollten darüber nachdenken, wie das mit den Jusos weitergehen soll.“) dank 21 Enthaltungen wenigstens eine relative Mehrheit von neun Stimmen und war damit gewählt.

Zur Ruhe gekommen war der Kongreß damit noch lange nicht. Denn bei der Wahl der sechs stellvertretenden Vorsitzenden ging es um nichts weniger als um die Wahrung eherner interfraktioneller Prinzipien oder – andersherum gesehen – um die Frage, ob die Jusos doch noch in der Lage sind, über ihren eigenen Fraktions-Schatten zu springen.

Frieden ohne Toleranz

Unter den Jungsozialisten gilt das gerne zitierte „Prinzip des Westfälischen Friedens“: Das *cuius regio eius religio* – was die Untertanen zu glauben haben bestimmt der jeweilige Landesherr resp. Bezirksfürst – ist zwar das Grundprinzip des Augsburger Religionsfriedens von 1555, aber der ironisch-netten Anspielung auf den mächtigen Bezirk Westliches Westfalen wegen nimmt man es mit der Geschichte nicht so genau.

Wie auch immer: der Vergleich entbehrt, wenn auch unfreiwilligerweise, nicht eines gewissen Tiefsinns. Im Westfälischen Frieden, der 1648 den 30jährigen Krieg beendete, wurde der Augsburger Religionsfriede zwischen Lutheranern und Katholiken auch auf die Reformierten, gewissermaßen also auf drei Fraktionen ausgedehnt; die Fürsten traten gleichberechtigt neben den Kaiser und erhielten das Recht, untereinander Bündnisse zu schließen. Nicht unähnlich regeln sich heute die Beziehungen zwischen den Bezirken und dem Bundesvorstand der Jungsozialisten

Unerquicklich, wenn nicht auf Dauer verhängnisvoll für den Juso-Verband ist das *cuius regio eius religio*-Prinzip trotzdem: Aus ihm folgt zwingend, daß es innerhalb ideologisch festgelegter Bezirke keine Toleranz gibt, – weder bei Personal- noch bei Sachentscheidungen. Andersdenkende haben zwar wie seinerzeit nach dem Augsburger Religionsfrieden die Freiheit auszuwandern, werden aber in ihren Heimatbezirken rigoros niedergehalten.

Just diese bittere Erfahrung machten Vera Konieczka (Münster) und Gabriele Schwietering (Köln), die – außerhalb des Fraktionsproporzes – auf Vorschlag der Bundesfrauenkommission, jedoch gegen den erklärten Willen ihrer Bezirke Westliches Westfalen und Mittelrhein, zum Juso-Bundesvorstand kandidierten. Als ihre Bewerbung bekannt geworden sei, wußte Reformsocialistin Konieczka zu berichten, sei sie regelrecht terrorisiert worden, ihre Kandidatur zurückzuziehen, weil sie den Verband zu „spalten“ drohe.

In arge Verlegenheit geriet der Kongreß zudem durch die Ankündigung, daß die zwei Kandidatinnen nach dem Grundsatz „Entweder beide oder keine“ gewählt werden wollten. Erfahrungsgemäß sei nämlich eine Frau alleine dem männlichen Rest des Bundesvorstandes „ausgeliefert“. Zu allem Überdruß standen sich im zweiten Wahlgang gleich vier reformsocialistische Kandidaten für die verbliebenen beiden Plätze gegenseitig im Wege. Eine ungünstigere Ausgangsposition kann man sich als Frau wohl schwerlich aussuchen.

Daß Vera Konieczka und Gabriele Schwietering dann dennoch mit sicherer Mehrheit gekürt wurden, ist nicht etwa ihr Verdienst und auch nicht einem Kongreß zu danken, der endlich anderen Sinnes geworden wäre. Der Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau, so wurde gemunkelt, habe sich doch tatsächlich nicht entblödet, im ersten Wahlgang ein „Integrationsticket“ zu wählen, auf dem Kandidaten aller drei Juso-Strömungen berücksichtigt worden seien. Für solch schmachvollen Verrat, so befanden die Kongreßstrategen der Reformsocialisten, müsse nun der (reformsocialistische) Kandidat dieses Bezirks, Norbert Neuser, büßen. Da aber wohl oder übel beide Kandidatinnen gewählt werden mußten, ließ man Hans Wolter (Hessen-Süd), der nur noch von seiner eigenen Delegation gestützt wurde, gleich mit über die Klinge springen.

Einmal mehr ist der Juso-Bundesvorstand wie der Aufsichtsrat eines Industriekonzerns zusammengesetzt: Die drei Großaktionäre haben, ihrer ungefähren Stärke entsprechend, die Plätze unter sich aufge-

teilt. Die Reformsozialisten, die auf dem Kongreß über rund 115 bis 120 der 300 Stimmen verfügten, sind mit Rudolf Hartung und – wider Willen – Vera Konieczka sowie Gabriele Schwietering vertreten, die Stamokap-Gruppe mit Olaf Scholz (Hamburg) und Jürgen Wasem (Ostwestfalen/Lippe), die Antirevisionisten mit dem in Berlin lebenden Jochen Worsch, und der Hamburger Ulf Skirke, der keiner Fraktion eindeutig zuzuordnen ist, wurde als quasi „Neutraler“ mit höchster Stimmenzahl kooptiert. Ein Novum allemal ist, daß nur zwei der sieben Vorstands-

mitglieder, Scholz und Wasem, die politische Mehrheitsströmung ihrer Heimatbezirke repräsentieren. Dies hängt zwar mit der auch in den Hochburgen aller Fraktionen dünner gewordenen Personaldecke zusammen, läßt aber dennoch darauf hoffen, daß der jungsozialistische Religionsfrieden in Zukunft etwas liberaler gehandhabt wird, damit vielversprechende neue Leute sich nicht mehr zuerst stromlinienförmig der jeweiligen Mehrheit in ihren Bezirken anpassen müssen, um dann zu bloßen Vertretern bornierter Fraktionsinteressen zu degenerieren.

Peter Ruhenstroth-Bauer: Juso-Schülerarbeit auf verlorenem Posten?

Peter Ruhenstroth-Bauer, Jura-Student, Jahrgang 1956, hat bei der Bonner Projektgruppe Schüler mit seiner Juso-Arbeit begonnen. Seit 1976 ist er Mitarbeiter im Schülerreferat des Bundessekretariats der Jungsozialisten.

Rahmenbedingungen der Juso-Schülerarbeit

Die Rahmenbedingungen für die Juso-Schülerarbeit haben sich nicht von ungefähr verändert. Da gibt es in der Bundesrepublik auf der einen Seite eine (vielsdiskutierte) Jugendbewegung, in der Jugendliche sich zu engagieren bereit sind; auf der anderen Seite stehen parteipolitisch engagierte Jugendliche, etwa in den Juso-Schülergruppen, die sich seit einiger Zeit auf „verlorenem Posten“ zu befinden scheinen. Daß hier Entwicklungen an der Juso-Schülerarbeit unbeachtet vorbeigegangen sind, steht außer Frage. Nur, wer die „Jugendbewegung“ für den eigenen Frust verantwortlich macht, erkennt offensichtliche Ursachen, die zu dieser Diskrepanz geführt haben. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen:

Rotstiftpolitik

Beim letzten „Sparkarussell“ der Landesregierung NRW, wo Sozialdemokraten mit absoluter Mehrheit regieren, blieb die Bildungspolitik wieder auf der Strecke. Für das Schuljahr 82/83 werden keine neuen Lehrer eingestellt und 4392 Lehrerstellen ersatzlos gestrichen. Man rechnet mit 10 000 arbeitslosen Lehrern in diesem Jahr, und eine Prognose des Kultusministeriums geht von 80 000 arbeitslosen Lehrern im Jahr 1990 aus.

Dagegen regt sich der Widerstand der Betroffenen. Um diesem gleich einen Riegel vorzuschieben, haben die Sozialdemokraten der Landesschülervertretung auch gleich einen „blauen Brief“ geschickt: Die Landesschülervertretung und ihre Untergliederungen, heißt es dort, müßten in diesem Jahr mit 33 % weniger auskommen. Der Haushalt der LSV wurde von 450 000 DM auf 300 000 DM zusammengestrichen.

Schülervertretungsarbeit gehört zu einem der Arbeitsschwerpunkte der Juso-Schülergruppen. Wer will den Jugendlichen in NRW verdenken, daß sie die drastischen Kürzungen der Mittel für ihre Interessensvertretung auch der Jugendorganisation der Regierungspartei anlasten? Sozialdemokraten – einst Vorreiter in der Bildungspolitik – gehören zu den ersten Verhinderern des Ausbaus unseres Bildungswesens. Die Jugendlichen verlangen zu Recht, daß dem Bildungsbereich wieder der notwendige Vorrang eingeräumt wird. Darüber können auch die Klagen über angebliche „Sachzwänge“ nicht hinwegtäuschen. Hier sind Sozialdemokraten diejenigen, die das Rad zurückdrehen.

Die Art und Weise, wie in NRW Bildungspolitik „gemacht“ wurde, läßt sich auf anderen Ebenen beobachten. Die Diskussion um das Schüler-Bafög ist dabei nur ein Stichwort. Aus den vielen kleinen Kürzungsmaßnahmen ist eine große bildungspolitische Schere geworden, die letztlich auch Ansätze von Juso-Schülerarbeit von vornherein zunichte machen kann.

Friedensbewegung an der Schule

Die Friedensbewegung hat auch vor den Schultoren nicht halt gemacht. Von vielen Schülervertretungen werden Friedenswochen an der Schule mit Informationsständen, Extra-Ausgaben der Schülerzeitungen und Diskussionen veranstaltet. Juso-Schüler-

gruppen gehören hier genauso zu den Veranstaltern wie andere Gruppen aus der Friedensbewegung. Allerdings dürfte die Haltung der SPD in der Frage der Nachrüstung oder gar der Rauschmiß von Erhard Eppler aus dem SPD-Präsidium nicht dazu beitragen, daß Jungsozialisten hier stärker Fuß fassen können. Die SPD hat zu wenig gezeigt, daß Parteitageabschlüsse sich auch in praktischer Regierungsarbeit niederschlagen. Zwar wird den Juso-Schülern noch konzidiert, daß sie Teil der Friedensbewegung sein mögen, die „offizielle“ SPD-Politik aber, so wird kritisiert, laufe in die entgegengesetzte Richtung. Wer sich dennoch nicht die „Regierungsplakette“ anheften lassen will, steht in der Diskussion meist allein. Der Rechtfertigungszwang, in dem sich die Juso-Schüler dann befinden, führt nicht nur zur eigenen Identitätskrise, sondern erklärt auch die Schwierigkeiten der Juso-Schülergruppen, für unorganisierte Schüler attraktiv zu werden.

Arbeitsfelder der Juso-Schülerarbeit

Die Juso-Schülergruppen stehen heute vor ähnlichen Aufgaben wie vor acht Jahren, als sich die Schülerarbeit erstmals zu einem der Arbeitsschwerpunkte der Jusos entwickelte: Chancengleichheit im Bildungswesen, der Kampf gegen die Rotstiftpolitik oder die Rechte der Schülervertretung und der Jugendpresse rangieren immer noch an erster Stelle.

Schülervertretungsarbeit

Die Juso-Schülerarbeit konzentriert sich, im Gegensatz zu der der Schüler-Union, auf Inhalte:

- ▷ das fehlende Wissen der Schüler um ihre Rechte und die gesetzlichen Möglichkeiten der SV,
- ▷ Mitspracherechte von Schülern,
- ▷ Konfliktvermittlung bei Auseinandersetzungen zwischen Lehrern und Schülern.

Dabei ist das fehlende Wissen um die rechtlichen Möglichkeiten immer noch die erste Hürde für eine effektive Schülervertretungsarbeit. Nach dem Grundsatz: „Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch wahrnehmen“, versuchen die Juso-Schülergruppen diese Lücke mit Seminaren oder Beiträgen in Juso-Schülerzeitungen zu schließen.

Mit dem Entwurf eines einheitlichen SV-Erlasses für alle Bundesländer haben sich die Jusos für eine rechtliche Verankerung der SV in allen Bundesländern eingesetzt. Denn zwischen sozial-liberal regierten Bundesländern und den CSU/CDU-Ländern ist ein deutliches Gefälle sichtbar: Während die einen die Einrichtung von Schülervertretungen gefördert haben, ließen die anderen Landes-SVen nur zaghaft oder gar nicht zu. So wird den Schülern in Bayern

und Baden-Württemberg bis heute das Recht auf eine landesweit orientierte Interessenvertretung verweigert. Die Kehrtwende, die die Kultusbürokraten in NRW mit dem Rotstift eingeläutet haben, erfordert für die Juso-Schülergruppen nun auch die erhöhte Konfliktbereitschaft gegenüber den eigenen Genossen.

Juso-Schülergruppen

Juso-Schülergruppen wollen aktionsorientiert arbeiten. Lokale Schulkonflikte werden zum „Aufhänger“ für die Arbeit genommen. Das Juso-Bundessekretariat organisiert in Abständen bundesweite Kampagnen („Für das Recht auf Bildung“, „10 000 Bleistifte für Zimbabwe“, „Gesamtschulen überall anbieten“), die von den Schülergruppen umgesetzt werden können.

Die Schülergruppenarbeit versteht sich in der Schule nicht als Konkurrenz zur Schülervertretung, eher als deren Motor. Neben der SV-Arbeit sind die Schülergruppen auch im Freizeitbereich aktiv, indem sie gemeinsame Pfingstcamps, Juso-Sommerschulen u. a. mitorganisieren. Der alte Konflikt um die Organisationsform der Juso-Schülerarbeit hat sich – bis auf Hamburg und Berlin – endgültig erledigt, nachdem sie nunmehr in Gestalt einer Projektgruppe der Jungsozialisten organisiert worden ist.

Jugendpresse

Die nicht-kommerzielle Jugendpresse spielt eine immer größere Rolle unter den Presseerzeugnissen. Der Juso-Schüler-Express, die Schülerzeitung der Jungsozialisten, wird mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren bundesweit vertrieben. Dieses Schülermagazin ist nach Inhalt, Sprache und Aufmachung für Schüler zwischen 15 und 18 Jahren konzipiert. Gleichzeitig ist es als Multiplikatorenzeitung für Schülerzeitungsredakteure angelegt. Der kostenlose Versand an Schülerzeitungsredaktionen hat ihn zum festen Bestandteil der Juso-Jugendpressearbeit werden lassen. Schülerzeitungsseminare und ein Presseedienst, das „Jugendpresseinfo“, runden die Jugendpressearbeit ab.

Vordringlichstes Problem bei der Jugendpressearbeit ist immer noch der Kampf gegen die Schülerzeitungszensur. Die „Deutsche Jugendpresse e. V.“ (djp), größter bundesweit organisierter Verband der Jugendpresse, gehört hier zu den Ansprechpartnern der Jusos.

Einfluß und Auflagenstärke der Jugendpresse ist natürlich auch der CSU/CDU nicht entgangen. Mit der „Freien Jugendpresse Deutschlands“ (FJP) wurde versucht, die Jugendpresse zu spalten. Und obwohl der Bundesverband 1979 mit 500 000 DM Schulden

den Konkurs anmelden mußte, bestehen die Landesverbände der FJP formal weiter. Trotz der verschwindend geringen Mitgliederzahl der FJP, sind es wiederum Sozialdemokraten, die dazu beitragen, den Spaltplatz der CSU in der Jugendpresse weiter wuchern zu lassen. So scheren die Kultusbürokraten in NRW die Jugendpresse über einen Kamm: DJP und FJP sollen in NRW die gleiche finanzielle Förderung erfahren.

Daher gehört neben der ständigen Auseinandersetzung um die Schülerzeitungszensur die Stärkung der DJP zu den vordringlichsten Aufgaben der Juso-Schülerarbeit im Jugendpressebereich.

Situation der Juso-Schülergruppen

Die Arbeitsformen der Juso-Schülerarbeit sind mit denen der Juso-Arbeitsgemeinschaften zu vergleichen. Wer als Schüler in eine Schülergruppe kommt, hat es häufig schwer, das dort übliche Parteichinesisch zu verstehen. Mögen die Aktionsformen auch noch so originell sein – bis zur Umsetzung der Aktion ist der „Neue“ oft schon wieder abgesprungen.

Ende 1981 kündigte sich erstmals die Einsicht bei den Juso-Schülergruppen an, daß man mit Theorie allein keine Jugendlichen ansprechen kann. Letzten Dezember fand in der Kölner Fachhochschule die mittlerweile 4. Bundesfacharbeitstagung Schülerarbeit der Jungsozialisten statt. Bei diesem „Bundeskongreß der Schüler“ trat der Konflikt um die Arbeitsformen der Juso-Schülergruppen offen zutage. Ein Großteil der Delegierten war es leid, in der althergebrachten Form Anträge zu verabschieden oder Resolutionen zu verfassen. Knapp unterlegen bei der Abstimmung über die Tagesordnung, zog er es vor, aus dem Saal auszuziehen. Der „Restkongreß“ tagte, Antrag um Antrag beratend, unbeirrt weiter.

In den anderen Hörsälen der Fachhochschule wurde der „Basiskongreß“ eröffnet. Man wollte „konkret“ werden und, unterstützt von vielen mitgebrachten (unorganisierten!) Schülern, über die Jugendbewegung, den Parteienfrust und die Ansätze von Juso-Schülerarbeit sprechen. Daher standen Ausländerar-

beit, Schülerzeitungsmachen oder „SV“ ebenso auf der Tagesordnung wie ein allgemeiner Erfahrungsaustausch. Die Bedürfnisse hatten sich verschoben. Womit auch die Organisatoren der Facharbeitstagung nicht gerechnet hatten: mit den neuen Ansätzen der Schülerarbeit scheinen sich erste Erfolge bei dem Bemühen, Zugang zu den heute noch unorganisierten Schülern zu finden, einzustellen.

Der Kongreß hat jedenfalls gezeigt, daß die bisherigen Arbeitsansätze und -formen neu überdacht werden müssen.

Konsequenzen

Für die Juso-Schülergruppen wird es immer schwieriger, Ansprechpartner der Schüler zu werden. Neben den veränderten Rahmenbedingungen hat sich auch das Bewußtsein um Arbeitsformen bei den Juso-Schülern gewandelt. Allein auf sich gestellt, wird jedoch den Schülern eine effektive Schülerarbeit kaum gelingen. Vor acht Jahren haben schon einmal Lehrer mit dazu beigetragen, daß die Juso-Schülergruppen erfolgreich arbeiten konnten. Jetzt sind sie erneut gefordert, da die Juso-Schülergruppen auf die Unterstützung derjenigen angewiesen sind, die mit ihnen den Schulalltag erleben. Juso-Schülerarbeit kann nicht nur auf sich gestellt werden. Wenn Jungsozialisten dieses Praxisfeld ihrer Arbeit aufzugeben drohen, weil sie resignieren, sind die Lehrer als erste aufgefordert, ihre Bündnispartner an der Schule zu unterstützen.

Der weit verbreiteten Ratlosigkeit und den Schwierigkeiten, den Fragen der Schüler etwas zu entgegen, kann nur durch das aktive Engagement mit Schülern in der Juso-Schülerarbeit begegnet werden. Lehrer unter den Jungsozialisten müssen daher ihre erste Aufgabe darin sehen, *jetzt* Schülerarbeit dort zu unterstützen, wo sie einzugehen droht; dort Schülerarbeit wieder aufzubauen, wo sie nicht mehr existiert. Lehrer müssen deshalb ihrerseits Schüler ansprechen, sich als Vertrauenslehrer zur Verfügung stellen, bei der Schülerzeitungsarbeit helfen. Es gibt genügend Ansatzmöglichkeiten für die Juso-Schülerarbeit. Das gilt auch für die Genossen Lehrer.



Wolfgang Roth: Konsequente Politik gegen die Apartheid

Wolfgang Roth, Jahrgang 1941, Diplomvolkswirt, ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Parteivorstandes. Zahlreiche Veröffentlichungen insbesondere zu wirtschaftspolitischen und Problemen des südlichen Afrika.

Eine Revolution in der nahen Zukunft ist in der Republik Südafrika nicht zu erwarten. Die Hoffnung aber auf einen friedlichen Wandel verkommt leider mit jedem Tag mehr zur Illusion, in dem dominierende Herrschaftsgruppen an der Apartheid-Politik und ihrem Unterdrückungsmechanismus gegen die Mehrheit des südafrikanischen Volkes festhalten. Daher ist es unstrittig, daß es Gruppen im Regierungsapparat und im Parlament gibt, die grundsätzliche Reformen hemmen. Dies ist eine der zentralen Erkenntnisse, die eine Delegation der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion durch Sambia und Südafrika gewonnen hat. Im Mittelpunkt des Interesses stand dabei die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung des Landes. Dabei mußten einige Vorstellungen über die Entwicklungen in Südafrika zurechtgerückt werden, die das deutsche Meinungsbild mitbestimmen – die wichtigste: Die Lage der Schwarzen hat sich verschlechtert, nicht verbessert.

Es gab Fortschritte in der südafrikanischen Arbeitsgesetzgebung, vor allem hinsichtlich der Möglichkeiten zur Gründung von Gewerkschaften und ihrer Zulassung als Verhandlungspartner der Betriebsführungen. Aber sie haben bei uns den Blick für wesentliche neue Nachteile der Schwarzen gestellt. In der südafrikanischen Regierung gibt es sicher Reformkräfte, aber andere versuchen nicht ohne Erfolg, durch Behandlung der Schwarzen den Eindruck zu erwecken, sie wolle dem inneren und äußeren Druck auf die Apartheid nachgeben und streben gleichzeitig durch Verschärfung und energischere Anwendung bestehender Regelungen die Zementie-

rung der derzeitigen Gesellschaftsordnung an. Dies geschieht auf vielerlei Weise:

1. Nachdem sich Strukturen schwarzer Gewerkschaften herausgebildet und Führungsschichten gefestigt hatten, schlugen die Sicherheitskräfte des Landes erbarmungslos zu. Viele Verhaftungen, Verletzte, sogar Tote und viele gebrochene Menschen waren die Folge. Populäre und wirkungsvolle Persönlichkeiten wurden getötet wie Neill Aggett oder zu psychischen Wracks zerschlagen wie Tom Gqweta. Funktionäre und Mitglieder schwarzer Gewerkschaften unterliegen ständigen Belastungen und Bedrohungen durch die südafrikanischen Sicherheitsbehörden. Sie werden oft monatelang durch anonyme Telefonanrufe erschreckt. Bei Durchsuchungen von Wohnungen und Büros werden mutwillig Möbel zerschlagen und Einrichtungen zerstört. Sie werden auf dem Weg von der Arbeit zusammengeschlagen. Sie werden nachts aus den Betten geholt und, mit einer Pistole am Kopf, stundenlang in fahrenden Autos verhört. Sie werden bei ihren Arbeitgebern denunziert. Man versucht, sie zu kompromittieren und zu bestechen. Ständig stehen die Engagierten mit einem Bein im Gefängnis.

2. Die Homelandpolitik und die Umsiedlung von Schwarzen in ihnen zugewiesene sogenannte autonome Homelands wird fortgesetzt, ja verstärkt. Zu Tausenden werden Menschen, die seit Jahrzehnten in ihrer vertrauten Umgebung leben, in Busse gesteckt und in die trostlose Ärmlichkeit einer Transkei, eines Bophutatswana und eines Venda ausgesetzt. Nur Arbeitsfähige, die gebraucht werden, dürfen bleiben, und auch das unter den würdelosesten Bedingungen, ohne Familie, in Heimen für Männer oder Frauen, mit Arbeitsverträgen, die jeweils nach einem Jahr erneuert werden müssen. Eine von den Südafrikanern herangezogene kleine schwarze Elite hält Ordnung in den Homelands und arbeitet bei der Disziplinierung der Schwarzen eng mit den südafrikanischen Behörden zusammen.

3. Die Rechtssicherheit einer kleinen Gruppe städtischer Schwarzer ist verbessert worden: Wer mindestens zehn Jahre lang bei demselben Arbeitgeber war, 15 Jahre lang in derselben Wohnung gewohnt hat, genießt uneingeschränktes Recht auf Aufenthalt und Arbeit außerhalb der Homelands. Für alle anderen ist es schlimmer geworden: Sie werden zu Gastarbeitern im eigenen Land degradiert, sind in den Heimen der Townships zusammengepfercht oder werden in die Homelands abgeschoben. Zuwiderhandlungen werden seit neuestem mit drakonischen Strafen bedroht: für einen Schwarzen bedeuten sie

den Entzug der materiellen Existenzgrundlage; Unternehmer verzichten darauf, wie bisher unter Umgehung der Vorschriften einen Teil ihrer Beschäftigten aus dem Heer der illegal Ansässigen zu rekrutieren. Dadurch wird deren Lage noch verzweifelter als zuvor.

Auch in anderen Bereichen geht die Diskussion über Südafrika in der Bundesrepublik an den tatsächlichen Gegebenheiten vorbei oder bedarf zumindest einer differenzierteren Betrachtungsweise. Letzteres trifft ganz besonders zu für die Frage des deutschen Handels mit der Republik Südafrika und deutscher Investitionen in ihr. In einem Gespräch mit dem sambischen Präsidenten Kaunda spielte dies eine große Rolle: „Wer in Südafrika investiert, investiert in den Tod“, erklärte er der sozialdemokratischen Delegation. Auch der in Sambia lebende Generalsekretär des ANC sah in ausländischen Investitionen in Südafrika eine wesentliche Stütze der Apartheid.

Bei den oppositionellen Gewerkschaften im Lande scheint dies nicht die gleiche Bedeutung zu haben. Für sie sind die Manager deutscher Unternehmen genauso Gegenspieler im Arbeitskampf wie die Führung südafrikanischer Betriebe; darüber hinaus scheinen sie im Vergleich zu einheimischen Firmen und den Töchtern von Konzernen aus anderen Staaten relativ hoch angesehen zu sein. Über die Unterschiede zwischen den einzelnen deutschen Betrieben sollte man aber nicht hinweggehen: Während bei VW für südafrikanische Verhältnisse offenbar eine Tendenz in die richtige Richtung besteht, verweigert BMW leider noch die Zulassung schwarzer Gewerkschaften als Verhandlungspartner und hält sich dafür einen „Employee Council“, der aber – nach eigener Einschätzung – bestenfalls konsultiert wird.

Auch der Verhaltenskodex der Europäischen Gemeinschaft für europäische Firmen mit Niederlassungen in der Republik Südafrika stellt sich im Lande selbst anders dar als bei uns. Anfänglich durchaus zwackdienlich, weil er Licht auf die Arbeitsverhältnisse in Südafrika geworfen und die europäische Öffentlichkeit auf die dort bestehenden Probleme aufmerksam gemacht hat, stellt er sich mehr und mehr als veraltet, zur Anpassung an neue Entwicklungen nicht ausreichend fähig, ja sogar kontraproduktiv heraus:

- die von ihm geforderten Mindestnormen gelten zunehmend als Maximalziele und begrenzen so die Entwicklung nach oben;
- er wird nicht nur von Unternehmern als lästig, sondern von Gewerkschaften als Einengung ihrer Handlungsmöglichkeiten empfunden;

– seine Forderungen bewirken zum Teil das Gegenteil des Gewünschten: auf die Beschäftigung ohnehin Benachteiligter wird eher ganz verzichtet, als daß der rechtliche und soziale Status der Betroffenen verbessert wird.

Der Kodex, für den gerade die SPD so lange und hartnäckig gekämpft hat, soll beileibe nicht abgeschafft werden. Gefragt ist seine Anpassung an neue Gegebenheiten: der Verzicht auf Einzelforderungen, die besser zum Gegenstand der Verhandlungen erstarkter Gewerkschaften gemacht werden sollten, statt dessen Konzentration auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch Unterstützung der Arbeitnehmervertretungen.

Dies ist auch dringend notwendig, denn die schwarzen und gemischtrassigen Gewerkschaften übernehmen mehr und mehr die Rolle einer vorwiegend von Schwarzen bestimmten inländischen Opposition, ohne die grundsätzliche politische Führung politischer Organisationen, vor allem der ältesten und wichtigsten Opposition gegen die Apartheid (ANC) infrage zu stellen.

Die politische Rolle, die die Gewerkschaften – notgedrungen – übernehmen, wird von ihnen durchaus als Last und Gefahr betrachtet, deren sie sich so schnell wie möglich zu entledigen trachten. Trotz allen Risikos, das sie alle tragen, und dessen sie sich voll bewußt sind, zeigten sich die Gewerkschaftsvertreter, mit denen die Delegation geredet hat, in einer Weise mutig und gelassen, die verehrungswürdig ist.

Eine der ernstzunehmenden Schwächen der Gewerkschaftsbewegung ist ihre Zersplitterung in kleine Gruppen. Einigungsbemühungen stehen erst am Anfang, und sie müssen Schwierigkeiten überwinden, die insbesondere zwischen Gewerkschaften mit „Black Consciousness“-Hintergrund bestehen und solchen, die eher pragmatisch, zum Teil innerhalb des vorgegebenen Systems und unter Verzicht auf primäre Politisierung vorgehen wollen.

Keine dieser Gruppen kann jedoch ihre Arbeit allein machen. Alle brauchen verstärkte internationale Unterstützung. Hier muß sich die deutsche Arbeiterbewegung, besonders der Deutsche Gewerkschaftsbund, angesprochen fühlen; er wird nicht auf Initiativen der südafrikanischen Kollegen warten können. Ihre Kraft reicht nicht aus, daß sie selbst kontinuierliche Außenbeziehungen aufrechterhalten können. Wir werden auch in den Betriebsräten von Firmen mit besonders engen geschäftlichen Beziehungen zu Südafrika noch viel Informations- und Überzeugungsarbeit zu leisten haben, damit sie zur

Förderung der schwarzen Gewerkschaften dort beitragen können.

Insgesamt kann man nicht optimistisch aus der Republik Südafrika zurückkommen. In seiner heutigen Verfassung hat dieses Land keine Zukunft, sondern vor allem Probleme. Zu unerbittlich ist die Unterdrückung der Schwarzen durch die Weißen, zu starr deren Festhalten an ihren Privilegien. Entgegen der nun schon länger als ein Jahrzehnt betriebenen Propaganda muß festgestellt werden, daß nicht einmal die „petty Apartheid“ abgeschafft ist: Immer noch gibt es nach Rassen getrennte Busse, und die meisten Hotels und Gaststätten nehmen keine Schwarzen auf. In dieser Lage werden Haß und Unduldsamkeit aufgebaut, die Kompromisse immer schwieriger machen, und jede friedliche Lösung muß ein Kompromiß zwischen den Interessen der weißen Minder-

heit und der nichtweißen Mehrheit sein.

Die Hoffnung ist die zunehmende Orientierung der Apartheidpolitik an praktischen Gesichtspunkten statt an ideologischen oder religiösen: Wer an der Apartheid festhält, weil er so am ehesten seinen sozialen und materiellen Standard halten zu können glaubt, der könnte früher oder später auf ihre Abschaffung drängen, um nicht in einem blutigen Rassenkrieg alles zu verlieren. Es ist allerdings nicht mehr viel Zeit. Aber es ist notwendig, daß wir Reformkräften Hoffnung geben, sei es durch Hilfe, sei es durch Kritik. Vielleicht kann auch dadurch ein Blutbad verhindert werden. Den vernünftigen Menschen aller Rassen sollten wir es nicht nur wünschen, sondern ihnen durch eine konsequente Politik gegen die Apartheid helfen.

Zehra Önder: Vom osmanischen Vielvölkerstaat zum National-Staat der modernen Türkei

Dr. Zehra Önder ist Diplompolitologin am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin. S.a. NG 4/80 und 12/80.

Im September 1980 übernahm das Militär die Macht in der Türkei, gestützt auf das Argument, daß die Sicherheit des National-Staates innenpolitisch gefährdet sei. Von separatistischen Bewegungen war die Rede. Das Fundament des kemalistischen Nationalismus (eines der wichtigsten Prinzipien der kemalistischen Ideologie) schien den Offizieren in seinem Kernbereich durch politische Fraktionskämpfe und ethnisch-kulturelle Strömungen gefährdet. Daraus leitete sich der Wunsch der Militärs ab, zum Kemalismus zurückzukehren, d. h. zurück zu den zwei zentralen kemalistischen Prinzipien: Nationalismus und Säkularismus.

Der Kemalismus wurde insbesondere seit 1950 zunächst allmählich, dann jedoch mit steigender Tendenz zur formalen Fassade, zu einer Legitimationsbasis, auf die sich viele politische und ethnisch-kulturelle Gruppierungen mit höchst unterschiedlichen Motivationen stellten und das soziale, ökonomische

und politische Gefüge des National-Staates in eine Krise stürzten.

Die Gefährdung der kemalistischen Prinzipien, deren Schutz vor internen und externen Gefahren Mustafa Atatürk – selbst ein Offizier – der türkischen Armee anvertraut hatte, ließ eine Intervention der türkischen Militärs erwarten, um eine solche Entwicklung zu stoppen.

Die interne Gefahr für den Kemalismus konnte im Einparteiensystem von 1923 bis 1950 unter der Führung von Mustafa Kemal Atatürk und seinem Nachfolger Ismet İnönü – ebenfalls Offizier – durch strafende Maßnahmen unterdrückt werden. Seit dem 1950 erfolgten Übergang zum Mehrparteiensystem griff die Armee insgesamt dreimal in die Politik ein, um neue Richtlinien zu setzen, und zwar 1960, 1971 und 1980. Um die herausgehobene Stellung des Militärs bei der Verteidigung der nationalstaatlichen Integrität zu verstehen, ist es notwendig auf die Frühphase der kemalistischen Entwicklung zurückzugreifen.

Anfang der 20er Jahre versuchte Mustafa Kemal Atatürk aus den Territorien, die er während des sog. Befreiungskrieges erhalten hatte, einen Nationalstaat zu bilden. Dafür fehlten die wichtigsten Voraussetzungen, nämlich eine kulturelle, ethnische und sprachliche Homogenität der einzubeziehenden Territorien. Kemal und sein Nachfolger Ismet İnönü, die die Türkei bis 1950 regierten, wußten dies und haben auf separatistische Regungen im Lande (wie die Massaker an Kurden deutlich demonstrierten) sehr

empfindlich reagiert. Viele Maßnahmen der kemalistischen Türkei zielten auf die Bildung eines gemeinsamen National-Bewußtseins. Aber die Solidaritätsgrundlage im Befreiungskrieg war weniger ein türkischer Nationalismus, als vielmehr der Islam. Die Kurden, die als erste Widerstand gegen die französischen und britischen Truppen geleistet hatten, die vom Irak und Syrien aus in die Türkei einmarschiert waren, kämpften vor allem als Muslime gegen Christen (im Türkischen „Gavur“ genannt).

Kemal machte den Nationalismus zu einem der wichtigsten Prinzipien seiner Politik. Er sollte die Grundlage des türkischen National-Staates bilden. Das Militär sollte Hüter dieses Prinzips sein. Darin besteht die Hauptaufgabe der türkischen Armee seit der Gründung dieses Nationalstaates.

Wie viele Völker Asiens und Afrikas erlebten auch die Türken den Nationalismus als eine aus dem Westen importierte Idee. In Staaten, in denen eine kulturelle, sprachliche und ethnische Homogenität von Anfang an vorhanden war, wie z. B. in Japan, war die Nationen-Bildung und die Modernisierung schneller und leichter zu verwirklichen als in Ländern, in denen diese wichtigen Voraussetzungen ganz oder z. T. fehlten. Zu dieser Kategorie von Staaten gehört die Türkei. Ein Rückblick auf die historische Entwicklung verdeutlicht diesen Sachverhalt.

Vor der Invasion turko-tatarischer Völker in Kleinasien im 11. Jhr. lebten in diesem Gebiet vorwiegend Griechen, Kurden, Armenier, Araber und Mesopotamier sowie kaukasische Völker wie Lazen und Tscherkessen. So fanden die Turko-Tataren in Kleinasien nicht nur verschiedene, z. T. seit Jahrtausenden ansässige Völker, sondern auch verschiedene alte Kulturen vor.

Die turko-tatarische Invasion hatte mit den Seldschuken-Türken im 11. Jhr. begonnen, die als erste aus zentralasiatischen Steppen über Afghanistan und den Iran nach Kleinasien kamen. Es waren nomadische Stämme, die zunächst auf der Suche nach besserem Weideland und mehr Wasser waren. Im 13. Jhr. ging die Macht von den Seldschuken auf die Osmanen, einen anderen türkischen Stamm, über. Den Osmanen gelang es im Laufe der Jahrhunderte, einen Vielvölkerstaat zu gründen, der sich auf drei Kontinente erstreckte, nämlich auf den Vorderen Orient, den Balkan und Teile von Nord-Afrika.

Die ideologische Basis dieses Staates, der Islam, geriet im 19. Jhr. insbesondere unter dem europäischen Einfluß im Osmanischen Reich während der sog. „Tanzimat-Periode“ (von arabisch „Tanzim“ = Orden) in eine kritische Phase. Zu dieser Entwick-

lung trugen auch osmanische Studenten bei, die ihre Ausbildung in Frankreich erhalten hatten und bei ihrer Rückkehr in das Osmanische Reich Ideen wie Nationalismus, Republikanismus, Verfassung etc. mitbrachten. Sie sind als „Genç-Osmanlılar“ (Jung-Osmanen) bekannt geworden. Diese legten die Grundlagen für die spätere jungtürkische Bewegung, die sich im „İttihat ve Terakki Cemiyeti“ (Verband für Einheit und Fortschritt) organisiert hatte.

Der Nationalismus der Jung-Türken (Genç-Türkler) hatte zwei höchst unterschiedliche Quellen: Neben dem bereits genannten europäischen Gedanken-gut fand der um die Jahrhundertwende aus Rußland importierte Panturanismus insbesondere unter den Jungtürken begeisterte Anhänger. Der Panturanismus erstrebt die politische und kulturelle (aber auch die rassische) Einheit aller Türken der Welt. Er hatte immensen Einfluß auf die Formung des Nationalstaates Türkei. Mit Hilfe des Panturanismus lassen sich aber auch gegenwärtige Phänomene in der Türkei wie z. B. die „Grauen Wölfe“, die sich inzwischen auch im Ausland, so u. a. in der Bundesrepublik etabliert haben, besser erklären. Um den Panturanismus und seinen Einfluß auf die Türkei zu verstehen, muß zunächst auf seine Entstehung und seine Ziele in Rußland eingegangen werden.

Der Panturanismus entstand im 19. Jhr. in Rußland. Führer dieser Bewegung wurde Ismail Gasprinski (türkisch: İsmail Gaspirali, 1851–1914), ein Krimtatare, der entscheidend zur Ausbreitung des Panturanismus sowohl in Rußland wie in der Türkei beitrug. Die Panturanisten in Rußland waren vor allem um die Bildung eines türkischen Nationalbewußtseins bemüht. Dieses sollte vor allem durch Reformen im kulturellen Bereich erreicht werden. Gasprinski ging davon aus, daß eine Einheit der Türken erzielt werden könne, wenn in diesem Bereich Reformen durchgeführt würden. Besonders die Intellektuellen und die Studenten nahmen Gasprinskis Ideen begeistert auf.

Auf der Krim, in Kazan und in Zentralasien kam es 1890 zu einer Erneuerungsbewegung, genannt „Cadiid“ (arabisch „neu“, hier speziell „modern“). Die Reformen sollten vor allem im Bereich von Sprache und Erziehung durchgeführt werden. Die türkische Sprache sollte in den Schulen Vorrang erhalten. Diese nationalistischen Ideen stießen auf den Widerstand der islamischen Bevölkerungsteile Rußlands. Diese gingen davon aus, daß Islam und Nationalismus nicht miteinander zu vereinbaren seien. Die islamische Geistlichkeit hatte auf die Schulen in den türkischen Teilen Rußlands einen großen Einfluß.

Das arabische Alphabet und der Koran waren wichtiger Unterrichtsgegenstand.

Die Reformisten glaubten, daß die Zeit für die Durchführung ihrer Ideen in den Schulen gekommen sei, als 1905 in Rußland die Revolution ausbrach. Die islamische Kultur sollte nun überwunden werden. Es gelang ihnen, 5000 tatarische Schulen zu reformieren. Die türkische Sprache wurde nun in den Schulen Unterrichtssprache. In Zentralasien, im Kaukasus und im Ural-Wolga-Gebiet stießen die Reformisten bei den Kadimisten auf islamischen Widerstand. Die Kadimisten sind konservative Gruppen, deren Name sich ableitet vom arabischen *Usul-Kadim* (= Alte Methode oder Prinzipien, Grundlagen). Zwischen den Kadimisten und der islamischen Geistlichkeit gab es eine enge Zusammenarbeit. Aber trotz des Widerstands setzten die Reformer ihre Aktivitäten in Zentralasien fort und gründeten mehrere Zeitschriften wie „*Hurşit*“ (Sonne), „*Suhrat*“ (Ruhm), „*Asya*“ (Asien) und „*Sado-i Turkestan*“ (Stimme Turkestans). Der Buchexport aus der Türkei nach Rußland stieg steil an.

Die russische Regierung sah diese Aktivitäten mit wachsendem Unbehagen und griff zunehmend zu Unterdrückungsmaßnahmen. Dabei konnte die russische Regierung mit der Unterstützung der Kadimisten rechnen. Der Panturanismus schien nun in Rußland gefährdet. Um dieser Gefahr zu begegnen, versuchten die Panturanisten, Begriffe wie „Nation“ und „Türken“ durch „Religion“ und „Muslim“ zu ersetzen. Man versuchte nun, panturanische Ziele mit Hilfe des Islams zu erreichen. Dazu gehörten u. a. die Einführung des Istanbul-Dialekts in den Schulen und die Reform der Schulpläne nach dem osmanischen Vorbild. Die Kadimisten bemerkten jedoch die Verschleierungstaktik der türkischen Nationalisten und wiesen darauf hin, daß der kosmopolitische Islam mit dem panturanistischen Nationalismus unvereinbar sei. Sie erreichten bei der russischen Regierung, daß die reformierten Schulen geschlossen und die Panturanisten verfolgt wurden. Ein Teil der Anhänger des Panturanismus wurde nach Sibirien verbannt, anderen gelang die Flucht in die Türkei. Dadurch verlagerte sich langsam das Zentrum des Panturanismus von Rußland dorthin.

In den von Arabern und den Balkan-Völkern bewohnten Teilen des Osmanischen Reiches waren bereits seit Anfang des 19. Jhr. nationalistische Bestrebungen entstanden, die der Beginn einer Auflösung des Osmanischen Reiches waren. Diese nationalistischen Bestrebungen wiederum riefen als Reaktion den türkischen Nationalismus hervor. Deshalb fand

der Panturanismus in der Türkei, insbesondere unter den Jungtürken, optimale Aufnahmebedingungen vor, da er eine ideologische Lücke füllte. Lange hatten die Türken des Osmanischen Reiches sich nicht um die in anderen Regionen lebenden Türken gekümmert. Erst Ende des 19. Jhr. hatte Ahmet Agev (1813–1891) darauf hingewiesen, daß außerhalb des Osmanischen Reiches Türken leben und daß die im Osmanischen Reich gesprochene türkische Sprache ein Dialekt unter mehreren sei. Publikationen des Franzosen Leo Cahun (*Introduction à l'Histoire de l'Asie, Turcs et Mongols des Origines à 1405*), der die türkische Vergangenheit, Kultur und Zivilisation verherrlichte, übten einen enormen Einfluß auf die Türken aus, die ihre Ausbildung in Frankreich erhalten hatten. Auch die panturanischen Theorien Yusuf Akçuras, eines Kazan-Tataren, belebten die Diskussion um die Einigung der türkischen Völker, insbesondere in jungtürkischen Kreisen, aus denen Gedanken hervorgingen, die Ähnlichkeiten mit denen Gasprinskis hatten, wie z. B. die Schwerpunktsetzung auf die rassische und sprachliche Einheitlichkeit aller Türken. Kernstück dieses Anspruchs war die Verherrlichung der türkischen Kultur und Zivilisation.

Die zunächst geistige, später auch politische Führung der panturanischen Bewegung in der Türkei übernahm der türkische Philosoph und Dichter Ziya Gökalp, Mitglied des Jungtürkischen Verbandes „Einheit und Fortschritt“. Gökalp wurde vor allem durch die Schriften von Leo Cahun und Ali Hüseyinzade beeinflusst, insbesondere durch dessen Gedicht „*Turan*“, in dem die Utopie eines vereinigten türkischen Reiches literarisch vorweggenommen wird. Gökalp rief alle Türken auf, sich kulturell zu vereinigen. Er bewunderte die vorislamische Vergangenheit und behauptete, die Türken seien durch den Islam sittlich verdorben worden. Als Beispiel führte er u. a. die Stellung der Frau in der Türkei an, die in vorislamischer Zeit am sozialen und politischen Leben teilgenommen habe. Er forderte die Rückkehr der Türken zur alten türkischen Kultur. Wie viele Jungtürken träumte er von einem großen türkischen Imperium, einem Imperium, so groß wie die Imperien von Dschingis Khan oder Attila. Wie schon vorher Ismail Gasprinski ist auch Gökalp der Meinung, daß die türkische Kultur und Zivilisation die Basis für eine Erneuerung sein müßte, und zwar beginnend mit der Sprache. Die türkische Sprache sollte daher von persischen und arabischen Wörtern gereinigt werden.

Gökalps radikale Ansichten sind symptomatisch für die Haltung der Jungtürken. Sie wollten – wie

zuvor die Panturanisten in Rußland – ein türkisches Nationalbewußtsein schaffen, um dieses dem Nationalismus der Araber und der Balkanvölker entgegenzusetzen. Dahinter steckte auch die Hoffnung, durch eine ideologische Expansion nach Rußland hinein die territorialen Verluste auszugleichen, die durch die nationalen Bestrebungen der Araber und der Balkanvölker entstanden waren. Die Größe des Osmanischen Reiches sollte so erhalten bleiben.

Die Emigranten aus Rußland, wie Ismail Gasprinski, Ali Hüseyinzade und Yusuf Akçura hatten einen beachtlichen Einfluß auf diese Entwicklung. 1911 wurden sie sogar in das Zentralkomitee des jungtürkischen Verbandes „Einheit und Fortschritt“ gewählt. Im gleichen Jahr wurde auch „Türk Ocağı“ (Türkisches Heim) gegründet, eine Organisation, die die Beziehungen zu den Türken außerhalb der Türkei pflegen sollte.

Dieser Nationalismus bleibt jedoch überwiegend innerhalb einer elitären Schicht und erreicht die traditionell orientierten islamischen Massen nicht. Daher versuchten die türkischen Eliten vor allem nach dem Ausbruch des I. Weltkriegs das Volk mit Hilfe des Panislamismus für den Panturanismus zu gewinnen, eine Taktik, die bereits die Reformisten in Rußland gegen die Kadimisten anwandten.

Der Kalif-Sultan Mehmet V. nimmt den I. Weltkrieg zum Anlaß, um alle Muslime der Welt zum „Dschihad“, zum „Heiligen Krieg“ gegen die Christen aufzurufen, doch der Scherif von Mekka (Hussein) unterstützt diesen Aufruf nicht. Auch die indischen und afrikanischen Muslime befolgen den „Dschihad“-Aufruf nicht. Die russischen Muslime erkennen die nationalistische Komponente des Dschihad-Aufrufs und reagieren nicht darauf. Seid Girey Alkin, ein russischer Muslim, weist darauf hin, daß die Muslime Rußlands nur dann ihre Glaubensbrüder unterstützen würden, wenn der Glaube gefährdet sei. Nur die Tataren Rußlands solidarisieren sich mit dem Dschihad-Aufruf des Kalif-Sultans.

Die bolschewistische Revolution in Rußland ermutigte die Panturanisten erneut. Gökalp forderte die Türken Rußlands auf, einen großen zentralistischen Staat zu gründen und Türkisch als Amtssprache einzuführen. Aber die panturanistischen Aktivitäten blieben weitgehend ohne Erfolg. Mustafa Kemal, selber ein Mitglied des jungtürkischen Verbandes „Einheit und Fortschritt“, realisierte jedoch in der Folgezeit weitgehend die kulturellen Forderungen der Panturanisten. Gökalp übte dabei als „Chef-Ideologe“ einen immensen Einfluß auf die Formung des türkischen National-Staates aus. Die türkische Spra-

che wurde von persischen und arabischen Wörtern „gereinigt“, das arabische Alphabet abgeschafft, die Geschichte der vorislamischen Türken in den Lehrplan der Schulen eingeführt, Schritte in Richtung auf Frauenemanzipation unternommen usw.

Unter dem türkischen Nationalismus hatten jedoch die nichttürkischen Völker zu leiden (rückblickend sei hier an die Massaker an den Armeniern im I. Weltkrieg erinnert). In der kemalistischen Türkei revoltierten die Kurden dreimal gegen das nationalistische Regime, und zwar 1925, 1934 und 1937. Diese Aufstände wurden blutig niedergeschlagen. Andere Völker, wie die Griechen und die Araber, wurden durch die Massaker an Kurden und die häufigen Hinrichtungen während des Einparteiensystems eingeschüchtert. Erst der 1950 erfolgte Übergang zu einem Mehrparteien-System ermöglichte es den bis dahin unterdrückten ethnisch-kulturellen Gruppierungen, auf sich aufmerksam zu machen und teilweise auch politische Forderungen zu artikulieren.

Der erzwungene Nationalismus hatte sich nach der Beendigung des Einparteiensystems als zu schwach erwiesen. Richtungskämpfe, die bis zu blutigen Unruhen reichten, machten die ungelösten ethnischen, kulturellen und nationalen Probleme deutlich. Das Nationalbewußtsein blieb an der Oberfläche. Die zukünftige Entwicklung der Türkei wird – bedingt auch durch die islamische Renaissance in den angrenzenden Ländern – durch ethnische, kulturelle und religiöse Richtungskämpfe gekennzeichnet sein. Die militärische Intervention im September 1980 hat meiner Einschätzung nach eine solche Entwicklung nur unterbrochen, da die historisch gewachsenen Ursachen durch Disziplinierungsmaßnahmen, wie sie gegenwärtig von den Militärs praktiziert werden, nicht zu beseitigen sind.

Eine Lösung dieses Problems könnte vielleicht in einer Föderalisierung der Türkei liegen, die allerdings bis auf weiteres nicht in Sicht ist.

Die politisch exponierte Stellung der Türkei innerhalb der NATO dürfte immer wieder Anlaß dafür geben, daß die jeweils herrschende Regierung vom westlichen Bündnis her Unterstützung erfährt. Als Reaktion darauf ist zu erwarten, daß die unter der Oberfläche vorhandenen innenpolitischen Spannungen nur weiter zunehmen. Von dieser Einschätzung ausgehend, kann man sicher die These vertreten, daß der osmanische Vielvölkerstaat aus innenpolitischer Sicht nicht überwunden wurde. Es handelt sich beim Nationalstaat der modernen Türkei um eine optische Täuschung.



EUROPA

Europäische Gemeinschaft: Frauenarbeit gezielt fördern

Seit über einem Jahr liegt die Bestandsaufnahme des Europäischen Parlaments über die Situation der Frauen in der Europäischen Gemeinschaft auf dem Tisch. Nun hat die EG-Kommission in ihrem Entwurf für ein „Neues Aktionsprogramm der EG zur Förderung der Chancengleichheit der Frauen“ erste Schlußfolgerungen gezogen.

Positiv und fortschrittlich in seiner Grundorientierung ist das „Neue Aktionsprogramm“ zweifellos.

Vor allem da, wo es

- ▷ die individuellen Rechte der Frauen stärken will,
- ▷ Aktionen zur gezielten Förderung von Frauen vorsieht,
- ▷ die Beseitigung „indirekter Diskriminierung“ in Aussicht stellt,
- ▷ eine wirkliche Umkehr der Beweislast bei Diskriminierungen anstrebt,
- ▷ eine bessere Arbeitsteilung von Männern und Frauen in Beruf, Haushalt und Familie durchsetzen will,
- ▷ Voreingenommenheiten in der Denkweise zu beseitigen sich vornimmt, die auf der herkömmlichen Rollentrennung beruhen.

Gegenwärtig sind rund 60 Prozent aller Arbeitslosen in der EG Frauen, obwohl sie nur rund ein Drittel der Erwerbspersonen ausmachen. Die meisten übrigen Arbeitnehmerinnen befinden sich in instabilen Arbeitsverhältnissen in Berufsbereichen, in denen keine besondere Qualifikation verlangt wird, in Teilzeitbeschäftigung oder in Zeitarbeit. Verschärft wird die prekäre Situation der Frauen noch, wenn Mitgliedstaaten ihre Ausgaben für soziale Infrastrukturen, wie z. B. Kinderkrippen und -horte kürzen, und dadurch, daß neue Technologien eingeführt werden, mit denen Arbeitskräfte vor allem in Bereichen eingespart werden, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind. Obwohl einige Frauen in traditionelle Männerberufe eingedrungen sind, ändert sich insgesamt wenig daran, daß die meisten Frauen in sehr wenigen Berufen tätig sind. Die

schwierige wirtschaftliche Lage brachte für die Frauen in der EG unübersehbar die Gefahr mit sich, in alte Rollenbilder zurückgedrängt zu werden.

Das Europäische Parlament möchte daher weitergehen als die EG-Kommission. Denn bei der Erziehung fängt es an, dort werden die Weichen für spätere berufliche Diskriminierung gestellt. Wenn daher von der EG-Kommission Maßnahmen im Bereich der Berufsausbildung vorgeschlagen werden, so müßten diese, so das EP, durch Maßnahmen im Bildungsbereich ergänzt werden. Wenn die Kommission im Gesundheitssektor nur die Mutterschaftsprobleme herausgreift, so fordert das EP ein „aktionsgerichtetes Gesundheitsprogramm sowohl auf dem Gebiet der allgemeinen Vorsorge als auch für besondere medizinische Probleme der Frau“. Überdies sollen bei der anstehenden Revision des Europäischen Sozialfonds auch die Aktionslinien für Interventionen für Frauen festgelegt werden.

Heidemarie Wleczorek-Zeul (SPD) forderte daher als Sprecherin der Sozialistischen Fraktion konkrete Förderungsmaßnahmen für Frauen: So sollte die EG eine Richtlinie vorlegen, die das Prinzip der positiven Diskriminierung und sogenannter Frauenförderungspläne bei der Ausbildung und Beschäftigung in den Branchen fordert, die bisher männlich dominiert sind. In allen öffentlichen Verwaltungen sollte ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen geschaffen werden. Statt unter dem Vorwand des „Schutzes“ unliebsame Wettbewerberinnen von einem wichtigen Teil des (männlichen) Arbeitsmarktes fernzuhalten, sollte eine Revision der einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Arbeitsschutzvorschriften unter Wahrung des Ziels, höchstmöglichen Schutz sowohl für Frauen als auch für Männer zu garantieren, vorgenommen werden.

In 17 Teil-Analysen will das EP nun die Entwicklung der Situation der Frau in den Ländern der EG prüfen und die Durchführung der EG-Richtlinien überwachen. Im Februar 1984 will es dann auf der Grundlage der Untersuchungen seines Frauenausschusses den Wählerinnen und Wählern ein realistisches Bild des seit seiner ersten Bestandsaufnahme 1981 und mit Hilfe des „Neuen Aktionsprogramms zur Chancengleichheit“ Erreichten vorlegen. Die europäischen Wählerinnen und Wähler werden auf dieser Grundlage Antwort auf die Frage finden, in welchem Maß die EG unter dem Druck der direkt gewählten Volksvertreter in der Lage ist, die spezifischen und die gemeinsamen Probleme der Frauen in den zehn Mitgliedstaaten einer Lösung zuzuführen.

Elfi Schöner (Luxemburg)

Belgien: Eher hilflos

Mit zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten macht sich auch in Belgien Ausländerfeindlichkeit breit. Besonders in der Hauptstadt Brüssel, ohnehin gespalten durch den Sprachenstreit zwischen Flamen und Frankophonen, befürchtet man wachsende „Überfremdung“.

Allwöchentlich breitet sich in den Straßen um den „Gare du Midi“, den Brüsseler Südbahnhof, der Orient aus. Auf kunstlos zusammengeklümmerten Verkaufstischen türmt sich ein Obst- und Gemüseangebot, das jedem Mittelmeerbasar zur Ehre gereichen würde; dazu gibt es Gewürze, deren Namen die meisten Mitteleuropäer noch nie gehört haben, Merguez, die mit Hammelfett und Knoblauch überladenen Würste – kurz, ein Angebot, das das Herz eines jeden höher schlagen läßt, der nicht einseitig auf das belgische Nationalgericht, Steak mit Frites, fixiert ist. Zwischen den Ständen schiebt sich eine bunte Menge, baumlange Senegalesen, kleinwüchsige Kongonenser, Spanier, Portugiesen, in der Mehrzahl jedoch Menschen aus den Maghreb-Ländern und aus der Türkei, die sich hier offensichtlich in ihrem Element fühlen, lauthals ihre Waren anpreisen, feilschen oder sich bei einem Mokka zur Plauderei zurückziehen.

Die meisten Brüsseler können diesem malerischen Treiben allerdings wenig Reiz abgewinnen. Für sie ist der Markt am Südbahnhof, sind die Männer in der Dschellabah, die Frauen mit Kopftuch oder Schleier sichtbarer Ausdruck dafür, daß Brüssel, vor 150 Jahren noch ein verschlafenes flämisches Provinznest und seither zunehmend zum Hauptankapfel im innerbelgischen Sprachenstreit gediehen, mehr und mehr in die Hände der „Fremden“ gerät.

Statistiker und Demographen tragen das Ihre dazu bei, die Bevölkerung zu verunsichern. Derzeit, so haben sie errechnet, ist jeder vierte Bewohner der belgischen Hauptstadt ein Ausländer. Im Jahr 2000 wird der Ausländeranteil bereits 40 Prozent betragen, und noch einmal 25 Jahre später werden die Belgier die Minderheit in ihrer eigenen Hauptstadt bilden. Schon heute stellen die Ausländer bei den Jugendlichen unter 20 Jahren einen Anteil von 33,8 Prozent, und gleichzeitig mit jedem belgischen Neugeborenen erblicken zwei ausländische Babies das Licht der Welt.

Dabei ist auch für die Belgier Ausländer nicht gleich Ausländer. Zwei Drittel der in Brüssel ansässigen „Fremden“ sind Staatsbürger der neun Partner-

staaten der Europäischen Gemeinschaft. Sie verdienen ihren oftmals üppigen Lebensunterhalt bei den EG-Institutionen, bei den NATO-Stäben, im Bank- und Geschäftsleben.

Als Störenfriede und Eindringlinge wird vielmehr das letzte Drittel der in Brüssel ansässigen Ausländer empfunden, die 55 000 Marokkaner und 15 000 Türken, die sich auf fünf der 19 Brüsseler Stadtgemeinden konzentrieren, auf Saint-Gilles, Saint-Josse, Schaerbeek, Brüssel-City und Ixelles. In diesen Gemeinden beträgt der Anteil der Ausländerkinder in den Kindergärten bereits 41 Prozent, in den Grundschulen 38 Prozent. Ganze Straßenzüge haben trostlosen Ghettocharakter angenommen. Die Wohnqualität liegt deutlich unter dem Durchschnitt. Eine Studie des nationalen Statistischen Amtes bestätigt, daß Türken und Marokkaner in ihren Wohnungen über wesentlich weniger Toiletten, Bäder und Zentralheizungen verfügen als ihre Mitbürger. Gleiches gilt für die Wohnfläche, zumal die Familien deutlich größer sind als im belgischen Durchschnitt. Zählt der statistische belgische Haushalt 2,74 Mitglieder, so bringen es die Marokkaner auf 3,4 Personen, die Türken gar auf 3,85.

Der Integration – sollte sie denn überhaupt gewünscht sein – sind enge Grenzen gesetzt, was Möglichkeiten, aber auch Bereitschaft anbetrifft. Die Französisch-Kenntnisse der jungen Nordafrikaner in den öffentlichen Schulen sind wider Erwarten unzureichend, bei den Türken fast gar nicht existent; der Schulabschluß ist für sie die Ausnahme, nicht die Regel. Macht der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung Belgiens rund neun Prozent aus, so stellen sie mehr als 15 Prozent der Arbeitslosen, nicht einbezogen die jungen Marokkaner und Türken, die im Zuge der Familienzusammenführung nach Belgien kommen oder selbst als Absolventen belgischer Schulen kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung für sich in Anspruch nehmen können.

Die belgische Regierung – und darin unterscheidet sie sich in nichts von anderen europäischen Regierungen – reagierte bisher auf die Herausforderung der Immigration eher hilflos. Justizminister Gol verfügte die strikte Anwendung der bereits 1974 erlassenen Einwanderungsbeschränkungen, führte im Verein mit den Niederlanden und Luxemburg den Visazwang für alle Maghrebländer wieder ein und wies die Behörden an, straffällig gewordene Ausländer unnachsichtig auszuweisen. An der grünen Grenze zwischen Belgien und Frankreich wurden fliegende Patrouillen eingesetzt, um den illegalen Zustrom zu stoppen.

Wolf-Dietrich Stahnke (Brüssel)

Dänemark: Geringfügige Abstriche

Wider Erwarten hat die sozialdemokratische Minderheitsregierung für unüberwindlich gehaltene parlamentarische Hürden genommen — Ergebnis geschickter taktischer Schachzüge und der Orientierungslosigkeit der Oppositionsparteien.

„Die Opposition hat abgedankt.“ Dieses Resümee konnte Regierungschef Anker Jørgensen nach einer hektischen Arbeitswoche Anfang Juni mit über 50 Gesetzesvorlagen im Folketing ziehen. Nach den Wahlen im Dezember letzten Jahres war allgemein angenommen worden, daß sich die sozialdemokratische Minderheitsregierung nur ein paar Monate werde halten können — eine Grundstimmung, die sogar von zahlreichen sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern geteilt wurde.

Allen Unkenrufen zum Trotz können die Sozialdemokraten die bis Oktober währende Sommerpause nutzen, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der hohen Zinssätze usw. einzuleiten. Am 31. März hatte die Regierung umfassende Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zum Ausbau des Erziehungssystems vorgeschlagen. Die dazu erforderlichen Mittel sollten vor Ablauf der Parlamentssession bewilligt werden. Im Falle ihrer Ablehnung wollten die Sozialdemokraten, wie es das Recht des Regierungschefs ist, ohne Ausschreibung von Neuwahlen zurücktreten und damit die Opposition von Zugzwang setzen. Die liberalen und Rechtsparteien hätten dann ihr Glück damit versuchen müssen, sechs Parteien — von den Radikalliberalen bis zur liberalistisch-populistischen „Fortschritts“-Partei — unter einen Hut zu bringen.

Gleichzeitig mit dem neuen Reformprogramm legte die Regierung Finanzvorschläge vor, die eine Erhöhung der Einkommenssteuer sowie von indirekten Steuern um rd. 4 Mrd. Dkr. beinhalteten. Um die dafür erforderliche Mehrheit zu erhalten, mußte die Regierung einmal mehr die (inoffizielle) Zusammenarbeit mit der Radikalliberalen Partei auf der einen und den Volkssozialisten (SF) auf der anderen Seite aufnehmen — zwei Parteien, die einander eigentlich spinnefeind sind. Die Radikale Partei verlangte eine Einkommenspolitik, die Volkssozialisten wollten hingegen eine Reform des Steuersystems und flankierende soziale Absicherungen gegen die Steuererhöhungen garantiert haben. Im übrigen könnten sie nur einer Erhöhung der Steuereinnahmen um eine halbe Mrd. Dkr. zustimmen.

Die Sozialdemokraten konnten nicht daran vorbeigehen, daß ihnen die SF bei den Dezemberwahlen viel Boden abgenommen hatte, hauptsächlich bei Arbeiterwählern. Bei Neuwahlen, so fürchteten sie, könnte sich dies wiederholen. Wollte die Arbeiterbewegung ihre gegenwärtige Stärke behalten, dürfe es nur eine große Partei geben: die Sozialdemokraten. Jørgensen erklärte den Volkssozialisten, daß sie noch am allerwenigsten ein Interesse an einer bürgerlichen Regierung haben könnten: „Ihr seid doch kluge Leute in der SF! Ihr habt einen taktischen Vorteil, wenn ihr eine sozialdemokratische Regierung unterstützt. Ihr wißt, daß sie nicht gestürzt werden sollte und daß auf keinen Fall ihr eine solche Entscheidung übers Knie brechen dürft“ — eine Bemerkung, die erneut unterstreicht, daß die SF der Hauptadressat der sozialdemokratischen Taktik ist.

Andererseits mußte die Partei auch der Tatsache Rechnung tragen, daß die Mehrheit des Parlaments rechts von den Sozialdemokraten steht. Von daher mußte den mit nur neun Folketingssitzen sehr kleinen Radikalen besondere Beachtung zuteil werden.

Schon vor dem Höhepunkt der Verhandlungen war klargeworden, daß die SF für Neuwahlen eintreten würde — nicht weil sie selbst sich davon zusätzliche Mandate versprochen hätte, während die Radikalen wohl hätten Federn lassen müssen, sondern in erster Linie weil sie außerstande war, die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Partei (einschließlich der Bauern) unter einen Hut zu bringen. Die Trumpfkarte der Regierung war die Aussicht auf eine ungewisse bürgerliche Alternative, die alles andere bieten würde als das, was die SF durch Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten erreichen könnte.

Am Ende wurde das Programm mit nur geringfügigen Abstrichen durchgebracht — mit einer Konzession an die Radikalen, daß nur Personen unter 25 Jahren öffentliche Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche gewährt werden soll, und Steuerminderereinnahmen in Höhe von 300 bis 400 Mio. Dkr., wie es die SF gefordert hatte. Zusicherungen wurden auch für die Zukunft gegeben: Neue Einkommenssteuerreformen sollen in der nächsten Steuerperiode durchgeführt werden — ein Konzept, das im Grundsatz sowohl von den Radikalen als auch von der SF verfolgt wird.

Ergebnis des Ganzen: neue Hoffnungen für die Sozialdemokraten und eine Opposition, die so gespalten ist wie schon lange nicht mehr. Die Vier-Parteien-Alternative, von der nach den Dezemberwahlen die Rede war, hatte keine gemeinsame Linie anzubieten.

(Bent Christensen, Kopenhagen)

Frankreich: Zwischen Ideologie und Realismus

„Nichts hat größere inflationäre Konsequenzen als der Verlust eines Arbeitsplatzes, als die Tatsache, daß jemand seinen Arbeitsplatz verliert“, hat Staatspräsident François Mitterrand im Brustton der Überzeugung auf einer Pressekonferenz im Juni erklärt. Für einen überzeugten Sozialisten mag diese Feststellung fast wie eine Selbstverständlichkeit erscheinen.

Dennoch muß die bezeichnende Tatsache unterstrichen werden, daß man ein solches Wort aus dem Munde eines anderen westlichen Staatsmannes noch nicht gehört hat. Mitterrands Feststellung erfolgte zu einer Zeit, da in Frankreich, ein Jahr nach dem Machtwechsel, der mehr oder minder objektive Versuch unternommen wurde, eine Bilanz zu ziehen.

Nun muß er sich allerdings die Frage gefallen lassen, ob die von ihm vertretene Politik bessere Resultate gezeitigt hat. Die Antwort ist nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag: Die Inflation ist etwa auf dem gleichen Stand wie in den früheren Jahren, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, wenn sich auch das Tempo des Anstiegs verringert hat. Ein Lichtblick in diesem Dunkel: das Wirtschaftswachstum – etwa zwei Prozent, während 3,5 Prozent einkalkuliert waren – hat sich bestätigt.

Heißt das nun, daß alles, was getan wurde, eine „Fehlalkulation“ war, wie man insbesondere in deutschsprachigen Wirtschaftszeitungen lesen kann? Nehmen wir das Haushaltsdefizit: In Frankreich ist der Anteil der Staatsschuld am Sozialprodukt mit etwas über 3 Prozent zwar immer noch geringer als in der Bundesrepublik, aber mit der französischen Handelsbilanz ist es relativ schlimm bestellt. Was also kann der französischen Regierung vorgeworfen werden? Etwa, daß sie systematisch die Mindestlöhne und die Renten erhöhte, also gleichzeitig eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Schaffung von Kaufkraft betrieb, also „Wohltaten“ verteilte, wie sich – die Sprache ist da sehr verräterisch – eine deutsche Zeitung ausdrückte?

Uns will scheinen, daß in der Tat „Korrekturen“ an der bisher betriebenen Politik erforderlich sind, weil die sozialistische Regierung in Paris sich mit ihren spezifischen Optionen im internationalen Feld in einer tragischen Isolierung befindet: In dem Maße nämlich, in dem die von Mitterrand vorgeschlagene Politik im europäischen Raum keinen Widerhall findet – beispielsweise der Vorschlag, über eine ge-

meinsam beschlossene Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Senkung der Arbeitslosenziffer zu gelangen – wird Frankreich gezwungen sein, „autonome“ Lösungen zu finden.

Und hier spielt in der Tat der Faktor „Ideologie“ eine nicht zu unterschätzende Rolle. Präsident Mitterrand ist ein „Produktivist“. In seinem Weltbild spielt die Überzeugung, daß die Entwicklung der modernen Technik, die Steigerung der Produktivität, die Intervention des Staates in das wirtschaftliche Geschehen zur Schaffung von Wohlstand unerlässlich seien, eine hervorragende Rolle.

Es bleibt der „Realismus“. Neu in Frankreich ist, daß alle Gewerkschaftsorganisationen – mit etwas größerer Zurückhaltung auch die kommunistisch geführte CGT – jetzt bereit sind, der Lage des Landes Rechnung zu tragen. Nehmen wir Edmond Maire, den Generalsekretär der sozialistisch geführten CFDT. Er tritt unumwunden dafür ein, daß die Wirtschafts- und Finanzlage des Landes in realistischer Weise beurteilt wird: Lohnerhöhungen nur für die am geringsten entlohnten Arbeiter, „Pause“ für alle anderen, „Opfer“ vom Führungspersonal. Nach seinem Verständnis ist es gegenwärtig wichtiger, daß die Arbeiterschaft, noch bevor wieder ein Wirtschaftsaufschwung erfolgt, größere Mitspracherechte in den Betrieben erhält.

Alles in allem entspricht diese Haltung der der Regierung. Der französische Staatspräsident wird sich wohl nicht scheuen, von den relativ gut verdienenden Arbeitern und von den Beamten, die einen gesicherten Arbeitsplatz haben, einen angemessenen Beitrag zur defizitären Arbeitslosenversicherung zu fordern: einen Beitrag der „Solidarität“. Aber er wird nicht von der „Linie“ abgehen, die er bei Amtsantritt definierte: die Solidarität darf nicht einseitig sein, die Besitzenden müssen zur Kasse gebeten werden.

Zwischen Ideologie und Realismus wird hier also eine Art Kompromiß vorgeschlagen. Aber die französischen Unternehmer reagieren darauf sehr sauer, obgleich Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors, sicher ein „Realist“, ihnen unaufhörlich klarzumachen versucht, daß ihnen die von den Vorgängern Mitterrands eingeschlagene Politik nicht den versprochenen „Segen“ gebracht hat. Aber bei dieser Haltung spielt die „Ideologie“ eine bedeutende Rolle: die Unternehmer wollen von „Sozialismus“ nichts wissen, selbst wenn er sich in realistischer Form präsentiert. Der Chef des Unternehmerverbandes, Yvon Gattaz, hat es eindeutig gesagt; ihm paßt „die ganze Richtung“ nicht. Frankreich wird damit leben müssen.

Gustave Stern (Paris)

Griechenland: Besonderer Auftrag

Die Auseinandersetzung zwischen Griechenland und der Türkei um die Ägäis ist für Premierminister Papandreu eine Grundsatzfrage des NATO-Bündnisses.

Just in dem Augenblick, als der Oberkommandierende der NATO, General Rogers, in Athen zu Gesprächen mit Griechenlands militärischem Führungstab und Premierminister Andreas Papandreu in dessen Eigenschaft als Verteidigungsminister zusammentrat, ließ die Türkei durch einen Sprecher ihres Außenministeriums erklären, daß sie ihre Hoheitsgewässer im Schwarzen Meer und im Mittelmeer auf 12 Meilen ausdehne – obwohl sie in der UNO gegen eine ähnliche Entscheidung votiert hatte.

In bezug auf die Ägäis erklärte die Türkei, daß die Hoheitsgewässer dort, wegen der Besonderheit dieses „halb geschlossenen Meeres“, bei sechs Meilen blieben – wiederum eine Position, die im Widerspruch zu derselben UN-Entscheidung steht.

Einige Tage vor und unmittelbar nach dem Besuch des mittlerweile zurückgetretenen State Department-Chefs Haig und während eines Besuchs Papandreus in Belgrad verletzte türkische Flugzeuge den griechischen Luftraum – ein Vorgang, der den Premier dazu veranlaßte, den unverzüglichen Abzug der griechischen Streitkräfte (den Zerstörer „Themistokles“) aus dem NATO-Manöver „Deterd Force '82“ anzuordnen: „Amerika und die NATO müssen begreifen, daß Griechenland in einer Allianz, in der eines ihrer Mitglieder unsere nationalen Souveränitätsrechte verletzt, und dies ausgerechnet zu einer Zeit, da wir an einer gemeinsamen Bündnisübung teilnehmen, die Rolle eines Statisten und braven Verbündeten weder spielt noch spielen kann. Es handelt sich um den ersten Bruch des zwischen beiden Ländern vereinbarten Moratoriums und erfordert daher als unsere Antwort einen besonderen Auftrag.“ Mit dem Wort „Auftrag“ deutete er an, daß die griechischen Luftstreitkräfte Order erhalten haben, jegliche Verletzung des nationalen Luftraums zu unterbinden, welche Folgen daraus auch immer erwachsen mögen.

Unter dem Eindruck dieser beispiellosen Vorgänge fanden die Gespräche zwischen Rogers und den griechischen Vertretern in einem Klima statt, das angesichts der starrsinnigen Haltung der Türkei alles andere als günstig war. Wie Rogers wissen sollte, ist es nur normal, wenn das griechische Volk die Politik seines Landes und die der NATO gegenüber der

Türkei im Sinne einer vorbehaltlosen Zustimmung zu den Aktionen seines Landes versteht und von daher den Sinn von Militärdiskussionen über Probleme, deren Lösungen doch auf der Hand liegen, skeptisch beurteilt. Es wird allenthalben als sicher angenommen, daß der gesamte Komplex der türkischen Provokationen ausgeklammert wurde, ebenso wie Griechenland die Behandlung des Problems mit dem Hauptquartier in Larissa ablehnte, solange nicht klar festgelegt werde, daß der Oberbefehl in der Ägäis Griechenland übertragen wird – besonders wenn die NATO erst das Hauptquartier errichten und dann ihre Grenzlinien definieren will. Folglich konnte, wie es scheint, in der Frage der von Griechenland geforderten Garantie seiner Ostgrenzen kein Fortschritt erzielt werden. Zumindest geht dies aus dem lakonischen Kommuniqué hervor, in dem lediglich von einem „nützlichen Meinungsaustausch“ die Rede ist.

Auf der anderen Seite fragt man sich in Griechenland, was die Mitgliedschaft in einem Bündnis, das seine Grenzen nicht garantieren kann, wenn sie von einem anderen Bündnispartner bedroht sind, eigentlich wert ist. Kann man an gemeinsamen NATO-Manövern teilnehmen, auf denen die Abwehr eines „vermutlichen“ Feindes geübt wird, wenn dieser Feind für uns kein „vermeintlicher“ ist, sondern – unter Führung eines türkischen Admirals – an den Manövern teilnimmt?

Denn die jüngste Grenzverletzung ist nur ein weiteres Glied in einer ganzen Kette von Provokationen, von denen es schon heißt, sie hätten „Tradition“. Aber eine stolze Nation kann eine solche „Tradition“ nicht hinnehmen. Das war auch der Grund, warum Premierminister Papandreu den Abzug der griechischen Streitkräfte aus den NATO-Manövern anordnete und sie in Alarmbereitschaft versetzte.

So ist erklärlich, daß trotz des guten Willens, wie er von seiten des Premierministers bei vielen Gelegenheiten gegenüber den Amerikanern und der NATO demonstriert wurde, die Diskussionen und Lösungsversuche nicht vorangekommen sind. Wenn die USA also nicht mehr bereit sind, die gegenwärtige Unsicherheit auf dem Süd-Ost-Flügel der NATO andauern zu lassen – namentlich nach der durch die israelische Offensive im Libanon hervorgerufenen Zerstörung der Stabilität im Nahen Osten –, so müssen sie sich auf die Suche nach einer Lösung des Problems der Kontrolle der Ägäis begeben und die griechischen Positionen dazu ernsthaft in Erwägung ziehen. Tun sie dies nicht, so tragen sie die Verantwortung für alles, was da kommen mag.

Artemis Kyriazis (Athen)

Großbritannien: Verschwommene Haltung

Die Ereignisse um die Falklands beherrschen das politische Leben noch immer. In Meinungsumfragen wie auch in zwei Parlamentsnachwahlen hat der von der Regierung eingeschlagene Kurs Unterstützung gefunden.

Die zweite Nachwahl war die interessanteste, da sie wegen eines ehemaligen Labourabgeordneten erforderlich wurde, der nachträglich die Zustimmung der Wähler zu seinem Übertritt zur SDP einholen wollte – als einziger Abtrünniger, der diesen Weg eingeschlagen und seine neuen Kollegen damit in peinliche Verlegenheit gebracht hat. Aber die Wähler versagten ihm die Anerkennung für seine Anständigkeit und gaben statt seiner einem Konservativen den Vorzug, der mit 43 % der Stimmen den ersten Nachwählerfolg einer amtierenden konservativen Regierung seit 1960 errang. Der Titelverteidiger, jetzt der SDP angehörend, erhielt 29 % der Stimmen, und die Labour Party, die das Mandat acht Jahre lang innehatte, kam bloß noch auf 24 %.

Die Falklands haben der SDP einen Strich durch die Rechnung gemacht, denn die Publicity, die sie braucht, ist gegenwärtig nicht zu bekommen. In beiden Nachwahlen fiel sie stark ab, und bei der zweiten siegte Tory mit den Stimmen von nur 20 % der Wahlberechtigten. Einen Aufschwung hat die SDP also bitter nötig. Anhänger von David Owen hofften, daß dieser Umstand ihm in seinem Kampf um die Parteiführung gegen den einzigen Gegenkandidaten, Roy Jenkins, zugute kommen würde. Einmal mehr ist die Falkland-Krise also jemandem zu Hilfe gekommen. Vor der Krise wäre Owen völlig chancenlos gewesen, obwohl die Wahl nicht, wie bei den anderen Parteien, von den Abgeordneten, sondern von allen 78 000 Mitgliedern vorgenommen wird. Jetzt aber, da er als ehemaliger Außenminister wie auch als gegenwärtiger SDP-Führer im Unterhaus zu großem Ansehen gelangt ist, hat er nicht nur im Rampenlicht gestanden, sondern dabei auch jene Entschlossenheit und Dynamik an den Tag gelegt, die der SDP gegenwärtig fehlt. Jenkins, mittlerweile Parteichef, war hingegen so gut wie unsichtbar geblieben.

Noch zwei weitere Umstände kommen David Owen zugute. Erstens genießt er die Rückendeckung der ungebrochen populären Shirley Williams. Zweitens bietet Owen in einer Zeit heftiger interner Debatten um die Zukunft der Partei und ihre Beziehungen zu den Liberalen die Gewähr dafür, eine eigen-

ständige sozial-demokratische Identität aufrechtzuerhalten – etwas, was nun unter Jenkins zunehmend zu verschwimmen scheint.

Auch Labour sieht sich einer Wähler-Krise gegenüber. In fünf aufeinanderfolgenden Nachwahlen fiel die Partei auf den dritten Rang zurück. Bei der zuletzt erwähnten sank die Zahl der Labour-Stimmen um zwei Drittel. Im Verlauf der letzten sechs Nachwahlen bekam die Labour-Party nur 51 % der Stimmen, die sie bei den Parlamentswahlen 1979 erhalten hatte – schon damals das schlechteste Ergebnis für die Partei seit 1931. Beim vorerst letzten Test jedoch, am 24. Juni in Schottland, hatte Labour mit einem 33 %-Vorsprung ein wesentlich sichereres Terrain zu verteidigen und bestand ihn denn auch mit großem Vorsprung.

Aus diesen demütigenden Niederlagen ist auch Parteichef Michael Foot sichtlich lädiert hervorgegangen. Gerüchten zufolge wird Druck auf ihn ausgeübt zurückzutreten. Verschiedener Punkte wegen machen Labour-Abgeordnete ihrer Unzufriedenheit Luft. Unmittelbarer Anlaß war Foots verschwommene Haltung in der Falkland-Debatte. Doch dahinter steht die fortwährende Verbitterung über seine Nichtbereitschaft, entweder den radikalen linken Flügel zu integrieren oder aber den Aufstieg Tony Benns zu unterbinden.

Benn fordert die Foot/Healey-Führung immer weiter heraus und hat vor kurzem den Entwurf eines – immer noch vertraulichen – radikalen Langzeitprogramms durchsickern lassen, um sich eine gute Ausgangsposition für die abschließenden Diskussionen zu sichern. Ende Juni kam noch zusätzlicher Ärger hinzu – wegen des vom Generalsekretär vorgelegten Abschlußberichts der Untersuchungen über die Aktivitäten der linksradikalen „Militant Tendency“. Parteiausschlüsse werden wohl sicherlich zu einem herausragenden Streitpunkt werden.

Sogar die Kampagne für Atomare Abrüstung (CND) scheint vom Krieg im Südatlantik in Mitleidenschaft gezogen worden zu sein. Gleichzeitig mit anderen Demonstrationen in Europa veranstaltete die CND in Großbritannien einen Marsch anlässlich der Reagan-Visite in Europa und der Wiederaufnahme der UN-Abrüstungsgespräche. Die Organisatoren beklagten nicht nur ein Nachlassen der Anti-Kriegs-Stimmung, sondern auch das bereits vertraute Problem des publizistischen Desinteresses. Später hieß es zwar, die Beteiligung sei die „bislang stärkste“ gewesen, doch Polizeischätzungen zufolge kam sie bei weitem nicht an die zuvor erreichte Rekordzahl von 250 000 heran. Elizabeth Hartley-Brewer (London)

Irland: Zynische Linie

Großbritanniens Krieg im Südatlantik hat in Irland ganz handfeste politische Auswirkungen: Die alte Frage der Neutralität des Landes und seine Beziehungen zum Vereinigten Königreich sind erneut in die Diskussion gekommen.

Den Ausgangspunkt bilden vier grundsätzliche Erwägungen:

▷ Irland verfolgt traditionell eine Politik der Neutralität; schon am Zweiten Weltkrieg hatte es sich deshalb nicht beteiligt.

▷ Irland ist Mitgliedstaat der EG und nimmt am Prozeß der Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit teil.

▷ Irland ist gegenwärtig nicht-ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates.

▷ Irland und Großbritannien haben sich auf eine gemeinsame Politik „inter-gouvernementaler“ Aktion zur Lösung des Nordirland-Problems verständigt.

Von Krisenbeginn an, mit der argentinischen Invasion auf den Falklands, ließ es Irland an entschlossenem Auftreten in den UN nicht fehlen. Irlands Botschafter, Noel Dorris, hatte wesentlichen Anteil an der schnellen Erarbeitung und einmütigen Verabschiedung der Resolution 502 im Sicherheitsrat.

Als Mitgliedsland der EG beteiligte sich Irland uneingeschränkt an den Wirtschaftssanktionen gegen das argentinische Regime. In der offiziellen Stellungnahme der Regierung zu den Sanktionen erklärte Premierminister Haughey im Dail: „Anfangs legte Irland Sanktionen gegenüber große Zurückhaltung an den Tag. Wir hatten Bedenken gegen die offenkundige Tendenz zu einem Wildwuchs von Wirtschaftssanktionen, deren Wirksamkeit höchst zweifelhaft ist, besonders wenn sie nicht umfassend verhängt werden können.“

Als sich auf militärischer Ebene dann eine blutige Konfrontation abzeichnete, wurde regierungsoffiziell sofort erklärt, daß Irland aufgrund seiner Neutralität in einem militärischen Konflikt keine Partei ergreifen könne. Premier Haughey: „Wir waren mit der Möglichkeit konfrontiert, daß Sanktionen in einer Situation offenen Krieges wirksam würden und auch so beurteilt werden würden. Mit Rücksicht auf unsere Neutralität mußte die Regierung unsere Zustimmung zu Sanktionen revidieren, und wir machten deutlich, daß deren Fortsetzung in einer Situation, wie sie sich damals herauszukristallisieren schien, nicht länger angebracht sei.“ Zusammen mit Italien hob Irland

auf der Ratssitzung vom 16. Mai die Sanktionen auf.

Im irischen Parlament provozierte dieser politische Kurswechsel eine erregte Debatte. Der Premier verteidigte die Haltung der Regierung als „folgerichtig und konstruktiv“ und wies auf die entscheidende Rolle der UNO bei der Suche nach einer friedlichen Lösung hin. Ex-Premier Fitzgerald griff die Regierung an wegen ihres nicht überzeugenden und plumpen Vorgehens, „ohne Rücksicht darauf, wie wichtig es ist, effektiv auf den Frieden hinzuwirken, ohne Rücksicht auf unsere Interessen... und ohne Rücksicht auf das Interesse an einer Lösung der Nordirlandfrage“. Irlands Neutralität, so sein Standpunkt, sei in der betreffenden Frage nicht tangiert, und der Rückzug aus der EG-Sanktionsfront hätte mit anderen, stichhaltigeren Gründen gerechtfertigt werden können. Er habe eher das Gefühl, die Regierung wolle aus dem traditionellen Mangel an Sympathie für die Briten politisches Kapital schlagen.

Labour-Führer Michael O'Leary hingegen unterstützte im großen und ganzen die Regierung und unterstrich die Bedeutung der außenpolitischen Neutralität Irlands. Einen Widerspruch entdeckte er jedoch darin, daß noch vor Jahr und Tag – im Kontext der Nordirland-Gespräche zwischen Dublin und London – derselbe Haughey gegen einen die Neutralität bekräftigenden Resolutionsentwurf der Labour Party aufgetreten sei und dabei im höchstem Maße fragwürdige Bemerkungen über die künftigen britisch-irischen Beziehungen gemacht habe. An seine Adresse richtete O'Leary nun die Frage, „ob er seine Ansichten geändert und sich zu der Überzeugung durchgegeben hat, daß Irlands Neutralität nicht preisgegeben werden darf – ungeachtet politischer Entwicklungen im Hinblick auf die Zukunft Nordirlands.“

Erwartungsgemäß hat Großbritannien mit Verärgerung auf den politischen Kurswechsel der irischen Regierung reagiert. Aber die zentrale Frage ist die der Neutralität. Heute ist sie zum Eckpfeiler der nationalen Politik geworden. Eine von Grund auf zynische Linie wird da verfolgt, auf deren langfristig drohende Auswirkungen auch nicht ein Gedanke verschwendet worden ist.

Alle diese Vorgänge unterstreichen, wie wichtig es ist, die irische Neutralität, wenn sie als Element der Außenpolitik überhaupt Bestand haben soll, mit einer genuin philosophischen Begründung zu untermauern. Es ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit, weiterhin ein Konzept zu verfolgen, das Tag für Tag uminterpretiert wird, damit es den unmittelbaren Bedürfnissen eines verschlagenen Politikers wie Haughey entspricht.

Tony Brown (Dublin)

Italien: Unübersehbare Schwächung

Aus den Teilkommunalwahlen im Juni sind vor allem die Sozialisten gestärkt hervorgegangen – auf Kosten der Christdemokraten und der Kommunisten.

Der historische Kompromiß beginnt sich zunehmend gegen seine Erfinder (oder Urheber) zu kehren. Die Teilkommunalwahlen vom ersten Juni-Wochenende, zu denen rund 900 000 Italiener an die Urnen gerufen waren, haben einen Trend bestätigt, der schon seit geraumer Zeit zu beobachten war: die beiden größten Parteien – Democrazia Cristiana und Kommunisten – stagnieren oder fallen gar in der Wählergunst zurück, während die kleineren Parteien der linken Mitte – Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale – ihre Position nicht nur halten, sondern zum Teil sogar noch kräftig ausbauen können.

Besonders die Sozialisten Bettino Craxi haben noch einmal fühlbar zugelegt. Das gilt besonders für Triest, das vor Jahren mit einem spektakulären Wahlsieg einer grün angehauchten Liste „Associazione per Trieste“, nach ihrem Symbol allgemein „Melone“ geheißen, von sich reden machte. Damals hatte diese Gruppierung handstreichartig der DC die Macht an der Adria entrissen. Sie konnte sich auch diesmal wieder als die mit Abstand stärkste politische Kraft in der problembelasteten Stadt behaupten, doch konnte die PSI ihren Stimmenanteil auf fast acht Prozent bringen und damit annähernd verdoppeln. Es gilt als ausgemacht, daß dieser Zugewinn aus den Lagern der Christdemokraten und der Kommunisten stammt.

Triest ist wegen seiner geographischen Lage politisch sicher alles andere als typisch für Italien. Gleichwohl läßt sich der im äußersten Nordosten ermittelte Trend ziemlich genau auf die anderen Gebiete übertragen, in denen gewählt wurde. Vorherrschende Tendenz: die Verluste der Kommunisten im Süden dauern an, die Christdemokraten können sich, wenn auch mit Mühe, behaupten. Ein besonders interessanter Faktor ist, daß die neofaschistische MSI in den noch weitgehend konservativ bis feudalistisch geprägten Strukturen des Südens Verluste einstecken mußte.

Nun ist es eine nicht nur in Italien verbreitete Erscheinung, daß der Wahlsieger ein auch nur partielles Wählervotum zur nationalen Testwahl hochstilisiert, während der Unterlegene dies mit ebensoviel

Vehemenz leugnet. Aber jenseits aller Parteienpolitik kann festgehalten werden, daß die soziologische und geographische Struktur der betroffenen Gemeinden, wie in einer Repräsentativumfrage oder in einem Mikrozensus, ein recht getreues Abbild der italienischen Realität darstellt: vertreten sind der Norden ebenso wie der Süden, Großstädte ebenso wie Landgemeinden.

Längerfristig muß dieses Wählervotum seine Auswirkungen auf die Stabilität der Fünf-Parteien-Regierung unter dem Republikaner Giovanni Spadolini haben, vielleicht weniger direkt wegen des guten Abschneidens der Republikanischen Partei (PRI) als vielmehr mittelbar wegen der unübersehbaren weiteren Schwächung der Democrazia Cristiana. Die Aussichten der Christdemokraten, den Palazzo Chigi, den Dienstsitz des Regierungschefs zurückzuerobern, werden noch zusätzlich dadurch gemindert, daß die neue Führungsequipe mit dem frisch etablierten Generalsekretär Ciriaco De Mita noch zu jung im Amt ist, um sich realisierbare Hoffnungen in dieser Richtung zu machen.

Spadolini kann, so gesehen, mit weniger Sorgen als bisher weiterregieren. Dennoch muß er sich darauf gefaßt machen, daß Craxi und die Sozialisten – in geringerem Umfang auch Sozialdemokraten und Liberale – im Bewußtsein der eigenen Stärke und Unentbehrlichkeit mit ihren Pfunden wuchern werden.

Zu den heißesten Eisen dabei gehört die Bekämpfung der Inflation, die zwar etwas abgemildert, aber trotzdem in der Nähe von 20 Prozent galoppiert, und damit verbunden der fast aussichtslos erscheinende Kampf gegen das horrende Defizit in den öffentlichen Haushalten; hatte es bisher als halbwegs gesicherte Erkenntnis gegolten, daß das Loch in den Kassen auf 50 000 Milliarden Lire (90 Mrd. DM) zu veranschlagen sei, haben neuere Berechnungen ergeben, daß sich diese Ziffer wohl auf 65 000 bis 70 000 Milliarden erhöhen wird. Zur gleichen Zeit drängen die Gewerkschaften auf eine definitive Regelung in der Frage der Arbeitskosten und eine neue Vereinbarung über die Lohngleitklausel, der sogenannten Scala mobile.

Dieses Knäuel von Problemen zwingt Spadolini, politisch im Grunde von der Hand in den Mund zu leben und mit hängender Zunge von einem Schlichtungstermin zum nächsten zu hasten. Dafür haben die Italiener ein sehr beredtes Bild: „tenere in piedi la baracca“ – dafür sorgen, daß das windschiefe Gebäude nicht zusammenfällt.

Holger Quiring (Rom)

Luxemburg: Sozialisten für monetäre Unabhängigkeit

Sorgen bereitet den Luxemburgern ihre Wirtschafts- und Währungsunion mit Belgien. Luxemburg hat zwar eine eigene Währung, den luxemburgischen Franken, doch wird auch der belgische Franken in Luxemburg als gleichwertiges Zahlungsmittel angenommen. In Belgien wird der luxemburgische Franken dagegen höchstens im Grenzgebiet akzeptiert.

Diese feste Bindung des luxemburgischen Frankens an den belgischen funktionierte so lange, wie es der belgischen Wirtschaft gut ging. Doch mit den wirtschaftlichen und politischen Quereilen in Belgien setzte die belgische Währung zu einem Sturzflug an, dessen vorläufiger Tiefpunkt mit der im März dieses Jahres erfolgten 8,5 prozentigen Abwertung des belgischen Frankens gekennzeichnet wurde.

Die Abwertung des belgischen Frankens, der Luxemburg wohl oder übel folgen mußte, bedeutet wirtschaftlich eine Katastrophe für das kleine Land, das für seinen Konsum völlig importabhängig ist und sich daher jetzt einer Teuerungswelle konfrontiert sieht. Dagegen zieht die luxemburgische Exportindustrie nur wenig Gewinn aus der Frankenabwertung. Denn besonders die Stahlindustrie, aber auch die chemische Industrie, bezieht praktisch alle Rohmaterialien aus dem teurer gewordenen Ausland; überdies sind die luxemburgischen Industrien zumeist in harten Währungen verschuldet.

Da die Frankenabwertung auch in Belgien nicht den erhofften Erfolg hatte, befürchtet man in Luxemburg eine zweite Abwertung. Gegen diese Perspektive wollen die Luxemburger sich jedoch zur Wehr setzen.

Insbesondere die oppositionellen Sozialisten machen sich gegen jede weitere Abwertung des Frankens stark. Sie hatten bereits vor über zwei Jahren die Regierung vor einer Abwertung durch Belgien gewarnt und Staatsminister Pierre Werner aufgefordert, vorsorglich Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Die christlichsoziale-liberale Regierung ließ sich jedoch durch den belgischen Abwertungsvorstoß völlig überraschen, was nicht gerade zum Prestige der Regierungskoalition beitrug. Auch jetzt hat die Regierung noch keine ernsthaften Anstrengungen unternommen, um bei einer – je nach Standpunkt – noch immer möglichen oder sehr wahrscheinlichen zweiten Abwertung gewappnet zu sein.

Nicht so die Sozialisten, welche mit einer Studie an die Öffentlichkeit traten, in welcher für eine grundlegende Neuordnung der luxemburgischen Währungspolitik plädiert wird. Die Studie wurde von einer parteiinternen Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des früheren sozialistischen Finanzministers Jacques F. Poos ausgearbeitet und erregte viel Aufsehen. Immerhin treten die Sozialisten für den währungspolitischen Bruch mit Belgien ein: Sie schlagen vor, den luxemburgischen Franken vom belgischen Franken abzukoppeln und der luxemburgischen Währung damit eine gewisse Eigenständigkeit wiederzugeben.

Da jedoch ein komplett unabhängiger luxemburgischer Franken in einem währungspolitischen Umfeld, das durch frei schwebende und stark schwankende Wechselkurse gekennzeichnet ist, ein zu riskantes Unternehmen für ein kleines Land ist, schlagen die Luxemburger Sozialisten vor, die nationale Währung an einen Korb von verschiedenen europäischen Währungen anzukoppeln. Am liebsten würden die Sozialisten den luxemburgischen Franken an den ECU, die europäische Währungseinheit, koppeln und möglicherweise sogar zu einem späteren Zeitpunkt den ECU als nationales Zahlungsmittel einführen. Da dies in absehbarer Zukunft aus technischen, rechtlichen und politischen Gründen nicht möglich ist, treten die Sozialisten für eine Bindung des luxemburgischen Frankens an einen Währungskorb ein, der sich zu gleichen Teilen aus den Währungen der drei wichtigsten Handelspartner Luxemburgs zusammensetzen würde, nämlich Deutschland, Belgien und Holland. Der luxemburgische Franken würde damit die Entwicklung der drei Währungen (belgischer Franken, Gulden und DM) mitvollziehen. Da in diesem Währungskorb die starken Währungen (Gulden, DM) dominieren, würde dies eine Aufwertung des luxemburgischen Frankens nach sich ziehen.

Die Sozialisten versprechen sich von dieser Reorientierung der luxemburgischen Währungspolitik einen deflationistischen Effekt für die luxemburgische Wirtschaft, also eine Verbilligung der Importe und eine Verlangsamung der Inflation. Währungs- und Preisstabilität liegt auch im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der Industrie, und eine stabile nationale Währung trägt zur Konsolidierung des Bankplatzes Luxemburg bei.

Eine Loslösung von Belgien beinhaltet natürlich auch gewisse Risiken für Luxemburg, doch glauben die Sozialisten, daß diese in Grenzen zu halten sind.

Robert Goebbels (Luxemburg)

Niederlande: Liberaler im Aufschwung

Hollands Rechtsliberale, nach dem Krieg bereits vom Untergang bedroht, konnten in den letzten Jahren bemerkenswerten Zulauf verzeichnen.

Die Entscheidung ist gefallen: Am 8. September wird es Neuwahlen geben. Bis dahin regiert eine Interimskoalition von Christdemokraten und Linksliberalen (D'66). Die Kommunalwahlen vom 2. Juni boten den Wählern die Möglichkeit, auf die jüngste Regierungskrise von Mitte Mai (NG 6/82) zu reagieren. Im Vergleich zu den Provinzwahlen von Ende März (NG 4/82) haben die Linksliberalen noch stärker verloren und verfügen jetzt gerade noch über 5 Prozent der Stimmen; die Christdemokraten haben ein wenig verloren, sind aber noch immer weitaus stärkste Partei; die Rechtsliberalen der VVD haben ihren guten Erfolg von März konsolidiert. Die Sozialisten von der PvdA haben wieder Boden gutgemacht. Zwar war mit 24 % noch immer ein erheblicher Verlust im Vergleich zu den Parlamentswahlen von Mai 1981 (28 %) und Mai 1977 (33 %) zu verzeichnen, aber so schlimm wie im März (21,8 %) fiel das Resultat diesmal nicht aus.

Das auffälligste Phänomen der letzten Wahlen ist wohl der Aufschwung der Rechtsliberalen, der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD), die jetzt mit den Sozialisten um die Position der zweitstärksten Partei des Landes ringen. Seit Anfang der siebziger Jahre haben sie ihre Stimmzahl und die Zahl ihrer Parlamentssitze mehr als verdoppelt: seit Mai 1981 verfügen sie über 26 der 150 Sitze; unter Zugrundelegung der letzten Provinz- und Kommunalwahlergebnisse würden es sogar 34 sein.

Historisch haben die Liberalen in Holland große Verdienste. Als Partei formierten sie sich Mitte des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die (lockere) Parteibildung der Konservativen, die ihrerseits als Reaktion auf die Ausbreitung der liberalen Ideen der Französischen Revolution entstanden war. Sie waren es, die Holland eine parlamentarisch-demokratische Verfassung und eine konstitutionelle Monarchie beschert haben. Sie waren es aber auch, die – im Widerspruch zu der liberalen Ideologie des aufsteigenden Bürgertums vom Allgemeinwohl – schließlich immer mehr zur Klassenpartei von Besitzbürgern wurden. Seit Ende des 19. Jahrhunderts hat es also, wie auch anderswo in Westeuropa, zwei durchaus verschiedene liberale Strömungen gegeben: eine radikal-ideelle und eine materiell-konservative. Teile der ersteren

haben sich stets an der Seite der Sozialisten gefunden. Doch Anschluß an die aufkommende Arbeiterbewegung haben auch sie nie recht gefunden.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, die von den christlichen Parteien – entstanden als Reaktion auf die liberal-antiklerikale Hegemonie und auf die Bedrohung durch die atheistische Arbeiterbewegung (Kampf um die Schulfreiheit) – dominiert wurde, hatten die Liberalen noch weniger Einfluß als die Sozialisten. Nach dem Zweiten Weltkrieg schien es, als würden sie völlig verschwinden. Die Sozialisten reorganisierten sich in einer gewissermaßen entideologisierten Partei, in der auch für linke Christen und Linksliberale Platz war, und die christlichen Parteien entwickelten sich – unter dem Eindruck des Krieges und der amerikanischen Nachkriegsführung – zu einer Art sozial-liberalem Konservatismus.

Neue Chancen für die Liberalen wurden erst wieder am Ende der 50er und in den 60er Jahren sichtbar. Erstens riefen der Wohlfahrtsstaat und der starke Einfluß der Sozialisten einen gewissen sozialen Konservatismus hervor, auf den sich die Liberalen mit Erfolg einspielen konnten. Zweitens bot die Partei eine Heimat für viele, die bei der Entkonfessionalisierung der 60er Jahre (vor allem im katholischen Süden) eine neue Orientierung suchten. Denn die Liberalen waren (und sind) nicht nur sozial und wirtschaftlich konservativ, sie waren (und sind noch immer) in vielen Fragen von Kultur und Lebensstil wirklich liberal.

Ein neuerlicher Aufschwung der Liberalen, die in den 60er Jahren Konkurrenz von einer neuen linksliberalen Partei (D'66) bekommen hatten, folgte Mitte der 70er Jahre, und zwar als Reaktion auf die Regierung Den Uyl. Denn dies war die progressivste Regierung, die es je in der holländischen Politik gegeben hat, und die VVD konnte von der dadurch entstandenen Polarisierung viel profitieren. Seitdem hat sich die Position der Liberalen weiter verbessert, wobei auffällt, daß die Partei Erfolg gehabt zu haben scheint bei ihrem Versuch, nicht mehr eine Elitepartei zu sein, sondern mehr oder weniger eine Volkspartei zu werden. Zwar gilt das nicht unbedingt für die Führung, in zunehmendem Maße aber für ihre Wähler.

Mit einer Mischung von Populismus, materiellem Egoismus und Law-and-Order-Parolen kommt die VVD bei Facharbeitern und beim kleinen Mittelstand immer besser an. In der heutigen Wirtschaft- und Gesellschaftskrise haben viele Leute offenbar viel zu verlieren, was sie bei den Liberalen verteidigen zu können glauben. *Marnix Krop (Amsterdam)*



Bücher: Sozialisten und Kommunisten in Westeuropa

So vielfältig sich die Strömungen innerhalb der sozialistischen und kommunistischen Parteien Westeuropas entwickelt haben, so vielfältig ist auch die Literatur über sie. Angesichts der Fülle der veröffentlichten Meinungen gilt hier wie da: Weniger wäre wahrscheinlich mehr. Reichlich gewagt muten dann auch Aussagen in den Waschzetteln der Verlage an, die die Erst- und Einmaligkeit der jeweiligen Untersuchungen preisen. Gehen wir – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – chronologisch vor.

Joachim Raschke (Hrsg.), *Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch, rowohlt-aktuell*, Reinbek bei Hamburg 1978, 539 S., DM 9,80

Das von Raschke herausgegebene Nachschlagewerk, in dem bedauerlicherweise ein Abschnitt über Zypern fehlt, ist knapp, klar und übersichtlich. Nach einer einführenden Darstellung über die Entwicklung des jeweiligen nationalen Parteiensystems folgt auf die Gesamteinschätzung jeder Partei ihre Beschreibung gemäß einem durchgängigen, sieben Stichpunkte umfassenden Raster (Sozialstruktur, nahestehende Interessenverbände, Organisation, Ideologie/Programma-

tik, Tendenzen – Gruppen – Konflikte, Position im Parteiensystem, Partei in der Regierung). Auch wenn dieses Handbuch notwendigerweise aktualisierungsbedürftig ist, so bietet es nach wie vor den besten systematischen Überblick über und direkten Vergleich zwischen den verschiedenen Parteien und Parteiensystemen der westeuropäischen Länder.

Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa, Bd. 1: Stöckler, hrsg. v. Dieter Oberndörfer; Bd. 2: Nordländer, hrsg. v. Hans Rühle und Hans-Joachim Veen, Leske-Verlag und Budrich GmbH, Opladen 1978/1979, 386 und 376 S., jeder Band DM 22,80

Das Hauptverdienst dieser Veröffentlichung des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung besteht darin, daß auf durchaus differenzierte Weise die unterschiedliche Entwicklung der politischen Linken in Süd- und in Nordeuropa herausgearbeitet wird. Die Studien beschränken sich dabei auf Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland einerseits sowie auf Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland andererseits, wobei insbesondere der zweite Band aufgrund des bis dahin nur vergleichsweise spärlich vorliegenden Materials über die nördlichen Parteien von besonderem Interesse ist.

William E. Paterson/Kurt Th. Schmitz (Hrsg.), *Sozialdemokratische Parteien in Europa. Demokratischer Sozialismus im Wandel*, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1979, 332 S., DM 19,80

Unter Rückgriff auf eine frühe-

re, von William Paterson gemeinsam mit Alastair H. Thomas herausgegebene Studie (*Social Democratic Parties in Western Europe*, London 1977) stellt dieser Band in Kurzbeiträgen fast alle sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Westeuropas vor (unberücksichtigt blieben lediglich die Parteien in Island, Luxemburg und Malta). Untersucht werden vor allem Programmatik, Organisation und Sozialstruktur der Parteien, ihr Verhältnis zu den gesellschaftlichen Gruppierungen – insbesondere zu den Gewerkschaften –, zu den anderen Parteien ihres Landes und zum politischen System insgesamt. Das Abschlußkapitel ist der Kooperation der sozialdemokratischen Parteien in der EG gewidmet.

Gerhard Kiersch/Reinhold Seidelmann (Hrsg.), *Eurosozialismus. Die demokratische Alternative*, Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt am Main 1979, 265 S., DM 18,-

Mit Blick auf die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament beschäftigen sich die 17 Beiträge dieses Sammelbandes mit dem Weg der europäischen Parteien des Demokratischen Sozialismus zu einem integrierten Europa. Ohne die Parteien im einzelnen zu beschreiben, bemühen sich die Autoren des Buches, auf der Basis der gemeinsamen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden das Selbstverständnis des europäischen Sozialismus herauszuarbeiten und im Hinblick auf die Integration Lösungsansätze für bestimmte europäische Politikbereiche (Struktur-, Währungs-, Wachstums-, Energie-, Agrar-, Außen-

und Entwicklungspolitik sowie Süderweiterung) zu entwickeln. Gleichzeitig werden anhand der Konflikte innerhalb des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der EG die Schwierigkeiten und Grenzen einer gemeinsamen Politik deutlich gemacht.

Patrick von zur Mühlen, Sozialdemokratie in Europa, Olzog-Verlag, München/Wien 1980, 101 S., DM 14,80

Eher als Ergänzung denn als Eigenbeitrag befaßt sich diese kurze und mit einem größeren Dokumentenanhang versehene Studie schwerpunktmäßig mit der programmatischen Entwicklung der Sozialdemokratie in den westeuropäischen Staaten, wobei der Verwirklichung des Sozialstaatskonzepts ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Ausführungen zur internationalen und europäischen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien schließen die Arbeit ab.

Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, unter Mitwirkung zahlreicher Fachgelehrter, hrsg. von Frank Wende, Kröner-Verlag, Stuttgart 1981, 890 S., DM 86,-

Dieses nach Ländern gegliederte Lexikon, das in rund 700 Artikeln über alle Parteien informiert, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Zentralparlamenten west- und osteuropäischer Länder vertreten waren oder sind, ist ein hervorragendes Hilfsmittel sowohl für wissenschaftliche als auch für allgemein-politische Zwecke. Jeder Länderbeitrag wird durch ein Essay eingeleitet, das über Entstehen und Entwicklung des betreffenden Parteiensystems und den innenpolitischen Hinter-

grund orientiert. Daran schließen sich in alphabetischer Reihenfolge die nach einem einheitlichen Schema aufgebauten Artikel über die einzelnen Parteien an. Am Anfang stehen dabei Informationen über Gründung, Programm(e), Organisation und Presse der jeweiligen Partei; den Schwerpunkt bildet der sich daran anschließende Abschnitt über die Parteigeschichte, der durch Literaturhinweise ergänzt wird. Dieses aktuellste Nachschlagewerk zu den europäischen Parteien, in dessen Anhang auch die westeuropäischen Parteienbünde behandelt werden, wird durch ein umfassendes Sach- und Personenregister abgeschlossen, das den Gebrauch des Lexikons wesentlich erleichtert.

Peter Pawelka/Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Eurokommunismus und die Zukunft des Westens, R. v. Deckers Verlag, Heidelberg/Hamburg 1979, XII, 271 S., DM 21,80

Der 1979 erschienene Sammelband – geschrieben auf dem Höhepunkt der inzwischen eher abgeflachten Diskussion über die Entwicklungstendenzen vor allem in den südeuropäischen kommunistischen Parteien – beschäftigt sich weniger mit der ohnehin nur spekulativ zu beantwortenden Frage nach der „Glaubwürdigkeit“, sondern geht von der Fragestellung aus, ob ein Eurokommunismus, der dem revolutionären Systemwandel abgeschworen hat, politische Innovationen fördern könne oder ob seine Dynamik in der Umklammerung immobilier Parteiensysteme als Werkzeug bürokratischen Krisenmanagements versanden werde (vgl. S. XII). In den folgenden Beiträgen wird zunächst noch einmal darauf hingewiesen, daß Differenzie-

rungsprozesse innerhalb der kommunistischen Weltbewegung keineswegs ein Novum darstellen. Anschließend wird herausgearbeitet, daß einerseits der Veränderungsprozeß der großen kommunistischen Parteien Westeuropas eingebettet ist in einen allgemeinen Wandel der europäischen Parteienstruktur und daß andererseits von ihnen erhebliche Impulse auch für eine Neuorientierung der Gewerkschaftsbewegung ausgehen. Weiterhin werden untersucht das Verhältnis „des Eurokommunismus“ zur EG und zur NATO. Die Aufsätze, die sich mit dem sozialen Wandel der untersuchten kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens, ihrer Strategie und ihrem bereits vorhandenen politischen Einfluß beschäftigen, kommen allesamt nicht zu eindeutigen Wertungen der Entwicklung. Der als Einführung gut geeignete Reader schließt mit didaktisch-methodischen Überlegungen und einer Materialsammlung für den Unterricht.

Heinz Timmermann (Hrsg.), Die Kommunisten Südeuropas und die Europäische Gemeinschaft. Tendenzen – Verhaltensmuster – Divergenzen, Europa Union Verlag, Bonn 1981, 286 S., DM 29,-

In der von Heinz Timmermann herausgegebenen und mit einer vergleichenden Analyse versehenen Aufsatzsammlung über die kommunistischen Parteien Südeuropas geht es dagegen ausschließlich um den Aspekt der Einschätzung der europäischen Integration durch diese Parteien und ihre Beteiligung an der Arbeit des Europäischen Parlaments. Fazit des Bandes: Keine Fraktion des Europäischen Parlaments ist in sich so gespalten wie

die Gruppe der Kommunisten. Die Französische KP suche den Integrationsprozeß mit aller Kraft abzubremsen; in dieser Haltung wird sie von den portugiesischen und dem moskautreuen Flügel der griechischen Kommunisten unterstützt. Die Italienische KP dagegen stehe in kritischer Kooperationsbereitschaft an der Seite jener, die auf einen Ausbau der inneren Entwicklung der EG im Zeichen supranationaler Lösungsansätze sowie auf eigenständige Initiativen der Gemeinschaft nach außen drängen. Sie finden dabei die Zustimmung der spanischen und des reformorientierten Flügels der griechischen Kommunisten.

Auch dies ist ein Beleg für die zunehmende Differenzierung des westeuropäischen Parteienspektrums.

Andreas Zobel

Mittendrin. Bericht zur Lage von Sozialdemokratie und Republik.
Von Hermann Scheer
Bund-Verlag, Köln 1982, 213 S., DM 19,80

In den vergangenen Monaten wurde die Regierungsfähigkeit der SPD von einer veröffentlichten Meinung zunehmend in Frage gestellt. Gleichzeitig war die Zahl der Neuerscheinungen zum Thema SPD kaum jemals größer als während dieser Zeit. Krise als Stimulanz zur vorurteilsfreien Diagnose und Therapie? Oder nur der Versuch, konjunkturgerecht auf einer aktuellen Welle zu schwimmen? Betrachtet man die Mehrheit der einschlägigen Publikationen, neigt man eher dazu, letzterer These zuzustimmen.

Eine sicherlich bemerkenswerte Ausnahme hiervon bildet das jüngste Buch von Hermann Scheer, mit dem – auf den ersten Blick vielleicht hochtrabenden – Titel „Mittendrin“. Aber in der Tat: Hier liest man eine kritische Bestandsaufnahme der Volkspartei SPD, wie sie nur von jemandem geschrieben werden kann, der wirklich mittendrin in dieser Partei arbeitet und Verantwortung trägt. Scheer, Bundestagsabgeordneter seit 1980, langjähriges Parteiratmitglied und ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, gehört altersmäßig zu jener Generation, die im Gefolge der Studentenunruhen der 60er Jahre in die SPD eintrat, die alte Partei erfolgreich versuchte umzukrempeln, und heute durchaus kritisch über Soll und Haben dieses beispiellosen Umbruchs wie über die aktuellen Probleme der SPD reflektiert.

Wie viele politisch Interessierte bewegt Scheer die Frage, wie die Volkspartei SPD die vor uns liegenden gesellschaftlichen Probleme bewältigen kann, ohne an den dabei auftretenden Konflikten als politisch handlungsfähige Aktionseinheit zu zerbrechen. Auf der Grundlage umfangreicher empirischer Daten zum Wählerverhalten, wie zur Zusammensetzung der SPD-Mitgliedschaft versucht Scheer deutlich zu machen, wie schwierig die Suche nach einem sozialdemokratischen Konsens in einer Gesellschaft geworden ist, in der das Ringen um zukunftsweisende politische Lösungen nicht mehr zwischen den Parteien, sondern zunehmend innerhalb des sozialliberalen Lagers oder sogar innerhalb nur einer Partei (der SPD) stattfindet, weil sich die Unionsparteien – kurzfristig zu-

mindest wählerwirksam – aus dieser Diskussion ausgeblendet haben.

Die Notwendigkeit einer auch notfalls kontroversen inhaltlichen Auseinandersetzung zur Bewältigung von Zukunftsproblemen wird nun vor dem Hintergrund der reformerischen Geschichte der SPD sicherlich von niemandem bestritten. Die SPD wird niemals zu einer CSU werden können, in welcher Entscheidungen der Parteiführung von den Delegierten und der Parteibasis widerspruchsfrei akzeptiert werden. Etwas anderes ist jedoch die Frage, in welchen Formen dieses Ringen um die Zukunftsgestaltung innerhalb der SPD abläuft. Brachte die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung in den 70er Jahren mit ihrer Tendenz zur Flügelbildung nicht völlig disfunktionale Folgen für den innerparteilichen Willensbildungsprozeß mit sich? War nicht der von aktuellen Problemen völlig abgehobene Streit um Gesinnungsethik oder Verantwortungsethik als Grundlage von Politik nur ein Geplänkel um Personen, nicht aber mehr um Inhalte sozialdemokratischer Politik? Analytisch überzeugend entwickelt Scheer diese und andere Probleme, welche die politische Identitätsbildung der SPD in den vergangenen Jahren so übermäßig erschwerten. Die zentrale These von Scheer „Ohne Integration im Inneren keine Integration nach außen“ deutet auf die Zielrichtung seiner Überlegungen hin. Inhaltliche Kontroversen, um die bestmöglichen politischen Problemlösungen zu erzielen: Ja. Fruchtbare innerparteiliche Auseinandersetzungen etwa um die Frage, ob der Staat nun etwa ein ideeller oder ein materieller Gesamtkapitalist sei, wie sie etwa

bei den Jungsozialisten jahrelang als Selektionsmerkmal bei Kandidatenbefragungen üblich waren, oder die Auswahl von Parteidelegierten unter dem alleinigen Kriterium „Für oder gegen den NATO-Doppelbeschluss“: Entschieden nein. Informativ und im Nachhinein erschreckend zugleich sind die Beispiele Berlin und München, an denen Scheer die Folgen dieser Tendenz zur innerparteilichen Flügelbildung in der SPD schildert. Aber nicht nur die treffende Diagnose über strukturelle Probleme der Volkspartei SPD macht dieses Buch mit Gewinn lesbar: Scheer bleibt nicht wie viele andere Autoren bei dieser Diagnose stehen, sondern versucht, auf der Basis seiner parteibezogenen Defizitanalyse konkrete Therapieansätze zu entwickeln. Am Beispiel eines der zur Zeit konfliktträchtigsten Themen innerhalb von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, nämlich dem vermeintlich unüberbrückbaren Gegensatz von Ökonomie und Ökologie zeigt Scheer überzeugend auf, daß es für die SPD darauf ankommen wird, eine Handlungssynthese unterschiedlicher Positionen dadurch zu ermöglichen, daß innerparteiliche Auseinandersetzungen eher als wechselseitiger Lernprozeß und nicht primär als Flügelkämpfe stattfinden. Das Beispiel des Anfang der 70er Jahre erarbeiteten Orientierungsrahmens '85 zeigt, daß die Entwicklung solcher einer innerparteilichen Handlungssynthese möglich ist, wenn sich die SPD als eine auch gegenüber der jeweiligen Regierung eigenständige politische Aktionseinheit versteht und dementsprechend handelt.

Dies bedeutet aber auch, daß die SPD sich nach Scheer ver-

stärkt darüber Gedanken machen muß, wie nicht nur eine formelle, sondern eine thematische Integration von neuen Bewegungen (Jugendprotest, Alternativbewegung und alternative Friedensbewegung) möglich wird. Scheers Überlegung, daß es besser ist, „wenn Partei und Bewegungen in kritischer Distanz bleiben und ihre nicht austauschbaren Funktionen unabhängig voneinander wahrnehmen“ (S. 164) verweisen darauf, daß der Autor auch hier erfolgreich versucht, die in der Vergangenheit innerhalb der SPD oft polarisierte Auseinandersetzung (unbedingte Integrationsversuche versus völlige Ablehnung dieser neuen Bewegungen) auf ihren materiellen Kern zurückzuführen: Eine für die SPD bestehende Notwendigkeit sich über die Funktionsvoraussetzungen einer sozialen Demokratie wieder klarer zu werden und damit gleichzeitig ihr eigenes Selbstverständnis und ihre spezifische Rolle wieder klarer zu reflektieren.

Insgesamt greift das Buch von Hermann Scheer eine Fülle von aktuellen Diskussionsthemen über die Situation und Zukunft der SPD auf, wobei – wie schon angeführt – nicht allein die scharfsinnige Diagnose des Autors über wichtige Struktur- und Funktionsprobleme der SPD bemerkenswert sind, sondern vor allem seine mit Engagement und Sachverstand vorgetragenen Therapieansätze in der innerparteilichen Diskussion der SPD sicherlich noch von Bedeutung sein werden. Ein Buch, das jedem politisch Interessierten nur empfohlen werden kann; man ist versucht zu sagen: Ein Buch, das für alle politischen Funktions- und Mandatsträger ein „Muß“ ist.

Wolfgang Bruder

Sozialismus in der Demokratie?
Theorie einer konsequent sozialdemokratischen Politik
von Gesine Schwan
Kohlhammer Verlag, Stuttgart
1982, 218 S., DM 29,80

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist aus der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts heraus entstanden. Die statische Klassengesellschaft der absolutistischen Monarchie war der Boden, aus dem sie gewachsen ist. Die gesellschaftlichen Interessen, die sie vertrat, waren deshalb klar definiert: Es waren die der lohnabhängigen Arbeiterschaft, deren Position auf dem Arbeitsmarkt so schwach war, daß Marxens These von ihrer Ausbeutung durch die kapitalistischen Produktionsmittelbesitzer ihre Lage zutreffend wiedergab. Der Streit um den richtigen Weg in Richtung auf die Emanzipation der Arbeiterklasse begleitet die Partei seit ihren Anfängen. Die einen wollten die soziale und staatsbürgerliche Emanzipation der Arbeiter über ihre Integration in eine Gesellschaft verwirklichen, die im Rahmen eines dem parlamentarischen System sich zunehmend öffnenden Monarchie entstand. Die anderen – die marxistische Fraktion – sah eine Erfüllung des emanzipatorischen Ziels erst in einer Gesellschaft verwirklicht, in der das Proletariat, die Masse der Bevölkerung, den Staat beherrscht und die nur durch den Klassenkampf herzustellen ist. Der Streit wurde weder im Sinne der einen noch im Sinne der anderen Richtung zu einem Ende gebracht: Weder im Kaiserreich, das sich nach dem verlorenen Weltkrieg selber von der geschichtlichen Bühne verabschiedete, noch in der Weimarer Republik, in der die So-

zialdemokratie tapfer und aufopferungsvoll die Verantwortung für den Staat trug. Sie erreichte damals aber weder die Integration der Arbeiterschaft in die Gesellschaft des parlamentarischen Staats noch wollte sie in ihrer Mehrheit die zugefallene Macht gebrauchen, um die marxistische Diktatur des Proletariats durch Klassenkampf und Bürgerkrieg einzuführen.

Aber eines hatte die Partei in diesen Phasen: eindeutige gesellschaftspolitische Ziele und eine abgrenzbare gesellschaftliche Klasse, für deren Interessen sie im Verbund mit den Gewerkschaften kämpfte.

Die heutige Situation der SPD in der Bundesrepublik ist völlig anders. Das klassische sozialdemokratische Ziel, die Emanzipation der Arbeiterschaft, ist auf dem Weg über ihre Integration in Gesellschaft und Staat verwirklicht. Der andere Weg, der in die marxistische Diktatur des Proletariats führt, stellt für die Partei keine ernstgemeinte Alternative mehr dar. Doch statt berechtigter Erfolgsgefühle quält sich die SPD mit einer tiefgehenden Identitätskrise, einer Krise, die nur zum geringsten Teil aus dem Eindruck stammt, man verdanke die Verwirklichung des klassischen Ideals nicht allein eigener Anstrengung. Jedenfalls ist der Erfolg der Grund der gegenwärtigen Krise der Partei und nicht etwa, wie es viele sich nach wie vor vormachen, die Entfernung vom Ziel. Es ist gleichwohl verständlich, warum man sich in der SPD so hartnäckig gegen diese Einsicht sträubt. Einmal mußte man sich zugeben, daß das gesellschaftspolitische Ziel, für das man kämpft, nicht mehr in der Zukunft liegt; Das durch eine hundert Jahre alte Tradition ein-

geübte *fortschrittsbezogene* Selbstwertgefühl mußte einer Revision unterzogen werden. Zum anderen verliere man die bisherige Ziel- und Wertegewißheit. So schmerzhaft es der Partei werden wird – eins ist klar: Sie kommt in der Zukunft nicht darum herum, sich die Folgen der Verwirklichung des klassischen sozialdemokratischen Ideals bewußt zu machen. Dabei wird sie den Tatbestand zu verkraften haben, daß die gesellschaftliche Integration der Arbeiterklasse alter Prägung zur Auflösung dieser Klasse selber geführt hat. Jede Bevölkerungsstatistik zeigt, daß das klassische Arbeiterbild, wie es im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Masse der Lohnabhängigen prägte, heute eine gesellschaftliche Minderheit beschreibt, die zudem immer kleiner wird. Eine demokratische Volkspartei modernen Stils kann sich mit der Interessenvertretung der Arbeiterschaft nach klassischem Vorbild nicht lange über Wasser halten. Die nostalgische Koketterie mit dieser – fraglos großen, bedeutenden und über weite Strecken auch heroischen – Vergangenheit käme die SPD teuer zu stehen. Doch auch die Strategen der „Randgruppenideologie“ – die ungewollt übrigens den Verlust der großen ‚sozialen Frage‘ dokumentieren – können für die Partei auf Dauer nicht richtungsweisend sein.

Was ist zu tun? Zunächst ehrlich Bilanz ziehen und sich der neuen Situation stellen. Das kann durchaus selbstbewußt geschehen, denn die Probleme der Neuorientierung entstammen, um es zu wiederholen, der erfolgreichen Verwirklichung des eigenen Ziels. Hilfreich sind dabei Bücher wie das jüngste von Gesine Schwan, Professorin der

Politologie an der Freien Universität Berlin. Sein Titel: Sozialismus in der Demokratie? Theorie einer konsequent sozialdemokratischen Politik. Das Fragezeichen hinter dem Haupttitel weist darauf hin, daß die Vereinnahmung des Sozialismus mit parlamentarischer Mehrheitsdemokratie – diese ist es, die Gesine Schwan mit dem Begriff meint –, in der Geschichte der Sozialdemokratie stets umstritten war. Unter einer „konsequent sozialdemokratischen Politik“ versteht Frau Schwan eine, deren gesellschaftspolitische Zielsetzung die parlamentarische Demokratie als nichtinfragegestellte Rahmenvoraussetzung anerkennt. Das Buch enthält zunächst ein Plädoyer für eine ehrliche Trennung der SPD von marxistischer Ideologie. Die Autorin macht deutlich, daß das nicht die Trennung von einer bedeutenden Tradition bedeutet, sondern den Verzicht darauf, Gesellschaftsbeschreibung der Gegenwart mit inadäquaten Begriffen zu betreiben. Und in der Tat: das marxistische Vokabular hat heute, nachdem es durch kirchliche Akademien, Fortbildungsveranstaltungen von Volkshochschulen, Gewerkschaften und Industrieverbänden zum Bestandteil eines wohlfeilen Sprachgebrauchs wurde, selbst seine ehemals vorhandene Bürgerschreckwirkung eingebüßt. In der politisch interessierten Öffentlichkeit gibt sich auch außer unverbesserlichen Rechten und solchen parteipolitischen Konkurrenten, die sich davon „Marktvorteile“ versprechen, niemand mehr der Illusion hin, in der Gegenwarts-SPD existierten relevante Kräfte, die sich für die Umwandlung der republikanischen Staatsform in eine marxistisch-kommunistische „Diktatur des Proletariats“ stark

machen. Aus wissenschaftlicher Perspektive verwundert das nicht, sind doch grundlegende Begriffe der Marx'schen Ökonomie wie etwa der der „Ware Arbeitskraft“ (der seinerseits das wichtigste Definitionsmerkmal der Arbeiterklasse bei Marx ausmacht) nur noch um den Preis der Unglaublichkeit anwendbar: die Marx'sche „Arbeitskraft“-Definition triffe heute, nähme man sie ernst, auf jedes Vorstandsmitglied von Konzernen wie Thyssen, Daimler-Benz und Siemens zu, denn in deren Vorständen sitzen nicht mehr die kapitalistischen „Produktionsmittelbesitzer“, sondern Leute, die ausschließlich ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben. Für die Masse der Lohnabhängigen aber würde die Marx'sche Definition schon lange nicht mehr gelten, weil der Preis ihrer Arbeit nicht mehr auf dem Markt freier Anbieter und Nachfrager bestimmt wird, sondern auf dem Weg über die Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen.

Gesine Schwan will die SPD demgegenüber auf eine Grundhaltung verpflichten, bei der die jahrzehntelang praktizierte Politik und die politische Ethik logisch zueinander passen. „Sozialistische Parteilichkeit“ heißt für sie deshalb „egalitäre Politik in der repräsentativen Demokratie“: „Ich nenne sie ‚konsequent demokratische Politik‘, und zwar konsequent im zweifachen Sinn: Jenseits aller Halbherzigkeiten zieht sie eindeutige Konsequenzen aus ihrer unverzichtbaren Vorentscheidung für die rechtsstaatliche repräsentative Demokratie. Sie erkennt nicht nur die Legalität, sondern auch die Legitimität ihrer demokratischen Konkurrenten und die damit ver-

bundene Relativierung ihrer eigenen Position an, und sie wird keiner Politik und keinem politischen Bündnis zustimmen, das die Demokratie gefährden kann. In diesem konsequent demokratischen Rahmen wird sie ebenso konsequent ihre sozial-egalitäre Zielsetzung hervorheben und unter dieser normativen Vorentscheidung individualistisch-liberaler oder konservativer Politik sachliche Alternativen entgegenstellen.“ (S. 150) Man wird zugeben, daß programmatische Sätze wie diese die Politik in den Grundlinien beschreiben, die von der deutschen Sozialdemokratie seit je in der Bundesrepublik verfolgt wird. Das Problem war es – und ist es bis heute –, diese Linie politischer Praxis dem „theoretischen“ Bewußtsein der Partei zu vermitteln.

Gesine Schwan untermauert ihr Plädoyer für eine konsequente und deshalb ehrliche „Einheit von Theorie und Praxis“ durch verständlich geschriebene und mit klugen Argumenten durchsetzte Exkurse in die Geschichte der europäischen Sozialphilosophie, soweit sie für die sozialdemokratische Ideengeschichte selber wichtig geworden ist. Sie diskutiert die klassischen Kriterien für soziale Gleichheit und Gerechtigkeit von Aristoteles, Rousseau und Marx. Ebensoviele fehlt die Auseinandersetzung mit modernen Ansätzen wie dem des Amerikaners John Rawls. Sie macht dabei auf den wichtigen Unterschied im Verständnis der Begriffe der „sozialen Gleichheit“ und der „sozialen Gerechtigkeit“ aufmerksam: „Gleichheit“ (bzw. „Gerechtigkeit“) einmal bezogen auf die Seite der Produktion und zum andern bezogen auf die Seite der Verteilung. Aus der ersten Gleichheits-

norm stammen die sozialdemokratischen Partizipationsforderungen, die sich in der gewerkschaftlichen Mitbestimmung niederschlagen; aus der zweiten die Forderung nach sozialstaatlicher Vermögensumverteilungs- und entsprechender Steuerpolitik. Die „Linken“ werfen den „Rechten“ in der SPD häufig alltagsbezogenen Pragmatismus und „Theorielosigkeit“ vor. Versteht man unter „Theorie“ eine in sich logische, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme bestimmte normative Forderung, dann ist der Vorwurf, wie gerade ein Buch wie das von Gesine Schwan beweist, falsch. Es enthält zum Beispiel eine „Theorie sozialer Gleichheit“, die viel differenzierter – mithin problemnäher – ist als die marxistischen Egalitätspostulate, weil sie die Notwendigkeit „funktionaler Unterschiede“ wie Kompetenz (etwa für die Hochschulreformdiskussion) miteinbezieht. Der Vorwurf der Linken ist nur dann berechtigt, wenn man „Theorie“ im Sinn einer geschichtsphilosophischen Konstruktion nach dem Muster von Hegel und Marx nimmt. Er fällt aber auf die, die ihn heute erheben, selber zurück, denn wer von ihnen ist schon fähig, mehr zu leisten, als die überlebten Modelle der Vorväter in scheinrevolutionärer Aufmachung stündig als „neue Hüte“ anzubieten.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt für die sozialdemokratische Programmdiskussion wird in ihrer Untersuchung deutlich: Geht man wie Gesine Schwan von der Anerkennung des parlamentarischen Parteienpluralismus aus, dann ist nichts Verwunderliches, schon gar nichts Betrügerisches darin zu sehen, daß die miteinander konkurrierenden Parteien sich nicht

durch ihre Grundwerte als solche, sondern lediglich durch die Präferenzordnung der Grundwerte voneinander unterscheiden: auch die CDU verfolgt egalitäre (neben „freiheitlichen“, „marktwirtschaftlichen“ usw.) Zielvorstellungen, nur nicht an erster Stelle wie die SPD, und die SPD verfolgt ihrerseits „freiheitliche“ Ziele wie die CDU, nur spielen die egalitären bei ihr die wichtigere Rolle. Denn Parteien können die Mehrheiten, die zur Regierungsübernahme notwendig sind, allein über die Wechselwähler erreichen und diese Wählergruppe kann man nicht durch Programme des „totalen Kontrasts“ gewinnen, sondern nur durch „Angebote“, die das Gleiche in besserer Ausfertigung zu liefern versprechen.

Im letzten Teil des Buches setzt sich Gesine Schwan mit aktuellen Fragen wie der einer „konsequent sozialdemokratischen“ Friedenspolitik auseinander. Die kritisierten Kontrahenten sind Erhard Eppler und Peter Bender.

Die große Schwierigkeit für die meisten politisch Aktiven in der heutigen SPD, den Empfehlungen von Gesine Schwan zu folgen, wird darin bestehen, daß man sich einzugestehen hätte, daß die Zukunft schon längst begonnen hat. Die Absage an den „Aufbruch zu neuen Ufern“ muß eine Partei schwer ankommen, deren Tradition gerade in der Einübung des Einsatzes für den gesellschaftlichen Fortschritt besteht. Was zum Schwanzchen Ansatz gehört, bei ihr aber nicht zur Sprache kommt, ist die hochwahrscheinliche Zukunftsentwicklung der parlamentarischen Parteien bei uns einschließlich der SPD: Sie werden sich in national jeweils differenzierter

Abwandlung des amerikanischen Vorbilds – am schnellsten bei uns in der Bundesrepublik – in Richtung auf Massenwahlvereine für die periodischen Phasen des Regierungswechsels entwickeln. So etwas bedeutet heute noch für viele eine schaurige Vorstellung, geradezu die Ankündigung vom Ende der Demokratie. Denn unsere kontinentale Tradition der Demokratie und der Parteien ist die politischer „Bekennniskirchen“ für die Herbeiführung des „Volkswohls“ (für Sozialisten klassischer Prägung – nicht bloß für „utopische“ – die Verwirklichung des „Himmels auf Erden“). Aber es wird so kommen, weil es in der Logik der parlamentarischen Demokratie selber liegt, denn es wird Politikern und Wählern zunehmend klarer werden, daß unter parlamentarischen Konkurrenzbedingungen abwechselnd die Interessen gesellschaftlicher Großgruppen befriedigt werden, nicht aber Heilserwartungen in endlich-politischer Gestalt, die aufs gesellschaftliche Ganze gerichtet sind. Diese wahrscheinliche Entwicklung wird speziell der deutschen Sozialdemokratie noch Jahre der Anpassung bereiten, die zugleich Jahre enormer Selbstquälerei sein werden. Es ist zu hoffen, daß Bücher wie das von Gesine Schwan helfen, die schon bestehenden und die absehbaren Qualen nicht ins Selbstzerstörerische ausufern zu lassen.

Werner Becker

Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD. Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition von Karlheinz Schonauer
Eigenverlag des Autors, Bonn 1982, 356 S., DM 19,80

„Wir sind die SPD der 80er Jahre“, rief Thomas von der Vring dem Juso-Bundeskongreß 1969 in München zu. Die Wellen der APO waren bei den Jusos angekommen. Große Koalition, Notstandsgesetze und das kalte Schweigen der „freien Welt“ zu Napalm und Völkermord in Vietnam hatten die Jugendorganisation von einer braven Schulungs- und Nachwuchsorganisation zu einer aufmüpfigen politischen Kraft in der SPD gemacht. Ihr neuer Anspruch: die SPD verändern. Daß dies in den 50er Jahren alles ganz anders war, wie es zu dem neuen Selbstverständnis kam und was die 1969 angetretenen „Doppelstrategen“ so alles trieben, um die Volkspartei SPD wieder zu einer konsequenten Reformpartei zu machen, das kann man jetzt erstmals in einer umfangreichen Juso-Geschichte nachlesen.

Schonauer hat ein umfangreiches Quellenstudium betrieben, ist in Privatarchive gegangen und hat sich – Alt- und Neu-Jusos aufgepaßt – die Tonbandprotokolle sämtlicher Bundeskongresse angehört. Herausgekommen ist ein Buch, das er in drei Abschnitte unterteilt: Die „braven Jusos“ von 1946 bis 1965, die Phase der Politisierung und den Marsch großer Teile der APO in die SPD 1965 bis 1969 und die Aufnahme der Theoriediskussion der Neuen Linken, die Diskussion um „systemüberwindende“ Reformen und das Wirken innerhalb und außerhalb der SPD im

Sinne der Doppelstrategie zu Beginn der 70er Jahre. Schließlich beschreibt Schonauer noch den Beginn der innerverbandlichen Fraktionierung und weist ihren eigentlichen Ursprung nach: den zwangsläufigen Import verschiedener Analyse- und Strategietheorien in das Theorievakuum der SPD hinein, die selbst in den 60er Jahren auch nicht einmal mehr Spuren einer verwertbaren Theoriediskussion produziert hatte und deshalb zu unkritisch und zu wenig selbstbewußt gegenüber den Importen war.

Leider schließt Schonauer mit dem Jahr 1973. Eine umfassende Juso-Geschichte von 1973 bis zur Gegenwart hat er als Folgeband im Vorwort angekündigt.

„Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD“ haben jedoch noch eine sehr aktuelle Bedeutung. Den eigentlichen Kern des Buches bildet das sich wandelnde Verhältnis von SPD und APO. Diejenigen aus der APO-Generation, die in SPD und Gesellschaft integriert wurden, wurden dies nicht, weil die SPD ihnen nachgelaufen ist, sondern weil diese sich mit den zentralen Handlungslinien zu Beginn der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung identifizieren konnten.

Hermann Scheer

Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969–1980 von Ferdinand Müller-Rommel, Westdeutscher Verlag, Opladen 1982, 289 S., DM 35,-

Wer weiß eigentlich Genaueres über die „Kanalarbeiter“ oder den „Leverkusener Kreis“? Derartige lockere, informelle Gruppenbildungen innerhalb einer Partei oder Fraktion sind in der politikwissenschaftlichen Literatur bisher kaum gründlich dargestellt worden. Da bei ihnen, anders als bei Parteivorständen oder Fraktionen, die Zusammensetzung nie ganz genau festzulegen ist, sie auch durch keinen Wahlvorgang legitimiert werden, haften ihnen oft der Makel des Undurchsichtigen an. Ferdinand Müller-Rommel ist es gelungen, mit den Methoden politikwissenschaftlicher Forschung in die „smoke filled rooms“, die rauchgefüllten Hinterzimmer, wie es in Amerika so schön abfällig heißt, vorzudringen.

Seine Bemerkungen über die Quellen- und Materiallage lesen sich beinahe schon spannend. Entscheidend für den Erfolg seiner Arbeit dürfte gewesen sein, daß er Zugang zu den Privatarchiven einzelner Politiker bekam, so zu denen von Karsten Voigt, Peter Couradi und Björn Engholm. Durch eine Reihe von Einzelgesprächen mit SPD-Funktionären und -Geschäftsführern (von denen aber einige nicht genannt werden wollten) erhielt er weitere wichtige Informationen. Zusätzlich hat er Presseberichte aus der Zeit von 1966 bis 1980 ausgewertet, eine beschwerliche und nach seiner Einschätzung sehr viel weniger effektive Arbeit als die Befragung von Insidern.

Sie war für ihn dennoch wichtig, um die Aussagen einzelner Politiker kontrollieren und relativieren zu können. Mit diesen für eine politikwissenschaftliche Arbeit seltenen Materialien leistet der Verfasser zweierlei: Erstens gibt er eine historische Darstellung der Entwicklung des Frankfurter und des Godesberger Kreises auf Parteebene und der „Kanalarbeiter“ und des Leverkusener Kreises auf der Ebene der Bundestagsfraktion. Hinzu kommen Exkurse über einige heute nicht mehr existierende Gruppen wie den „Tübinger Kreis“, den „Kurt-Schumacher-Kreis“ und die „Fritz-Erler-Gesellschaft“. Diese Darstellung fällt leider etwas abstrakt und schematisch aus – Ferdinand Müller-Rommel ist eben Politologe und kein Zeitgeschichtler, für ihn sind systematische Aspekte wichtiger als die Anschaulichkeit. Seine systematische Vorgehensweise hat zudem unlegbare Vorteile: aus den Tabellen, die er aufgestellt hat, läßt sich genau ablesen, welcher Politiker in welchem Zeitraum welcher Gruppierung angehörte. Für alle, die nicht zum inneren Kern solcher Organisationen gehörten, bringt Müller-Rommels Darstellung mit Sicherheit hochinteressante Informationen.

Die zweite Leistung seiner Arbeit ist die empirische Erfassung von Funktion und Wirkung derartiger innerparteilicher Gruppierungen. Aufgrund seiner Tabellen kann Müller-Rommel genau sagen, daß von den zwischen 1966 und 1980 zu vergebenden insgesamt 2830 Positionen in Parteigremien (Bezirksvorsitzende und leitende Geschäftsführer, Parteivorstand, Parteirat, Kommissionen und Ausschüsse des PV), der Bundestagsfraktion

(Fraktionsvorstand und Arbeitskreis- und Ausschußvorsitzende) sowie in den Bundestagsausschüssen 906 von Anhängern der Mitte-Rechts-Gruppierungen (Kanalarbeiter usw.) eingenommen wurden, nur 400 dagegen von den Anhängern der Mitte-Links-Gruppen (Leverkusener Kreis). Die übrigen Funktionen wurden mit Politikern besetzt, die sich nicht an den Treffen derartiger Gruppen beteiligten. Müller-Rommel zeigt auch mit Hilfe von Schaubildern, daß die Mitte-Rechts-Gruppierung zwar immer eine klare Mehrheit hatte, daß aber zwischen 1973 und 1977 die „Parteilinke“ ihre relativ höchste Beteiligung an den zu vergebenden Positionen erlangte, um danach wieder leicht zurückzugehen.

Einen nachhaltigen Einfluß der Gruppierungen auf die Bundesregierung verneint Müller-Rommel. Die Berufung von Regierungsmitgliedern erfolgt offensichtlich nach anderen Kriterien als denen etwa eines Prozesses der Parteiflügel.

Die Funktion dieser informellen Gruppierungen sieht Müller-Rommel auf der Ebene der Bundestagsfraktion darin, ihren Anhängern eine soziale und emotionale Befriedigung zu gewähren, Parlamentsneulinge zu integrieren, Informationen zu verbreiten und Nachwuchspolitikern zu fördern. Die soziale Integrationswirkung ließ sich vor allem bei den „Kanalarbeitern“ nachweisen. Bei den Gruppen der Linken wurde dagegen mehr Wert auf eine längerfristig angelegte programmatische Konzeption gelegt.

Seine Analyse der Karrieren einzelner prominenter Politiker ergibt, daß die Beteiligung an solchen Gruppierungen auf der

Parteilinken oft die Karrieren nur vorbereitete, wie z. B. bei Jürgen Schmude, Volker Hauff und Hans Matthöfer, daß diese Politiker aber später an den Sitzungen der jeweiligen Kreise nicht mehr teilnahmen, während bei den eher „rechten“ Gruppen die Karriere der eigenen Anhänger auch weiterhin abgesichert und abgestützt wurde.

Auf das Wählerverhalten haben die Gruppen wenig Einfluß, zumal sie in den heißen Wahlkampfphasen auf Bundesebene meist bewußt nicht in Erscheinung getreten sind. Müller-Rommel weist aber auf die regionalen Erfahrungen in Bayern und Hessen hin, wo öffentlich ausgetragene Flügelkämpfe zu erheblichen Stimmenverlusten geführt haben.

Er kommt zu dem Ergebnis, daß auf Bundesebene der positive, stabilisierende Einfluß innerparteilicher Gruppenbildung überwiegt. Die wichtigste kritische Anmerkung von Müller-Rommel ist der Hinweis auf die Tendenz derartiger Gruppierungen zur inneren Oligarchisierung und Hierarchisierung. Die organisatorische Planung und inhaltliche Richtungsbestimmung der Gruppenziele wird meist nur von einem sehr engen Führungskreis vorgenommen.

Es hat sich auf die Untersuchung zweifelsohne positiv ausgewirkt, daß der Autor sich jeglicher vordergründiger Parteilnahme für eine der untersuchten Gruppen enthält.

Walter Reese-Schäfer

Brasilien. Eine historisch-politische Landeskunde.
Von Uwe Holtz (Hrsg.)
(Geschichte, Politik. Materialien und Forschung, Bd. 2), Schöningh-Verlag, Paderborn 1981, 301 S., DM 38,-

Brasilien hat im Laufe der letzten Jahre im Rahmen der allgemeinen entwicklungspolitischen Diskussion aufgrund seines atemberaubenden Wirtschaftswachstums allmählich auch eine gewisse Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Diskussion der Bundesrepublik gefunden. Jedoch ist das allgemeine Wissen bei uns, gemessen an der internationalen ökonomischen und politischen Bedeutung dieses Schwellenlandes, außerordentlich gering. Noch immer beschränkt sich bei vielen Leuten die Kenntnis Brasiliens auf solche Klischees wie Karneval, Fußball und Kaffee. Dieses Bild möchte der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Uwe Holtz, mit dem vorliegenden Band korrigieren. Die Herausgabe dieser Länderkunde durch einen aktiven Politiker, der sich intensiv mit entwicklungspolitischen Problemen beschäftigt, ist ein Indiz dafür, daß man sich in der deutschen Politik allmählich über die internationale Bedeutung Brasiliens bewußt wird. Diese Länderkunde, die als kommentierte und durch ein ausführliches Literaturverzeichnis ergänzte Quellensammlung konzipiert ist, richtet sich in erster Linie an Schüler sowie an Studenten der Anfangssemester, die sich mit entwicklungspolitischen Fragen zu beschäftigen beginnen. Die hier vorgestellten Primärquellen sollen nach Ansicht

des Autors „unmittelbar in die historisch-politische Landeskunde Brasiliens einführen“ und „das Verständnis für die Probleme der Dritten Welt so wecken und fördern, daß zugleich die allgemeinen und die je besonderen Aspekte dieser Probleme in den Blick kommen“ (S. 11). Dabei kommt es dem Herausgeber insgesamt darauf an, „einen multidisziplinären Zugriff (zu) ermöglichen, bei dem Vergangenheit Gegenwart und Zukunft in Verbindung gebracht werden“ (S. 17). Durch die sehr ausgewo-

gene Auswahl der Quellen, denen jeweils eine kurze Erläuterung vorangestellt wird, gelingt es dem Herausgeber, auch dem noch uninformatierten Leser ein erstes relativ umfassendes Bild der historischen sozio-ökonomischen, kulturellen und politischen Entwicklung Brasiliens zu vermitteln. Aber selbst der Fachmann wird viele historische Quellen in dieser Zusammenstellung erneut mit großem Interesse lesen. Den Schwerpunkt der Sammlung bildet das Kapitel „Von der Militärdiktatur zur de-

mokratischen Öffnung?“, das durch einen umfangreichen statistischen Anhang ergänzt wird. Außerordentlich wichtig für eine einführende Länderkunde dieser Art ist auch die umfangreiche Auswahlbibliografie, die den Band abschließt. Uwe Holtz hat eine für einen breiten Leserkreis interessante Einführung in die brasilianische Realität vorgelegt und eine wichtige Informationslücke zum Thema Brasilien geschlossen.

Jürgen Brummel